



# HESSISCHER LANDTAG

19. 05. 2010

## 45. Sitzung

Wiesbaden, den 19. Mai 2010

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	3087	41. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hessen stärkt Investitionen in erneuerbare Energien</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	3087	– Drucks. 18/2387 – . . . . .	3101
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3087	<i>Angenommen</i> . . . . .	3114
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	3130	Peter Stephan . . . . .	3001, 3109
74. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011</b>		Ursula Hammann . . . . .	3103, 3112
– Drucks. 18/2397 zu Drucks. 18/2073 – . . . . .	3087	Manfred Görig . . . . .	3105, 3111
hierzu:		René Rock . . . . .	3106
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE		Janine Wissler . . . . .	3107, 3112
– Drucks. 18/2402 – . . . . .	3087	Timon Gremmels . . . . .	3109
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	3087	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	3110
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3087	Frank Sürmann . . . . .	3114
36. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Chancen nutzen, Potenziale erschließen, Hochschulen ausbauen</b>		Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	3114
– Drucks. 18/2382 – . . . . .	3087	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	3114
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	3101	3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz über die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die hessische Polizei beim Hessischen Landtag (LandespolizeibeauftragtenG)</b>	
83. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>neuer Hessischer Hochschulpakt sorgt für Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit – Solidarpakt in wirtschaftlich schwieriger Zeit</b>		– Drucks. 18/2322 – . . . . .	3115
– Drucks. 18/2427 – . . . . .	3087	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	3130
<i>Angenommen</i> . . . . .	3101	35. Antrag der Fraktion der SPD betreffend die <b>Geschäftsordnung des Hessischen Landtags</b>	
84. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Landesregierung erpresst Hochschulpräsidenten und kürzt unverantwortlich an der Lehre</b>		– Drucks. 18/2359 – . . . . .	3115
– Drucks. 18/2430 – . . . . .	3087	<i>Dem Innenausschuss, federführend, und dem Ältestenrat, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	3130
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	3101	Nancy Faeser . . . . .	3115, 3123, 3128
Gernot Grumbach . . . . .	3087	Hermann Schaus . . . . .	3116, 3128
Rafael Reißer . . . . .	3089	Holger Bellino . . . . .	3117, 3129
Sarah Sorge . . . . .	3091, 3099	Wolfgang Greilich . . . . .	3118, 3121
Dr. Matthias Büger . . . . .	3093	Günter Rudolph . . . . .	3121
Janine Wissler . . . . .	3094, 3098	Jürgen Frömmrich . . . . .	3121, 3126
Ministerin Eva Kühne-Hörmann . . . . .	3096	Minister Volker Bouffier . . . . .	3124, 3127
Dr. Thomas Spies . . . . .	3098	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	3130
Hans-Jürgen Irmer . . . . .	3100	44. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, schwarz-gelbe Politik korrigieren, Politikwechsel einleiten</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	3101	– Drucks. 18/2390 – . . . . .	3130
		<i>Abgelehnt</i> . . . . .	3142

Seite	Seite
82. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Bildung und Betreuung als Schwerpunkte zukunftsfähiger Politik</b> – Drucks. 18/2425 – . . . . . 3130 <i>Abgelehnt</i> . . . . . 3142	Claudia Ravensburg . . . . . 3160 Dr. Judith Pauly-Bender . . . . . 3161 Minister Volker Bouffier . . . . . 3162 Hermann Schaus . . . . . 3162 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3163
87. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>generationsgerechte Finanzpolitik durch konsequente Prioritätensetzung</b> – Drucks. 18/2433 – . . . . . 3130 <i>Angenommen</i> . . . . . 3142 Tarek Al-Wazir . . . . . 3130 Peter Beuth . . . . . 3132, 3135 Mathias Wagner (Taunus) . . . . . 3134 Dr. Ulrich Wilken . . . . . 3135 Florian Rentsch . . . . . 3136 Günter Rudolph . . . . . 3138 Minister Stefan Grüttner . . . . . 3140 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 3142	68. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b> – Drucks. 18/2318 – . . . . . 3163 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3163
5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE)</b> – Drucks. 18/2377 – . . . . . 3142 <i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . . 3146 Staatssekretär Steffen Saebisch . . . . . 3142 Jürgen Lenders . . . . . 3143 Kai Klose . . . . . 3144 Michael Siebel . . . . . 3145 Günter Schork . . . . . 3145 Hermann Schaus . . . . . 3146 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 3146	50. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Studie und Maßnahmen gegen Jugendgewalt in Hessen</b> – Drucks. 18/2346 zu Drucks. 18/1071 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164
6. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag</b> – Drucks. 18/2378 – . . . . . 3146 <i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i> 3147 Minister Volker Bouffier . . . . . 3147 Vizepräsident Frank Lortz . . . . . 3147	52. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Vorlage eines jährlichen Sponsoringberichtes</b> – Drucks. 18/2348 zu Drucks. 18/2088 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164
7. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein <b>Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG)</b> – Drucks. 18/2379 – . . . . . 3147 <i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit, beteiligt, überwiesen</i> . . . . . 3157 Holger Bellino . . . . . 3147, 3154 Günter Rudolph . . . . . 3148, 3155 Jürgen Frömmrich . . . . . 3150 Hermann Schaus . . . . . 3151 Dr. Frank Blechschmidt . . . . . 3152 Minister Volker Bouffier . . . . . 3155 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3157	53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Aufkündigung des Konnexitätsprinzips durch die Landesregierung bei der Umsetzung der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten</b> – Drucks. 18/2351 zu Drucks. 18/1789 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164
8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes</b> – Drucks. 18/2345 zu Drucks. 18/1957 – . . . . . 3157 <i>In zweiter Lesung abgelehnt</i> . . . . . 3163 Dr. Frank Blechschmidt . . . . . 3157, 3162 Marjana Schott . . . . . 3157 Kordula Schulz-Asche . . . . . 3159, 3163	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Missbrauch der Leiharbeit verhindern</b> – Drucks. 18/2352 zu Drucks. 18/2091 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164
	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Leiharbeit und Lohndumping bekämpfen – Spaltung der Belegschaft beenden</b> – Drucks. 18/2353 zu Drucks. 18/2153 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164
	56. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Arbeitnehmerüberlassung ist ein wichtiger Stützpfiler der deutschen Wirtschaft und dient als Brücke in den Arbeitsmarkt</b> – Drucks. 18/2354 zu Drucks. 18/2274 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164

Seite	Seite
57. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Kopfpauschale stoppen</b> – Drucks. 18/2355 zu Drucks. 18/2092 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164	66. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Weiterbau der A 44</b> – Drucks. 18/2370 zu Drucks. 18/2246 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165
58. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Einführung der solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem</b> – Drucks. 18/2356 zu Drucks. 18/2275 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3164 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164	67. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Abg. Frankenberger, Grumbach, Siebel, Warnecke, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend <b>Weiterbau der A 44 durch verstärkte Anordnung von Sofortvollzug forcieren</b> – Drucks. 18/2371 zu Drucks. 18/2280 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165
59. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>soziale Ausgrenzung von Kindern von Geringverdienenden und Grundsicherungsempfängern verhindern</b> – Drucks. 18/2357 zu Drucks. 18/2093 – . . . . . 3164 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3164	77. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Steuerkonzept der FDP belastet Normalverdiener und Familien und treibt Land und Kommunen in den Ruin</b> – Drucks. 18/2401 zu Drucks. 18/2236 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165
60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Chancengleichheit und gesellschaftliche Beteiligung von Kindern sichern</b> – Drucks. 18/2358 zu Drucks. 18/2286 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165	78. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Reform fortsetzen – Bologna-Werkstätten an allen Hochschulen</b> – Drucks. 18/2404 zu Drucks. 18/2179 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165
61. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Erstellung einer umfassenden Gesamtbelastungsstudie Luftschadstoffe für den Ballungsraum Rhein-Main</b> – Drucks. 18/2361 zu Drucks. 18/2079 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165	79. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Bologna-Prozess: mit der Reform der Reform endlich ernsthaft beginnen</b> – Drucks. 18/2405 zu Drucks. 18/2239 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3166 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3166
63. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>hoch qualifizierte Arbeitsplätze bei der GTZ in der Rhein-Main-Region erhalten – Kooperation der Entwicklungsorganisationen verbessern</b> – Drucks. 18/2366 zu Drucks. 18/2085 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165	80. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Hochschulpakt auf Augenhöhe – Unterzeichnung des Hochschulpakts 2011 bis 2015 verschieben und unter Einbeziehung der Hochschulen neu verhandeln</b> – Drucks. 18/2406 zu Drucks. 18/2238 – . . . . . 3166 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3166 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3166
64. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden stoppen</b> – Drucks. 18/2367 zu Drucks. 18/2181 – . . . . . 3165 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 3165 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 3165	

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Heinrich Heidel  
Vizepräsidentin Sarah Sorge

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Michael Boddenberg  
Alfons Gerling  
Margaretha Hölldobler-Heumüller  
Judith Lannert  
Dr. Christean Wagner (Lahntal)  
Andrea Ypsilanti

(Beginn: 9:04 Uhr)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Einen schönen guten Morgen Ihnen allen. Ich begrüße herzlich die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne. Ich darf Sie am heutigen Mittwoch, dem 19. Mai 2010, zur 45. Plenarsitzung begrüßen. Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung. Die Punkte 1 und 2 haben wir gestern abgehandelt.

Es wurde interfraktionell vereinbart, **Tagesordnungspunkt 74**, zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Ausführungsgesetz zum Zensusgesetz 2011, von der Tagesordnung abzusetzen.

Dann sind weitere Anträge eingegangen: ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend neuer hessischer Hochschulpakt sorgt für Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit – Solidarpakt in wirtschaftlich schwieriger Zeit, Drucks. 18/2427. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 83 und könnte mit Tagesordnungspunkt 36 zu diesem Thema aufgerufen werden. – So beschlossen.

Weiterhin eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung erpresst Hochschulpräsidenten und kürzt unverantwortlich an der Lehre, Drucks. 18/2430. Ich gehe davon aus, dass auch hier die Dringlichkeit bejaht wird. – Dies ist so. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 84 und könnte ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 36 zum gleichen Thema aufgerufen werden. – Dann machen wir das so.

Zum Ablauf der Sitzung. Es ist vereinbart, dass wir – bei einer Mittagspause von zwei Stunden – heute bis 18 Uhr tagen. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 36: Antrag der Fraktion der SPD betreffend Chancen nutzen, Potenziale erschließen, Hochschulen ausbauen. Dazu werden, wie eben beschlossen, die Tagesordnungspunkte 83 und 84 aufgerufen. Danach folgt Tagesordnungspunkt 41: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen stärkt Investitionen in erneuerbare Energien. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 44.

Ich darf mitteilen, dass aus dem Kabinett heute entschuldigt fehlen: Herr Staatsminister Boddenberg, Herr Staatsminister Posch und Herr Staatsminister Hahn ab ca. 15 Uhr, Herr Ministerpräsident Koch ab ca. 15:30 Uhr.

Ich weise darauf hin, dass in der Mittagspause, also gegen 13 Uhr, in der Ausstellungshalle des Plenargebäudes die Ausstellungen „Neue Väter“ und „Blickpunkt Familie“ eröffnet werden. Ich würde mich freuen, wenn Ihnen dazu eine rege Teilnahme möglich wäre.

Noch ein Hinweis. Unsere Fußballmannschaft des Hessischen Landtags spielt heute Abend gegen die Stadt Frankfurt, d. h. gegen eine Auswahl der Stadtverwaltung, im FSV-Stadion. Wir wünschen allen viel Spaß und ein gutes Spiel, und dass alle gesund wieder von dieser Expedition zurückkehren.

(Zuruf von der Regierungsbank: Dass keiner den Ballack spielt!)

– Dass keiner den Ballack spielt, okay.

Ich weise darauf hin, dass im Anschluss an die Plenarsitzung heute Abend, ca. 18 Uhr, der Innenausschuss in 510 W zusammenkommt.

Ich komme zu einer Gratulation. Ich freue mich, dem verehrten Herrn Kollegen Klein (Freigericht) zum Geburtstag gratulieren zu dürfen. Herr Klein, herzlichen Glückwunsch des ganzen Hauses. Ich wünsche Ihnen ein gutes Jahr.

(Allgemeiner Beifall)

Letzter Hinweis, was die Formalien angeht: Ich freue mich, auf der Zuschauertribüne Herrn Jürgen Werth, Vorstandsvorsitzender des ERF, Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Allianz und ein großartiger Liedermacher. Herzlich willkommen, Herr Werth.

(Allgemeiner Beifall)

Wir steigen in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 36** auf:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Chancen nutzen, Potenziale erschließen, Hochschulen ausbauen – Drucks. 18/2382 –**

aufgerufen mit **Tagesordnungspunkt 83:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend neuer hessischer Hochschulpakt sorgt für Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit – Solidarpakt in wirtschaftlich schwieriger Zeit – Drucks. 18/2427 –**

und **Tagesordnungspunkt 84:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesregierung erpresst Hochschulpräsidenten und kürzt unverantwortlich an der Lehre – Drucks. 18/2430 –**

Wir beginnen mit dem Redebeitrag von Herrn Kollegen Grumbach für die SPD-Fraktion.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sehr guter Mann!)

Herr Grumbach, Sie haben zehn Minuten Redezeit, Sie kennen das.

### Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren heute in einer Kombination von langfristiger Debatte und aktuellem Anlass die hessische Hochschulpolitik. Wenn ich die Debatte und die Anlage der Debatte aus den Presseerklärungen der Landesregierung kommentieren darf, dann würde ich sagen: Es handelt sich hierbei um organisierte Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich finde es schon faszinierend: Wir haben einen der wichtigsten Bestandteile hessischer Landespolitik; es wird über abstrakte Finanzkonzepte geredet, doch in den Presseerklärungen gibt es keine Frage dazu, wie eigentlich die Situation an den hessischen Hochschulen aussieht. Damit setzt sich diese Landesregierung nicht auseinander.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an der Stelle einmal an die Debatten von gestern anknüpfen, weil wir hier nicht darüber reden, dass einfach

nur Hochschulpolitik betrieben wird, sondern darüber, dass Wirtschaftspolitik betrieben wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Die OECD hat in mehreren Studien relativ präzise herausgearbeitet, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Bildungsanstrengung und Wirtschaftswachstum gibt. Sie hat herausgearbeitet, dass für die einzelnen Betroffenen bessere Bildung gleichzeitig zu besser bezahlten Arbeitsplätzen führt. Es gibt weitere Studien, die sehr präzise beschreiben, dass Regionen mit einem hohen Angebot an Arbeitskräften, die gut ausgebildet sind, im Standortwettbewerb größere Vorteile haben als Regionen, die mit niedrigen Gewerbesteuern oder ähnlichen Ansiedlungsprojekten arbeiten. Das heißt: Wer hier Bildungspolitik so betreibt wie die Landesregierung, der schadet nicht nur den Menschen, sondern dem Wirtschaftsstandort Hessen. Allein das ist schon Grund genug, sich darüber zu beschweren.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe heute, anders als Sie es erwarten, die Reihenfolge umgekehrt, denn natürlich gibt es auch eine zweite Seite: Was heißt das für die Menschen? – Wir wissen, dass bessere Bildung für das eigene Leben, die Berufsqualifikation, den Berufserfolg und die Demokratie besser ist. Auch darum kümmert sich die Landesregierung gar nicht, sondern sie verfällt in ganz abstrakte Verantwortungslosigkeit. Das ist ein Anschlag auf die Wirtschaft und auf die Zukunft von Menschen, und, ich denke, die Hochschulpolitik in Hessen muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Dann lassen Sie uns einmal schauen, wie die Situation an den Hochschulen ist. Hochschulen in Deutschland und auch in Hessen sind bereits heute massiv unterfinanziert. Da geht es eben nicht um irgendwelche abstrakten Zahlen, wo man sich darüber streiten kann, ob es da 1.000 € mehr oder weniger sein müssen, sondern es geht schlicht um Lernbedingungen. An den hessischen Hochschulen gibt es Seminare mit 100 bis 150 Teilnehmern, Einführungsveranstaltungen mit über 500 Teilnehmern, und es sind auch nicht weniger geworden. Das heißt: Wir arbeiten hier – das haben wir in diesem Landtag in früheren Jahren offen benannt – mit einer dauernden Überlast, wo die Beschäftigten an den Hochschulen mehr tun, als sie müssen, damit die Studierenden überhaupt halbwegs vernünftig ausgebildet werden können.

Über diese Überlast wird aber nicht mehr geredet, sondern es wird abstrakt darüber gesprochen, dass irgendwelche Finanzgeschichten einzuhalten seien. Ich denke, gegenüber den Menschen, die dort studieren oder arbeiten, ist diese Politik unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Diese Situation wurde politisch hervorgerufen. Es ist ja nicht so, dass sich die Hochschulen das haben herausuchen können. Ich nenne einmal nur zwei der Faktoren. Der erste Faktor, Bachelor- und Masterstudiengänge, im Rahmen des Bologna-Prozesses eingeführt, sind personalintensiver. Das haben alle gewusst, die diese Einführung gewollt haben. Die Personalintensität ist in der Einführungsphase, bei der Umstellung ein Stück weit berücksichtigt worden, aber eben nicht für den Dauerbetrieb. Der zweite Faktor: Die doppelten Jahrgänge erfordern mehr Personal. Wem muss ich das erzählen? Die Landes-

regierung hat das in einer Antwort auf einen Berichtsantrag ja selbst deutlich gemacht.

Das heißt, die Hochschulen brauchen mehr, nicht weniger Geld. Wir schlagen dafür eine andere Strategie vor. Wir hatten in Hessen immer wieder, auch unter sozialdemokratischen Regierungen, die Strategie der „Untertunnelung“. Man hat gesagt: Na ja, die geburtenstarke Jahrgänge – bzw. deren Kinder oder Enkel – kommen jetzt an die Hochschulen; danach sinkt die Studierendenzahl wieder. Sorgen wir also dafür, dass wir da irgendwie durchkommen. Die Leute müssen fünf oder sechs Jahre lang Überlast machen, danach wird es wieder normal.

Diese Überlaststrategie hat niemals funktioniert, weil die Menschen besser als die Politik wussten, dass eine gute, auch universitäre Ausbildung für sie lebensentscheidend und für die Wirtschaft entscheidend ist. Das heißt, die Studierendenzahlen sind stärker gestiegen, als mit den Jahrgangsbreiten zu erklären wäre, weil die Leute genau wissen, dass sie mehr Bildung, eine bessere Ausbildung brauchen. Die Politik ist da nicht nachgekommen.

Unser Vorschlag lautet anders. Lassen Sie uns die doppelten Jahrgänge nutzen, durch eine angemessene Hochschulfinanzierung dafür zu sorgen, dass der Anstieg der Zahl der Studierenden infolge der doppelten Jahrgänge zu keinen Verschlechterungen an den Hochschulen führt. Das ist realistisch gedacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage noch keinen Ton über notwendige Verbesserungen. Ich sage nur: Lassen Sie uns die doppelten Jahrgänge nutzen, dass es nicht schlechter wird, und lassen Sie uns dann, wenn die doppelten Jahrgänge die Hochschulen durchlaufen haben, das dann frei werdende Potenzial nutzen, die Studienbedingungen zu verbessern. Das ist realistisch, auch bei knappen Zahlen. Wer unter den heutigen Bedingungen den Universitäten Geld wegnimmt, der betreibt keine realistische Politik, sondern eine Wachstumsbegrenzung für die Hochschulen. Das ist genau das Gegenteil einer verantwortungsvollen Politik.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Gleiches Geld bedeutet im Prinzip Wachstumsbegrenzung. Die Hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass der Anteil der Ausgaben dieses Ressorts um ungefähr 1,4 Milliarden € gestiegen ist. Das bestreitet überhaupt niemand. Sie haben aber das Problem, dass das im Vergleich der Bundesländer zu keinen messbaren Unterschieden geführt hat, weil alle Bundesländer den gleichen Weg gegangen sind. Im Jahr 1998 lag das Land Hessen bei den Hochschulausgaben pro Studierenden auf Platz 12, im Jahr 2009 auf Platz 11. Es teilt sich diesen Platz mit so „finanzkräftigen“ Ländern wie Berlin, dem Saarland und Sachsen-Anhalt – womit ich nichts gegen Sachsen-Anhalt gesagt haben will, sondern deutlich machen will, dass ein Land wie Hessen eigentlich in der Lage sein müsste, an der Stelle mehr und Besseres zu tun. Das haben wir, von der Wirtschaftskraft her gesehen, gegenüber Sachsen-Anhalt doch noch drin.

Ich glaube, dass ein Bundesländer-Vergleich, der so tut, als sei für Hessen nur ein Durchschnittsplatz zu erreichen, völlig danebengeht. Nein, ein Land wie Hessen, das davon lebt, dass hoch qualifizierte Leute im Ballungsraum Rhein-Main und im Raum um Kassel dafür sorgen, dass die Wirtschaft wächst – selbst in Zeiten, in denen die Wirtschaft anderer Länder nicht wächst –, braucht eine andere

Hochschulpolitik, und deshalb brauchen die Hochschulen mehr Geld.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich möchte noch einen Satz zum Aufwuchs sagen. Das darf ein Sozialdemokrat in aller Gelassenheit tun. Wenn wir über die Entwicklung der Ausgaben für hessische Hochschulen reden, dann hat das weniger mit der Entwicklung der letzten Jahren als mit dem Wirken einer freidemokratischen Wissenschaftsministerin zu tun, die Ruth Wagner hieß. Ich sage das so ungeschützt, denn ich habe das Gefühl, dass sich heute viele hinter dem verstecken, was sie durchgesetzt hat. Ich sage das einmal ganz freundlich.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das war eigentlich ein Lob!)

– Ja, das war ein Lob. Das kommt vor.

(Heiterkeit bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir reden hier auch über Zahlen. Tarek Al-Wazir hat es gestern schon gesagt: Wir reden im Prinzip bei dem Geld, um das wir in den letzten zwei Wochen gestritten haben, über die Hälfte dessen, was den Hotelunternehmen geschenkt worden ist. Wir haben in diesem Landtag darüber debattiert, dass wir eine ganze Reihe von Problemen nicht hätten, wenn die Landesregierung an dieser Stelle im Bundesrat ein Stoppzeichen gesetzt hätte. Das heißt, die Finanzpolitik, die die Landesregierung mit zu vertreten hat, führt zu den Folgen, die Sie jetzt, sozusagen als Naturgesetz, argumentativ gegen andere verwendet. Sie versuchen, sich auch hier aus der Verantwortung zu stehlen. Wer dafür sorgt, dass das Land weniger Geld hat, darf die Folgen nicht auf andere abwälzen, sondern muss sich seiner Verantwortung stellen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich komme zu dem Punkt, den ich überhaupt nicht mehr verstehe. Ich erlebe ständig, dass diese Ministerin die Autonomie der Hochschulen beschwört. Autonomie heißt, dass die Hochschulen für das, was sie angeht, selbst Verantwortung übernehmen, dass sie Verantwortung für die Finanzen und sonstigen Ressourcen haben und sagen können, was geht und was nicht geht. Wenn das so wäre, dann wäre der Umgang mit den Hochschulen ein Verhandeln auf Augenhöhe. Was die Ministerin macht, ist aber herrschaftsstaatliches Handeln, ein Handeln von oben herab, Erpressung. Das ist das Gegenteil von Autonomie.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Grumbach, bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

An der Stelle wird deutlich: Wenn es eng wird, ist die Autonomie nichts wert, wenn es eng wird, ist auch die Verantwortung nichts wert, dann regiert in Hessen die Verantwortungslosigkeit. Ich denke, wir brauchen nicht nur eine andere Hochschulpolitik, sondern auch eine Debatte darüber, was in dieser Gesellschaft gute Bildung wert ist, die sich nicht in Sonntagsreden, sondern in praktischer Politik ausdrückt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Grumbach. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Reißer zu Wort gemeldet.

#### **Rafael Reißer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Erstes freuen sich die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion außerordentlich darüber, dass wir einen neuen Hochschulpakt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir danken der Frau Ministerin ausdrücklich für diese hervorragende Arbeit,

(Lachen bei der SPD)

dafür, dass Sie diesen Hochschulpakt zusammen mit den Hochschulen hinbekommen haben, sodass diese für die nächsten fünf Jahre eine Planungssicherheit haben. Frau Ministerin, das, was Sie zusammen mit den Hochschulen geleistet haben, war ein hervorragender Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Grumbach, zu dem, was Sie im Zusammenhang mit den 365 Tagen erklärt haben, kann ich nur sagen: Ich weiß gar nicht, in welchem Land Sie leben. Die Realität ist an Ihnen komplett vorbeigegangen. In den letzten Tagen, Wochen und Monaten haben wir dafür gestritten, dass es an unseren Hochschulen besser wird, dass sie eine bessere Perspektive erhalten, aufbauend auf dem, was Sie uns hinterlassen haben. Es herrschten katastrophale Zustände sowohl in den Hochschulen als auch in Forschung und Lehre. In den letzten zehn Jahren ist dieser Bereich sukzessive aufgebaut worden. Das ist eine hervorragende Leistung. An der Stelle muss man das einfach sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Michael Siebel (SPD): Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen!)

Ihre Behauptung, dass es sich hierbei um eine Reduzierung handelt, ist einfach nicht korrekt, auch wenn Sie es immer wieder betonen. Mit den Hochschulen ist ein Vertrag geschlossen worden, und das ist der Vollzug des alten Hochschulpakts. Auch wenn Sie sich immer wieder hierhin stellen und von Kürzungen reden, ist es eindeutig so, dass dieser Hochschulpakt vollzogen ist und wir jetzt einen neuen haben. Über den sollten wir uns freuen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) – Gegenruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Herr Spies, Sie können nicht rechnen!)

Wir sollten uns genau anschauen, was für Vorteile er den Hochschulen in den nächsten Jahren bringt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wird in den nächsten fünf Jahren keine Reduzierung der Mittel um 1,5 % geben, wie wir es in den letzten fünf Jahren erlebt haben. Dieser Bereich wird gedeckelt. Das heißt, es gibt keine Reduzierung mehr. Vielmehr gibt es die Option, dieses Budget um zweimal 20 Millionen €

aufzustocken, falls die Steuereinnahmen wieder steigen sollten. Das ist die Perspektive, die wir dort haben. Ich glaube, in Bezug auf das Grundbudget ist das hervorragend.

Herr Grumbach, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich jetzt auch die anderen Sachen noch einmal zu Gemüte führten; denn das, was Sie hier gesagt haben, halte ich für ungeheuerlich. Dass Sie hier von „Erpressung“ sprechen, ist eine unglaubliche Entgleisung. Das kann man so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn man sich Ihren Antrag noch einmal genau anschaut, stellt man fest, dass dort „geplante Kürzungen“ steht. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass es sich um eine vertragliche Vereinbarung in dem alten Hochschulpakt handelt, die vollzogen worden ist.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Bei dem anderen Punkt geht es um die doppelten Abiturjahrgänge. Wir haben vor wenigen Wochen hier schon einmal darüber diskutiert, dass wir in Hessen die Besonderheit haben, dass das nicht auf zwei, sondern auf drei Abiturjahrgänge verteilt worden ist, damit die Auswirkungen abgeschwächt sind und es leistbar ist.

Dafür werden die HEUREKA-Mittel bereitgestellt. Wir geben in diesem Bereich über 3 Milliarden € aus. Dadurch werden sich die Bedingungen an den Hochschulen dramatisch verbessern, sodass man davon ausgehen kann, dass alle Hochschulgebäude neu gebaut oder komplett saniert sind. Das ist eine hervorragende Leistung. Die können Sie an dieser Stelle nicht schlechtreden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Ihrem Antrag steht außerdem der Satz, dass die Aufnahme eines Studiums an einer hessischen Hochschule zu ermöglichen sei. Herr Grumbach, das ist heute schon möglich. Ich weiß gar nicht, wie man einen solchen Satz hineinschreiben kann. Das ist mir völlig unverständlich.

Es geht jetzt um die nächsten fünf Jahre. Wir haben das im Hochschulpakt 2020 dahin gehend geregelt, dass wir bei der Erhöhung der Zahl der Studienplätze den Schwerpunkt auf die Fachhochschulen legen. Das heißt, der Hochschulpakt 2020 wird insbesondere den Fachhochschulen gerecht werden, weil die Mittel, die dort eingesetzt werden, zu 60 % an die Fachhochschulen und zu 40 % an die Universitäten gelangen. Die MINT-Studiengänge und das duale Studienangebot werden dadurch gestärkt. Das heißt, der Hochschulpakt ist auch in dieser Hinsicht zukunftsweisend und in die richtige Richtung zeigend.

Auch über den Bologna-Prozess haben wir hier schon öfter gesprochen. Wir haben festgestellt, dass es in diesem Bereich einen erheblichen Nachholbedarf gibt. Erhöhung der Mobilität, Reduzierung der Prüfungs- und Arbeitsbelastungen der Studenten und mehr Flexibilität sind hier gefordert. Das haben wir in diesem Hause besprochen. Wir werden das sukzessive angehen.

Herr Kollege Grumbach, die Hochschulen haben unter dem Gesichtspunkt der Autonomie dort eine Verantwortung. Das ist ihre Aufgabe, und dieser Aufgabe müssen sie gerecht werden. Sie haben die Freiheit, und dafür müssen sie jetzt auch die Verantwortung übernehmen. Das ist richtig so. Ich denke, dann wird sich auch die Qualität verbessern.

Die Ausweitung des Erfolgsbudgets ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die Richtung, für mehr Wissenschaft zu sorgen, mehr Absolventen zu bekommen und den Technologietransfer zu stärken. Ich glaube, dass wir, was diese Aufgaben betrifft, in Zukunft noch stärker werden können.

Das HEUREKA-Programm habe ich bereits erwähnt. All diese Mittel werden uns weiter zur Verfügung stehen. Es handelt sich um 250 Millionen €. Durch das Sonderinvestitionsprogramm werden weitere 354 Millionen € hinzukommen. Ferner gibt es das Konjunkturprogramm I und das Konjunkturprogramm II des Landes und des Bundes und das LOEWE-Programm mit 90 Millionen €. Herr Grumbach, ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass in diesem Bereich alle Mittel gekürzt worden sind. Dass man so etwas sagt, ist im Prinzip eine Verdummung der Leute. Her Kollege, das kann so nicht stehen bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei den Qualitätssicherungsmitteln handelt es sich um die Mittel, die den Hochschulen nach dem Wegfall der Studiengebühren vom Land Hessen zur Verfügung gestellt werden. Das heißt, es muss darauf geachtet werden, dass diese 92 Millionen € auch wirklich bei der Lehre ankommen und nicht in irgendwelchen Rückstellungen geparkt werden, weil man keine Idee hat, wie sie ausgegeben werden können. Das muss dringend gemacht werden. Es hilft auch den Studenten. Deswegen muss es dringend voran gebracht werden.

In dem Zusammenhang sind auch die Drittmittel zu erwähnen, die den Hochschulen in gewisser Weise helfen können. Deswegen glauben wir, dass wir in diesem Bereich mit dem Gesamtpaket eine hervorragende Ausgangsposition haben. Wir haben auch eine Hochachtung vor den Präsidenten und der Präsidentin, die diesen Hochschulpakt jetzt alle unterschrieben haben.

(Lachen bei der SPD)

Es liegt in der Verantwortung der Hochschulen. Wenn es solche Einschnitte gibt, man aber auch eine Sicherheit für die nächsten fünf Jahre hat, ist das die richtige Entwicklung. Das ist die Sicherheit, die die Hochschulen brauchen, um planen zu können. Ich glaube, das ist der richtige Schritt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege, Sie haben vorhin noch einmal erwähnt, wie furchtbar das alles im Vergleich zu anderen Bundesländern ist. Schauen Sie sich einmal die Zahlen des Statistischen Bundesamts an. Dort ist bekannt gegeben worden, dass die Hochschulen 36 Millionen € für Bildung ausgegeben haben. Mit einer Zunahme der Hochschulausgaben um 19 % – das wird explizit erwähnt – ist Hessen in diesem Bereich führend. Sie sehen, dass es in Hessen gar nicht so schlecht sein kann.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege, Sie müssen einmal die richtige Statistik lesen, statt immer in alten Mottenkisten nach Zahlen zu kramen, die sonst keiner glaubt. Wenn Sie die richtigen Statistiken lesen, wissen Sie, was wirklich gut ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Nicht 36 Millionen €, sondern 36 Milliarden €!)

– Milliarden, nicht Millionen. Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie aufgepasst haben. Das ist das erste Mal heute Morgen. Das ist prima.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin froh, dass der Hochschulpakt, den CDU und FDP ausgearbeitet haben, unterschrieben worden ist. Wir werden den Hochschulen weiterhin –

(Unruhe)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Reißer, eine Sekunde. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit alle Herrn Reißer gut hören können. Reden Sie nacheinander, aber bitte nicht gegeneinander.

(Beifall bei der CDU)

**Rafael Reißer (CDU):**

Ich glaube, dass wir die besten Voraussetzungen haben, um weiter konzentriert an der Bildung und an der Hochschulbildung zu arbeiten. Ich bin guten Mutes, dass die Voraussetzungen dafür jetzt geschaffen worden sind. Wir werden das zusammen mit den Präsidenten und der Präsidentin der Hochschulen sowie mit den Studenten weiterhin begleiten. Auch das ist ein wichtiger Punkt. Ich denke, damit sind die besten Voraussetzungen gegeben. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Kollege Reißer. – Jetzt spricht Frau Kollegin Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Guten Morgen, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Hochschulpakt ist ursprünglich aus der Idee entstanden, gemeinsam mit den Hochschulen auszuhandeln, vor welchen Zukunftsaufgaben sie stehen und mit welchen konkreten Schritten, mit welchen Schwerpunkten und natürlich auch mit welchen Mitteln diese Zukunftsaufgaben zu meistern sind. Die Hochschulen und das Land haben sich dabei in der Vergangenheit als Partner verstanden – als Partner, die am gleichen Ziel interessiert sind.

Die Hochschulen hatten in den letzten Jahren durchaus auch immer ein Einsehen, dass sie mehr Studierende aufnehmen müssen, als sie finanziert bekommen, und dass die Unterfinanzierung der Hochschulen nur in kleinen Schritten ausgebessert werden kann. Spätestens seit gestern kann man aber sagen, dass sich das Land von diesem partnerschaftlichen Umgang miteinander verabschiedet hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wissenschaftsministerin und auch der Finanzminister haben die Hochschulpräsidenten in ihrem Gespräch in der letzten Woche ganz unverhohlen erpresst. Sie haben den Präsidenten, die nicht unterschreiben wollten, mit weiteren Kürzungen für ihre Hochschulen gedroht und

damit die Unterschrift der Präsidenten unter den Pakt erzwungen. Dieser Stil gegenüber den Hochschulen ist wirklich unerträglich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Protokollnotiz zum Hochschulpakt, die von den Präsidenten aller fünf Fachhochschulen sowie den Präsidenten der Universitäten Kassel und Gießen und der Präsidentin der Universität Marburg unterzeichnet wurde, hat die Not der Präsidentin und der Präsidenten nochmals eindrücklich belegt. In einer Erklärung zu der Protokollnotiz heißt es:

Durch diese wird deutlich, dass die heute erfolgten Unterschriften keine inhaltliche Zustimmung zum Pakt bedeuten, sondern lediglich der Tatsache geschuldet sind, dass nicht unterzeichnenden Hochschulen noch härtere Einsparungen angedroht worden sind.

(Zuruf von der SPD: Wenn das nicht Erpressung ist!)

Meine Damen und Herren der CDU und meine Herren der FDP, auch der Präsident der Frankfurter Universität, Herr Müller-Esterl, der diese Protokollnotiz nicht unterzeichnet hat, hat von einer Unterschrift ohne Überzeugung gesprochen. Andere Hochschulpräsidenten haben schon seit Tagen davon gesprochen, das sei eine Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Der Präsident der Fachhochschule Frankfurt hat gestern zur Unterzeichnung sogar gesagt, er habe das Gefühl, sein Rückgrat an der Garderobe abgeben zu müssen.

(Zurufe von der CDU – Zuruf: Das ist doch sein Problem!)

Meine Damen und Herren der CDU und der FDP, ich finde, das alles ist sehr dramatisch.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh!)

Noch dramatischer, finde ich, ist der Umgang der Wissenschaftsministerin mit diesen großen Ängsten und Nöten der Hochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Oh!)

Die Ministerin sagt zu diesem Sachverhalt ganz lapidar: Die Protokollnotiz ist nicht Bestandteil des Hochschulpakts.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Unverschämtheit!)

Frau Ministerin, doch, das ist sie. Sie ist die politische Bewertung des Pakts durch acht der zwölf Hochschulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Frau Ministerin, sie stellt einen Hilfeschrei dar, den Sie endlich ernst nehmen sollten.

Mit der Protokollnotiz bestätigen sich unsere Befürchtungen, dass die Details des Paktes erhebliche negative Auswirkungen auf die Hochschulen haben werden. Die Präsidenten haben in ihrer Erklärung nicht nur die Kürzung in Höhe von 30 Millionen € kritisiert, sondern sie haben auch wiederholt die Verschiebung von 20 Millionen € aus

der Grundfinanzierung in Richtung Erfolgsbudget kritisiert.

Wir teilen diese Kritik, denn diese starken Kürzungen gerade in der Lehre sind eine falsche und eine unnötige Richtungsentscheidung. Menschen für den Arbeitsmarkt und natürlich auch für die Wissenschaft gut auszubilden ist die Kernaufgabe der Hochschulen. Wer diesem Bereich bei auch noch steigender Zahl der Studierenden das Geld entzieht, nimmt erhebliche Qualitätsverschlechterungen in Kauf. Dass die Landesregierung nicht wenigstens hier eingelenkt hat, ist nicht nachzuvollziehen.

Herr Grumbach hat das in seiner Rede schon sehr eindrücklich beschrieben. Die Hochschulen werden in den kommenden Jahren aufgrund der weiter steigenden Zahl der Studierenden, aufgrund des größeren Betreuungsaufwandes durch die Bologna-Reform und aufgrund der seit Jahren bestehenden Unterfinanzierung vor der großen Herausforderung stehen, die Qualität des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit auf hohem Standard zu halten. Das sollte honoriert und nicht ignoriert werden. Dass sich die Landesregierung hier trotz aller Warnungen von den Hochschulen, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit vor ihrer Verantwortung drückt, statt zu einem partnerschaftlichen Dialog mit den Hochschulen zurückzukehren, zeigt, dass die Landesregierung die fatalen Auswirkungen des Paktes auf die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen nicht verstanden hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Reißer, Sie haben das Programm HEUREKA gelobt und gesagt, dass die Landesregierung damit den Anforderungen durch die doppelten Abiturjahrgänge gerecht werden würde. Dazu kann ich nur, ohne etwas gegen das Programm HEUREKA sagen zu wollen, sagen: Was nutzt es den Studierenden in der Zukunft, in modernen Hörsälen zu sitzen, wenn die Lehrenden nicht mehr da sind, weil die Hochschulen kein Geld mehr haben? – Sie sitzen dann in den modernen Hörsälen, in die keiner mehr zum Lehren kommt. Das kann doch wirklich nicht Ihr Plan für die Hochschulen sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Damit, dass der Ministerpräsident auch noch die Kürzung der Mittel bei den Kindern und in der Bildung in den Fokus der Debatte um die durchaus notwendigen Kürzungen gestellt hat, ist er den wichtigen Zukunftsaufgaben unseres Landes wirklich nicht gerecht geworden. Wir erinnern uns noch daran: Er war es doch, der bei wichtigen Weichenstellungen in der Vergangenheit in die falsche Richtung gelenkt hat. Wer war es denn, der im Bundesrat eine schauspielerische Leistung schon allein bei der Behandlung der Exzellenzinitiative hingelegt hat? Er war es auch, der bei der Föderalismusreform maßgeblich dafür gesorgt hat, dass sich der Bund bei der Bildung herauszuhalten hat. Heute müssen wir doch feststellen, dass das die Entscheidung genau in die falsche Richtung war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ohne die Föderalismusreform könnten sich Bund und Länder auf die Verteilung der notwendigen Aufgaben bei der Bildung neu verständigen. Der Ministerpräsident sollte hier auf die Kritik aus seinen eigenen Reihen hören und damit endlich das Beschreiten des Weges hin zu einer Verständigung über wichtige Ziele und zum gemeinsamen Arbeiten an Lösungen ermöglichen.

Ich möchte gerne noch etwas zur FDP sagen. Herr Grumbach hat es hier schon angesprochen. Ich habe es in meiner letzten Rede zum Hochschulpakt auch schon angesprochen. Die FDP hat in einer Koalition aus CDU und FDP unter Ruth Wagner durchaus immer sehr stark ihre Stimme gerade für die Hochschulen erhoben. Gerade dann, wenn falsch entschieden wurde, wurde sie auch oft sehr laut.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich kann Ihnen jetzt zitieren, wie das bei der FDP noch vor fünf Jahren aussah. Die FDP forderte damals in einer Pressemitteilung die Hochschulpräsidenten zum zivilen Ungehorsam auf.

Jörg-Uwe Hahn und Nicola Beer: „Nicht mitschuldig werden an CDU-Finanzkürzungen“

Weiter heißt es in dieser Pressemitteilung:

Mit ihrer ungewöhnlichen Initiative will die hessische FDP jeden Hochschulpräsidenten ermutigen, „ja sogar auffordern, auf gar keinen Fall einer weiteren Absenkung der Landesmittel für die jeweilige Hochschule zuzustimmen. Sie würden damit die Verantwortung mit übernehmen, dass die Hochschulen im Lande Hessen, ihre Hochschule speziell, künftig geringere Finanzmittel erhält.“

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Recht haben sie!)

Meine Herren der FDP, weiterhin steht da:

„Die FDP kämpft gemeinsam mit jedem einzelnen Hochschulpräsidenten mindestens für die Beibehaltung der jetzigen Finanzströme seitens des Landes Hessen“, ...

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Meine Herren der FDP, man kann dazu sagen: Das ist fünf Jahre her. – Ich würde mich freuen, wenn Sie allein einmal aufgrund Ihrer Pressemitteilung zum Hochschulpakt von vor fünf Jahren nachdenklich würden.

Die Präsidenten, die die Protokollnotiz zum Hochschulpakt unterzeichnet haben, sagen in einer Erklärung dazu:

Die am 18. Mai geleisteten Unterschriften unter den Hochschulpakt 2011 bis 2015 stellen für acht von zehn unterzeichnenden Hochschulen nicht das Ende der Diskussion dar.

Zu groß erscheinen die Gefährdungen, denen die hessischen Hochschulen in den kommenden Jahren unterliegen könnten.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Sorge, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich eindringlich, über den eingeschlagenen Weg in der Hochschulpolitik noch einmal nachzudenken. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Sorge. – Als Nächster spricht Herr Bürger für die Fraktion der FDP.

**Dr. Matthias Büger (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will hier und heute in einer über Wochen aufgeheizten Stimmung einen klaren Blick auf die Fakten werfen und die Wahrheit da suchen,

(Lachen bei der SPD)

wo sie inzwischen – Herr Grumbach – recht kunstvoll versteckt ist.

(Beifall bei der FDP – Dr. Thomas Spies (SPD): Keine Drohung!)

Fangen wir mit der Behauptung an, die Landesregierung wolle im Hochschulbereich kürzen, also den Hochschulen das ihnen eigentlich zustehende Geld wegnehmen. Das ist nicht korrekt. Das ist eines der vielen Märchen, die in den letzten Wochen erzählt worden sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) – Gegenruf des Abg. Florian Rentsch (FDP): Herr Spies, Sie können sich nicht selber behandeln!)

Zunächst will ich mich der Frage widmen, welches Geld den Hochschulen eigentlich zusteht. Letztendlich sind es die finanziellen Mittel, die im letzten Hochschulvertrag vereinbart worden sind. Herr Spies, im Hochschulvertrag gab es einen Ausgangsbetrag, der pro Jahr um 1,5 % erhöht oder abgesenkt werden sollte – je nachdem, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln. Im letzten Haushalt, auch daran will ich erinnern, haben wir vertragsgemäß noch 1,5 % draufgelegt. Trotz schwieriger Haushaltslage haben wir unsere vertraglichen Verpflichtungen erfüllt. Aber Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, tun gerade so, als sei der im selben Vertrag vereinbarte Rückgang eine Kürzung durch das Land, ein Bildungskahlschlag, ein Sparen an der Bildung. Das ist abenteuerlich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Kommen wir an der Stelle zum nächsten Märchen, die Hochschulen hätten keine Perspektiven. Wir alle hoffen, dass sich die wirtschaftliche Situation stabilisiert.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

In dieser Situation anzubieten, dass der Etat der Hochschulen in den nächsten fünf Jahren selbst bei schlechtestmöglicher Entwicklung nicht sinken wird, ist eine Perspektive, um die andere Ressorts den Bereich Wissenschaft und Forschung beneiden. Dass bei positiver Entwicklung sogar noch ein Anstieg um 220 Millionen € ohne gleiches Risiko eines Rückgangs angeboten wird, ist beispiellos.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

An der Stelle will ich auch klar sagen: Wir tun das nicht, weil wir hier gelobt werden wollen,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

sondern weil wir wissen, wie wichtig gute Hochschulen, Forschung und Lehre für die Zukunft unseres Landes sind.

(Michael Siebel (SPD): Es gab ja nichts bei Ihnen zu loben!)

Meine Damen und Herren, das dritte Märchen besteht darin, es fließe immer weniger Geld in die Bildung. Angeblich müssten die Studenten überall auf dem Boden sitzen, weil gar kein Platz mehr in überfüllten Hörsälen sei. Die Wahrheit ist, dass das Land – ich kann an Herrn Reißer anschließen – mit HEUREKA pro Jahr durchschnittlich 200 Millionen € in den Bau neuer Hochschulgebäude steckt und damit für neue Hörsäle, Seminare und Labore sorgt.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das sind, um die Zahl herunterzubrechen, pro Student und Jahr über 3.000 €. Gleichzeitig sind die neuen Gebäude im Übrigen energetisch günstiger und brauchen weniger Wartung. Dadurch können die Hochschulen Kosten für Gebäudeunterhaltung einsparen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Gegenruf des Abg. Horst Klee (CDU): Herr Schmitt!)

Die Wahrheit ist, dass noch nie – Herr Schmitt – so viel Geld in die hessischen Hochschulen geflossen ist wie im Jahr 2010.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Wahrheit ist, dass das Land zusätzlich zu den vertraglich vereinbarten Mitteln 90 Millionen € jährlich in das Forschungsprogramm LOEWE steckt. Die Wahrheit ist, dass das Land die Hochschulen so stellt, als bekämen sie noch die 92 Millionen € Studiengebühren. Diese Gelder fließen im Übrigen zusätzlich zum Pakt aus der Landeskasse, weil die Hochschulen für die Verwaltung der Studiengebühren überlassene Gelder sogar noch behalten durften, obwohl nun gar keine Verwaltungskosten mehr anfallen.

Die Wahrheit ist, dass das Land über den Hochschulvertrag hinaus an weiteren Stellen Geld in die Hochschulen investiert. Zu nennen sind, um einzelne Bereiche aufzuführen, das Konjunkturpaket des Landes, die Exzellenzinitiative, der Hochschulvertrag 2020 mit dem Bund, der auch Mittel für den Umgang mit den mehrfachen Abiturjahrgängen bereitstellt. Meine Damen und Herren, es ist ein Märchen, dass schwarz-gelbe Regierungen an der Bildung sparen und Rot-Grün mehr für Bildung ausgibt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es ist ein Märchen, das Sie turnusmäßig hier verbreiten, obwohl Sie wissen, dass es nicht der Realität entspricht. Ich weiß, dass Sie von der Opposition die Zahlen Ihrer letzten Regierungsperiode nicht mehr gern hören wollen. Wahr ist nämlich, dass die Gesamtbudgets für die hessischen Hochschulen seit 1999 um über 40 % angestiegen sind,

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

und zwar selbst dann, wenn man den vertragsbedingten Rückgang um 2,2 % für 2011 einrechnet. Diese Zahlen belegen, dass die Forderung der demonstrierenden Studenten nach plus 10 % in den letzten zehn Jahren gleich mehrfach von uns erfüllt wurde.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

In Ihrer rot-grünen Regierungszeit haben Sie den Studenten wohlfeile Worte gegeben. Wir geben ihnen Geld und Autonomie. Herr Grumbach, gute Politik ist eben ein Handwerk und kein Mundwerk.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Meine Damen und Herren, ein Märchen ist auch, dass die Hochschulen ausgezehrt seien, schon heute kaum über die Runden kämen und die 30 Millionen € – vereinbart oder nicht – nun der Todesstoß seien. Wahr ist, dass die hessischen Hochschulen über 210 Millionen € an Rücklagen angesammelt haben – nur die Steuergelder, Drittmittel privater Geldgeber noch gar nicht eingerechnet. Das ist siebenmal mehr als das, was jetzt diesen diskutierten Rückgang ausmacht.

Selbst von den Qualitätssicherungsmitteln, die zur Verbesserung der Lehre gedacht waren, ist ein zweistelliger Millionenbetrag in die Rücklagen geflossen. Wahr ist im Übrigen auch, dass das bürokratische Monstrum, das Rot-Rot-Grün um die Mittelvergabe aufgebaut hat, die Ausgabe dieser Mittel in großem Maße erschwert.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, eine ganze Gruppe von Märchen besteht in der angeblichen Benachteiligung der jeweiligen Hochschule durch die Kennzahlen, nach denen die Gelder auf die Hochschulen verteilt werden. Diese Märchen werden mit Vorliebe von den Hochschulen verbreitet. Ich weiß, dass die Parameter der sogenannten LOMZ notwendigerweise generalisieren müssen und nicht jeder Sondertatbestand abgebildet werden kann. Natürlich ist es legitim, Gerechtigkeit einzufordern.

(Zurufe von der SPD: Aha! – Dr. Thomas Spies (SPD): Warum denn auch nicht?)

Wir streben diese Gerechtigkeit auch an. Es darf aber nicht sein, dass jeder „Gerechtigkeit“ sagt und damit meint, dass er selbst mehr bekommen soll.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Wahrheit ist, dass die Verhandlungen zum Hochschulpakt ähnlich wie Tarifverhandlungen ablaufen. In einer solchen Situation wird jeder sagen, dass ihm eigentlich Unrecht angetan wird und ihm viel mehr zustünde. Wer mit seinem Status zufrieden ist, der schwächt seine Verhandlungsposition. Deshalb gehört Klappern zum Geschäft. Ärgerlich ist nur, dass darüber öffentlich der falsche Eindruck entsteht, nun ginge es den Hochschulen so schlecht wie nie, und eigentlich stünden unsere Hochschulen kurz vor dem Zusammenbruch. Mit der Wirklichkeit hat dies wenig zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will zusammenfassen. Die Zeiten sind nicht einfach. Das wissen wir. Aber diese Landesregierung und die sie tragende Koalition stellen sich ihrer Verantwortung für die Bildung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Ach!)

Meine Damen und Herren, auch in der Krise geben wir der Bildung eine sehr hohe Priorität. Dies soll und wird auch in Zukunft entgegen anderslautenden Berichten so bleiben. Etwas anderes wäre mit uns als FDP auch nicht machbar.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Meine Damen und Herren, ich begrüße, dass gestern alle Hochschulpräsidenten den Pakt unterschrieben haben. Dass am Ende harter, aber fairer Verhandlungen keiner der Hochschulpräsidenten seine Maximalposition durchsetzen konnte, liegt im Wesen von Verhandlungen. Dass alle – im Übrigen zumeist mit Rückendeckung ihrer Gremien – unterschrieben haben, zeigt aber, dass jeder am Ende mehr Vorteile als Nachteile von dem Pakt erwartet. Es zeigt, wie hoch die finanzielle Sicherheit eingeschätzt wird, die wir nun den hessischen Hochschulen bieten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass eine Opposition aus ihrem Rollenverständnis heraus das Haar in der Suppe sucht.

(Florian Rentsch (FDP): Ich verstehe es nicht!)

Aber machen Sie bitte nicht mit den Märchen vom angeblichen Bildungskahlschlag unseren Standort schlecht, Herr Grumbach.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Grumbach, Frau Sorge, was wäre, wenn die Menschen Ihr Märchen tatsächlich glaubten und Hessen als Standort den Rücken kehrten? Dann würde Hessen tatsächlich Schaden nehmen – trotz aller finanziellen Anstrengungen, die wir unternehmen.

(Gernot Grumbach (SPD): Die Wahrheit!)

Wir alle, sowohl die Mitglieder der Hochschulen als auch die Fraktionen in diesem Hause, haben eine Verantwortung für den Hochschulstandort Hessen. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

In diese Richtung sage ich: Folgen Sie diesem unserem Beispiel. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Dr. Büger. – Frau Wissler, ich darf Ihnen das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteilen.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale in Nordrhein-Westfalen hat der Ministerpräsident sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wo seiner Meinung nach in Zukunft gespart werden soll: in erster Linie bei der Bildung – und das, Herr Ministerpräsident, auch noch im Namen der Generationengerechtigkeit. Absurder geht es doch kaum.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der „Spiegel“ hat Ihre Pläne, wie ich finde, treffend kommentiert, indem er geschrieben hat, sie würden zu einem „kulturellen und ökonomischen Siechtum“ führen, kämen einer „Kriegserklärung an die Jugend und an die Zukunft des Landes“ sehr nahe und würden „den Gegenwartsegoismus auf die Spitze treiben“. Damit qualifiziere

sich Koch als Präsident des Bankenverbandes, aber nicht für ein Staatsamt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da will ihn auch keiner!)

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Herr Ministerpräsident, Sie erklären: „Wir leben dramatisch über unsere Verhältnisse.“ Das mag vielleicht für Sie und für manch anderen auch stimmen, aber für die Mehrheit der in Deutschland lebenden Menschen stimmt das ganz sicher nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn nur 10 % der Bevölkerung verfügen über zwei Drittel des Vermögens. Ich würde gerne einmal darüber reden, welchen Anteil diese 10 % an den Kosten dieser Krise bezahlen können. Wenn es aber um Ihre Klientel geht, dann halten die Denkverbote, die Sie beim Sparen beklagen, bei Ihnen offensichtlich weiter an.

Sie wollen jetzt in Hessen die „Operation keine Zukunft“ einläuten, denn jetzt wird deutlich, wo jenes Geld eingespart wird, das Ihre Parteifreunde in Berlin reichen Hoteliers, reichen Erben in den Rachen geworfen haben, nämlich an den Hochschulen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Eieiei!)

Der neue Hochschulpakt sieht Kürzungen in Höhe von 30 Millionen € vor. Etwa so viel kostet Hessen allein die Beschonkung der Hoteliers jährlich. Diese 30 Millionen € wollen Sie jetzt an den öffentlichen Hochschulen einsparen – trotz aller Lippenbekenntnisse vom Bildungsland Nummer eins und trotz aller Sonntagsreden, wie wichtig denn die Bildung, die Forschung und die Lehre seien.

Frau Ministerin, wenn Sie das auch noch „Solidarpakt“ nennen, dann frage ich Sie: Solidarität mit wem denn, bitte? Solidarität mit den Hotelbesitzern, oder mit wem sollen die Hochschulen denn da, bitte, solidarisch sein?

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Man kann es bald nicht mehr hören!)

Bereits jetzt liegt Hessen bei den Ausgaben für Bildung weit hinten. Trotzdem wollen Sie mit diesem Pakt jetzt die öffentlichen Hochschulen weiter kaputtsparen. Meine Damen und Herren, mehr als 10.000 Menschen haben am Dienstag letzter Woche anlässlich der geplanten Unterzeichnung des Paktes gegen dieses Spardiktat demonstriert. Das war mehr als eine Studierendenbewegung. Es waren Hochschulpräsidenten, ganze Senate, Professoren, Personalräte und Tausende von Studierenden und Schülern, die vor das Ministerium gezogen sind.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Die Ministerin aber hat es vorgezogen, für die Verhandlungen über den Hochschulpakt den Schutz dicker Klostermauern zu suchen, aus Angst, erneut Zeugin studentischen Protests zu werden. Sie flüchtete ins Kloster Eberbach. Trotzdem war das Wissenschaftsministerium großräumig durch die Polizei abgeriegelt. Bürgernähe strahlt die Ministerin in letzter Zeit nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, vorige Woche haben vier Hochschulpräsidenten erklärt, diesen Pakt nicht unterzeichnen zu wollen.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Auch wenn gestern der Pakt von allen unterzeichnet wurde, haben acht von zwölf Hochschulpräsidenten in einer Protokollnotiz zum Ausdruck gebracht, dass sie das nicht aus Überzeugung tun, sondern nur aufgrund des Drucks, den die Ministerin ausgeübt hat. Von Freiwilligkeit und offenen Verhandlungen kann überhaupt keine Rede sein.

Mit der Androhung weiterer Mittelkürzungen hat die Landesregierung die Unterschriften der Präsidenten erpresst. Meine Damen und Herren, das ist Politik nach Gutsherrenart. Sie diktieren den Hochschulen einen Pakt, und wenn die ihn ablehnen, drohen Sie ihnen.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Frau Ministerin, wer den Hochschulen ein solches Spardiktat aufzwingt und die Präsidien so massiv unter Druck setzt, der sollte in Zukunft nicht mehr von der Autonomie der Hochschulen sprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, so weit, so schlecht. Nachdem Sie die Hochschulpräsidenten öffentlich gedemütigt hatten, präsentierten Sie den Pakt gestern auch noch – ich muss das ablesen, weil es so absurd ist – als „Sicherheitsnetz für Hochschulen in schwierigen Zeiten“ der Öffentlichkeit. Das ist wirklich blanker Zynismus.

Der Pakt gibt in der Tat die Sicherheit, dass die Qualität der Ausbildung in den nächsten Jahren massiv sinken wird, dass mit Entlassungen zu rechnen ist. Dieser Pakt bedeutet eine existenzielle Gefährdung von Forschung und Lehre in Hessen.

Die Landesregierung ignoriert die Bedenken der Präsidenten. Ihr Umgangsstil mit den Präsidenten, die Sie als „Partner“ bezeichnen, ist ungeheuerlich. Frau Ministerin, wenn Sie das unter Partnerschaft verstehen, dann sollte man Ihnen besser aus dem Weg gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

In den letzten Wochen haben Sie systematisch falsche Behauptungen in die Welt gesetzt, um die Glaubwürdigkeit der Hochschulen zu untergraben. Sie haben behauptet, die Hochschulen würden den Pakt nicht einhalten. Sie haben behauptet, mit einem Minus von „nur“ 2,2 % seien die Hochschulen privilegiert. Die CDU hat in Person von Herrn Reißer erklärt: Offensichtlich haben die Hochschulpräsidenten nicht den Mut zur Verantwortung oder die Kreativität, mit den Senaten gemeinsam Einsparmöglichkeiten zu erörtern.

Meine Damen und Herren, das ist der völlig unzulässige Versuch, jetzt die Verantwortung auf die Präsidenten abzuschieben. Die Hochschulpräsidenten haben Mut bewiesen, als sie den Pakt öffentlich kritisiert haben und dagegen auf die Straße gegangen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Reißer, wenn Sie dann noch erklären, viele Abteilungen in Großunternehmen würden dankbar zugreifen, wenn man diese „maßvolle Absenkung und die gleichzeitige Garantie des Budgets über fünf Jahre“ zusichern würde, kann man Ihnen nur sagen: Lieber Herr Reißer, ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das fünf Jahre hintereinander 2,2 % Verlust macht, geht pleite. 150 Millionen € weniger sind alles andere als ein faires Angebot – das ist eine Zumutung. Sie haben dort ein Sparpaket aufgelegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ministerin schlägt vor, bei der Verwaltung zu sparen. Was sagen Sie denn damit? Sie sagen damit, die Beschäftigten arbeiten ineffizient.

Das Gegenteil ist der Fall. Denn die Landesregierung verschweigt, dass die Hochschulen bei sinkenden Mitteln zusätzliche Aufgaben bewältigen müssen: die Anzahl der Studienplätze erhöhen, neue Studiengänge einrichten, die Studienorientierung verbessern, die Abbrecherquote senken, die Bologna-Reform fortsetzen. Es war auch die Landesregierung, die mit dem Projekt „Mehr Bürokratie wagen“ die Hochschulen gegen deren Willen verpflichtet hat, Auswahlgespräche und Studierfähigkeitstests durchzuführen. Das alles geschieht auf dem Rücken der Beschäftigten an den Hochschulen. Schon heute sind die Aufgaben dort kaum zu leisten, mit dramatisch sinkenden Mitteln aber werden sie erst recht nicht mehr zu leisten sein.

Ab dem Jahr 2012 kommen wegen der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit die sogenannten Doppeljahrgänge. Das wissen Sie seit Jahren. Getan haben Sie nichts. Schon jetzt sind die Hochschulen chronisch unterfinanziert. Beispielsweise erhält die Hochschule Rhein-Main derzeit für 43 % ihrer Studierenden keine Mittel.

Frau Ministerin, dann führen Sie noch die Rücklagen der Hochschulen als Rechtfertigung für die Kürzungen ins Feld. Dabei verschweigen Sie, dass die Hälfte dieser Rücklagen an nur zwei Universitäten gebildet wurde, nämlich an der TU Darmstadt und der Stiftungsuniversität Frankfurt. Der Rest hat kaum Rücklagen gebildet.

Noch viel wichtiger aber ist: Die Rücklagen wurden für wichtige Zukunftsaufgaben der Hochschulen gebildet, nicht zur Entlastung des hessischen Landeshaushalts.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann brüsten Sie sich damit, dass das Exzellenzprogramm LOEWE der Landesregierung fortgesetzt wird. In der Tat: Für Eliteförderung findet die Landesregierung immer ein Töpfchen. Ich meine, das hat Prof. Frenking von der Universität Marburg bei der Demonstration sehr richtig kommentiert. Er sagte: LOEWE ist ungefähr so, wie wenn man 1.000 Hungernden sagt, fünf von euch dürfen gleich in ein Drei-Sterne-Restaurant.

Meine Damen und Herren, so funktioniert LOEWE. Die Mehrheit hat einfach nichts davon. Das ist die Stoßrichtung Ihres Hochschulpakts. Es wird nicht überall gespart: Für Exzellenz, für Eliteförderung ist Geld da – Bildungskürzung in der Breite durch eine Verschiebung von Mitteln ins Erfolgsbudget.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Aufstockung öffentlicher Mittel an den Hochschulen. Wir brauchen eine flächendeckende Finanzierung statt Wettbewerb und Standortkonkurrenz. Wir brauchen eine langfristige Planungssicherheit für die Hochschulen, nicht Bildung nach Konjunktur- und Kassenlage.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss sich auch die Klientel der FDP einmal an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen und kann sich nicht in elitäre Parallelgesellschaften zurückziehen. Nicht überall wird gespart. Für die private Elite-Universität European Business School – Herr Rentsch – haben wir 30 Millionen €, die wir ihr in den nächsten Jahren als Anschubfinanzierung geben können. Das ist exakt der

Betrag, den wir jährlich an den öffentlichen Hochschulen streichen. Es kann doch nicht wahr sein, dass wir mit diesen Mitteln eine Hochschule fördern, die 200 Studierende im Jahrgang hat und von denen 12.000 € im Jahr an Studiengebühren bekommt. Diese Prioritätensetzung der Landesregierung ist einfach nicht hinzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Geld für Bildung – das ist eine Forderung des Bildungsstreiks, den wir als LINKE auch ausdrücklich unterstützen.

Ich komme zum Schluss. Der Hochschulpakt ist unterzeichnet. Das heißt aber nicht, dass damit schon das letzte Wort gesprochen ist.

Die Proteste gehen weiter. Gestern gab es Vollversammlungen an vielen Hochschulen. Mehr als zweieinhalbtausend Studierende kamen zusammen, um über die Konsequenzen dieses Hochschulpakts zu diskutieren.

In Marburg versammelten sich über 1.000 Studierende, Angestellte und Professoren und riefen erneut zu gemeinsamen Protesten auf. Ich habe mir sagen lassen, danach gab es eine Spontandemonstration, bei der die Marburger Stadtautobahn für eine halbe Stunde besetzt wurde.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch das, was Sie wollen!)

Frau Ministerin, der letzte Minister, der sich ernsthaft mit den Studierenden angelegt hat, ist heute in der Wirtschaft tätig. Seine Studiengebühren sind Geschichte. Ich sage Ihnen: Nehmen Sie die Hochschulen ernst, nehmen Sie die Studierenden ernst, nehmen Sie die Beschäftigten ernst, und unterschätzen Sie nicht die Stimmung, die Sie durch Ihr Handeln an den Hochschulen erzeugt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Mit so viel Schaum vor dem Mund kann man keine Politik machen!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Wissler. – Ich darf Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann das Wort erteilen.

#### **Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist der Abschluss des Hochschulpakts zwischen der Landesregierung und allen Hochschulen in Hessen ein Gewinn für die hessischen Hochschulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Er garantiert nämlich in schwieriger Zeit – und das habe ich als Sicherheitsnetz bezeichnet –, dass die Summe von 1,4 Milliarden € nicht unterschritten wird und die Planbarkeit für fünf Jahre besteht, dass dieser Betrag den Hochschulen jährlich zur Verfügung gestellt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1,4 Milliarden € sind der zweithöchste Betrag, der in Hessen jemals für Hochschulen ausgegeben worden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich höre, dass SPD und GRÜNE sich darüber beklagen und sich als Beschützer der Hochschulen hinstellen, dann will ich nur sagen: Die Aufholjagd, die wir 1999 begonnen haben, mussten wir deshalb so rapide machen, weil Rot-Grün Hochschulpolitik zu Ihren Regierungszeiten als Steinbruch missbraucht hat

(Beifall bei der CDU und der FDP)

und weil Sie es zu verantworten haben, dass die Hochschulausgaben in dieser Zeit die niedrigsten in Hessen waren. Damals war die Steuerlage besser als heute.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Oh Mann!)

Die Hochschulen haben am Ende entschieden: Was sind eigentlich die Vorteile des Hochschulpakts? – Dass Planungssicherheit besteht, bestreitet keiner. Es bestreitet auch keiner, dass es gut ist, 1,4 Milliarden € zu bekommen und nicht darunter zu gehen. Es bestreitet auch keiner, dass die Programme gut sind, die wir aufgelegt haben. Die Kollegen Reißer und Büger haben es erwähnt: HEUREKA bringt bis 2020 3 Milliarden € in die Verbesserung der baulichen Infrastruktur der Hochschulen. Das Sonderinvestitionsprogramm des Landes und das vom Land kofinanzierte Konjunkturprogramm II des Bundes verstärken diese Mittel um 354 bzw. 187 Millionen €. LOEWE-Programm: unverändert 90 Millionen €. Weiterhin: 92 Millionen € zur Verbesserung der Struktur von Studium und Lehre als Ersatz für die Studienbeiträge. Dazu kommen am Ende noch Mittel für den Hochschulpakt 2020, mit dem Gelder dafür gegeben werden, dass neue Studienplätze geschaffen werden. Das Fördervolumen beträgt 300 Millionen € über die Laufzeit des Hochschulpakts 2011 bis 2015.

Wenn Sie das alles zusammennehmen, müssen Sie feststellen, den hessischen Hochschulen ist es finanziell nie besser gegangen als heute.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Da wird immer wieder gesagt, wir sparen bei den Hochschulen. – Die Hochschulen haben den letzten Pakt unterschrieben und haben mit ihrer Unterschrift unter den letzten Hochschulpakt, der bis Ende dieses Jahres geht, mitgetragen, dass die Einnahmen, die sie zugewiesen bekommen, an die Steuereinnahmen gekoppelt sind. Darin steht sinngemäß, wenn die Steuereinnahmen steigen, bekommen die Hochschulen 1,5 % mehr Einnahmen; wenn die Steuereinnahmen sinken, 1,5 % weniger. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Pacta sunt servanda. Drei Jahre waren gut, da haben sie 1,5 % mehr bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zwei Jahre sind nicht gut, da werden jetzt 1,5 % eingefordert. Wir als Landesregierung fordern es jetzt ein, ganz normal nach Vertragslage, nicht mehr und nicht weniger. Wir fordern 30 Millionen € ein, nicht 34 Millionen €, die wir einfordern könnten. Insofern haben die Hochschulpräsidenten sehr genau gewusst, was auf sie zukommt, und konnten das auch berechnen. Sie haben aber anscheinend nicht daran geglaubt, dass wir es je vollziehen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn jetzt dieser Betrag von 30 Millionen € an allen Hochschulen ein-

gespart wird, dann sind das 2,2 %. Alle Hochschulen sehen am Ende bei diesen Summen in schwieriger Zeit dieses gute Angebot. Wir werden keinem anderen im Land fünf Jahre Planungssicherheit in dieser Höhe anbieten, nur den Hochschulen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Ich will mit aller Deutlichkeit zurückweisen, dass die Hochschulen erpresst worden seien. Wir haben den Hochschulen dieses Angebot gemacht, und es lag an den Hochschulen, das Angebot anzunehmen.

(Lachen bei der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): Was wäre passiert, wenn sie es nicht angenommen hätten?)

– Frau Wissler, dadurch, dass Sie schreien, wird es nicht besser. Sie sind am Ende selbst Haushaltsgesetzgeber, und Sie müssten inzwischen eigentlich wissen, wenn es keine Planungssicherheit gibt, dass das ganz normale Haushaltsrecht für jedes Jahr gilt. Das ganz normale Haushaltsrecht bedeutet, dass in jedem Haushalt für jede Hochschule der Betrag im Haushalt beschlossen werden muss und es keine Garantien gibt, keine Garantie nach unten und auch keine Garantie von 1,4 Milliarden €, wenn jedes Jahr Verhandlungen stattfinden. Das ist das ganz normale gesetzliche Verfahren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Da es das ganz normale gesetzliche Verfahren ist, hat das auch überhaupt nichts mit Erpressung zu tun. Frau Wissler, wenn Sie von Erpressung reden, dann kann ich mir schon vorstellen, was Sie sich wünschen würden, wie man Hochschulen erpresst. Das ist Ihre Form der Autonomie: Hochschulen zu gängeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Hochschulen haben am Ende entschieden, dass es für sie eine echte Chance ist, Planungssicherheit zu haben, dass sie einen hohen Betrag von 1,4 Milliarden € garantiert bekommen und alle Programme, die wir in Millionenhöhe auflegen, weiter fortbestehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau so ist es!)

Ich will dazusagen, dass die Hochschulpräsidenten – auch wenn Sie glauben, man könnte das machen – viel zu selbstständig und viel zu intelligent sind, als dass sie sich von einer Landesregierung erpressen lassen würden. Auf der Pressekonferenz haben Herr Prof. Müller-Esterl, der Vertreter der Konferenz der hessischen Universitäten, und Herr Prof. Grabatin für die Fachhochschulen erklärt, dass dieser Pakt in dem, was garantiert wird, echte Chancen bietet.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Aber man kann auch nicht verhehlen, dass es bei all den Steigerungen, die die Hochschulen in den letzten Jahren bekommen haben – seit 1999 hat es nämlich nur Steigerungen gegeben,

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig, 40 %!)

40 % Steigerung –, natürlich keine Freude auslöst, wenn auch einmal eine Absenkung kommt. Auch das muss man verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen sage ich: Die Hochschulpräsidenten haben diese Chance er-

kannt, sie haben am Ende unterschrieben. Rot-Grün sind aus der Erfahrung heraus jedenfalls nicht diejenigen, die die Beschützer der Hochschulen zu nennen sind, sondern sie haben zu verantworten, dass wir eine so große Aufholjagd immer noch fortsetzen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Ministerin Kühne-Hörmann. – Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Dr. Spies, bitte schön. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Frau Wissler hat das nicht zu verantworten, sie war noch in der Grundschule, als Rot-Grün das beschlossen hat! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Kein Neid!)

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin, den Hinweis auf das normale gesetzliche Verfahren mit der nun völlig offen vorgetragenen Option, dass es dann noch weniger gibt als minus 1,5 %, nicht als Drohung, nicht als Unter-Druck-Setzung und im landläufigen Sprachgebrauch nicht als Erpressung zu bezeichnen ist albern.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Rafael Reißer (CDU): Wo leben Sie denn? – Holger Bellino (CDU): Erpressung ist ein strafrechtlicher Begriff, man sollte die Wortwahl überprüfen! – Gegenruf von der SPD: Tun Sie es doch! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Frau Staatsministerin, Herr Büger und Herr Reißer haben darauf verwiesen, und das stellt niemand infrage, dass die Mittel für die hessischen Hochschulen in den letzten Jahren gewachsen sind – was, nebenbei bemerkt, schon unter Inflationsgesichtspunkten immer eine höhere Zahl wäre als vorher. Es ist ein bisschen putzig, wenn man das so herausstellt. Es stimmt aber nicht, und an der Stelle lügen Sie sich doch in die eigene Tasche, dass Sie damit irgendeine Verbesserung der hessischen Position erreicht hätten, weil nämlich alle Bundesländer in Deutschland ihre Mittel für die Hochschulen erhöht haben.

Deshalb ist eine Steigerung der Ausgaben richtig gewesen. Aber eine Verbesserung der relativen Position ist nicht erreicht worden. Was jetzt passiert, weil niemand außer Ihnen einen solchen Unsinn macht, ist: Hessen wird im Vergleich der Bundesländer zurück fallen. Es gibt keine Entschuldigung dafür,

(Beifall bei der SPD)

die Verhältnisse für die hessischen Hochschulen relativ zu anderen zu verschlechtern, erstens weil dieses Land es sich leisten kann und zweitens weil dieses Land in erheblichem Umfang darauf angewiesen ist.

Meine Damen und Herren, einen anderen Punkt finde ich in dieser Debatte besonders störend. Wir würden anerkennen, dass man in Zeiten, in denen die Finanzlage, durch Zutun des Landes, aber insgesamt verschlechtert ist, über die Frage, wie man mit dem Geld umgeht, ernsthaft reden muss. Wir würden das anerkennen, würden Sie sich nicht in einem Akt kollektiver Verleugnung ständig gegenseitig erzählen, wie wunderbar das alles ist. Besuchen Sie doch einmal eine hessische Hochschule. Sie wer-

den feststellen: Die Verhältnisse an hessischen Hochschulen sind nicht wunderbar.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Warum ist das denn so? – Weitere Zurufe von der CDU)

Und sich hinzustellen und uns zu erklären, dass mit HEU-REKA und mit dem Hochschulpakt 2020 alles so wunderbar sei wie nie zuvor,

(Dr. Walter Arnold (CDU): 3 Milliarden €!)

dass alle Probleme, die die Hochschulen mit den doppelten Jahrgängen, die ihnen entgegenströmen, ja sowieso längst gelöst seien, dieses Selbstlob ohne Substanz,

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

das Sie kontinuierlich vortragen, das haben die Hochschulen nicht verdient. Das ist nichts anderes als eine Verleugnung der tatsächlichen Verhältnisse. Die Angst muss schlimm sein, wenn man sich so dringend die Welt schönreden muss.

(Beifall bei der SPD)

Angemessen wäre es, wenn Sie in der Lage wären, den Diskurs mit den Hochschulen ernst und ehrlich zu führen, wenn Sie in der Lage wären, offen über Probleme zu reden. Die Hochschulen sind hochgradig akzeptanzbereit. Sie haben ja sogar diesen abstrusen Hochschulpakt unterschrieben.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Aber sie hätten zumindest verdient, dass mit ihnen so umgegangen wird, wie man es mit Erwachsenen tut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Dr. Spies. – Als Nächste hat Frau Kollegin Wissler das Wort. Sie wissen, fünf Minuten Redezeit, Frau Wissler.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, wenn man Ihre Rede so hört, dann muss ich sagen, das grenzt wirklich an Realitätsverleugnung, was Sie da tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie stellen sich hin und sagen: Es ist alles gut, wir sind auf einem guten Weg, den Hochschulen geht es so gut wie nie zuvor, und es gibt überhaupt kein Problem. – Frau Ministerin, da standen 10.000 Menschen vor Ihrem Ministerium und haben demonstriert. Sie selbst waren nicht zu Hause, weil Sie in Kloster Eberbach waren. Es gab Briefe von allen Hochschulen, die von den Dekanen und Hunderten Professoren unterschrieben wurden. Die Hochschulpräsidenten haben öffentlich den Pakt kritisiert, und es gab noch eine Protokollnotiz, in der acht von zwölf unterschreibenden Präsidenten sagen, sie stehen überhaupt nicht hinter dem Pakt. Da stellen Sie sich hin und sagen: Es ist alles gut, es gibt kein Problem an den hessischen Hochschulen. – Nehmen Sie bitte die Hochschulpräsidenten ernst, nehmen Sie bitte die 10.000 Menschen, die vor Ihrem Ministerium standen, ernst, nehmen Sie die Sorgen der Beschäftigten und der Studierenden ernst.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Das macht sie doch!)

Frau Ministerin, Sie haben einen höchst seltsamen Autonomiebegriff. Autonomie passt Ihnen immer dann, wenn es darum geht, die Verantwortung auf die Hochschulen abzuschieben. Sie sollen schauen, wie sie mit den mangelnden Mitteln zurechtkommen, wie sie sie bei sich im Haus verteilen, sie sollen schauen, wie sie mit den Problemen zurechtkommen, wie sie ihre Pflichten am besten erfüllen, wie sie mit den wachsenden Aufgaben zurechtkommen. Da ist Ihnen Autonomie recht. Da propagieren Sie die Autonomie der Hochschulen. Aber wenn es um die Rechte und die Frage der freien Entscheidungen der Hochschulen geht, da ist ganz schnell Schluss mit lustig, da ist ganz schnell Schluss mit Autonomie.

Frau Ministerin, das ist beim Hochschulpakt so gewesen, wo Sie nicht akzeptiert haben, dass die Hochschulen gesagt haben: Wir möchten den neu verhandeln, wir können ihn so nicht akzeptieren. – Das war letztes Jahr mit Ihrem Staatsvertrag zur Hochschulzulassung genauso. Die Hochschulen hatten klipp und klar gesagt: Wir möchten das nicht, wir möchten nicht dazu verpflichtet werden, bürokratische Auswahlverfahren für unsere Studierenden zu machen. – Frau Ministerin, das hat Sie doch nicht interessiert. Sie haben es durchgezogen. Das ist genau das, was ich kritisiere: Autonomie nur dann, wenn es um die alleingelassene Hochschule geht, aber nicht dann, wenn es darum geht, die demokratischen Strukturen und Entscheidungsmechanismen an den Hochschulen zuzulassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, weil Sie mich so kryptisch angesprochen haben – ich weiß nicht genau, was Sie mir damit sagen wollten –, möchte ich es noch einmal klar betonen: Ich bin für eine demokratische Hochschule. Das haben wir auch mit einem eigenen Gesetzentwurf zum Hessischen Hochschulgesetz vorgelegt: eine demokratische Hochschule, an der alle Statusgruppen gleichberechtigt beteiligt sind.

(Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Ich bin dagegen, dass nur die Präsidien an den Hochschulen etwas zu sagen haben. Alle Gruppen sollen dort gleiche Rechte haben. In dem Sinne bin ich auch für Autonomie der Hochschulen. Die Autonomie muss dann aber auch auf die demokratischen Gremien übertragen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Kindergarten!)

Frau Ministerin, Herr Reymann, der Präsident der Hochschule Rhein-Main, hat letzte Woche auch auf der Demonstration gesprochen. Er hat angefangen mit den Worten, dass er gefragt worden sei, ob es denn so klug sei, auf einer Demonstration zu sprechen, wenn die Verhandlungen noch am Laufen seien. Er hat die Frage damit beantwortet, er rede auf der Demonstration, weil es gar keine Verhandlungen gegeben habe. Sie haben nie mit den Hochschulen über den Pakt verhandelt. Sie haben kein Angebot vorgelegt. Sie haben ein Diktat vorgelegt.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben die Hochschulen zur Unterzeichnung des Hochschulpakts ins Kloster Eberbach zitiert. Nur weil es den Druck von vier Hochschulen gab, die gesagt haben: „Wir unterzeichnen nicht“, haben Sie eine Woche Aufschub gewährt. Frau Ministerin, an der Stelle zu sagen, das

ist keine Verhandlung, das ist ein Diktat, ist absolut richtig und berechtigt.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich macht auch der Ton die Musik. Wenn die Hochschulen, wenn die Präsidenten ihre ernsthaften Bedenken zum Ausdruck bringen, dass dieser Pakt eine ernsthafte Gefährdung der Lehre in Hessen ist, und Sie dann mit den Worten antworten: „Wer den Pakt nicht unterzeichnet, der muss mit weiteren Mittelkürzungen rechnen“, Frau Ministerin, was ist das anderes als Erpressung? Was anderes ist das als Erpressung, was Sie mit den Hochschulen gemacht haben? Welche Wahl hatten sie denn? Das ist die Wahl zwischen Pest und Cholera,

(Zurufe von der CDU)

entweder einen Pakt zu unterzeichnen, der sie zu Haushaltssperren und Personalabbau zwingt, oder die Alternative: noch weniger Geld im Landeshaushalt 2011. – Frau Ministerin, das ist keine Wahl, das ist Erpressung. Ich finde den Stil, den Sie mit den Hochschulen gepflegt haben – nicht Dialog auf Augenhöhe, nicht Ernstnehmen der Hochschulen, sondern Diktat aus dem Ministerium – wirklich abenteuerlich. Ich hoffe, dass die Proteste gegen die Kürzungen, die Sie hier durchziehen, anhalten werden.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Wissler. – Als Nächste hat Frau Sorge die Möglichkeit, zu reden.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich will noch einmal kurz sagen, was die Anforderungen unseres Landes an die Hochschulen und an die Wissenschaft sind. Ich glaube, dass das bei der ganzen Debatte verloren geht. Das ist genau der Streit, den wir hier haben. Wir hatten vor 1999 noch eine andere Situation, weil sich innerhalb der letzten zehn, elf Jahre die Welt ganz schön gedreht hat und ganz schön viel passiert ist. Es gab mehrere Krisen, es gibt eine aktuelle Krise, es gibt aber auch Konkurrenzsituationen mit anderen Nationen, die es in dieser harten Gemengelage vor zehn Jahren noch nicht gegeben hat.

(Zuruf der Abg. Karin Wolff (CDU))

Wir müssen uns doch gemeinsam darüber verständigen, wie wir erreichen können, dass wir im globalen Wettbewerb mit anderen Nationen mithalten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Investition in Bildung, in neue Ideen, in Innovation ist nun mal in Deutschland unser Gut, weil wir gar nicht so viele andere Ressourcen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang wird überall und meistens leider nur in Sonntagsreden darüber diskutiert, dass wir genau hier unsere Hausaufgaben machen müssen, nämlich in Schule und Wissenschaft zu investieren, damit uns die Länder, die das bereits sehr gut verstanden haben, wie

beispielsweise Indien und China, nicht irgendwann überholen.

Das ist für uns nicht nur wegen der Bildung, sondern aus reiner ökonomischer Notwendigkeit heraus zurzeit das Thema Nummer eins.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da muss man sich einmal überlegen, wer hier welche Aufgabe hat. Meiner Ansicht nach ist es okay, wenn jemand wie ein Finanzminister sagt: Wir haben jetzt eine Krise. Wir haben zu viele Ausgaben. Wir müssen einmal schauen, wie wir das Geld zusammenhalten, wo wir kürzen, wo wir einsparen, wo wir effizienter werden. – Das ist sein Job. Aber, Frau Ministerin, da müssen Sie sich doch einmal fragen lassen: Was ist Ihr Job, und wer sind Ihre Verbündeten?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Genau das ist das Problem, das wir in Hessen haben. Der Job einer Wissenschaftsministerin ist es, dafür zu sorgen, die Wissenschaft ihres Landes zu stärken, und die Interessen ihrer eigenen Hochschulen zu vertreten.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das macht sie auch! – Günter Rudolph (SPD): Sie läuft immer weg!)

– Genau. Was macht sie? Sie hört nicht hin, sondern sie läuft immer weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Deswegen kann ich Ihnen sagen, dass Sie nicht in der Lage sind, Ihren Job in Hessen zu machen.

Jetzt schauen wir uns an, was bei der Verhandlung des letzten Hochschulpakts passiert ist; denn da hatten wir schon einmal haargenau die gleiche Situation, wie wir sie jetzt haben. Der Hochschulpaket wurde zunächst mit einer zweieinhalbprozentigen Kürzung vorgelegt – also von wegen: noch nie irgendwelche Kürzungsüberlegungen in den letzten zehn Jahren gehabt. Das stimmt gar nicht. Der letzte Hochschulpaket wurde mit dem Vorschlag einer zweieinhalbprozentigen Kürzung vorgelegt. Der damalige Wissenschaftsminister Udo Corts hat, weil es aus den Hochschulen, von der Opposition, von der Öffentlichkeit und der Wirtschaft Druck gab, überlegt, was sie da tun, und ein Einsehen gehabt; denn er hat seinen Job in diesem Punkt richtig verstanden. Er hat sich mit dem Finanzminister zusammengesetzt und sich durchgesetzt. Frau Kühne-Hörmann, genau das ist es, was wir alle von Ihnen verlangen und was Sie leider nicht in der Lage sind zu tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist jetzt nämlich noch viel stärker der Fall gewesen, als es vor fünf Jahren der Fall war. Wir haben die Situation gehabt, dass Ihnen nicht nur die Studierenden, sondern auch die Hochschulpräsidenten, die Senate, die Dekane, die Wirtschaftsverbände, die gesamte breite Öffentlichkeit und wir als Opposition – darauf geben Sie nicht viel; aber egal, alle anderen – den Rücken gestärkt hätten, wenn Sie Ihren Job gut gemacht und sich für die Hochschulen stark gemacht hätten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aber nein, das haben Sie nicht getan.

(Rafael Reißer (CDU): Was ist das für eine Wahrnehmung?)

Deswegen ist das Traurige an dieser Debatte und der Rede, die Sie hier eben gehalten haben, dass man sich wirklich fragen muss, für wen Sie Ministerin sind. Mein Eindruck ist: Sie sind es nicht für die Wissenschaft, Sie sind es nicht für die Hochschulen, und Sie sind es auch nicht für die Kunst oder die Kultur, sondern Sie sind Wissenschaftsministerin allein als Erfüllungsgehilfin des Finanzministers. Das finde ich sehr traurig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Widerspruch bei der CDU – Dr. Walter Arnold (CDU): Frau Sorge, das sehen wir aber ganz anders!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Sorge. – Als Nächster spricht Herr Kollege Irmer für die CDU-Fraktion.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ui!)

#### **Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! – Ich freue mich über den vorauseilenden Beifall von der linken Seite.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Liebe Frau Kollegin Sorge, in einem Punkt haben Sie natürlich recht: Wir müssen in die Köpfe investieren, wir müssen in Bildung investieren. – Das wird jeder in dieser Runde unterschreiben.

(Michael Siebel (SPD): Dann machen Sie es doch auch!)

Meine Damen und Herren, genau das machen wir.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Hahaha!)

Ich will Ihnen in aller Ruhe die Zahlen vortragen. Sie haben den Bereich Schule genannt. Die Ausgangsbasis waren 1999 1,9 Milliarden €. Dann sind Sie zum Glück abgewählt worden. Heute beträgt der Haushalt für Bildung 3,3 Milliarden €,

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

plus 1,4 Milliarden € – 2,8 Milliarden € mehr pro Jahr.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist nicht nur die Inflation!)

Kommen wir doch einmal zu den Hochschulen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass in Ihrer Regierungsverantwortung der Etat für die Hochschulen herauf- und herunterging, aber im Schnitt der Jahre herunter.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Immer herunter!)

1999 lagen Sie bei 940 Millionen €. Heute haben wir 1,4 Milliarden €.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Das ist ein Plus von 500 Millionen € pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Gernot Grumbach (SPD))

Meine Damen und Herren, wir reden davon, dass wir kumuliert insgesamt 4 Milliarden € mehr zur Verfügung gestellt haben als Sie zu Ihrer rot-grünen Regierungszeit – 4 Milliarden € kumuliert. – Das ist die erste Zahl.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Ich komme zur zweiten Zahl: HEUREKA. Das bedeutet: 3 Milliarden € in der Gesamtsumme. Davon ist etwa 1 Milliarde € ausgegeben worden. Das heißt, dass den Hochschulen noch weitere 2 Milliarden € für den Ausbau zugutekommen, plus weitere 2 Milliarden €. – Ich erinnere an das Konjunkturprogramm: 1,2 Milliarden € plus für die Schulen. Dadurch sind die Schulträger entlastet worden – für Bildung.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Plus 500 Millionen € für die Hochschulen. Rechnen Sie das alles zusammen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das können sie nicht!)

Dann wird klar, wie lächerlich ihr Beitrag von 1,5 % oder 30 Millionen € ist. Das hat mit der Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache zu drei Anträgen. Wir stimmen alle Anträge ab? – Wunderbar.

Tagesordnungspunkt 36, der Antrag der Fraktion der SPD betreffend Chancen nutzen, Potenziale erschließen, Hochschulen ausbauen. Wer möchte diesem SPD-Antrag zustimmen? Den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 83. Wer möchte diesem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die übrigen drei Fraktionen. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

Wer möchte dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Tagesordnungspunkt 84 zustimmen? – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Damit kommen wir zu dem Setzpunkt der Fraktionen der CDU und der FDP, **Tagesordnungspunkt 41:**

#### **Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessen stärkt Investitionen in erneuerbare Energien – Drucks. 18/2387 –**

Zur Begründung des Antrags darf ich Herrn Kollegen Stephan das Wort erteilen.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In nahezu jedem Plenum streiten wir über den richtigen Weg zu einem gemeinsamen Ziel, nämlich den Anteil der regenerativen Energien zu stärken und zu einem wichtigen Teil unseres Energiemix zu machen. 20 % regenerative Energien im Jahr 2020 ist das Ziel der Mehrheitsfraktionen hier im Hause. Dazu legt die Opposition regelmäßig neue Gesetzentwürfe vor. Sie will regeln, statt zu überzeugen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die SPD will in Eigentumsrechte und in die Planungsrechte der Kommunen eingreifen. Sie will von oben herab beschneiden, und sie will mit Zwang lenken, wo und wie regenerative Energien erzeugt werden sollen. Wir von CDU und FDP lehnen als Mehrheitsfraktionen diese dirigistischen Entwürfe ab. Wir gehen einen grundsätzlich anderen Weg.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben ein grundsätzlich anderes Verständnis, wie man mit den Bürgern umgehen soll.

(Timon Gremmels (SPD): Fragen Sie die Bürger einmal! – Unruhe)

Denn wir sind davon überzeugt, dass es besser ist, die Menschen zu informieren und zu motivieren, anstatt ihnen Vorschriften zu machen. Wir meinen, dass es besser ist, Anreize zu setzen, anstatt Verbote aufzustellen, und wir sind davon überzeugt, dass Freiwilligkeit vor dem Zwang stehen soll. Wir sind davon überzeugt, dass der Staat den Rahmen setzen soll, das Handeln aber den Bürgern und den Unternehmen überlassen soll.

(Zurufe der Abg. Manfred Görig (SPD) und Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gesetzlicher Zwang ist immer die zweitbeste Lösung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Wenn Sie die Diskussion, die wir heute führen, und den Weg, wie wir die Menschen von mehr regenerativen Energien überzeugen wollen, mit dem Weg in der Bildung vergleichen,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dann müssten Sie doch feststellen, dass auch Sie immer dafür kämpfen, dass Freiwilligkeit vor dem Zwang steht.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Das ist doch das Prinzip, das wir in die Erziehung einbringen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute reden wir konkret über die Ausweitung der Bürgschaften des Landes Hessen für ganz konkrete Maßnahmen, um die erneuerbaren Energien zu stärken.

Wir sehen einen wichtigen Beitrag in der Erweiterung der Bürgschaftsrichtlinie des Landes auf Investitionen im regenerativen Bereich. Wenn Sie sich einmal die Definition der Bürgschaften anschauen, dann stellen Sie fest, dass es dort heißt, Bürgschaften dürften für volkswirtschaftlich besonders gerechtfertigte Vorhaben vergeben werden. – Investitionen in erneuerbare Energien sind solche Vorha-

ben, und das wird auch mit diesem neuen Erlass so festgeschrieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Görig (SPD): Wo denn?)

Sie werden natürlich wieder sagen: Das bringt nichts, das ist nicht genug. Sie werden vor allem sagen: Das ist kein Gesetz. – Nun ist diese Maßnahme für uns ein wichtiger Baustein, damit wir in Hessen das Ziel, nämlich den Verbrauch an regenerativen Energien zu verdreifachen, im Jahr 2020 erreichen. Es ist unstrittig, dass wir solche Investitionen brauchen, und es ist auch unstrittig, dass das Instrument der Landesbürgschaften in der Vergangenheit ein hervorragender Weg war, um politische Ziele zu bewirken.

Wir öffnen diese Bürgschaften nun ganz gezielt für Investitionen im regenerativen Bereich. Das Wichtige daran ist, dass uns diese Bürgschaften a priori kein Geld kosten. Das ist in Zeiten klammer Haushalte natürlich auch ein ganz wichtiges Kriterium. Ein weiteres ist, dass das Energieforum Bürgschaften als Instrument zur Förderung der regenerativen Energien vorgeschlagen hat. Es kann für maximal 70 % einer Investition gebürgt werden. Das Obligo soll in der Regel 25 Millionen € nicht übersteigen. Wir wissen, dass Investitionen in regenerative Energien auch heute noch risikoreich sind, insbesondere dann, wenn wir jetzt an die Offshorewindanlagen denken. Dafür dienen die Bürgschaften.

(Manfred Görig (SPD): Wie geht das in Hessen mit Offshore? Offshore in der Nordsee, Herr Kollege! Zugang, Herr Kollege!)

Ein Zweites. Wenn Bürgschaften gegeben werden, wird die Verzinsung der Finanzierung von Anlagen kostengünstiger. Auch damit steuern wir, dass Investitionen im regenerativen Bereich lohnender sind. Bürgschaften sind allemal lohnender und besser als ständige staatliche Zuschussung und Unterstützung für regenerative Energien.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Bereits jetzt liegen erste Anträge auf Bürgschaften von hessischen Unternehmen vor. In diesen Tagen wird ein Energieversorger aus Bensheim die erste Bürgschaft erhalten. 40 Millionen € sollen in eine Offshorewindanlage in der Nordsee investiert werden. Dafür wird das Land Bürgschaften in Höhe von 10 Millionen € erteilen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glück gehabt! Alle anderen springen ab!)

Andere Unternehmen werden diesem Beispiel folgen und werden so dazu beitragen, dass wir hier in Hessen in der Erzeugung regenerativer Energien vorankommen, ohne Zwang und ohne Druck von oben.

(Manfred Görig (SPD): Das ist ein Witz!)

Wir werden aber niemandem vorschreiben, wo er regenerative Energien effizient erzeugen will. Das müssen die Unternehmen selbst entscheiden. Das kann bewusst innerhalb oder außerhalb Hessens sein.

(Manfred Görig (SPD): Also überall, nur nicht bei uns, Herr Kollege! Uns bleibt Biblis! Das ist das Einzige, was Sie noch können! – Gegenruf von der CDU: Herr Kollege, ruhig!)

Auch das Energieforum hat uns empfohlen, solche Investitionen außerhalb Hessens mit Bürgschaften in dieser Art zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen werden den Prozess der Bürgschaftsvergabe weiterhin unterstützen. Sie werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass dieses Instrument eingesetzt wird, um in Hessen regenerative Energien weiterzuentwickeln und nach vorne zu bringen. Es gibt eine ganze Reihe hessischer Energieversorger, die angekündigt haben, im Bereich der regenerativen Energien und eben vor allem außerhalb Hessens zu investieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen bleibe ich dabei: Diese neu geschaffene Möglichkeit einer Landesbürgschaft für erneuerbare Energien ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau der regenerativen Energien in Hessen.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Die Maßnahme zeigt, wie man den Weg zu erneuerbaren Energien mit Anreizen statt mit Zwang gehen kann. So werden wir den Weg weitergehen.

(Manfred Görig (SPD): Der Verhinderungsweg in Hessen geht weiter!)

Es zeigt aber auch, dass es möglich ist, Ziele zu erreichen, ohne dass von staatlicher Seite alles vorgeschrieben wird. Im Gegensatz zu der Opposition vertrauen wir den Menschen, und wir vertrauen den Unternehmen, dass sie den richtigen Weg gehen, den wir von uns aus unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben den Rahmen gesetzt. Wir haben das Ziel formuliert, und wir werden dieses Ziel von 20 % gerade deswegen erreichen, weil wir die Menschen nachhaltig mitnehmen und nicht versuchen, mit Zwangsbeglückung überall in Hessen regenerative Energien hineinzubringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eine Bürgschaftsvergabe, wie sie jetzt praktiziert wird, ist der nachhaltige Weg in die Freiwilligkeit, den wir konsequent gehen wollen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Freiwillig?)

Ich danke an dieser Stelle Herrn Staatsminister Weimar und Frau Staatsministerin Lautenschläger, dass sie diese Veränderung in der Bürgschaftsvergabe vorbereitet und nun umgesetzt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sehen also: Die Regierungsfaktionen und die Regierung handeln, und sie handeln mit Plan. Ich kann Sie nur auffordern, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Gehen Sie den Weg der Freiwilligkeit, der Motivation und des Mitnehmens der Menschen,

(Manfred Görig (SPD): Plan- und ziellos! Das, Herr Kollege, ist ein Nullkonzept!)

und sprechen Sie nicht immer davon, dass wir die Menschen in Hessen nur mit Zwangsgesetzen beglücken könnten. Wenn wir wichtige gesellschaftliche Ziele erreichen wollen, geht das nur über ein Mitnehmen und über Motivation. Das geht nicht mit Zwangsgesetzen. Das ist unser Credo, und so wollen wir in Hessen regenerative Energien weiterbringen und die Energiewende fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Manfred Görig (SPD): Zwangsatomgesetz!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Stephan. – Bevor wir in der Rednerfolge fortfahren, freue ich mich, in Begleitung unseres Präsidenten Herrn Kartmann auf der Tribüne besondere Gäste begrüßen zu dürfen. Ich freue mich, Sie, Herr Ovidiu Gant, Abgeordneter des rumänischen Parlaments, begrüßen zu dürfen. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Er wird von Herrn Generalkonsul Dr. Vlad Vasiliu begleitet. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen im Hessischen Landtag.

(Beifall)

Wir fahren in der Rednerliste fort. Ich darf Frau Kollegin Hammann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

– Herr Görig, Frau Hammann hat die Meldung vor Ihnen abgegeben. Ich verfare danach, wie die Meldungen hier ankamen.

(Florian Rentsch (FDP): Jeder kommt dran, Herr Görig!)

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt einen Entschließungsantrag der Fraktionen CDU und FDP mit dem Titel: „Hessen stärkt Investitionen in erneuerbare Energien“. Die Regierungskoalition „begrüßt die Erweiterung der hessischen Bürgschaftsrichtlinie auf Investitionen in Projekte mit Biomasse, Windenergie, Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft sowie Biogas“. Das hört sich gut an.

(Leif Blum (FDP): Das ist auch gut, Frau Hammann!)

Meine Damen und Herren, diesem Antrag fehlt aber jegliche Substanz. Das mache ich Ihnen auch ganz deutlich. Ich habe mir nämlich einmal die Bürgschaftsrichtlinie zur Hand genommen und habe nachgesehen, ob es überhaupt ein Ausschlusskriterium für den Bereich der erneuerbaren Energien gibt. – Ich kann Ihnen sagen: Auch unter den jetzigen Bedingungen dieser Bürgschaftsrichtlinie des Landes hätten Investitionen in erneuerbare Energien über eine Bürgschaft des Landes bereits seit Langem abgesichert werden können. Was gefehlt hat, war einzig und allein der politische Wille dieser Landesregierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Nicht ein einziges Wort hätte hier verändert werden müssen. Wir haben uns natürlich auch abgesichert, denn Sie wissen alle, dass die Wirtschafts- und Infrastrukturbank, die WI-Bank, in Wiesbaden mit der Bearbeitung der Anträge beauftragt worden ist. Wir haben uns dort rückversichert. Sie hat uns eindeutig gesagt, diese Richtlinie brauchte überhaupt nicht geändert zu werden. Man hätte diese Investitionen also, und das sage ich noch einmal als Fazit, bereits in der Vergangenheit mit einer Bürgschaft absichern können.

(Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn man nur gewollt hätte!)

– „Wenn man nur gewollt hätte“, liebe Frau Kollegin Erfurth.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Not muss doch wirklich groß sein, wenn man solche Register ziehen muss, um hier Frau Ministerin Lautenschläger eine Politik zu bescheinigen, die im Grunde genommen ohne Substanz ist. Dafür haben Sie sogar Ihren Setzpunkt verschwendet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der FDP: Oje!)

Herr Kollege Stephan, ich bedauere wirklich sehr, dass Sie diese Luftnummer auch noch im Landtag vertreten müssen; denn ich traue Ihnen zu, dass auch Sie sich diese Richtlinie einmal angesehen haben. Es tut mir wirklich sehr leid, dass Sie für die versiebtete Regierungserklärung von Frau Ministerin Lautenschläger in die Bresche springen müssen, um das Ganze wiedergutzumachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Peter Stephan (CDU): Das kommt von mir!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt einen Bürgschaftsausschuss des Landes Hessen. Dorthin gehen die Anträge von der WI-Bank. Dann geht es in das Finanzministerium. Das Finanzministerium wird dann auch entscheiden, welche Anträge letztendlich mit einer Bürgschaft versehen werden. Es ist also ein ganz normaler Vorgang. Deshalb ist dieser Antrag absolut substanzlos. Es ist eine Luftnummer, wie überhaupt die gesamte Klima- und Energiepolitik dieser Landesregierung – ich will mich jetzt nicht weiter an der Bürgschaftsrichtlinie abarbeiten – eine Luftnummer bleibt, trotz der Ankündigung, wir würden das Musterland der erneuerbaren Energien. Das kann man an dieser Stelle einmal sagen.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Holger Bellino (CDU): Sie müssen die zehn Minuten nicht ausnutzen!)

Wo stehen wir denn in Hessen? – Wir dümpeln doch noch immer auf der gleichen Stelle. Wir sind doch im Gesamtranking der Bundesländer auf den letzten Plätzen angelangt. Wir sind da noch gar keinen Schritt weitergekommen.

Meine Damen und Herren, wir haben trotz der Ankündigung von Frau Ministerin Lautenschläger noch immer kein Energiekonzept. Es gibt bisher keine Strategie, wie und mit welchen gesetzlichen Änderungen der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgen kann und soll. Sie wissen ganz genau – Ihr Energieexpertengremium hat es Ihnen gesagt –, dass rechtliche Regelungen zu treffen sind. Herr Kollege Stephan, deshalb müssen Sie handeln und dürfen nicht immer alles auf die Freiwilligkeit schieben. Die Experten haben Ihnen deutlich gemacht, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen von der Politik gesetzt werden müssen, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Das ist die Sachlage.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt. Die Nachhaltigkeitsstrategie für den Schutz des Klimas, das sogenannte Leuchtturmprojekt der Landesregierung, kommt überhaupt nicht voran. Es läuft auf Sparflamme. Im Leuchtturm sind noch nicht einmal die Lichter an. Am Montag dieser Woche fand eine

große Nachhaltigkeitskonferenz statt. Dort wurde eine Halbzeitbilanz gezogen. Das Ergebnis ist absolut ernüchternd; das müssen doch auch Sie feststellen. Sie sind noch weit davon entfernt, dies als ein Leuchtturmprojekt darstellen zu können.

Das will ich Ihnen an einigen Projekten deutlich machen. Es gibt ein Projekt, das sich „100 Schulen für den Klimaschutz“ nennt. Raten Sie einmal, wie viele Schulen daran teilnehmen. Es sind erst 18 Schulen, die daran teilnehmen. Am Projekt „100 Unternehmen für den Klimaschutz“ engagieren sich bislang erst 24 Unternehmen. Auf der Internetseite des Projekts „10.000 Bürgerinnen und Bürger für den Klimaschutz“ war seit vielen Monaten zu lesen: Projektbeginn ist in den kommenden Wochen. – Nun, seit Montag ist Herr Ministerpräsident Koch der erste Bürger, der an dem Projekt teilnimmt. Nach Monaten haben wir endlich einen gefunden, der sich engagiert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Timon Gremmels (SPD): Was ist mit Frau Lautenschläger?)

Wirklich nachhaltig an Ihrer Umweltpolitik ist alleine die Pressearbeit. Am Projekt „100 Kommunen für den Klimaschutz“ nehmen gerade einmal 58 Kommunen teil. Es ist skandalös, meine Damen und Herren, dass diese Kommunen noch nicht einmal in der Lage sind, ihre Klima- und Energiekonzepte umzusetzen. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, dieses Problem hätten Sie zu Ihrem Setzpunkt machen müssen, wenn Ihnen die Energiepolitik und der Klimaschutz wirklich wichtig wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber feiern Sie Frau Lautenschläger mit einer Luftnummer. Sie ignorieren die gigantischen Fehlentscheidungen auf Bundesebene. Sie wissen, dass am 9. April im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, dass im Bundeshaushalt 2010 die Fördermittel für das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien im Wärmebereich gekürzt und weitere Mittel mit einer Haushaltssperre belegt wurden.

(Zuruf des Abg. Leif Blum (FDP))

Damit steht nicht nur ein Drittel weniger Haushaltsmittel im Vergleich zu 2009 zur Verfügung, sondern der Förderstopp trifft auch die Nationale Klimaschutzinitiative. Diese Auswirkungen sind erheblich, für Hessen sogar sehr erheblich. Wir sind von dieser Sperre betroffen. Gerade die Kommunen, die sich hier engagieren wollten, sind besonders betroffen. Ich könnte Ihnen einige Mails vorlegen, in denen die Kommunen darüber klagen. Es geht nicht nur um einige Hunderttausend Euro, die sie investieren wollten und aufgrund des Förderstopps nicht mehr investieren können. Allein in Hessen sind Fördermittel in Höhe von 10 bis 15 Millionen € betroffen, die ein Investitionsvolumen von rund 100 Millionen € bedeutet hätten. Die Entscheidungen auf Bundesebene bedeuten auch, dass Förderanträge aus dem Jahr 2009 gestoppt wurden. Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, es wäre Ihre Aufgabe gewesen, das zu thematisieren, lautstark gegen die Bundesregierung zu argumentieren und zu sagen: Uns ist der Klimaschutz wichtig, uns ist das Thema Energie wichtig, dieser Förderstopp muss dringend aufgehoben werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann Sie doch nicht kalt lassen, dass davon Tausende Arbeitsplätze in Handwerk und Gewerbe gefährdet wer-

den. Ich frage Sie: Wo ist hier der medienwirksame Auftritt von Frau Ministerin Lautenschläger? Die Presse hat sie zwar gefragt, als wir dieses Thema in die Öffentlichkeit gebracht haben: Was haben Sie getan? – Darauf kam die Antwort: Ja, wir haben etwas getan. – Was sie getan hat, kann man in keinem Presseartikel nachlesen.

(Timon Gremmels (SPD): Das erzählt sie uns nachher!)

– Ich hoffe, dass sie uns das nachher berichtet. – Frau Lautenschläger reist aber bis nach Berlin und kämpft für die risikoreichen Atomkraftwerke, denn sie will eine Laufzeitverlängerung erreichen. Dafür ist ihr offensichtlich kein Weg zu weit. Sie hat sogar eine Pressekonferenz mit ihrer Südländer-Kollegin und ihrem -Kollegen durchgeführt. Sie setzt sich vehement für die Verlängerung der Laufzeit der alten Atomkraftwerke ein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist auch gut so!)

Sie kämpft wie eine Löwin für die Vermehrung hoch strahlenden Atommülls. Sie sieht nicht, in welche Richtung die Weichen gestellt werden müssten und wohin eine Energiepolitik, die nachhaltig sein will, gehen muss. Frau Lautenschläger, Ihr Einsatz ist wirklich sehr fragwürdig, denn Sie vertreten nicht den Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Die Mehrheit der Bevölkerung will die erneuerbaren Energien, sie will die risikoreichen Atomkraftwerke nicht länger am Netz haben. Am 24. April war es für uns sehr beeindruckend, dass so viele junge Menschen auf die Straßen gegangen sind, um gegen die Verlängerung der Laufzeit alter Atomkraftwerke zu protestieren. Sie sind eben nicht bereit, das Restrisiko der Atomkraftwerke zu tragen, und sie wollen ihre Zukunft nicht mit einer weiteren Zunahme von Atommüll belastet sehen. Wir fordern Frau Ministerin Lautenschläger an dieser Stelle auf: Beenden Sie endlich Ihre Lobbyistentätigkeit für die großen Stromkonzerne, die Atomkraftwerke betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Setzen Sie sich für die Freigabe des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien ein, denn damit werden wirklich Tausende von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe gesichert. Hören Sie endlich auf, sich Verbündete zu suchen. Sie wollen nicht, dass der Bundesrat beteiligt wird, wenn es darum geht, den Atomausstieg wieder rückgängig zu machen. Sie werden nämlich im Bundesrat nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen keine Mehrheit mehr finden. Es wird so sein, dass der Atomausstieg fortgesetzt werden kann. Wir verstehen nicht, dass Sie eine solche Wendehalspolitik betreiben. Sie haben sich damals, als Rot-Grün den Atomausstieg beschlossen hat, dafür eingesetzt – sogar mit einer Bundesratsinitiative –, dass die Länder beteiligt werden, obwohl zu diesem Zeitpunkt klar war, dass der Atomausstieg eine Verwaltungsentlastung für die Bundesländer zum Inhalt hatte.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hammann, bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Heute wollen Sie den Atomausstieg kippen. Nun wollen Sie die Beteiligung des Bundesrates verhindern, weil Sie Angst haben, dass es keine Entscheidung in Ihrem Sinne geben wird.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine andere Energiepolitik. Die kann eben nicht auf dem Weiterbetrieb von risikoreichen Atomkraftwerken beruhen. Machen Sie endlich eine Kehrtwende, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP.

(Beifall bei den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Frau Hammann. – Als Nächster spricht Herr Görig für die SPD-Fraktion.

#### **Manfred Görig (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig erstaunt darüber, dass Sie heute die Erweiterung der Bürgschaftsrichtlinie auf Investitionen in Projekte für erneuerbare Energien als „wichtiges Signal“ für Ihre Energiepolitik bezeichnen. Aus unserer Sicht wäre es lediglich das Sahnehäubchen auf einem Kuchen aus verschiedenen Maßnahmen, den erneuerbaren Energien endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): So hätte man es auch formulieren können!)

Ein Großteil der Investoren braucht Ihre Bürgschaft doch gar nicht, weil sie durch die weiterhin existierenden rechtlichen Hürden von Investition in Hessen abgehalten werden. Das sind die Tatsachen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem sorgt gerade das EEG dafür – wenn Sie es in Berlin nicht weiter zusammenstreichen –, dass sich Investitionen in erneuerbare Energien auch mittel- und langfristig wirtschaftlich darstellen. Es ist genügend Geld für Investitionen in Projekte für erneuerbare Energien da. Es herrscht überhaupt kein Mangel an Kapital für Investitionen in erneuerbare Energien. Es gibt also neben den rechtlichen Hürden, die Sie nicht beseitigen wollen, keinen wichtigen Grund für Ihren heutigen Antrag, und schon gar keinen, das zu einem Setzpunkt zu machen.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wenn es keinen gibt, was ist dann das Problem?)

Ich will Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ein Beispiel aus dem Wahlkreis Vogelsberg, aus der Realität dieses Landes geben. Ich zitiere – mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten – aus dem „Lauterbacher Anzeiger“ vom 28. April:

Es sollte Hessens größter Solarpark werden. Bei Schloss Eisenbach wollte der Lauterbacher Unternehmer Gustav Stabernack 20 bis 25 Millionen € investieren. Jetzt steht das Projekt auf der Kippe. ...

Das Dezernat für Regionalplanung unterstützt in seiner Vorlage die Pläne des Investors. Bei Abwägung aller Interessen befürwortete man das Projekt, vor allem deshalb, weil das Regierungspräsidium

– das RP Gießen, ich bitte zuzuhören –

das Ziel verfolge, bis 2020 mindestens ein Drittel des Energiebedarfs durch erneuerbare Energien zu decken.

Weiter:

„Das Engagement für eine langfristige Energiesicherheit ohne Atomstrom war mir wichtig“, ...

Das sagt der Investor und Unternehmer Gustav Stabernack. Meine Damen und Herren, an dem sollten Sie sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Aber es kommt noch schlimmer für Sie:

Enttäuscht sei er, dass er von der Hessischen Landesregierung bislang keine Unterstützung erhalten habe, während er aus Bayern und Sachsen-Anhalt Angebote erhalten habe, dort zu investieren.

Das ist die Wahrheit und Klarheit Ihrer Energiepolitik in Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Genau an dieser Stelle wird Hessen zum Musterland für die Verhinderung von Investitionen, für die es eventuell eine Bürgschaft gegeben hätte. Meine Damen und Herren, Schilda lässt grüßen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie schon die Bürgschaftsrichtlinie erweitern, erwarten wir auch eine Festlegung darauf, dass diese nur für den Bau von EEG-Anlagen in Hessen verwendet werden, nicht aber für Investitionen in Bayern, in Sachsen oder an der Nordsee. Für diese Anlagen wollen wir nicht bürgen. Wir wollen Anlagen, die die Zukunft der hessischen Energieversorgung sichern, nicht aber die in Bayern, in Sachsen oder an der Nordsee.

(Beifall bei der SPD)

Das Thema ist also: lokal handeln und in Hessens Zukunft investieren, statt lokal zu verhindern und irgendwo anders zu investieren. Genau das machen Sie aber.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das der Anfang Ihrer Energiepolitik für Hessen ist, sind Sie schon am Ende, bevor Sie richtig angefangen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind am Ende der Verwirklichung Ihrer Ansprüche, im Jahr 2020 einen Anteil von 20 % bei den erneuerbaren Energien zu erreichen, bevor Sie richtig angefangen haben. Warum fangen Sie eigentlich nicht vorne an, dort, wo die großen Aufgaben noch zu erledigen sind, wie Ihre Experten sagen? Derzeit gibt es teilweise noch rechtliche Regelungen, die für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung ihrer Effizienz nicht optimal sind. Dann heißt es: „Die Hemmnisse sollten konsequent überprüft werden.“ Das stammt aus einem Originaltext Ihrer Experten, die Sie dafür eingesetzt haben.

Warum fangen Sie nicht dort an, wo die Musik spielt, also bei diesen rechtlichen Hemmnissen? Sie fangen bei den letzten Punkten an. Sie greifen also sozusagen zuerst zum Sahnehäubchen. Statt zuerst die Pflicht zu absolvieren, fangen Sie mit der Kür – mit dem Thema Bürgschaftsrichtlinie – an.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Herr Kollege Bellino, eine glaubwürdige Energie- und Klimaschutzpolitik sieht anders aus. Sie sind überhaupt nicht überzeugt von dem, was Sie hier machen. Der öffentliche Druck und die schlechten Wahlergebnisse sind das Einzige, was Sie zu Änderungen zwingt, die Sie aber

längst noch nicht verinnerlicht haben. Deshalb bleibt vieles von dem, was Sie hier vortragen, Stückwerk.

Es ist nicht nur so, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen in Hessen nicht stimmen, sondern Schwarz-Gelb in Berlin kürzt auch noch überproportional bei den über das Erneuerbare-Energien-Gesetz zur Verfügung gestellten Mitteln. Von Ihnen ist im Gegensatz zu den Politikern aus anderen Ländern, etwa aus Rheinland-Pfalz, überhaupt nichts zu hören. Vielmehr streicht Schwarz-Gelb auch noch Investitionszuschüsse für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen. Es kommen also weitere Investitionshemmnisse hinzu. Das ist keine Politik aus einem Guss, sondern das Verspielen der Zukunftschancen unseres Landes Hessen.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie immer die Wirtschaftsweisen dieses Landes sein wollen, wäre es wichtig, dass Sie sich einmal überlegen, was es bedeutet,

(Norbert Schmitt (SPD): Das sind die Wirtschaftsschwarzen!)

dass Sie die Investitionen in Hessen nicht fördern, dass Sie die erneuerbaren Energien behindern und dass Sie sich im Vergleich zu allen anderen Ländern völlig auf den Holzweg begeben – Hessen liegt immer noch auf dem letzten Platz –, was die Zukunftstechnologien angeht. Man kann sich nur wundern, dass es in diesem Land mehr Bewegung gibt, obwohl Sie diese Technologien behindern, wo es nur geht.

(Zuruf von der CDU: Die SPD aber auch!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie den Rat Ihrer eigenen Experten an, und räumen Sie für die erneuerbaren Energien die Straße von den großen rechtlichen Felsbrocken frei, die dort liegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Stephan, ganz am Ende können Sie auch die Kieselsteine, z. B. die Bürgschaftsrichtlinie, auflösen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie auch, was die erneuerbaren Energien betrifft, ein staufreies Hessen einrichten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Görig. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Rock zu Wort gemeldet.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Herr Sürmann darf nicht mehr reden!)

#### **René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden, wie so oft, über das Energiekonzept des Landes Hessen, über regenerative Energien und über Klimaschutz. Wir haben Übung darin.

Ich will nur zwei oder drei Eckpunkte in Erinnerung rufen. Die Fraktionen der FDP und der CDU haben sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, den Anteil der regenerativen Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 % zu erhöhen, ohne Straßenverkehr und Luftverkehr.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenig ambitioniert!)

Das ist aus unserer Sicht ein ambitioniertes Ziel.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe an der Stelle oft darauf hingewiesen, dass ich es für schwierig halte, dieses Ziel zu erreichen. Angesichts dessen, was ich draußen, im Kontakt mit der Bevölkerung in Hessen, erlebe, bin ich mittlerweile überzeugt, dass es sehr schwierig wird. Ich kann nur feststellen, dass sich das durch alle Fraktionen und alle Parteien vor Ort zieht. Es wird gefragt, wie denn die Unterstützung aus Wiesbaden aussieht. Hinzu kommen die entsprechenden Bürgermeister oder irgendwelche Bürgerinitiativen. Es gibt GRÜNE, die irgendwo dagegen sind. An anderer Stelle sind aber auch die SPD, die CDU oder sogar die FDP dagegen. Von daher ist es ganz wichtig, dass wir mit den Menschen vernünftig umgehen und sie mitnehmen.

Darum muss man sich bei manchen Dingen auch ein bisschen Zeit lassen. Das können Sie kritisieren. Sie können auch Ihre Gesetzentwürfe, die Sie von einem Land in das nächste exportieren, hier vorlegen. Diese Landesregierung ist gezwungen, sich an ihren Taten messen zu lassen und die Maßnahmen umzusetzen, statt einfach nur Forderungen zu formulieren.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, Frau Lautenschläger hat an dieser Stelle einen der schwierigsten Jobs. Das muss man respektieren und auch einmal anerkennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie hat den Weg der Kommunikation gewählt. Dabei muss man eben auch Zeit investieren und die Menschen mitnehmen. Das hat sie gemacht. Das Energieforum hat getagt und uns einen Bericht vorgelegt. Es hat uns 30 Einzelmaßnahmen aufgezeigt, die man umsetzen kann.

(Beifall bei der FDP)

Es ist keine Überraschung, dass wir eine Dreigliederung der Aufgaben haben: die Steigerung der Energieeffizienz, die Erzeugung erneuerbarer Energien und die Veränderung der Rahmenbedingungen.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen. Es hört sich immer so an, als ob in Hessen gar nichts passieren würde. Das ist nicht richtig. Wir reden heute über die Bürgschaftsrichtlinie. Aber es werden heute längst schon Landesmittel in Höhe von 30 Millionen € zur Förderung von Projekten ausgegeben, die die Energieeffizienz steigern sollen.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt eine Vielzahl von Förderprogrammen. Dazu braucht man sich nur einmal im Internet anzuschauen, was es allein bei der KfW gibt: Dort findet sich eine ganze Exceltabelle voll mit Förderprogrammen, unter denen jeder fast zielgenau etwas für seine Aktivitäten finden kann, sei es im Wohnungsbau oder bei der Erneuerung. Zu sagen, dass es einen Kahlschlag oder überhaupt keine Möglichkeiten gibt, ist daher fernab jeder Realität.

(Beifall bei der FDP)

Die Landesregierung hat auch deutlich gemacht, wie sie es auf den Weg bringen will, dass der Anteil der erneuerbaren Energien künftig bei 20 % liegt. Sie hat klar gesagt, der Anteil der Einsparungen müsse bei 20 % liegen. Das wird aus meiner Sicht der schwierigste Teil, weil es die

Mitwirkung aller Bürger erfordert. Das können wir nicht befehlen, sondern wir können immer nur dafür werben.

Wir haben gesagt, was wir in Hessen an Biomasse, Windenergie, Solarenergie, Geothermie und Wasserkraft auf den Weg bringen wollen. Dabei ist klar geworden: Es gibt ein Konzept, und es gibt eine Linie, die wir verfolgen. Jetzt geht es eben um die Umsetzung.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Bei dem Punkt Umsetzung geht es ganz zentral um die Rahmenbedingungen, mit denen diese Umsetzung gefördert werden kann. Einer dieser Punkte ist die Prüfung – das konnten Sie auch schon beim Energieforum finden –, ob die Bürgerschaftsrichtlinie des Landes angepasst werden kann.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die braucht nicht angepasst zu werden!)

Darüber reden wir heute. Darüber können wir uns heute austauschen. Ich kann nur sagen: Man kann nicht dagegen sein, sondern man muss eigentlich dafür sein. Das ist eine richtige Maßnahme; sie zielt aus unserer Sicht absolut in die richtige Richtung.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Es ist nicht so, dass wir heute keine Generaldebatte führen!)

Mit einem Betrag von 5 bis 25 Millionen € kann gefördert werden. 70 % dienen sozusagen der Sicherung. Es geht eben darum, dass nicht nur Projekte in Hessen, sondern auch Projekte außerhalb Hessens damit unterstützt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist aus meiner Sicht absolut notwendig. Die Energieeinsparung und die Effizienzsteigerung müssen natürlich lokal erfolgen. Die Energieerzeugung muss aber dort geleistet werden, wo das am wirtschaftlichsten und effizientesten erfolgen kann. Das ist doch logisch.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin auch ein bisschen verwirrt über manche Argumentation. Das gilt gerade auch für die SPD. Wenn man für den Einsatz des Ökostroms wirbt und gleichzeitig sagt: „Wir dürfen als Hessen aber nicht dafür sorgen, dass auch außerhalb Hessens Energie regenerativ erzeugt wird“, dann ist das für mich ein logischer Widerspruch. Es ist doch ganz klar: Der Ökostrom, der überall in Hessen verbraucht wird, wird doch auch nicht in Hessen erzeugt. Ihn gibt es doch nur theoretisch. In Wirklichkeit liefern ihn Staudinger oder das Kraftwerk in Biblis.

Meiner Ansicht nach müssten Sie einmal versuchen, Ihre Argumentation stringent zu machen. Ich halte das für wichtig. Der Schritt der Landesregierung, diese Bürgerschaften auch für die Energieerzeugung außerhalb Hessens einzusetzen, ist hervorragend und ganz besonders wichtig.

Herr Görig, Sie haben gesagt, es sei in diesem Bereich genug Kapital vorhanden. Diese Aussage halte ich momentan für mutig.

Sie können sagen, man könne aufgrund des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und dessen Subventionierung hervorragende betriebswirtschaftliche Konzepte gegenüber den Banken oder anderen Investoren darstellen. Das mag sein. Aber mit der Auffassung, dass das Geld momentan

auf der Straße liege und dass man es einfach nur einzusammeln bräuchte, sind Sie, so glaube ich, auf dem falschen Dampfer.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Mit Sicherheit werden Sie in einem halben Jahr oder in einem Jahr bei der Landesregierung anfragen, wie denn die Bürgerschaftsrichtlinie genutzt worden ist, wie viele Unternehmen da mitgemacht haben. Wir werden dann deutlich sehen, wie wichtig und wie klug das war. Ich erwarte, dass Sie sich dann entsprechend äußern und die Ministerin dann loben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Wissler von der Fraktion DIE LINKE.

(Florian Rentsch (FDP): Frau Wissler, Sie können auch zur Umwelt etwas sagen! Es wird immer besser!)

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich es schon bemerkenswert finde, dass die CDU mit der Energiepolitik ausgerechnet ihren derzeit größten innerparteilichen Streitpunkt zur Diskussion stellt.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist schon dreist! – Zuruf von der CDU: Wir sind mutig!)

Herr Müller, Sie erleben gerade eine Atomspaltung in Ihrer eigenen Partei.

(Zurufe von der CDU)

Herr Müller, wir können diesen Mut nur begrüßen. Sie öffnen sich. Sie lassen uns teilhaben an Ihrer innerparteilichen Debatte. Deswegen möchte ich gerne ein paar Anmerkungen dazu machen.

In der Tat wären 150.000 Menschen, die gegen die Nutzung der Atomkraft auf die Straße gegangen sind, und die kochartigen Verluste der CDU in Nordrhein-Westfalen für die Union Grund genug, ihre Energiepolitik einmal grundlegend zu überdenken. Aber anstatt über die Inhalte nachzudenken, überlegen Sie sich lieber, wie Sie die zunehmende Kritik möglichst unschädlich machen. Sie verfahren getreu dem Motto: Wenn man keine Mehrheit im Bundesrat und auch nicht in der Gesellschaft hat, dann muss man eben Tricks und Wege finden, diese Mehrheit zu umgehen.

Als es um den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie ging, waren es die CDU-geführten Bundesländer, die sich sehr stark dafür eingesetzt haben, dass der Bundesrat unbedingt beteiligt werden müsse. Heute erklären Sie genau das Gegenteil. Frau Lautenschläger, nicht wahr?

Wie sehr Ihnen RWE und E.ON tatsächlich am Herzen liegen, wurde wieder einmal deutlich, als Bundesumweltminister Röttgen angedeutet hat, dass man vielleicht doch in Erwägung ziehen könnte, den Bundesrat an dieser Entscheidung zu beteiligen.

Nun muss man eines wissen. Man kann sich in der CDU sehr viel leisten, siehe Herr Irmer. Aber was gar nicht

geht, ist, die Profite der Atomwirtschaft infrage zu stellen. Dann ist ganz schnell Schluss mit lustig. Dann ist Schluss mit innerparteilicher Solidarität. Deswegen hat der CDU-Fraktionsvorsitzende sofort reagiert und erklärt, dass Herr Röttgen zurückgepfiffen werden müsste.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig, wir wissen, was wir wollen!)

Frau Ministerin hat sofort ihre Kollegen Ministerinnen und Minister um sich gesammelt und erklärt, die Kanzlerin müsse die Vielstimmigkeit beenden. Frau Ministerin, ich finde, RWE kann sich wirklich glücklich schätzen, eine solch engagierte Außendienstmitarbeiterin wie Sie in der Landesregierung zu haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun möchte ich etwas zu Ihrem Entschließungsantrag sagen, dessen Inhalt so dünn ist, dass es mir fast unmöglich wäre, zehn Minuten allein dazu zu reden. Das wäre etwa eine Minute pro Zeile.

Entscheidender als die Länge des Entschließungsantrags ist aber natürlich dessen Inhalt. Eines finde ich immerhin erfreulich: Die CDU nimmt die wachsende Kritik zum Anlass, um den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien von sich aus im Landtag zum Thema zu machen. Das ist neu.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir haben das schon mehrfach gemacht!)

Ihre Initiative richtet sich noch nicht einmal gegen den Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien. Auch das ist neu. Das ist natürlich begrüßenswert.

Sie feiern sich jetzt dafür, dass die hessische Bürgschaftsrichtlinie auf Investitionen zur Nutzung erneuerbarer Energien ausgeweitet wurde. Das heißt also, die Regierungsfractionen fahren einen Jubelantrag auf, damit der Landtag ein dickes Lob dafür aussprechen kann, dass das Land unter Umständen bürgt, wenn ein anderer in die Nutzung erneuerbarer Energien investieren will und dafür einen Kredit braucht. Das hätten Sie auch schon früher machen können, wenn Sie gewollt hätten. Das kann man in die Richtlinie hineinschreiben. Bitte schön, das kann man so machen. Ich wage aber zu bezweifeln, ob das an der realen Praxis etwas ändern wird.

Die Ministerin hatte in ihrer legendären Regierungserklärung bereits angekündigt, bei den erneuerbaren Energien nichts überstürzen zu wollen. Frau Ministerin, ich finde, dieser Ankündigung wird dieser Entschließungsantrag wahrlich gerecht.

Das, was Sie eingebracht haben, ist so weit von dem weg, was real geboten und notwendig ist, dass man sich fragt, ob die Klimaberichte der Vereinten Nationen überhaupt bis zu Ihnen vorgedrungen sind. Sie schreiben, der Entschließungsantrag solle ein Signal setzen, mehr aber auch nicht. Sie hupen halt einmal. Wenigstens loben Sie an dieser Stelle einmal nicht den unermüdlichen Einsatz der Landesregierung für die Nutzung der Atomkraft.

Meine Damen und Herren, die Frage ist doch folgende: Wenn Sie die Nutzung erneuerbarer Energien wirklich fördern wollen, warum tun Sie das nicht einfach? Warum hat sich denn die Landesregierung mit keiner Silbe gegen die Absenkung der Förderung der Solarenergie auf Bundesebene ausgesprochen? Warum haben Sie das befürwortet, wenn Ihnen die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien doch tatsächlich am Herzen liegt?

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Nach der neuen Regelung müssen Investoren zunächst nachweisen, dass sie mit ihrem Projekt zur Nutzung erneuerbarer Energien – ich zitiere – „volkswirtschaftlich besonders gerechtfertigte Vorhaben“ umsetzen wollen. Der Landesregierung ist offensichtlich immer noch nicht klar, dass der Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien immer wirtschaftlich besonders gerechtfertigt ist.

(Zurufe von der FDP: Was?)

Warum müssen die zu fördernden Projekte „einen signifikanten Beitrag zur Energiebilanz Hessens“ leisten? Was soll das heißen? Gerade kleine und mittlere Unternehmen können keinen signifikanten Beitrag leisten. Sie werden von vornherein benachteiligt.

Damit kommen Sie Ihrem Versprechen der Förderung des Mittelstands nicht nach. Vor allen Dingen leisten Sie keinen Beitrag dazu, die Energieerzeugung zu dezentralisieren und sie der Kontrolle der großen Investoren und Eigner zu entziehen. Deshalb wäre es richtig gewesen, festzulegen, dass die geförderten Anlagen hier in der Region gebaut und betrieben werden. Was die Landesregierung jetzt beschlossen hat, heißt, dass es die Möglichkeit der Förderung von Investitionen in Großprojekte wie beispielsweise Desertec oder den Bau irgendwelcher Staudämme gibt.

Im eigenen Land setzen Sie den Kampf gegen den Bau jedes Windrads fort. In Ihren Entschließungsantrag haben Sie dann noch ausdrücklich hineingeschrieben, dass „Großunternehmen und Konzerne“ nicht ausgeschlossen werden sollen. Meine Damen und Herren, das hätte Ihnen auch niemand unterstellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie ernsthaft an die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien herangehen wollen, dann regeln Sie die Förderung doch so, dass die Vergabe von Mikrokrediten im Vordergrund steht. Haushalte sollten davon profitieren können. Wohnungsbaugenossenschaften und Kommunen sollten davon profitieren können. Großunternehmen und Konzerne gerade aus dieser Branche verhindern doch in der Realität den Umstieg auf die Nutzung erneuerbarer Energien. Deshalb liegt die Zukunft in der Dezentralisierung sowohl bei der Erzeugung als auch beim Eigentum.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen einen Abschied von der Nutzung der Atomkraft und ein Ende der Förderung der Nutzung der Kohleenergie. Jeder Euro für die Atomkraft und jedes Abrücken von den Vorgaben des Atomausstiegs legen der Einführung der Nutzung erneuerbarer Energien einen Stein in den Weg. Deshalb bleiben Ihre Bemühungen für die Nutzung erneuerbarer Energien und für eine Energiewende leider eine traurige Farce. Daran ändert die Erweiterung der Bürgschaftsrichtlinie leider herzlich wenig.

Auch die Nachhaltigkeitskonferenz, die diese Woche stattgefunden hat, ist ein Beleg dafür.

Eines muss ich sehr klar sagen: Wer beim Thema Nachhaltigkeit ausgerechnet den Flughafenbetreiber Fraport um Rat fragt, hat in der Nachhaltigkeitsdebatte wirklich nichts verstanden.

Es handelt sich um eine reine Showveranstaltung der Landesregierung, bei der viel heiße Luft und zugegebenermaßen sehr aufwendige Homepages produziert werden.

Herr Rock, noch nicht einmal die Ziele sind ambitioniert. Ob die Ziele erreicht werden, wollen wir erst einmal sehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie konterkarieren das selbst. Der Ministerpräsident hat in dem Interview im „Spiegel“ nicht nur gesagt, dass er bei der Bildung, bei der Kinderbetreuung und bei den Familien sparen will. Er hat auch noch gesagt, dass er beim öffentlichen Personennahverkehr sparen wolle.

Wer jetzt davon redet, Energie sparen und auf erneuerbare Energien umsteigen zu wollen, auch um dem Klimawandel entgegenzuwirken

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

– Verkehr hat einen enormen Energieverbrauch –, wer eine Nachhaltigkeitskonferenz macht und danach erklärt, die Zuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr kürzen zu wollen, der konterkariert Ihre ganzen Bemühungen, sich – Entschuldigung – ein grünes Mäntelchen umzuhängen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Rock (FDP): Das wollen wir nicht! – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Nein, nein!)

Mir fehlt weiterhin jeder Anhaltspunkt für das „besondere Interesse“ der Landesregierung „am Ausbau und der Nutzung von erneuerbaren Energien“, von dem in Ihrem Antrag die Rede ist. Wir halten es nicht für notwendig, die Einzelheiten einer novellierten Bürgerschaftsrichtlinie in Form eines Entschließungsantrages einzubringen. Die Landesregierung könnte andere Schritte ergreifen, als das in Form eines Entschließungsantrages im Landtag zu wiederholen. Wenn Sie das Agieren der Regierungskoalition das nächste Mal feiern wollen, dann finde ich es angemessen, wenn Sie es in Form einer Pressemitteilung tun würden. Das wäre in dem Fall ausreichend und angemessen gewesen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abg. Gremmels das Wort.

#### **Timon Gremmels (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, um auf den Kollegen Stephan einzugehen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das geht nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich bin in der Lage, es selbst festzustellen.

(Timon Gremmels (SPD): Entschuldigung! – Zuruf von der CDU: Passen Sie auf die Geschäftsordnung auf!)

– Herr Abgeordneter, würden Sie mir bitte einen Augenblick zuhören? Sie können zu Frau Wissler Stellung nehmen. Das sollten Sie dann aber ausdrücklich so benennen, damit wir wissen, dass es sich auf Frau Wissler bezieht.

#### **Timon Gremmels (SPD):**

Passen Sie sehr gut auf die Inhalte auf. – Herr Präsident, ich nehme Bezug auf Frau Wissler. Wie Frau Wissler schon angesprochen hat, ist das Thema, wofür Sie hier als Regierungsmehrheit stehen, die Atompolitik.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Es gibt Regeln im Landtag!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter – meine Herren Abgeordneten, können Sie mir vielleicht einmal zuhören –, das ist eine Kurve, die ich nicht gestatten kann.

(Timon Gremmels (SPD): Gut, danke! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist alles geklärt. Es ist ein guter Vorgang für alle Abgeordneten, zu wissen, wie man so etwas macht. Herr Gremmels, vielen Dank für diese Hilfe.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Darf ich erwidern? – Allgemeine Heiterkeit)

– Nein. Bitte nehmen Sie mich hier vorne doch ernster. – Ich erteile Herrn Abg. Stephan für zwei Minuten das Wort.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich will die mir verbleibenden zwei Minuten nutzen, um kurz einiges richtigzustellen.

Frau Hammann, Sie haben das Marktanzreizprogramm angesprochen. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich den Präsidenten des Bundesverbandes Erneuerbare Energie in der Zeitung „Behörden Spiegel“ vom Mai 2010 zitieren. Er kritisiert die Streichung dieser Mittel:

Angesichts der mangelnden Verlässlichkeit politischer Zusagen müssen die Verbraucher den Klimaschutz selbst in die Hand nehmen und durch den Einbau regenerativer Heizungstechnik auch ohne politische Unterstützung den Umbau unserer Energieversorgung vorantreiben. Immerhin werden sie dafür auf lange Sicht durch kalkulierbare Heizkosten und eine gute Umweltbilanz belohnt.

Das heißt doch, es gibt an der Stelle auf freiwilliger Basis, ohne dass unbedingt Geld des Staates einfließen muss, etwas für Umwelt, für Ökologie und vor allem für den eigenen Geldbeutel zu tun.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich gibt es das!)

Das müssen wir den Menschen immer wieder klarmachen.

Zweitens. Ich möchte darauf hinweisen, dass in den vergangenen Jahren über die Anreizprogramme des Bundes die umfassende energetische Sanierung von Wohnungen stark angestiegen ist. Wenn es in den Jahren 2006 bis 2008 im Schnitt etwa 260.000 Wohnungen waren, waren es 2009 über 500.000 Wohnungen, die gefördert worden sind und bei denen sich bewiesen hat, dass energetische Sanierung geht und man dort etwas erreichen kann.

Drittens die Frage, wer über die Bürgschaftsrichtlinie des Landes gefördert wird. Es sind vor allem die kleineren, die lokalen, die kommunalen Unternehmen der Energieversorgung, die keine Chance haben, auf dem großen Geldmarkt Geld zu generieren. Ich habe mit einigen von diesen gesprochen, die sehr dankbar für den Hinweis waren, dass man Bürgschaften bekommen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Viertens. Ich möchte wiederholen, was ich im Ausschuss bereits zu Ihrem Berichtsantrag gesagt habe. Ich hoffe, dass wir in Kürze aus den Gewinnabschöpfungen der weiter laufenden Kernkraftwerke diese Maßnahmen besser finanzieren können und wieder genügend Geld für das Marktanzreizprogramm vorhanden ist.

Zum Schluss. Herr Görig, ich warte immer noch darauf, dass Sie etwas zum Bau der Windkraftanlagen in Freistein sagen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Ministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass jetzt die hessischen Unternehmen – die mit Sitz der Geschäftsleitung in Hessen – tatsächlich eine verbesserte Möglichkeit über die Bürgschaftsprogramme haben, mit diesem neuen erleichterten Zugang zu der Bürgschaft eben genau in erneuerbare Energien hier zu investieren und die hessischen Bürgerinnen und Bürger damit tatsächlich mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen. Das kann man aus meiner Sicht nur begrüßen. Aber spannend ist, wenn man sich anschaut, wie das heute Morgen hier wieder die Oppositionsfractionen in durchaus sehr unterschiedlicher Art und Weise getan haben,

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

zum einen, es wäre eine Art Sahnehäubchen, das zu machen. Wenn ich den Antrag der SPD richtig gelesen habe, den Sie unter einem anderen Tagesordnungspunkt stellen, wollen Sie das nur auf Hessen beschränken. Frau Hammann hingegen sagt, das wäre alles längst möglich gewesen. Ja, Frau Hammann, aber es war in der Vergangenheit eben nicht so, dass erneuerbare Energien automatisch volkswirtschaftlich als besonders gerechtfertigte Vorhaben subsumiert wurden. Jetzt ist es so, dass dadurch ein erleichterter Zugang zu den Bürgschaften stattfindet und dass genau die Unternehmen und Energieversorger die im Gegensatz zu dem, was Frau Wissler vorgetragen hat, häufig kommunale Unternehmen sind, die Chance haben,

durch die Nutzung dieses Bürgschaftsprogramms noch stärker in erneuerbare Energien zu investieren, und dadurch einen vereinfachten Zugang und einen Vorteil gerade gegenüber den vier ganz Großen haben, weil sie nun wesentlich einfacher und schneller über die Bürgschaft die Chance haben, daran mitzumachen.

Ich bin sehr froh, dass der Bürgschaftsausschuss dort inzwischen der ersten tatsächlich einen Antrag stellenden Gruppen-Gas- und Elektrizitätswerk Bergstraße Aktiengesellschaft eine Bewilligung ausgesprochen hat, nämlich eine Bürgschaft über 10 Millionen €. Das kann man aus meiner Sicht nur begrüßen, denn dadurch werden rund 10.000 Haushalte in Hessen die Möglichkeit haben, mit erneuerbaren Energien versorgt zu werden

(Manfred Görig (SPD): Wie soll das gehen?)

und tatsächlich den Ausbau des Ökostroms voranzutreiben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Görig, das ist eine spannende Frage. Ich bin Ihnen richtig dankbar, dass Sie nun dazwischenrufen: Wie soll das gehen? – Wissen Sie, der Bürgermeister Ude in München, seines Zeichens Oberbürgermeister der SPD, setzt sich für Solarstrom aus Andalusien und die Bewilligung an Offshorewindparks für seine städtische Gesellschaft ein, um München mit Ökostrom zu versorgen.

(Axel Wintermeyer (CDU): So sind die Genossen!)

Ich kann nur sagen: Der Mann hat recht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen haben wir unsere Richtlinie so gefasst, dass wir auf der einen Seite klar sagen: „volkswirtschaftlich besonders gerechtfertigte Vorhaben“ für Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung in Hessen, aber die Investition kann in Hessen oder woanders sein. Das ist die unternehmerische Entscheidung, wo ich am meisten und am schnellsten Ökostrom entsprechend umsetze und damit die Bürgerinnen und Bürger in Hessen auch versorgen kann. Dass das auch noch für kommunale Unternehmen dadurch erleichtert möglich ist, zeigen die Anfragen, die Kommunale dort genau auch an die Bürgschaftsbank, die WI-Bank, stellen; denn die nächsten Anfragen, die dort vorliegen und hoffentlich auch in Anträge münden werden, sind wieder von kommunalen Stromversorgern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen ist es für uns als Landesregierung schon sehr wichtig, dass wir auch öffentlich deutlich machen, dass wir das als ein besonderes Vorhaben ansehen und möglichst schnell dadurch mehr an erneuerbaren Energien für hessische Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen.

Ich will einen weiteren Punkt hinzufügen. Es ist sehr interessant, wenn Sie auf der einen Seite hier vorlesen oder auch kritisieren, was das Energieforum beschlossen hat, nämlich bestimmte Dinge überprüfen zu lassen. Wir prüfen das: Wo besteht rechtlicher Änderungsbedarf? Wo hilft es, nicht rechtliche Änderungen ins Gesetz zu schreiben, sondern wo können durch einfache Änderungen an Programmen bereits große Fortschritte für die erneuerbaren Energien erzielt werden?

Auf der anderen Seite sehe ich, dass Sie – die Damen und Herren von der SPD-Fraktion stellen ihr Gesetz heute wieder zur Abstimmung – selbstverständlich wieder mit dirigistischen Schritten herangehen wollen. Stattdessen sollte man sich doch erst einmal die Zeit nehmen

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

und in Ruhe das Urteil zur Solarsatzung in Marburg lesen. Dort wird ausdrücklich der Eingriff in Eigentumsrechte kritisiert – und zwar dann, wenn schon eine einfache Reparatur einen Eingriff in Eigentumsrechte auslöst und den Eigentümer verpflichtet.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist nicht unser Weg bei den erneuerbaren Energien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und bei der FDP)

Vielmehr wollen wir die Rahmenbedingungen so gestalten, dass hessische Bürgerinnen und Bürger daran teilhaben können, dass sie aber ganz verlässlich nach wie vor ihre Investitionen selbst planen können, anstatt damit rechnen zu müssen, wenn etwas an ihrem Ofen kaputtgeht, dass dann plötzlich ein dirigistischer Eingriff von oben erfolgt. Sie sollen die Möglichkeiten, die es heute gibt, nutzen, und dazu müssen wir sie wesentlich besser und umfassender über diese Möglichkeiten aufklären.

Das Gleiche gilt für die Unternehmen beim Thema Bürgschaften. Das gilt bei den regionalen Planungsversammlungen, die ja bereits angefangen haben, ihre Energiekonzepte in die Planungen, in ihre Regionalpläne aufzunehmen und einzuarbeiten. Daher müssen wir als Gesetzgeber dort nicht wieder eine dirigistische Vorgabe machen, sondern können klare Ziele setzen, die dann wiederum in den Versammlungen umzusetzen sind.

Das ist sicher ein anderer Weg als der, den sich vielleicht Rote, GRÜNE und LINKE hier im Hessischen Landtag vorstellen.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Ich bin aber davon überzeugt, es wird ein erfolgreicher Weg sein, Menschen für erneuerbare Energien zu gewinnen. Sie wissen alle, bei Umfragen ist das sehr positiv besetzt.

Aber auch wenn Sie in Ihre eigenen Reihen hineinschauen – Herr Görig, ich habe Ihnen das bereits im Ausschuss gesagt: nehmen Sie nur das Flugblatt der SPD in Taunusstein –, dann ist ziemlich schnell ersichtlich, dass es dazu überall Diskussionen gibt, sowohl in Ihrer als auch in meiner Partei. Da muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden. Menschen müssen davon überzeugt werden, etwas zu tun, sowohl innerhalb Hessens als auch außerhalb.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie überzeugen sie vom Gegenteil!)

Vor allem muss das Geld so vernünftig eingesetzt werden, dass wir schnell zur Gewinnung erneuerbarer Energien kommen. Genau das ist unser Weg, und den werden wir weiterverfolgen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Görig, Fraktion der SPD. – Alle Fraktionen haben eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten.

#### **Manfred Görig (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, man wird kein Musterland für erneuerbare Energien, wenn man wie Sie mit Trippelschritten vorangeht und Nebenbestimmungen in Bürgschaftsrichtlinien ändert. Das muss man an dieser Stelle einmal festhalten. Alles, was Sie bisher dazu vorgelegt haben, ist nicht im Entferntesten das, was Ihnen Ihre eigenen Experten vorgeschlagen haben.

Wenn Sie dann noch hinzufügen, es sei gut, dass Sie jetzt eine Bürgschaft geben könnten, wenn in der Nordsee Offshoreanlagen gebaut werden, Sie aber hier vor Ort immer noch – insbesondere die CDU, ich lese es immer wieder – dafür sorgen, dass alle Anlagen, die gebaut werden sollen, mit aller Macht verhindert werden,

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist gar nicht wahr!)

und immer wieder gesagt wird; „Wir wollen keine Windkraftmonster, wir wollen nicht die Landschaft verschandelt haben“,

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

dann ist es an der Zeit, dass Sie in Ihrer eigenen Partei mit der Überzeugungsarbeit anfangen.

(Beifall bei der SPD)

Überzeugungsarbeit leistet man nicht, indem man immer wieder die Widerstände vor Ort unterstützt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, Sie wollen keinen Zwang ausüben, so finde ich das relativ witzig. Denn dann können Sie Ihre Arbeit eigentlich einstellen. Dann brauchen wir überhaupt kein Gesetz mehr zu verabschieden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, jedes Gesetz beinhaltet einen Zwang. Wenn Sie sagen, das brauchen wir alles nicht, dann weiß ich nicht, warum Sie eigentlich noch hier sitzen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was ist denn beispielsweise mit den Kräften des Marktes?)

– Herr Kollege Dr. Arnold, ich will an dieser Stelle nochmals sagen: Ich hätte es mir schon gewünscht, dass man dort die Wirtschaftskompetenz Ihrer Person einbringt und auch einmal versucht, die Zukunft Hessens mithilfe erneuerbarer Energien zu gestalten. Sie sind aber nicht dabei, sondern Sie bauen lieber in der Nordsee. Das ist doch der Unterschied, über den wir heute diskutieren.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wir bauen auch in Hessen! – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie wollen doch die Bürgschaftsrichtlinie in dieser Weise ausweiten. Dann ergänzen Sie doch den Zusatz: Wir wollen die Anlagen in Hessen haben, nicht auswärts. – Das ist doch der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Zurufe der Abg. Axel Wintermeyer und Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Kollege Stephan, wenn Sie am Ende sagen, Sie warten auf die Gewinnabschöpfung in der Atomindustrie, dann muss ich sagen: Das ist lächerlich. Dort wird es keine Gewinnabschöpfung geben, wenn die an diesem Punkt nicht selbst mitspielen. Denn da gibt es eigentumsrechtliche Probleme. Sie können nicht einfach sagen: Wir hätten

gerne den Gewinn dieses Unternehmens. – Herr Kollege Stephan, das müssen Sie uns einmal darlegen, wie Sie das rechtlich gestalten wollen – wenn Sie sagen, das funktioniert.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Per Vertrag natürlich!)

Meine Damen und Herren, alles in allem erschließt sich uns nicht die Logik, wenn Sie die Bürgschaftsrichtlinie erweitern, in Hessen aber die Anlagen verhindern und sie woanders bauen lassen wollen. Das müssen Sie der Bevölkerung einmal erklären.

Hier sind Ihre Bürgschaftsrichtlinie und das, was Sie tun, nicht konsistent, genauso wenig wie Ihre Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen. Denn letztendlich sind Sie innerlich nicht dafür, sondern Sie hängen es sich nur um, damit Sie in der Öffentlichkeit als jemand dastehen, der erkannt hat, was für die Zukunft notwendig ist. Wenn Sie das wirklich wollten, müssten Sie auf unseren Weg einschwenken, aber das wollen Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Hammann, Sie haben das Wort.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Lautenschläger, Sie reden immer von Dirigismus. Ich denke, es ist falsch, dieses Wort in diesem Zusammenhang zu gebrauchen.

Überlegen Sie sich doch einmal, wie viele Gesetzentwürfe allein in diesen drei Tagen vom Landtag behandelt werden – Gesetzentwürfe, die auch von Ihnen eingebracht wurden. Sie tun das, um eine bestimmte Richtung anzuvizieren, weil Sie Änderungen erreichen wollen.

Auch bei den erneuerbaren Energien ist es notwendig, dass die Politik die Rahmenbedingungen vorgibt. Deshalb braucht es auch Gesetze – oder Sie machen sich unglaubwürdig.

Sie selbst haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Nachbarrechts eingebracht. Dieses Gesetz haben wir unterstützt. Das zeigt ganz deutlich, die Bürger brauchen einen Rechtsraum, um etwas umsetzen zu können. Denn wenn die alten Bedingungen weiter gegolten hätten, hätten sie keine Außendämmung aufbringen können, wenn das Haus auf der Grundstücksgrenze steht.

Das heißt: Das Land, die Regierung, die Abgeordneten sind gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Und das ist „Dirigismus“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ein ganz wichtiger Punkt, und das geht auch in Richtung meiner Kollegen von der SPD: Wir sind der festen Überzeugung, dass auch Offshoreanlagen in der Nordsee unterstützt werden sollten.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dem haben wir doch überhaupt nicht widersprochen!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Daran haben wir ein großes Interesse, weil davon auch die hessischen Unternehmen profitieren. Warum denn nicht?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Eieiei, da wird ein Popanz aufgebaut, das ist unglaublich!)

Uns ist es doch lieber, wenn hessische Unternehmen davon profitieren statt anderer Unternehmen. Es ist doch blauäugig, zu glauben, diese Anlagen würden nicht kommen. Das muss man ganz deutlich sagen.

Der Unterschied ist aber: Diese Anlagen, beispielsweise in der Nordsee, sind kein Ersatz für ein Handeln in Hessen. Auch in Hessen muss gehandelt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Das ist der richtige Weg. Nur so können wir es wirklich schaffen, eine Politik für erneuerbare Energien wirklich umzusetzen und auf Ökoenergien umzustellen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist Besserwisserei wider jede Sachkenntnis! Das ärgert mich!)

– Nein, das ist keine Besserwisserei. Sonst hätte unser damaliges Konzept niemals aufgehen können. Wir haben immer das Gesamtsystem betrachtet und gesagt, diese Energien müssen wir auch offshore produzieren.

Ein kurzes Wort auch zu Herrn Stephan. Herr Stephan, ich finde es unmöglich, wenn Sie immer wieder einfordern, die zusätzlichen Gewinne der Atomkonzerne müssten dann in die erneuerbaren Energien gelenkt werden, wenn die Atomkraftwerke weiter laufen dürfen. Ich zitiere Ihnen nochmals Herrn Röttgen. Er hat gesagt:

Der Wunsch, staatliche Einnahmen zu erzielen, kann kein tragender Gedanke eines energiepolitischen Konzeptes sein. Das wäre eine Form von Deal-Politik, die ich ablehne. ...

Der Staat muss jeden Anschein vermeiden, er schöpfe Sondergewinne ab und mache dafür Zugeständnisse bei der Sicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, er hat vollkommen recht.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wir brauchen eine andere Energiepolitik, und das ist eine Energiepolitik ohne alte, risikoreiche Atomkraftwerke. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Abg. Wissler.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, zu ein paar Punkten, die Sie angesprochen haben, möchte ich gerne etwas sagen. Das Allererste ist der Verweis auf den Münchner Oberbürgermeister Ude. Nur weil

Sie ihn immer wiederholen, wird der Verweis nicht stichhaltiger.

(Helmut Peuser (CDU): Guter Mann!)

Es ist ein Unterschied, ob man Oberbürgermeister einer Stadt wie München ist oder ob wir hier über die Möglichkeiten des Landes Hessen reden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wo wir ganz andere Möglichkeiten haben bei Wind, bei Geothermie und Biomasse. Wir haben natürlich ganz andere Möglichkeiten als die Stadt München. Herr Ude kann doch nicht sagen – –

(Zuruf des Abg. Peter Stephan (CDU))

– Herr Stephan, sollen die einen Windpark auf dem Marienplatz bauen? Was sollen die denn in München machen? Natürlich sind dort die Möglichkeiten eingeschränkter als in Hessen. Das ist doch vollkommen klar.

(Beifall bei der LINKEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wir sind auch dicht besiedelt! – Weitere Zurufe von der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, bitte etwas ruhiger. – Vielen Dank.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Die Frage der Dezentralisierung und Demokratisierung der Energieversorgung muss in der Tat im Vordergrund stehen. Das muss nicht heißen, dass man große Projekte wie Offshorewindkraftanlagen nicht unterstützt. Aber das Entscheidende ist doch, dass wir versuchen müssen, die Kommunen unabhängig zu machen von den großen Energiekonzernen, um Geld einzusparen, um die Kommunen selbst entscheiden zu lassen, aus welchen Energieträgern sie Energie gewinnen möchten.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen müssen wir auch über Rekommunalisierung reden. Das tun wir morgen. Wenn wir über die auslaufenden Konzessionsverträge reden, dann können wir auch darüber reden, wie man es schaffen kann, Energie wieder mehr in die kommunale Hand zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Frau Ministerin, Sie sprechen davon, dass die Rahmenbedingungen für Investitionen verlässlich sein müssen – einverstanden. Aber wenn Sie das so sehen, dann noch einmal die Frage: Warum die Absenkung der Solarförderung? Das hat doch gerade gezeigt, dass man sich überhaupt nicht darauf verlassen kann.

(René Rock (FDP): Wirtschaftlichkeit!)

– Herr Rock, auf das Argument habe ich gewartet. – Die Frau Ministerin hat vorhin gesagt, wir müssen die Menschen überzeugen. Frau Ministerin, das tun Sie, aber leider vom Gegenteil des Ausbaus erneuerbarer Energien.

Herr Rock, wenn Sie jetzt „Wirtschaftlichkeit“ rufen, dann sage ich Ihnen etwas zum Mythos von der teuren Solarenergie. Absurder geht es nicht. Zu erklären, die Solarenergie sei teuer, und deshalb müsse die Solarförderung

abgesenkt werden, und gleichzeitig von der angeblich billigen Atomkraft zu sprechen – Stichwort: Asse, Stichwort: Subventionen –, das ist eine derartig interessengeleitete Politik, das hat mit Fakten wirklich überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der LINKEN und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Sie versuchen nicht, die Menschen zu überzeugen oder ihnen Ängste zu nehmen. Im Gegenteil, die Frau Ministerin warnt regelmäßig vor der Verspargelung der Landschaft. Aber ein neuer Kühlblock oder ein neuer Block in Staudinger, das schmiegt sich schön in die Landschaft ein, da kann man voll dafür sein?

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein wirklich interessengeleitetes Verständnis von Ästhetik und Landschaftsgestaltung, das Sie an der Stelle zeigen.

Dann kommt immer wieder das Stichwort „dirigistisch“. – Ja, wir brauchen klare Vorgaben. Ich finde auch, dass der Klimawandel zu dramatisch ist, als nur zu sagen: Schauen wir einmal, was jeder Einzelne dazu freiwillig leistet.

Ja, wir brauchen – das haben wir auch – eine Begrenzung des Schadstoffausstoßes. Ja, es ist richtig, dass jedes Auto einen Katalysator hat. Ja, wir müssen auch bei der Energieversorgung und beim Thema erneuerbare Energien nicht nur auf Freiwilligkeit, auf Appelle und Anreize setzen, sondern ganz klare Vorgaben machen. Denn eines ist vollkommen klar: Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist unausweichlich. Er kommt sowieso, wenn sich die anderen Energieträger dem Ende zuneigen.

Der Umstieg kommt sowieso. Die Frage ist: Wollen wir der nächsten Generation, wollen wir den nachkommenden Generationen zumuten, dass sie den Umstieg von fossilen Energien auf erneuerbare Energien im Hauruckverfahren, vielleicht in einer dramatisch kurzen Zeit, hinbekommen müssen, oder wollen wir heute die Vorgaben geben, wollen wir heute vorlegen, wollen wir heute die Energiewende einleiten, um die wir ohnehin nicht herumkommen?

Das ist die entscheidende Frage, und an der Stelle war das heute kein Meilenstein, den Sie hier eingebracht haben. Das war kein Meilenstein, und das entbindet die Ministerin nicht von der Pflicht und der Verantwortung, endlich ein Energiekonzept für Hessen vorzulegen und zu sagen, wie sie das wenig ambitionierte Ziel von 20 % erneuerbaren Energien bis 2020 erreichen will. Auf das Konzept warten wir.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt ist Herr Kollege Sürmann für die FDP dran. Sie haben das Wort.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Und ich dachte, der sei nur für die Kernspaltung zuständig!)

**Frank Sürmann (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die drei Minuten schon in der Eingangsrunde nicht ausgenutzt; die fünf Minuten jetzt werde ich auch nicht komplett ausnutzen. Frau Wissler, Sie hatten eingangs gesagt, Sie wüssten nicht, wie Sie es schaffen wollen, zehn Minuten zu diesem Thema zu reden. Das haben Sie aber hervorragend gemacht, zweimal zehn Minuten inhaltsleer etwas vorgetragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Aber nicht zu dem Thema! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Oberlehrer!)

Eine Anmerkung zum Kollegen Görig. Sie haben vor diesem Plenum einen Ausdruck benutzt: dass nur eines funktioniert, um die Bürger in die Linie Ihrer Politik zu bringen, nämlich staatlicher Zwang. – Ihre Auffassung von staatlicher Gewalt rückt Sie verdammt eng in die Nähe dieser LINKEN-Fraktion, dieser Postkommunisten, die mit staatlicher Gewalt versuchen,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Bürger in eine Richtung zu bringen, wie die Politik das gerade möchte. Das machen wir nicht mit.

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Die Einzige, die zum Thema gesprochen hat – das ist zu gegeben –, ist die Kollegin Hammann. Sie haben davon gesprochen, dass es durchaus vernünftiger ist

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, gestatten Sie Zwischenfragen?

**Frank Sürmann (FDP):**

– nein, ich gestatte keine Zwischenfragen –, dass auch hessische Unternehmen im Ausland auf dem Meer in erneuerbare Energien investieren. Das ist völlig richtig. Aber bitte versuchen Sie nicht zu behaupten, dass wir eine Bürgschaftsrichtlinie auf diese Möglichkeit erweitert haben, die in erster Linie natürlich im Fokus hat, dass wir in Hessen erneuerbare Energien nutzen,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und die lediglich auch die Möglichkeit gibt, außerhalb von Hessen etwas zu machen. Das macht die Bürgschaftsrichtlinie, das macht sie sinnvoll, und das ist auch vernünftig. Bleiben wir bitte beim Thema. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben das Wort für zwei Minuten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist alles verstrahlt hier!)

– Richtig.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Görig hat vorhin versucht, in seinen Ausführungen deutlich zu machen, dass wir jetzt seit etwa einem Jahr und vier Monaten über die Umsetzung eines Energiekonzepts reden. Die Ministerin selbst hat einen für Unionsverhältnisse ambitionierten Anspruch formuliert, nämlich 20 % erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 aufzubauen.

Wir haben vor vier Wochen hier mehrfach die Frage gestellt, wann die Ministerin auf der Grundlage des Konzepts oder Papiers, wie immer man es nennen will, die Maßnahmen vorlegen wird, die sie selbst beschrieben hat: dass die Bauordnung verändert werden muss, dass das Landesplanungsgesetz verändert werden muss, dass Verordnungen verändert werden müssen, dass es im Übrigen – lieber Herr Sürmann; das „lieber“ streiche ich jetzt – eine Form von Zwangsausübung geben muss, da es ein öffentliches Regelungswerk ist.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Diese Antwort konnte sie uns nicht geben. Sie hat dann am Ende, nachdem sie zweimal versucht hat, zu intervenieren, nachdem das in der Regierungserklärung schon nicht funktioniert hat, uns angeboten, ins Ministerium zu kommen. Aber sie will hier nicht sagen, wann irgendetwas passiert. Das haben wir heute wieder nicht gehört. Darauf hat Herr Görig hingewiesen: Sie ändern das Bürgschaftsrecht, was in der Sache nicht notwendig gewesen wäre, weil Sie nach der geltenden Bürgschaftsrichtlinie jederzeit Anlagen für erneuerbare Energien mit Bürgschaften hätten ausstatten können.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Deswegen bleibt die Kernfrage – Herr Reif, davon verstehen Sie besonders wenig – in diesem Haus: Wann legt die Ministerin endlich das vor, was sie selbst angekündigt hat, im Planungsrecht, in der Bauordnung, im Ordnungswege? Diese Antwort bleibt diese Ministerin bis heute schuldig.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD), zu Ministerin Silke Lautenschläger gewandt: Wir machen einen Termin mit Ihnen aus!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann stelle ich jetzt fest, die Wortmeldungen sind erschöpft, die Redner auch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein!)

Meine Damen und Herren wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 41: Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/2387. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme?

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Gegenrufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das Abstimmungsverfahren war korrekt. – Ich stelle fest, dass der Entschließungsantrag mit den Stimmen der CDU und der FDP angenommen worden, ist bei Enthalt-

tung der übrigen Fraktionen des Hauses. Damit ist der Tagesordnungspunkt 41 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz über die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten für die hessische Polizei beim Hessischen Landtag (LandespolizeibeauftragtenG) – Drucks. 18/2322 –**

Mit aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 35**:

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend die Geschäftsordnung des Hessischen Landtags – Drucks. 18/2359 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Das Wort hat die Abg. Faeser für die Fraktion der SPD.

**Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den letzten Wochen und Monaten haben wir leider zahlreiche Fälle von Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Land geschildert bekommen, die sich benachteiligt und ungerecht behandelt fühlen. Wir reden hier nicht von drei oder vier Fällen, wir reden hier von mehreren Dutzend Fällen. Anders, als dies an der einen oder anderen Stelle sehr populistisch behauptet wird, machen wir das nicht und weisen nicht darauf hin, dass es Mobbingfälle gäbe. Ich sage es hier ausdrücklich, und ich habe es auch bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs vor der Presse gesagt: Wir finden nicht, dass es innerhalb der Polizei ein Mobbingssystem gibt. Die Polizei in Hessen leistet außerordentlich gute Arbeit, insbesondere die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. An der Stelle bedanken wir uns bei ihnen sehr herzlich. Sie haben einen sehr schwierigen Job und müssen sich leider immer wieder Anfeindungen gefallen lassen.

Meine Damen und Herren, es gibt aber ein massives Führungsproblem innerhalb der hessischen Polizei. Es sind in den letzten Jahren derart straffe Führungsstrukturen aufgebaut worden, dass es vielen Polizeibeamtinnen und -beamten nicht mehr gelingt, sich mit ihren Anliegen an ihre Vorgesetzten zu wenden, ohne Repressionen befürchten zu müssen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt exemplarische Fälle, deren Problematik in diesem Haus niemand bestreiten wird. Ich möchte Ihnen einen Fall anonym schildern, der uns immer wieder – da bin ich sicher, Ihnen auch, meine Kollegen von der CDU und der FDP – geschildert werden wird. Der Minister hat das selbst im Ausschuss schon gesagt. Wenn es gegen einen Polizeibeamten einen Vorwurf gibt, dann bleibt dem Dienstvorgesetzten nichts anderes übrig, als ein Disziplinarverfahren oder gar, wenn eine Straftat vermutet wird, ein Strafverfahren einzuleiten und den Betroffenen zu suspendieren.

Jetzt haben wir aber folgende Problematik, und damit wird in Hessen offenbar nicht gut umgegangen. Dieser Beamte, dessen Beispiel ich hier vorführe, bleibt dann möglicherweise, wenn er suspendiert wird, mehrere Monate zu Hause, oder er wird sofort umgesetzt. Er wird weder angehört, noch wird er innerhalb dieser Monate oder Jahre benachrichtigt, worum es überhaupt geht. Selbst wenn die Vorwürfe ausgeräumt werden, wie es in den meisten Fällen der Fall ist, kommt er nicht mehr auf seine alte Stelle zurück. Das heißt, er kommt nicht mehr in die alte Beförderung hinein, er hat einen erheblichen Karrie-

recknick hinnehmen müssen, und niemand hat sich um ihn gekümmert. Das ist kein Umgang mit hessischen Polizeibeamtinnen und -beamten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann nicht sein, dem gilt es Abhilfe zu schaffen. Von dieser Landesregierung ist leider keine Hilfe zu erwarten, deshalb haben wir Sozialdemokraten einen Gesetzentwurf vorgelegt.

Wir haben Ihnen einen Gesetzentwurf nach dem Vorbild des Wehrbeauftragten der Bundesregierung vorgelegt. Ziel ist es, einen unabhängigen Ansprechpartner für die Polizeibeamtinnen und -beamten zu schaffen, an den sie sich jederzeit und ohne die Befürchtung eines Karriereknicks oder sonstiger Repressalien wenden können. Ein solcher Landesbeauftragter für die Polizei ist dann in Deutschland einmalig, wenn wir ihn hier einführen.

Herr Kollege Greilich, man sollte sich nicht von gleichlautenden Gesetzentwurfsüberschriften verwirren lassen. Darauf habe ich schon in der Pressekonferenz hingewiesen.

(Günter Rudolph (SPD): Richtig lesen! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Herr Greilich, dort war die FDP im Übrigen auch vertreten. Sie haben in Ihrer Pressemitteilung auf meinen Kollegen aus Bayern, den innenpolitischen Sprecher Harald Schneider, Bezug genommen – der im Übrigen Polizeihauptkommissar ist – als vermeintlichen Kronzeugen für Ihre ablehnende Haltung. Herr Kollege Greilich, Sie haben dabei übersehen, dass es bei der in Rede stehenden bayerischen Initiative auch um einen Bürgerbeauftragten ging, der die Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger gegen die Polizei aufnimmt. Das ist de facto etwas völlig anderes. Das wollen wir hier aus gutem Grunde nicht. Das hat mein Kollege in Bayern auch zu Recht abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Greilich, dort hat man beide Dinge miteinander vermengt. Lassen Sie sich nicht von dem Titel verwirren, dort sollten Sie etwas sorgfältiger lesen.

Der Landesbeauftragte für die Polizei soll im Landtag angesiedelt werden, um völlig neutral zu sein. Nur diese Konstellation ermöglicht eine völlige Unabhängigkeit. Deshalb haben wir Ihnen auch einen Änderungsvorschlag für die Geschäftsordnung vorgelegt.

Der einzelne Beamte oder die einzelne Beamtin kann sich also unabhängig von Dienststrang oder Dienstweg an diese unabhängige Stelle wenden. Dieser Beauftragte sollte auch über das notwendige Fachwissen verfügen.

Der Landesbeauftragte für die Polizei soll im Wesentlichen folgende Befugnisse haben: Er soll von allen Polizeidienststellen Auskunft verlangen können. Er gibt den Dienststellen Gelegenheit zur Stellungnahme. Er kann den jeweiligen Vorgang für die Einleitung des Disziplinarverfahrens oder Strafverfahrens weiterleiten. Er soll ein Recht zu unangemeldeten Besuchen haben. Er kann Berichte des Innenministers einfordern. Er nimmt auch an Sitzungen des Innenausschusses und des Landtags teil und erstattet jährlich Bericht.

Er kann sich also zeitnah und effizient mit den Einzelfällen beschäftigen. Das Bedürfnis nach einer solchen Art Ombudsmann ist in Hessen sehr groß. Das bemerkt man

bereits daran, dass alle drei großen Gewerkschaften, nämlich GdP, DPoIG und auch der BDK, diesen Gesetzentwurf in der Presse ausdrücklich gelobt haben. Herr Wintermeyer, hören Sie zu, sogar der Bundesvorsitzende der DPoIG, Rainer Wendt, bekanntermaßen kein Sozialdemokrat, unterstützt unseren Gesetzentwurf. So war am 8. Mai dieses Jahres in der „FAZ“ zu lesen, dass er unseren Gesetzentwurf ausgesprochen positiv findet. Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis – man sollte genau zuhören – Rainer Wendt, kein Sozialdemokrat:

Die jüngsten Vorwürfe gegen einzelne Polizisten in leitenden Funktionen zeigten, „dass die derzeitigen Instrumente zur Führungskultur offenbar versagt haben“. Deshalb bedarf es eines solchen Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage das auch, damit Sie mir nicht vorwerfen, ich würde es nicht erwähnen: Natürlich hat man sich viel Mühe gegeben, sozialpädagogische und psychologische Ansprechpartner innerhalb der Polizei zur Verfügung zu stellen. Sie werden aber gerade von der Mehrheit deshalb nicht angenommen, weil sie nicht neutral sind. Sie sind Teil des Polizeiapparats. Deshalb gehen die einzelnen Polizeibeamtinnen und -beamten dort nicht hin und sagen vertrauensvoll, was sie beeinträchtigt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb brauchen wir einen unabhängigen Ansprechpartner. Hinzu kommt – das ist Ihre Schuld, meine Damen und Herren von der CDU –, dass Sie die freigestellten Personalräte massiv abgebaut haben, die früher einmal Ansprechpartner für die Polizeibeamtinnen und -beamten waren. Deshalb bedarf es jetzt neuer Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werbe sehr nachdrücklich für den Landesbeauftragten für die Polizei. Herr Beuth, auch Sie sollten sich dessen annehmen.

(Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Herr Kollege Beuth, ich hoffe sehr, dass Sie im Interesse der Polizeibeamtinnen und -beamten handeln und sich spätestens nach der Anhörung für unseren Gesetzentwurf entscheiden. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Schaus für die Fraktion die LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 1999 wurden durch die rechtskonservative Regierungsmehrheit in Hessen tiefe Einschnitte in die Beteiligungsrechte der Personalvertretungen vorgenommen. So wurden die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. CDU und FDP wollen keine wirksame, keine echte Mitbestimmung der Beschäftigten auf Augenhöhe, weil selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Widerstand gegen Kürzungen, Personalabbau und Ver-

schlechterungen am Arbeitsplatz organisieren könnten. Sie könnten dann ja auch eigene Vorstellungen zur Arbeitsumgebung, zum Arbeitsverhalten und der Ordnung im Betrieb einbringen und möglicherweise sogar durchsetzen. Das will die Landesregierung nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die hessische Polizei war in besonderem Maße von der Zerstörung der Mitbestimmung betroffen – meine Vorrednerin hat schon darauf hingewiesen –, denn zusätzlich zum Abbau der Mitbestimmungsrechte wurde durch die Organisationsreform bei der Polizei Anfang 2000 und die Herauslösung aus der allgemeinen Verwaltung die Anzahl der Personalräte, insbesondere auch der freigestellten Personalräte, nahezu halbiert. Es gibt im gesamten öffentlichen Dienst Hessens und im Vergleich zu den Polizeibehörden anderer Bundesländer keine vergleichbaren negativen Wirkungen wie diese Umstrukturierung, die zur Zentralisierung der hessischen Polizei führte.

Da liegt das mögliche Kernproblem für die zunehmenden Mobbingvorwürfe und die Konflikte, die aus den Reihen der Polizeibeamtinnen und -beamten berichtet werden. Wenn nämlich die Personalräte nicht mehr vor Ort, sondern weit entfernt in der Dienststelle sitzen, dann ist auch ihre ausgleichende oder schlichtende Funktion bei innerdienstlichen Problemen und Konflikten geschwächt. Der Herr Innenminister wäre allein schon deshalb gut beraten, den Forderungen der Gewerkschaften nachzukommen und die Personalratsstrukturen zu verändern. Da die Kolleginnen und Kollegen im Polizeidienst zu Recht sauer darüber sind, dass sie immer mehr für politische Fehlentscheidungen, gesellschaftliche Fehlentwicklungen und Spardiktate den Kopf hinhalten müssen, sie von Überstunden, Schichtdienst und Sondereinsätzen geplagt werden und der auf sie ausgeübte Druck ein Maß annimmt, das ihren Dienstalltag und ihre persönliche Lebenssituation massiv beeinträchtigt, bräuchten sie umso mehr vertrauenswürdige Ansprechpartner vor Ort für ihre Probleme und Nöte.

(Beifall bei der LINKEN)

Da aber die personalrätliche Struktur weitestgehend zerstört wurde und interne Konfliktmechanismen offensichtlich versagen, haben sich in den zurückliegenden Monaten sehr viele Polizistinnen und Polizisten an die Presse und an die Öffentlichkeit gewandt. Sie berichten unisono von behördeninternem Stress und Druck, der den Dienstalltag unerträglich mache, und sie behaupten, dass die Leitungen auf Beschwerden eher mit Mobbing und Disziplinierungsmaßnahmen reagieren.

Wir als Abgeordnete können die Einzelfälle nicht sachgerecht beurteilen, weil wir weder in den Dienstalltag noch in interne Ermittlungsverfahren hineinschauen können. Aber als Opposition ist es unsere Aufgabe und unsere Pflicht und Schuldigkeit, bei einer so großen Masse und Brisanz an Vorwürfen Mechanismen vorzuschlagen, mit denen die offensichtlich bestehenden Konflikte bei der Polizei wie in anderen Landesministerien behoben werden können. Es reicht nicht, wenn ausgerechnet der Herr Innenminister Bouffier, der in denkbar unglücklicher Art und Weise liebsames Personal ein- und austauscht, behauptet, die von ihm geschaffene Führungskultur und die Fürsorge gegenüber den Beschäftigten seien in jeder Hinsicht vorbildlich. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften behaupten nämlich genau das Gegenteil.

DIE LINKE hat deshalb erstens vorgeschlagen, die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten in Hessen wieder

zu stärken. Leider wollten Sie unseren Gesetzentwurf zum Hessischen Personalvertretungsgesetz im letzten Jahr nicht einmal mit den Gewerkschaften und Experten beraten. Das sagt schon viel aus.

Zweitens schlagen wir vor, einen unabhängigen Ombudsmann oder eine Ombudsfrau für den öffentlichen Dienst einzurichten, der ähnlich, wie es in Skandinavien gelebt und erfolgreiche Praxis ist, unabhängig von der Regierung als neutraler Ansprechpartner für Beschäftigte und Bürger agieren kann. Wir sind der SPD für den vorgelegten Gesetzentwurf durchaus dankbar, weil er die Diskussion hierzu anschieben helfen kann.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Leider haben die Regierungsfractionen schon am Tag der Veröffentlichung des Entwurfs, also noch bevor auch nur ein einziger Betroffener und Sachverständiger gehört werden konnte, signalisiert, dass sie schon die Diskussion für überflüssig halten – eine Position, die an Arroganz der Macht kaum zu überbieten ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir hingegen sagen: Lassen Sie uns über den SPD-Vorschlag intensiv mit allen Beteiligten diskutieren. Lassen Sie uns dabei folgende offene Fragen angehen:

Erstens. Die Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Kompetenz des oder der Beauftragten muss unbedingt gewährleistet sein. Denn zweifellos hätten wir nichts gewonnen, wenn sich ein Polizeibeauftragter oder eine Polizeibeauftragte entweder nicht bei der Polizei auskennt oder sich durch eine allzu große Nähe zur Führungsspitze der hessischen Polizei auszeichnen würde.

Zweitens. Eine Beauftragte oder ein Beauftragter kann eine personalrätliche Struktur nicht ersetzen und darf auch nicht als Parallelstruktur bestehen. Nicht nur die Personalräte, auch die Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen müssten mit einem Beauftragten verzahnt werden und sollten nicht in Konkurrenz zueinander geraten.

Drittens. Als ich den Vorschlag für eine Ombudsfrau bzw. einen Ombudsmann in den Raum gestellt habe, geschah dies zwar vor dem Hintergrund anhaltender Berichte über Mobbingvorwürfe, über Fehlverhalten von Führungskräften und der schlechten Stimmung in etlichen Bereichen bei der hessischen Polizei. Aber mein Vorschlag erfolgte auch vor dem Hintergrund vergleichbarer Berichte und Vorwürfe aus anderen Bereichen und Ministerien. Auch in anderen Behörden scheint die Personalfriedenheit nicht gerade auf dem Höhepunkt zu sein, wenn ich mir die vielen Zuschriften und Gespräche mit Personalvertretungen und Beschäftigten vor Augen führe, Stichwort: Untersuchungsausschuss 18/1 im Bereich der Finanzverwaltung.

Deshalb ist es auch notwendig, gleichermaßen über entsprechende Ombudsleute in den anderen Ministerien, und zwar gemeinsam mit den gewählten Interessenvertretungen, nachzudenken. Die Mitbestimmung muss bei einer Diskussion über die Verbesserung der Situation im öffentlichen Dienst natürlich mit bedacht werden. Dem sollte sich die Regierung nicht länger verschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Der SPD-Gesetzentwurf bezieht sich zunächst allein auf die Polizei. Dies ist ein wichtiger Bereich, um diese Diskussion zu eröffnen. Unsere Forderungen gehen weiter. Wir wollen hierzu alle Landesbereiche und alle gewählten Personalvertretungen von Anbeginn an einbezogen sehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Bellino für die Fraktion der CDU.

(Günter Rudolph (SPD): Alles ist bestens in Hessen! Wunderbar! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

#### **Holger Bellino (CDU):**

Herr Kollege Rudolph, wir machen es etwas substanzierter.

(Günter Rudolph (SPD): Das wäre etwas ganz Neues! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das wird jetzt spannend! – Gegenruf des Abg. Horst Klee (CDU): Hebt euch das für den Innenausschuss auf!)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Selbstverständlich werden wir der Überweisung dieses Gesetzentwurfs der SPD an den Innenausschuss zustimmen. Ich denke, das wird so gewünscht.

(Günter Rudolph (SPD): Das wäre noch schöner!)

Dennoch, zumal die Vorredner bereits die Gelegenheit nutzten, den Entwurf zu begründen und zu loben, sei der Hinweis gestattet, dass wir dem Ansinnen, einen Landesbeauftragten für die hessische Polizei zu schaffen, kritisch gegenüberstehen.

(Günter Rudolph (SPD): Das stand schon in der Zeitung!)

Damit sind wir auch nicht allein. Denn die bayerische SPD, auch wenn das jetzt etwas abgeschwächt wurde, hat einen ähnlichen Antrag, dort von den Freien Wählern eingebracht, inhaltlich durchaus kreuz und quer diskutiert

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– damit meine ich, dass man sich nicht nur auf den Bürgeransprechpartner bezog, sondern darüber hinausgehend Möglichkeiten diskutierte –, und abgelehnt und als so überflüssig wie einen Kropf bezeichnet.

Unsere Kritik an diesem Vorschlag ist da doch etwas differenzierter und sicherlich auch substanzierter als die der bajuwarischen Genossen. Wir wissen sehr wohl um die besonderen Anforderungen, denen die Polizeibeamtinnen und -beamten ausgesetzt sind, und sind daher – das sei an dieser Stelle auch gesagt – dafür dankbar, wie effizient und im Sinne unserer Gesellschaft sie ihren schwierigen Dienst verrichten. Wir wissen von den besonderen physischen und psychischen Belastungen, die daraus resultieren. Wir wissen, dass in einem Unternehmen, in einer Behörde mit fast 19.000 Mitarbeitern Konflikte am Arbeitsplatz nicht ausbleiben. Das gilt im Übrigen für Organisationen in der Privatwirtschaft genauso wie für staatliche.

Aber aufgrund meiner früheren beruflichen Tätigkeit bin ich davon überzeugt, dass wir die Produktivität in

Deutschland locker um 30 % steigern könnten, gelänge es, Missgunst, Neid, Intransigenz, Abwehr- und Vertuschungsmechanismen, wenn einmal etwa schiefgegangen ist, auszuschalten und durch echten Teamgeist zu ersetzen. Aber leider lassen sich diese, anscheinend allzu menschlichen Besonderheiten nicht wegdefinieren und auch nicht wegdiskutieren. Wir wissen aber auch – das sagen auch die Polizeigewerkschaften, und Frau Kollegin Faeser hat dies erfreulicherweise deutlich gesagt –, dass es in der hessischen Polizei, anders als es hin und wieder in der Öffentlichkeit dargestellt wird, kein flächendeckendes Mobbing gibt. Es gibt aber vereinzelt anonyme Schreiben,

(Nancy Faeser (SPD): Nicht vereinzelt! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Nicht nur anonyme!)

Brandbriefe, die leider allzu leichtfertig aufgegriffen und medial vermarktet werden.

Weil wir von den besonderen Anforderungen an die Polizei wissen, sorgen wir auf der einen Seite für die entsprechende materielle und personelle Ausstattung wie auf der anderen Seite für die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir haben für unsere Polizeibeamten, um dieses Thema konkret anzusprechen, ein ausgewogenes, umfangreiches und belastbares Beratungsnetz. Vorbeugend haben wir in der Polizeiakademie ein umfangreiches Seminarangebot, welches auch die Kernfelder Konfliktmanagement und psychosoziale Problemstellungen beinhaltet.

(Nancy Faeser: Das funktioniert doch nicht! – Günter Rudolph (SPD): Genau das ist doch das Problem!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben Personalräte, Gewerkschaften, einen zentralen psychologischen Dienst mit sieben Psychologen, einer Psychotherapeutin und drei weitere Mitarbeiter, 20 Polizeiseelsorger, Frauenbeauftragte in jeder Behörde, soziale Ansprechpartner, 13 Personalberater, Schwerbehindertenvertreter und vieles mehr, die sich konkret – und das ist es, was zu diesem Thema gesagt werden muss – kümmern, wenn es zu entsprechenden persönlichen Notlagen oder Beschwerden kommt.

(Günter Rudolph (SPD): Das wird nicht kritisiert! Es reicht nur nicht!)

– Herr Rudolph, niemand kann behaupten, dass es heute keine Hilfe für Menschen gibt, die sagen: Man muss mir entsprechend zur Seite stehen, weil ich gegebenenfalls Probleme mit meinem Dienstherrn habe.

(Günter Rudolph (SPD): Das hat die Kollegin überhaupt nicht ausgesagt!)

Darüber hinaus gibt es die bekannten rechtlichen Möglichkeiten, von der örtlichen Gerichtsbarkeit bis zum Petitionsausschuss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen kommt es unseres Erachtens eben nicht darauf an, zusätzliche Stellen zu schaffen, diese hierarchisch zu verankern und in Gesetzestext zu gießen, sondern darauf, die bestehenden Netzwerke, die, wie ich eben darstellte, schon entsprechend eng gewoben sind, zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen, zu überprüfen und besser zu vernetzen. Um es klar zu sagen: Die Notwendigkeit einer psychosozialen Unterstützung erkennend, wurde in den letzten Jahren sowohl für die Polizeibeamten des Landes als auch für deren Angehörige – darüber wurde, glaube ich, noch nicht gesprochen – ein Konzept entwickelt, welches die psychosoziale Versorgung durch ein überregionales Netz-

werk sicherstellt, und dies lange, bevor sich die SPD mit diesem Thema befasste.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir sind, was dieses Netzwerk anbelangt, in Deutschland führend. Dies zeigt der Vergleich mit den anderen Ländern, den wir vorgenommen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD ist auf dem Holzweg, wenn sie behauptet, die Stelle sei notwendig, damit man als Betroffener auch abseits der Hierarchie Hilfe suchen könne.

(Nancy Faeser (SPD): Genau darum geht es!)

Dies ist bereits möglich und wird auch praktiziert.

(Günter Rudolph (SPD): Wo denn? – Hermann Schaus (DIE LINKE): Beispiele!)

In der hessischen Polizei ist niemand darauf angewiesen, die Hierarchie, den entsprechenden Dienstweg einzuhalten, sondern er kann sich abseits der Hierarchie an die bereits genannten Ansprechpartner wenden.

(Günter Rudolph (SPD): Wer geht schon gern zum Chef? Das wissen Sie doch auch!)

Darauf haben die Innenminister und die Spitzenbeamten der hessischen Polizei bereits mehrfach hingewiesen. Sie hätten im Innenausschuss vielleicht etwas besser aufpassen müssen, da wurde es sehr ausdrücklich dargestellt.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wer also Hilfe benötigt, bekommt diese

(Günter Rudolph (SPD): Ja, anonym!)

– Herr Kollege Rudolph –, wenn er das wünscht, auch anonym, und ohne dass darüber entsprechende Akten angelegt werden. Wer aber mit anonymen Brandbriefen die Stimmung in der Polizei manipulieren will, Vorgesetzte diskreditiert und dem Ansehen der Polizei schadet, verdient unseres Erachtens kein Gehör.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben so ein bisschen das Gefühl, dass die Initiative der SPD in erster Linie auf solchen Briefen fußt. Bezüglich dieser Vermutung und des Gesetzeswerks im Allgemeinen können wir uns im Innenausschuss gern weiter austauschen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Das Wort hat Herr Kollege Greilich für die FDP-Fraktion.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich, ehrlich gesagt, auf diesen Tagesordnungspunkt gefreut, weil ich es erfreulich finde, wenn wir in der parlamentarischen Arbeit dieses Hauses wieder einmal zu einem innenpolitischen Tagesordnungspunkt kommen, bei dem wir uns endlich bald der Sache widmen können.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Gefreut? – Günter Rudolph (SPD): Das liegt doch nicht an uns!)

– Lieber Herr Kollege Rudolph, das ist das Problem, und das will ich zu Beginn schon einmal kurz festhalten, weil ich es wirklich für bemerkenswert halte, wie Sie jetzt schon wieder unruhig werden, weil Sie genau erahnen können, was ich Ihnen jetzt vorhalten werde: nämlich Ihr Verhalten der letzten Wochen und Monate.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh mein Gott!)

Sehr geehrte Damen und Herren, das inhaltliche Sachangebot, welches die Oppositionsfraktionen in den letzten Wochen hier liefern, ist nach meiner Auffassung wohl eher ein Theaterstück mit sehr begrenztem Unterhaltungswert. Wir werden das am Freitag hier wieder über lange Frist fortsetzen.

(Nancy Faeser (SPD): Ihre Auffassung interessiert uns nicht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade im Bereich der Polizeiarbeit, die zu den obersten Prioritäten dieses Landes, dieser Landesregierung und damit auch dieses Landtags zählt, werden Sie derzeit nicht müde, Schreckensszenarien heraufzubeschwören.

(Günter Rudolph (SPD): Das machen Sie schon selber! – Gegenrufe von der FDP: Na, na!)

Am 18. März dieses Jahres berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über Mobbingvorwürfe in der Frankfurter Polizei.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt gibt es Presse-schelte!)

Daraufhin hat Herr Kollege Rudolph – Sie sind, glaube ich, nicht bei der „Frankfurter Rundschau“, bei der SPD sind Sie, habe ich mir notiert –

(Günter Rudolph (SPD): Nein, wahrlich nicht! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die „Rundschau“ sitzt dort oben!)

von einem System des Denunziantentums bei der Frankfurter Polizei gesprochen und dem Innenminister öffentlich vorgeworfen, er würde zu diesen Vorwürfen schweigen und sie nicht aufklären. Ich habe mittlerweile schon die Arbeitsteilung erkannt: Frau Faeser ist dafür zuständig, zu sagen: Na ja, organisiertes Mobbing gibt es nicht. – Aber Herr Kollege Rudolph schlägt dann wieder richtig rein, immer nach dem Motto: Wenn man richtig zuschlägt, wird schon irgendetwas hängen bleiben.

(Günter Rudolph (SPD): Zwischen uns beiden gibt es keinen Widerspruch!)

Herr Kollege Rudolph, Sie haben es vergessen, verdrängt, übersehen, wie auch immer Sie es nennen wollen, dass Ihre Kollegin, die innenpolitische Sprecherin der SPD, den Innenminister schon sechs Wochen vorher zu genau den Fällen um Aufklärung gebeten hatte und dass der Innenminister dieser Bitte auch in einer Innenausschusssitzung nachkam, in der Sie selbst zugegen waren.

(Günter Rudolph (SPD): Dafür kann ich nichts!)

Sie haben später irgendwann einmal gesagt, Sie seien doch nicht da gewesen. Ich habe noch einmal im Protokoll nachgesehen, da steht es sehr ausdrücklich drin, und dieses Protokoll ist nicht –

(Günter Rudolph (SPD): Bei dem Teil war ich aber nicht mehr da! Jetzt leiden Sie schon an Alzheimer! – Gegenrufe von der CDU: Oh!)

Jedenfalls hat es Sie, Herr Kollege Rudolph, nicht daran gehindert, sechs Wochen nach der Aufklärung dieses Vorfalls erneut den unbegründeten Vorwurf zu erheben. Herr Kollege Rudolph, das ist nicht vertretbar.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Jetzt reden Sie doch einmal zum Gesetzentwurf!)

Am 23. April 2010 ging es weiter. Da haben die Kollegen von der SPD erneut ein als „offener Brandbrief“ bezeichnetes Schreiben als „alarmierend“ Signal – so das wörtliche Zitat – „für den inneren Zustand in Teilen der Polizei“ kritisiert. So steht es in der Pressemitteilung von Frau Faeser vom 23. April. In einem bislang in der hessischen Polizei wirklich einmaligen Vorgang haben sich sofort alle im Dienst befindlichen Beamten dieses Polizeirevierts mit dem Innenministerium mit der Polizeiführung und insbesondere mit Ihrem Revierleiter solidarisiert und sich gegen solche anonymen Verdächtigungen – nichts anderes ist es – verwahrt.

Meine Damen und Herren, wer solche anonymen Briefe in die Gegend setzt, vergeht sich gegenüber allen Beamtinnen und Beamten in der Polizei und gegenüber all jenen, die dort ihren Dienst tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Rudolph, wenn Sie sich solcher Mittel bedienen, um damit solche „Schreckensszenarien“ zu produzieren, wie Sie es nennen, dann disqualifizieren Sie sich selbst.

Meine Damen und Herren, das musste man eingangs schon einmal erwähnen. Diese Beispiele zeigen

(Günter Rudolph (SPD): Reden Sie jetzt endlich mal zum Gesetzentwurf!)

– Herr Rudolph, Sie stören zu viel, sonst wären wir viel schneller –, dass das, was Sie problematisierten, nur vordergründig der Sache und letztlich nur dazu dient, Krawall zu schlagen, in der Sache aber nicht weiterführt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Frau Faeser, ich bitte um Geduld; eines muss ich noch aufgreifen, dann komme ich zu Ihrem Gesetzentwurf. – Sie haben vorhin laut und tränenreich beklagt, dass Polizeibeamte, die nachvollziehbaren Vorwürfen – nicht irgendwelchen anonymen Brandbriefen – ausgesetzt sind, bei entsprechendem Verdacht vom Dienst suspendiert werden. Ich möchte wissen, was Sie, Frau Kollegin Faeser, was Sie, Kollege Rudolph, und was andere sagen würden, wenn die Beamten nicht vom Dienst suspendiert würden, wenn ein entsprechender Verdacht vorliegt.

(Beifall bei der FDP – Nancy Faeser (SPD): Natürlich!)

Das ist eine zwingende Notwendigkeit. Dass das im Einzelfall für den Betroffenen so ausgeht, dann ein Schaden bleibt, obwohl er unschuldig ist – wovon wir oft genug ausgehen müssen –, das wissen wir als Anwälte sehr genau, Frau Kollegin Faeser.

(Nancy Faeser (SPD): Zuhören, Herr Greilich!)

Hier muss man dagegenarbeiten. Dazu braucht man aber keine Ihrer Klamaukaktionen, sondern dazu brauchen wir fachdienliche Arbeit.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie mich lassen, komme ich jetzt zu Ihrem Gesetzentwurf zur Einsetzung eines Landespolizeibeauftragten, damit wir endlich auf eine sachliche Ebene zurückfinden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie machen es einem schwer, Herr Kollege Frömmrich, ganz besonders Sie, da Sie immer sehr qualifiziert neben der Sache reden.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle, jedenfalls wir von der CDU und der FDP – ich nehme an, auch Sie von der SPD und den GRÜNEN –, sind uns einig in der Einschätzung, dass unsere hessischen Polizistinnen und Polizisten einen verantwortungsvollen Job machen, einen Job, der ihnen physisch und psychisch einiges abverlangt, und dass sie diesen Job mit großem Einsatz, Engagement und großer Motivation machen. Dafür sind wir unseren hessischen Polizistinnen und Polizisten dankbar.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich glaube, es ist ebenfalls unstrittig, dass ein Job, der solche Anforderungen stellt, der so anspruchsvoll ist, auch zu Belastungen führt. Das liegt in der Natur der Sache. Dann kommt es zu Situationen, in denen es schwierig wird, mit dieser Belastung richtig umzugehen. Hier gibt es viele Mittel und Wege, und wahrscheinlich geht jeder Mensch damit individuell anders um. Wir sind uns einig, dass es dabei auch zu Situationen kommen kann, in denen man die Hilfe eines Dritten in Anspruch nehmen will, vielleicht in Anspruch nehmen sollte, gegebenenfalls sogar in Anspruch nehmen muss. Da würden mir als Ansprechpartner natürlich erst einmal Familienmitglieder – als die am nächsten stehenden Angehörigen – einfallen, darüber hinaus Freunde oder auch Kollegen.

Es kann aber auch notwendig werden, einen neutralen Dritten zu befragen. Vielleicht ist hier der Arbeitgeber ein Stück weit in der Mitverantwortung. Wir sagen, er ist auf jeden Fall in der Mitverantwortung. Das ist auch der Grund dafür, dass es in der hessischen Polizei solche Ansprechpartner bereits gibt. Dazu zählen die Frauenbeauftragten, die Schwerbehindertenvertreter, diverse soziale Ansprechpartner, Personalberater und auch der Zentrale Polizeipsychologische Dienst der hessischen Polizei.

(Gerhard Merz (SPD): Und dann sind ja auch noch Sie da!)

Mit Ihrem Gesetzentwurf schlagen Sie als einen solchen Ansprechpartner nun einen eigenständigen Beauftragten vor. Ich verstehe ihn als eine Art Ombudsmann, als einen Vermittler, wenn es irgendwo in den Strukturen hakt, wenn ein neutraler Mittelsmann oder eine Mittelsfrau gefragt ist. Frau Faeser hat gesagt, dieses Amt könne man sich in etwa analog zum Amt des Wehrbeauftragten im Bereich der Bundeswehr vorstellen. Ich muss sagen, dieser Vorschlag klingt durchaus interessant. Lassen Sie mich das ganz frei feststellen. Ich bin da in der Tat anders als Ihr Kollege aus der bayerischen Landtagsfraktion, der zu einem etwas anders gearteten, nämlich umfassenderen Antrag gesagt hat, dies alles sei „so überflüssig wie ein Kropf“. Mit Verlaub gesagt, Frau Kollegin, ich würde nie eine Initiative von Ihnen als „überflüssig wie ein Kropf“ bezeichnen.

(Lachen bei der SPD)

Im Gegenteil, ich sage, eine solche Person könnte durchaus möglicherweise einen guten und wichtigen Beitrag für die Polizei leisten.

Auf der anderen Seite bin ich mir nicht sicher, ob wirklich eine Notwendigkeit für einen solchen Beauftragten gegeben ist.

(Nancy Faeser (SPD): Ich werde Sie schon noch überzeugen!)

Wie ich gerade aufgezählt habe – ich hoffe, Sie haben zugehört –, gibt es schon eine ganze Reihe meines Erachtens ebenfalls unabhängiger Personen, die für eine Vermittler-tätigkeit zur Verfügung stehen. Zum anderen kann ich keine derart akuten Probleme erkennen – die nicht auf anonyme Vorwürfe zurückgehen –, die die Einsetzung einer zusätzlichen Stelle rechtfertigen würden.

Meine Damen und Herren, wir reden in diesen Tagen mehr denn je zuvor über eine Schuldenbremse, über Haushaltskonsolidierung und Einsparung. Egal, ob man eine neue Stelle schafft oder „nur“ die Stellenbeschreibung für eine bestehende ändert: Es muss in jedem Fall mehr Geld aufgewendet werden.

(Beifall bei der FDP)

Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf selbst: Sachmittel in Höhe von 200.000 € pro Jahr sowie mehrere Personalstellen.

(Nancy Faeser (SPD): Wir können über alles reden!)

Wenn wir das mit dem addieren, was erfahrungsgemäß dazukommt, sind wir locker bei 500.000 € pro Jahr – oder 2,5 Millionen € pro Legislaturperiode.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist abenteuerlich! – Nancy Faeser (SPD): Lesen Sie einmal ordentlich nach!)

– Sachausstattung: 200.000 €, Frau Kollegin Faeser. Lesen Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf.

Deshalb bin ich dafür, dass wir sehr genau hinschauen, ob der eigentliche Nutzen den Mehraufwand am Ende rechtfertigt oder ob wir der sozialen Verantwortung als Arbeitgeber nicht auch innerhalb der bestehenden Strukturen gerecht werden können.

Insofern bin ich auf die Beratungen im Ausschuss und auf die Anhörung sehr gespannt. Eines muss nämlich am Ende klar sein: Diese Landesregierung, aus den Fraktionen der CDU und der FDP gebildet, ist angetreten, um den Haushalt zu konsolidieren und gleichzeitig die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger zu verbessern. Wenn wir es in harten Anstrengungen erreichen können, die Schuldenlast unseres Landes zu verringern, dann wollen wir das tun, um den dadurch entstandenen Spielraum in Bildung und Sicherheit investieren zu können. Dafür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Greilich, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Ich komme zum Schluss. Solange zusätzliche Haushaltsausgaben nicht in die Bildung oder in einen Gewinn an Sicherheit fließen, werden wir für zusätzliche Ausgabe nicht zur Verfügung stehen. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch finanzierbar. Das werden wir alle beherzigen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Rudolph zu Wort gemeldet.

**Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Greilich, Sie sollten wenigstens bei der Wahrheit bleiben. In unserem Gesetzentwurf steht: 200.000 € – geschätzte Kosten –, nicht 500.000 €. Streichen wir ein paar Stellen in den M-Büros oder bei der Öffentlichkeitsarbeit dieser Landesregierung, dann bekommen wir einen zehnmal höheren Betrag heraus. Hören Sie auf mit dieser eher banalen Argumentation.

Zweitens, Herr Kollege Greilich, da Sie in den ersten acht Minuten Ihrer Rede die Opposition beschimpft haben: Das Problem der hessischen Polizei sind weniger die Oppositionsfractionen, um es freundlich zu formulieren, sondern es ist die amtierende Regierung, es sind die amtierenden Minister.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen, sehr ernsthaft gesagt: Ja, das hängt auch mit Strukturen und Hierarchien in einer Verwaltung zusammen, egal welcher Innenminister gerade regiert. Wenn er aber anonyme Briefe bekommt, was soll der Innenminister denn dann machen? Wie geht er damit um? Vor ein paar Jahren gab es einen Brief von Polizeibeamten. Daraufhin ging ein netter Brief des Innenministers zurück, in dem es hieß, es sei alles sehr schwierig. Die Untersuchungen dauerten mehrere Jahre, und die Mitarbeiter wurden nicht mehr eingesetzt. Sie schieden im 60. Lebensjahr aus dem Dienst aus und bekamen die Urkunde per Post zugestellt. Wie, glauben Sie, ist die Stimmung bei der hessischen Polizei, wenn man offensichtlich Angst haben muss, frei seine Meinung zu sagen?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es dieses Problem wert, dass man sich sachlich damit auseinandersetzt, unabhängig von der Hierarchie und unabhängig davon, wer den Innenminister stellt. Wir beide wissen, dass sich das ab 2013/2014 ändern wird.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist das kein parteipolitisches, sondern ein systembedingtes Problem.

Herr Greilich, lassen Sie uns eine Anhörung im Innenausschuss machen, lassen Sie uns auch die betroffenen Vertreter aus dem Polizeibereich und meinetwegen auch andere Sachverständige anhören. Lassen Sie uns uns ernst-

haft mit diesem Gesetzentwurf auseinandersetzen. Das andere können wir morgen in der Aktuellen Stunde oder bei anderen Gelegenheiten machen. Hier geht es aber darum, wie wir Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in schwierigen Situationen helfen können. Deswegen ist das ein guter, ein intelligenter Gesetzentwurf. Wenn Sie ehrlich wären, dann würden auch Sie das so sehen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Rudolph. – Herr Greilich hat Gelegenheit, zu antworten.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Rudolph, natürlich machen wir eine Anhörung. Außerdem warten wir ab, wie intelligent der hessische Wähler im Jahr 2013 entscheiden wird. Ich fürchte, Sie werden ein langes Gesicht machen; denn bis dahin ist noch ein bisschen Zeit, und wir können zeigen, wie richtige Politik funktioniert.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rudolph, eines werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, nicht in Aktuellen Stunden und auch nicht in dieser Debatte, dass Sie nämlich mit anonymen Brandbriefen Stimmung gegen die hessische Polizei und gegen hessische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte machen. Deswegen müssen wir Ihnen hier widersprechen.

Das allein wäre kein Anlass gewesen, Ihnen zu erwidern. Sie werden mir jetzt wieder Arroganz oder oberlehrerhaftes Verhalten vorwerfen. Es tut mir leid, ich kann es nicht ändern, Herr Rudolph: Wenn Sie Ihren Gesetzentwurf nicht lesen, dann muss ich ihn Ihnen eben vorlesen. Hier heißt es unter „Finanzieller Mehraufwand, Kosten“ bei „Personalausgaben“: Landespolizeibeauftragter, entsprechend B 2, eine Büroleiterstelle, A 14, ein Mitarbeiter, A 11, ein Tarifbeschäftigter, Entgeltgruppe 9 TV-H, und zwei Tarifbeschäftigte, Entgeltgruppe 6 TV-H. – Dann kommt die nächste Position: „sächliche Verwaltungsaufgaben“. Hier heißt es: 200.000 € (geschätzt).

Das heißt, die kommen dazu, und dann stimmt meine Rechnung. Sie müssen es lesen. Wahrscheinlich haben Sie sogar richtig, d. h. vorsichtig, geschätzt – so sehe ich das –; aber tatsächlich wird es mehr.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Greilich. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Frömmrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben von Herrn Greilich hier wieder ein wunderbares Schauspiel aufgeführt bekommen. Auch ich weiß nicht, was man dazu noch sagen soll. Herr Kollege Greilich, angesichts der Arroganz, mit der Sie Ihre Reden hier

vortragen, sollten wir uns einmal überlegen, ob Sie nicht der innenpolitische, sondern eher der arroganzpolitische Sprecher Ihrer Fraktion sein sollten. Vielleicht passt das Ganze dann ein bisschen mehr zusammen.

(Peter Beuth (CDU): Das war nicht minder arrogant, Herr Kollege Frömmrich! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Kollege Greilich, was Ihre Exkurse betrifft: Erst stellen Sie sich hier vorne ans Mikrofon und sagen, Sie seien froh darüber, dass wir wieder einmal eine inhaltliche Debatte über die Innenpolitik führen wollten.

(Peter Beuth (CDU): Das war notwendig!)

Dann nutzen Sie zwei Drittel Ihrer Redezeit dafür, die Opposition zu beschimpfen. Herr Kollege Greilich, Sie haben die Diskussionen, die wir in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Innenpolitik geführt haben, offensichtlich nicht verstanden oder auch nicht wahrgenommen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie beschimpfen auch ständig die Regierung! Das müssen Sie jetzt ertragen!)

Sie reden von einem Theaterstück im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuss, in dem es um die Besetzung der Stelle eines Präsidenten der hessischen Polizei geht. Diese Stelle ist, wie wir meinen, rechtswidrig besetzt worden.

(Peter Beuth (CDU): Was wollte der Kandidat haben? Der Kandidat hatte großes Interesse an B 4 und daran, mit 60 Jahren in den Ruhestand zu gehen!)

Herr Kollege Greilich, wenn Sie bei einem Verstoß gegen Art. 33 GG und gegen Art. 19 Abs. 4 GG, in dem es um die Rechtsweegegarantie geht, von einem Theaterstück sprechen, muss ich Ihnen wirklich sagen: Ich habe eine feste Meinung von Juristinnen und Juristen. Aber Sie bedienen jedes Vorurteil, das man gegen Juristinnen und Juristen nur haben kann, wenn Sie in dieser Art und Weise argumentieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Der Kandidat wollte seine Schäfchen ins Trockene bringen! Der Untersuchungsausschuss ist völlig danebengegangen!)

Es ist schon sehr erstaunlich, wenn Sie hier auch noch über einzelne Teile des Gesetzentwurfs berichten.

(Peter Beuth (CDU): Zur Sache, Herr Kollege! – Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Offensichtlich ist Ihnen das, was man unter sinnerfassendem Lesen versteht, nicht ganz geläufig. Vielleicht sollten Sie nicht nur lesen lassen, sondern ab und an auch den einen oder anderen Gesetzentwurf selbst lesen, bevor Sie in dieser Art und Weise über die Gesetzentwürfe Ihrer Kolleginnen und Kollegen von der SPD reden.

So viel als Vorrede, bevor ich den Kolleginnen und Kollegen von der SPD ausdrücklich dafür danke, dass sie einen solchen Vorstoß gemacht haben und einen Landespolizeibeauftragten für die hessische Polizei vorschlugen. Diese Initiative gibt uns die Möglichkeit, gründlich über ein immer wieder auftretendes Problem zu beraten und möglicherweise auch eine Lösung dafür zu finden.

Seit Beginn dieses Jahres berichten die Medien jeden Monat über neue Vorfälle und über Beschwerden aus den

Reihen der hessischen Polizei. Im Januar wird über angeblich ungerechtfertigte Disziplinarverfahren und fragwürdige ärztliche Gutachten berichtet.

Im Februar ist im „Darmstädter Echo“ ein Artikel mit der Überschrift „Wer nicht mitspielt, wird drangsaliert“ zu finden. Gemeint sind damit Vorgänge im Polizeipräsidium Südhessen. Der Innenausschuss des Hessischen Landtags beschäftigt sich ausführlich mit dieser Problematik.

Im März berichtete die „Frankfurter Rundschau“ über Mobbing im Polizeipräsidium Frankfurt.

Im April dieses Jahres macht ein anonym offener Brandbrief von sich reden. Darüber wird berichtet. Dieser Brandbrief ist übrigens an den Inspekteur der hessischen Polizei gerichtet. Es geht um Mobbing im 1. Polizeirevier in Frankfurt. Dann führt der Inspekteur der Polizei in eben diesem Revier eine Veranstaltung durch. Es folgt eine Gegendarstellung der Beamtinnen und Beamten, die daran teilgenommen haben. Daraufhin erscheint ein zweiter offener Brandbrief, in dem die Probleme noch einmal beschrieben werden. Herr Kollege Greilich, wer sich dann hierhin stellt und sagt, wir hätten bei der hessischen Polizei keine Probleme, hat offensichtlich nicht begriffen, was los ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sollten Sie sich das einmal anschauen. Ich könnte aus diesen Briefen zitieren; ich könnte hier einzelne Teile zum Besten geben. Vielleicht sollten Sie sich das eine oder andere durchlesen.

Ich will damit nicht sagen, dass jeder anonyme Brief und jede Beschuldigung gerechtfertigt sind. Aber wir haben es in der hessischen Polizei, einem geschlossenen System, offensichtlich mit dem Problem zu tun, dass die Beamtinnen und Beamten, die sich solchen Drangsalierungen ausgesetzt sehen, dort keinen Ansprechpartner haben. Diejenigen, an die er oder sie sich nämlich wenden könnte, befinden sich innerhalb des Systems.

Daher ist die Idee nicht von der Hand zu weisen, dass man den Vorschlag der SPD einmal genauer durchdenkt und schaut, ob man nicht einen Ansprechpartner außerhalb dieses Systems benennen kann, an den sich die Polizeibeamtinnen und -beamten wenden. Nichts anderes schlagen die Kolleginnen und Kollegen von der SPD vor. Ich glaube, es ist aller Ehren wert, über diesen Vorschlag zu diskutieren.

Meine Damen und Herren, ich könnte hier erzählen, dass hessische Polizeibeamtinnen und -beamten auch an mich Schreiben richten. Zum Teil sind das auch Briefe aus Nordhessen. Es geht hier nicht nur um ein südhessisches Problem.

Ich glaube nicht, dass es in der hessischen Polizei ein systematisches Mobbing gibt. Allerdings zeigt mir das regelmäßige Lautwerden von Vorwürfen dieser Art in der Öffentlichkeit eindeutig, dass ein Problem besteht und dass die von der Polizei bisher zur Verfügung gestellten Ansprechpartner, nämlich Frauenbeauftragte, Personalräte und die Mitarbeiter des Zentralen Polizeipsychologischen Dienstes, und auch die Möglichkeit der Dienstaufsichtsbeschwerde nicht ausreichen, um diesen Problemen zu begegnen, unter anderem deshalb – ich habe das eben schon erwähnt –, weil diese Ansprechpartner Teil des Apparats und somit aus Sicht der Betroffenen nicht unvoreingenommen sind.

Der Bundesvorsitzende der Polizeigewerkschaft bringt die Sache auf den Punkt, wenn er davon spricht, dass das derzeitige Instrumentarium offensichtlich versagt hat. Wir müssen uns also die Frage stellen, wie die Führungskultur in der hessischen Polizei verbessert wird. Über den Ansatz, den die SPD gewählt hat, sollte durchaus einmal inhaltlich diskutiert werden.

Es ist nicht nur das Geschrei der Opposition, dass wir mit der Führungskultur in der hessischen Polizei ein Problem haben. Vielleicht haben sich die Kolleginnen und Kollegen angehört, was auf dem Gewerkschaftstag der GdP gesagt worden ist. Der Herr Innenminister geht nicht mehr dorthin; denn das ist eine Gewerkschaft, das braucht man sich nach seiner Meinung offensichtlich nicht anzuschauen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Aber er hat seinen Staatssekretär dorthin geschickt, und der Staatssekretär hat ausdrücklich Probleme in der Führungskultur der hessischen Polizei zugegeben. Das war ein Schritt in die richtige Richtung. Man kann diese Probleme doch nicht permanent verleugnen, sondern man muss sie zur Kenntnis nehmen. Als Minister und als Staatssekretär ist man aufgefordert, alles zu unternehmen, um diese Probleme abzustellen. Herr Innenminister, das machen Sie aber nicht, sondern Sie verleugnen die Probleme.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist eines der Paradebeispiele. Die Führungskultur und die Art und Weise, wie Sie mit Beamtinnen und Beamten umgehen, die eine andere Auffassung vertreten, zeigen doch – wie seinerzeit bei den demonstrierenden Beamten in Baunatal, die sich für ihre Rechte, für ihr Geld, für ihren Urlaub und für ihre Arbeitszeit eingesetzt haben –, dass Sie nichts anderes zu tun haben, als sie als Krawallmacher zu bezeichnen. So sieht die Führungskultur in der hessischen Polizei aus. Wenn man etwas gegen diese Landesregierung sagt, wird man als Krawallmacher bezeichnet. Auch das zeigt, dass wir in der Führung der hessischen Polizei ein Problem haben und dass der Ansatz, den die SPD hier gewählt hat, durchaus zu diskutieren ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das in Form eines Beauftragten zu machen ist nichts, was jemandem gerade einmal eingefallen ist. Vielmehr haben wir diese Beauftragten auch bei der Bundeswehr. Der erste Wehrbeauftragte ist 1957 berufen worden, um die parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr zu verstärken und die Führungskultur zu verändern.

Wenn man sich die Jahresberichte anschaut, kann man feststellen, dass es in der ersten Zeit um Beschwerden über Grundrechtsverletzungen und Grundrechtseingriffe sowie um Schikanen von Vorgesetzten geht. Heute geht es im Großen und Ganzen um die Fürsorge, um die Laufbahn und um Statusfragen. Da hat sich im Laufe der Zeit etwas geändert. Wenn man sich die Entwicklung der Rolle des Wehrbeauftragten anschaut, wird man erkennen, dass das ein wichtiger und guter Ansprechpartner für die Soldatinnen und Soldaten ist.

Wir haben im Prinzip bei der Polizei und bei der Bundeswehr das gleiche Problem. Das sind geschlossene Systeme, die sehr hierarchisch organisiert sind. Dort ist Befehl und Gehorsam etwas anderes als in anderen Teilen der Verwaltung.

Um diesem System zu entgehen, ist, so glaube ich, eine Debatte um einen Landesbeauftragten für die Polizei aller Ehren wert. Wir unterstützen diesen Gesetzentwurf.

Vielleicht schauen die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen nach der Anhörung noch einmal genauer hin. Allein die Probleme zu leugnen reicht nicht aus. Vielleicht sollten Sie einmal in der Gegenwart ankommen und mit dem einen oder anderen Beamten sprechen, der im aktiven Dienst ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Frömmrich, vielen Dank. – Es hat sich Frau Kollegin Faeser noch einmal zu Wort gemeldet.

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Greilich, natürlich sind die Disziplinarverfahren erforderlich. Das ist überhaupt keine Frage. Das habe ich hier auch überhaupt nicht angezweifelt.

Aber Sie haben hier doch selbst zugegeben, dass ein Problem hinsichtlich dessen besteht, was dann kommt, wenn die Unschuld erwiesen ist. Das Problem besteht darin, wie sich in diesem System um die einzelnen Beamtinnen und Beamten gekümmert wird. Dafür brauchen wir einen unabhängigen Ansprechpartner. Dem sollten Sie sich nicht verschließen. Schließlich haben Sie das Problem auch erkannt.

Ich möchte etwas Weiteres nennen. Herr Kollege Greilich, das können Sie auch nicht wegreden, indem Sie die Hälfte Ihrer Redezeit darauf verwenden, uns, also die Opposition, zu beschimpfen. Es geht nicht um zwei anonyme Brandbriefe. Ich will ausdrücklich sagen, dass es nicht darum geht. Herr Kollege Frömmrich hat es doch gerade eben gesagt. Es gibt zahlreiche Polizeibeamtinnen und -beamte, die sich Hilfe suchend an uns Parlamentarier gewandt haben.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Gestern war gerade wieder ein Beamter hier. Er kam hierher, schilderte mir sein Verfahren und sagte: Liebe Frau Faeser, ich schildere Ihnen das nur deshalb, weil ich möchte, dass Sie wissen, dass Sie mit dem Landesbeauftragten für die Polizei auf dem richtigen Weg sind. Wir, die die Praxis kennen, wollen das. – Er hatte kein anderes Anliegen.

Wie Sie gesagt haben: Ich mache solche Fälle nicht öffentlich. Ich thematisiere und polarisiere nicht. Vielmehr haben wir gehandelt. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der dringend notwendig war. Sie haben dieses Polizeisystem mit zu verantworten. Herr Greilich, Sie stehen etwas mehr als ein Jahr mit in der Verantwortung. Sie müssen sich dem stellen, dass hier eine Führungskultur vorgelebt wurde, die es der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten unmöglich macht, sich an ihren oder seinen Vorgesetzten zu wenden.

Über die Kosten können wir gerne reden. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Das ist ein Vorschlag. Ich bin da offen. Wir können im Ausschuss über die Kosten reden. Ich verschließe mich auch nicht dem, die Kosten zu reduzieren. Daran soll es nicht scheitern.

Meine Damen und Herren, ich werbe noch einmal sehr dafür, unseren Gesetzentwurf zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Kollegin Faeser, vielen Dank. – Für die Landesregierung erhält nun Herr Innenminister Bouffier das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zunächst einmal will ich festhalten, worüber wir uns einig sind. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben alle gesagt: In der hessischen Polizei gibt es kein System des Mobbing. – Das will ich einmal festhalten. Denn wenn man die Debatte verfolgt, könnte man den Eindruck bekommen, hier sei etwas systematisch unterwegs und bedrücke die hessischen Polizeibeamtinnen und -beamte. Ich freue mich, dass wir uns wenigstens über diesen Punkt einig sind.

Zweiter Punkt. Diese Debatte unterscheidet sich von unseren vielfältigen Erörterungen im Innenausschuss dadurch, dass wir im Innenausschuss relativ unaufgeregt und in aller Regel, ohne dass eine einzige Frage noch offen bleibt, so etwas miteinander sachgerecht erörtern. Immer wenn das öffentlich behandelt wird, kriegt das so ein Tremolo. Dann kommt ein Gefühl hinzu, das mit der Wirklichkeit vergleichsweise wenig zu tun hat.

Bei einem sind wir uns nicht einig. Das hören Sie doch jeden Tag. Ich zitiere:

Hessische Polizeibeamte haben Angst, ihre Meinung zu sagen.

(Nancy Faeser (SPD): Ja!)

Jeden Tag können Sie es nachlesen – Sie erleben das auch –, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Hessische Polizeibeamte sind außerordentlich selbstbewusst.

(Günter Rudolph (SPD): Ihnen passt das alles nicht!)

Dieses Recht steht ihnen zu, auch wenn mir persönlich das eine oder andere nicht gefallen mag. Aber das hat man hinzunehmen.

(Günter Rudolph (SPD): Da haben Sie schon einmal erklärt!)

Wir sollten die hessischen Polizeibeamten nicht in ein falsches Licht rücken. Sie brauchen solches Tremolo nicht. Sie sind sehr selbstbewusst.

Dritte Bemerkung. Das haben Sie leider alles nicht erwähnt. Ich habe im Innenausschuss und auch öffentlich Folgendes gesagt – ich zitiere das –:

Es ist doch völlig klar, dass in jedem Personalkörper, sogar in Landtagsfraktionen, Menschen sich ungerecht behandelt fühlen und vielleicht auch ungerecht behandelt werden. Niemand mit Sinn und Verstand kann das bestreiten.

Frau Faeser, Sie haben gerade nicht zugehört.

(Nancy Faeser (SPD): Ich höre zu!)

Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen. Sie haben sich im Ausschuss bei mir für diese Erklärung bedankt.

Wir streiten nicht darüber, dass in jeder großen oder manchmal gar nicht so großen Organisation Menschen gegebenenfalls falsch behandelt werden oder sich falsch behandelt fühlen.

(Günter Rudolph (SPD): Das war auch nicht der Vorwurf!)

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, sensibel zu bleiben und damit angemessen umzugehen.

(Nancy Faeser (SPD): Und etwas dagegen tun!)

Wir müssen sensibel bleiben und damit angemessen umgehen. Das tun wir. Das tun nicht alle, die sich an dieser Debatte beteiligen.

Vielleicht muss ich es noch einmal in Erinnerung rufen. Die Herren Kollegen Bellino und Greilich haben es gesagt. Wir haben in Hessen ein System der Information und der Hilfestellung für solche Menschen, das in Deutschland einmalig ist. Dabei geht es nicht nur um die Personalräte, die eine hoch engagierte Arbeit leisten. Vielmehr will ich noch einmal darauf hinweisen: Wir haben allein 58 soziale Ansprechpartner. Ich wäre dankbar, wenn das einmal aufgeschrieben und mitgeteilt würde. Es gibt sie ausschließlich deshalb, damit man sich ohne Einhaltung des Dienstweges vertraulich mit ihnen besprechen kann.

(Nancy Faeser (SPD): Aber sie sind Teil des Polizeiparates!)

Vielleicht sind wir uns darin einig, dass wir ein System haben, das wirklich vorbildlich ist. Dann aber kommt Ihr nächster Einwand. Auf den will ich eingehen.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind da schon unterschiedlicher Meinung!)

Sie nennen zu Ihrem Gesetzentwurf zwei Gesichtspunkte, auf die ich jetzt in der Tat eingehen will.

Zum einen haben Sie gesagt: Da muss es doch ein Problem geben, denn wir lesen dauernd etwas in der Zeitung. – Ich war in der Opposition lange genug innenpolitischer Sprecher. Die Berichte über ein Thema sagen noch lange nichts darüber aus, ob das so ist. Trotzdem muss man sich darum kümmern.

Ich will deshalb der Öffentlichkeit einmal Folgendes mitteilen: Die hessische Polizei umfasst über 18.000 Beschäftigte. Ich habe in den letzten zehn Monaten von genau fünf Mitgliedern der hessischen Polizei einen Brief mit Namen bekommen. Das hat mir überhaupt erst die Chance gegeben, das in irgendeiner Weise nachzuvollziehen oder etwas zu tun.

Ich erhalte relativ regelmäßig anonyme Schreiben. Diese anonymen Schreiben erhalte ich in der Regel immer erst, nachdem sie der Opposition zugestellt wurden. Meistens erhalte ich die anonymen Schreiben erst, wenn sie schon in irgendeiner Zeitung veröffentlicht wurden.

Dann stellt sich die Frage: Wie geht man mit solchen Schreiben um?

(Zuruf: Indem man antwortet!)

Herr Rudolph, Sie haben mir gesagt: Mich hat jemand angeschrieben. Ich habe ihm zurückgeschrieben und gesagt, dass wir das prüfen.

(Zuruf)

Herr Frömmrich, jetzt nehme ich mir die Zeit. Denn es ist eines der intellektuellen Highlights dieser Plenarsitzung. Herr Kollege Frömmrich hat gesagt: Sie antworten nicht

einmal. – Wenn mir jemand anonym schreibt, kann ich ihm nicht antworten. Das wollte ich hier einmal deutlich machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist genau der Stil, mit dem Sie arbeiten. Sie erzählen etwas. Herr Rudolph und Sie befinden sich in einem Wettbewerb des lauten Sprechens. Der eine erklärt etwas, der andere erklärt etwas. Dann beziehen Sie sich wechselseitig aufeinander. Das Dumme dabei ist nur: Den Sachverhalt kennt niemand. Das Ziel besteht doch darin, dass den Sachverhalt niemand mehr interessiert. Es wird eine Stimmung geschaffen. Auf diese Stimmung setzt man sich nach dem Motto drauf: Irgendeiner wird es schon bringen. Es bleibt immer etwas hängen. – Dann kommen Sie daher und erklären: Darum müssen wir uns jetzt kümmern.

Das System ist mehr als durchsichtig. Trotzdem sage ich, es ist immer richtig, dass wir uns gemeinsam Gedanken darüber machen, ob es Dinge gibt, die nicht gut laufen, und wie wir das verbessern können. Deshalb finde ich Ihre Überlegung durchaus interessant.

(Nancy Faeser (SPD): Ach ja!)

Jetzt müssen wir uns einmal die Frage stellen: Kann das, was Sie da vorschlagen, bei diesem Problem Abhilfe schaffen?

(Axel Wintermeyer (CDU): Genau darum geht es!)

Ich sage Ihnen: Nein.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Ich sage das aufgrund dreier einfacher Gründe. Sie haben das selbst angesprochen. Ich will das noch einmal in Erinnerung rufen.

Da werden Vorwürfe erhoben. Dann kommt es zu einem Disziplinarverfahren, gegebenenfalls sogar zu einem Strafverfahren. Glücklicherweise stellt sich, manchmal aber erst nach Jahren, heraus: An den Anwürfen ist nichts dran.

Der Betreffende hat in der Zwischenzeit eine Beförderungssperre. Ich habe in meinem früheren Leben als Anwalt eine ganze Reihe dieser Leute vertreten.

Nach drei Jahren stellt sich heraus: Die Vorwürfe waren unbegründet. – In der Zwischenzeit sind alle Beförderungsstellen vergeben. Der Betreffende sagt mir: Das war so. – Dazu sagen Sie: Dann ist er unzufrieden. Niemand kümmert sich um ihn.

Erstens. Dass er unzufrieden ist, verstehe ich sehr gut.

Zweitens. Dass sich niemand um den kümmert, das ist falsch.

(Nancy Faeser (SPD): Das ist nämlich nicht falsch! Das ist genau das Problem!)

– Das ist falsch. Sie haben ein enges Verhältnis zu den Personalräten und zu den Gewerkschaften. Ich empfehle Ihnen, einmal nachzufragen, wie wir in solchen Fällen versuchen, insbesondere wenn jemand vor dem Ruhestand steht, vielleicht noch Lösungen zu finden. Sie können wunderbar nachfragen.

Aber bei einem bleibt es doch. Deshalb ist Ihr Entwurf ungeeignet. Kollege Greilich hat darauf hingewiesen.

(Günter Rudolph (SPD): Er hat ja nichts zum Gesetzentwurf gesagt!)

Der Ombudsmann ändert nichts, und zwar gar nichts daran, dass die gesetzlichen Vorschriften auch in Zukunft zu beachten sind.

(Günter Rudolph (SPD): Darum geht es doch gar nicht!)

– Lieber Herr Rudolph, genau darum geht es. – Jetzt kommt ein Ombudsmann, und der Ombudsmann teilt mit: Drei Jahre war dieser Mann teilsuspendiert oder was auch immer,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Früher an den Ombudsmann gehen, Herr Minister!)

nachher hat sich herausgestellt, die Vorwürfe waren unbegründet. – Dann können Sie das nur zur Kenntnis nehmen und nichts anderes tun, es sei denn, Sie wollten die Tatsache vertreten, dass man dann keine Disziplinarverfahren mehr durchführt; das kann ja wohl nicht wahr sein. Deshalb geht Ihr Entwurf ins Leere.

Das Disziplinarrecht ist zu beachten. Das Strafrecht ist zu beachten. Was Sie nicht tun können, ist, mit einem Menschen, der niemandem gegenüber Verantwortung trägt, der vielleicht guten Willens ist, zu erklären, es gibt Vorwürfe. Diese Vorwürfe werden geprüft. Jetzt kommt der Ombudsmann und sagt: Ich finde eigentlich, dem Mann tut man unrecht. – Was soll ich denn mit so etwas anfangen? Es führt zu nichts. Und weil es zu nichts führt – die Idee des Ombudsmanns ist doch nicht neu; die ist doch in Deutschland schon einhundertmal kreuz und quer diskutiert worden –,

(Günter Rudolph (SPD): Deswegen muss sie nicht schlecht sein!)

hat man sie überall letztlich als nicht zielführend abgewiesen. Das ist auch richtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will noch auf eines hinweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Der Wehrbeauftragte!)

– Der Wehrbeauftragte, darauf wollte ich jetzt eingehen.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Stichwortgeber Rudolph!)

Es ist falsch, dass die Bundeswehr und die Polizei in gleicher Struktur sind. Es ist schlicht falsch. Ich kann mich erinnern, das hatten Sie einmal überwunden. Es war einmal das große Thema gerade der hessischen Gewerkschaften, der SPD und ganz früher der GRÜNEN, man müsse die Militarisierung der Polizei zurückführen und die Polizei in den Bereich der geordneten zivilen Verwaltung überführen. In den Neunzigerjahren haben wir lange darüber diskutiert.

Auch für schlichte Gemüter: Es gibt bei den Soldaten keine Personalräte. Es gibt keine Mitbestimmung, ob ausgerückt wird oder nicht. Wir haben in der hessischen Polizei ein solches umfassendes Werk an Mitwirkung, wie wir das bei der Bundeswehr nicht haben und auch nicht haben können.

Ich lege großen Wert darauf: Es war unsere gemeinsame Überzeugung, bei der Polizei handelt es sich nicht um einen Militärkörper. Der geht nach ganz anderen Regeln. Deshalb ist der Vergleich auch falsch. Deshalb will ich das hier auch deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, es kommt noch eines hinzu. Sie haben selbst darauf hingewiesen, und Herr Schaus hat das so nett gesagt, eigentlich bräuchten wir das für die ganze Verwaltung; denn Sie bestreiten ja nicht,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf es ein bisschen mehr sein? Wie in der Metzgerei!)

dass wir ein ganz breites System von Hilfestellungen haben. Dann sagen Sie, diese Hilfestellungen sind es aber nicht, weil die alle im System sind.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, gestatten Sie mir den freundlichen Hinweis, dass die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit bereits abgelaufen ist.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, dann werde ich zum Schluss kommen.

Sie sagen, das darf niemand sein, der im System ist. Mit dieser Argumentation können Sie im Prinzip die gesamte Verwaltung infrage stellen. Es muss dann immer jemand sein, der möglichst von außen kommt. Ich halte das für falsch.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Satz sagen. Herr Kollege Frömmrich, ein Brandbrief, breit veröffentlicht, nicht an mich – ich lese es immer erst in der Zeitung. Dann fragen Sie. Ich sage dann: Ich kann Ihnen nichts sagen, ich habe es nicht. – Immer das Gleiche. Dann kommt ein zweiter Brandbrief, und wir haben einen Sachverhalt, der hier nicht untergehen darf.

Diese Brandbriefe sind anonym. Die Beamten, die es empfängt zurückgewiesen haben, hatten den Mut, ihren Namen dazuzusetzen. Dann habe ich von Ihnen nichts mehr gehört. Es gehört zur Fairness der Debatte, dass man das auch sagt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Innenminister. – Nun hat sich Herr Kollege Frömmrich nochmals zu Wort gemeldet.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Innenminister, es ist schon erstaunlich, dass Sie sagen, die Brandbriefe haben Sie nicht, darüber hörten Sie immer erst aus der Zeitung. Wir haben, seitdem wir den Untersuchungsausschuss haben, ein bisschen Einblick, wie bei Ihnen Akten geführt werden und wie bei Ihnen Verwaltung funktioniert.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Eieiei! – Wolfgang Greilich (FDP): Allerunterste Schublade!)

Es ist schon alles ein bisschen daneben.

(Minister Volker Bouffier: Ein intellektuelles Glanzlicht haben Sie nicht abgegeben! Es ist klar, dass ich auf diese Briefe nicht antworten kann!)

– Herr Innenminister, passen Sie auf. – Es ist schon erstaunlich, weil diese Brandbriefe nicht an Frau Faeser, Herrn Frömmrich oder die böse Opposition oder auch an Herrn Schaus gerichtet sind, sondern dieser offene Brandbrief richtete sich an das „Landespolizeipräsidium Hessen – Inspekteur der hessischen Polizei“. Das ist der Herr Münch. Das ist sozusagen bei Ihnen im Hause. Es ist schon einigermaßen erstaunlich, dass Sie noch nicht einmal von Ihrer eigenen Polizeileitung solche Briefe zugestellt bekommen. Das spricht für unsere These, nachdem wir uns Akten angeschaut haben,

(Zurufe von der CDU)

dass es bei Ihnen ein bisschen wie bei Hempels unterm Sofa zugeht.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie können nicht die Opposition dafür beschimpfen, dass Ihnen Ihr eigener Inspekteur diesen Brief nicht weitergegeben hat. Herr Innenminister, ich glaube auch, wir brauchen uns darüber nicht zu streiten, weil es mit anonymen Briefen immer schwierig ist und man nicht nachforschen kann, und es relativ schwierig ist, die Wahrheitsgehalte einzuordnen – keine Frage. Nun gibt es in diesem ersten Brandbrief Vorwürfe, die ich hier gar nicht erwähnen will, weil ich auch nicht weiß, was ich davon glauben kann.

Jetzt geht die hessische Polizei folgendermaßen vor, um diesem Problem zu begegnen. Daran sieht man offensichtlich, dass man an der Problembeseitigung arbeiten muss. Es sind Vorwürfe im 1. Revier in Frankfurt. Dann lädt der Inspekteur der Polizei dienstlich alle Beamtinnen und Beamten des Reviers ein und sagt zu denen, jetzt könnten sie sich beschweren. Die Briefeschreiber haben sich alle über den Chef der Direktion beschwert. Jetzt sollten die vor versammelter Mannschaft erklären, welche Probleme sie haben, was passiert ist, wie sich das verhält und wie sich der eigene Chef verhält.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was denn sonst?)

Herr Innenminister, wenn Sie meinen, dass dieses Vorgehen etwas mit Konfliktbeseitigung oder Konfliktbewältigung zu tun hat, dann sind Sie einfach auf dem Holzweg und haben von der Form der Konfliktbewältigung keine Ahnung. So kann man es eben nicht machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt diesen ersten Brandbrief. Es gibt eine Solidaradresse der einbestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als 1. Revier. Kurz danach gibt es einen zweiten Brandbrief.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– Herr Kollege Wintermeyer, daraus möchte ich doch das eine oder andere vorlesen:

Sehr geehrter Herr Münch,

– das ist der Inspekteur der hessischen Polizei –

vielen lieben Dank für Ihre Bemühungen und den Besuch mit Herrn Dr. Thiel

– das ist der Frankfurter Polizeipräsident –

in unserer Dienststelle ... Halten Sie es tatsächlich für die richtige Vorgehensweise, die anwesenden Mitarbeiter praktisch auf Geheiß der Vorgesetzten, quasi in Form einer dienstlichen Anordnung, zusammenzutreten zu lassen, um in „sachlicher“ Atmosphäre „ganz offen“ um deren Meinung zu bitten?

Meinen Sie, in einer solchen Zusammenkunft traue sich wirklich auch nur ein Bediensteter, von den ungläublichen Entgleisungen des Revierleiters zu berichten?

Wenn Sie über diese Art und Weise, wie Sie mit solchen Konflikten umgehen, ein bisschen nachdenken, kommen auch Sie zu der Einsicht, dass man das anders machen muss. Deshalb ist der Vorschlag der SPD vollkommen richtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsidentin Sarah Sorge:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Das Wort hat der Innenminister.

### Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin! Ich habe ausdrücklich gesagt, es ist immer richtig, dass wir überlegen, wie wir etwas besser machen können. Deshalb ist die Frage der Prüfung eines Entwurfs völlig in Ordnung. Was nicht in Ordnung ist – Herr Frömmrich, jetzt reicht es mir langsam –,

(Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

ist diese Art und Weise, wie Sie hier auftreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit wir das jetzt von wegen Oberlehrer einmal kriegen:

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Aktenführung. Diese Mail, die an den Inspekteur der hessischen Polizei gegangen ist, habe ich in der Zeitung gelesen – wenn ich es richtig in Erinnerung habe, in der „Rundschau“ am Freitag.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das spricht für Ihre Verwaltung!)

– Genau. – Erst an die Zeitung und an die Opposition und dann an uns. Ich habe am gleichen Tag den Inspekteur angerufen und habe gefragt: Kennen Sie das? – Er hat gesagt: Kenne ich nicht, kann aber sein, dass es bei uns eingegangen ist. – Nachvollzogen ist die Mail ein oder zwei Tage danach eingegangen. Am gleichen Tag haben wir versucht, herauszubekommen, was da los ist.

Es gibt ausdrücklich keinerlei Verzögerung oder irgendein Fehlverhalten des Inspektors oder was auch immer. Der Eindruck, den Sie hier erwecken, ist ungehörig. Er entspricht Ihrer Methode, Politik zu machen, jenseits der Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweiter Punkt. Ich bin absolut fassungslos über das, was Sie hier vortragen. Der Inspekteur bekommt einen anonymen Brief. Was soll dieser Mann eigentlich anderes tun, als dort hinzufahren, sich mit den Mitarbeitern dort zu unterhalten und zu fragen: Was ist da dran? – Der Polizeipräsident geht mit. Hätte er das nicht getan, hätte ich ihn gerügt und gesagt, wir müssen uns darum kümmern.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Genau so ist es!)

Jetzt stellen Sie sich hierher und sagen, so kann man mit diesen Dingen nicht umgehen. – Sagen Sie doch einmal: Wie denn sonst?

Jemand behauptet anonym etwas. Damit es jemand mitbekommt, schickt er es an die Zeitung. Wir versuchen, herauszubekommen, was da ist, und fahren mit dem Präsidenten hin. Wir fragen die Leuten: Bitte schön, was ist hier? Wir bieten ihnen ausdrücklich an – ich habe mir das genau angeschaut –: Möchtet ihr gerne eine Vertrauensperson, mit der ihr alleine reden könnt?

Dann kommen die Leute und sagen: „Wir sind empört, das ist eine Sauerei.“ – Ich zitiere jetzt, aber das ist auch meine Meinung. Da wird ein Revierleiter öffentlich durchgezogen

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

und gesagt: „Puff soundso“, ohne dass er eine Chance hat, sich zu wehren.

Ich glaube, 50 Leute haben das unterschrieben: „Wir sind der Auffassung, das ist eine Sauerei.“ Ich kann die Leute verstehen.

(Wolfgang Greilich (FDP): Das ist auch eine Sauerei!)

Was aber machen Sie jetzt hier? Sie bringen jetzt ein zweites anonymes Schreiben, wahrscheinlich von dem gleichen Verfasser, und lesen dieses zweite anonyme Schreiben hier in öffentlicher Sitzung im Landtag vor.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das ist Ihre Methode. Ich sage Ihnen: Solange ich diese Verantwortung trage, werde ich es nicht zulassen, dass untadelige Revierbeamte und -leiter – die auch in Frankfurt in der Stadtgesellschaft bekannt sind –, in dieser Weise angemacht werden, ohne die Chance zu haben, angemessen darauf zu reagieren.

Vielleicht haben Sie sich einmal überlegt, was das eigentlich für dessen Kinder bedeutet.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Haben Sie sich einmal überlegt, was das für seine Frau bedeutet?

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Haben Sie sich einmal überlegt, wie die dort eigentlich miteinander arbeiten sollen?

(Horst Klee (CDU): Sie haben eine Fürsorgepflicht!)

Und dann kommt einer an und fragt: Kannst du etwas zur Sache sagen? Ich frage dann alle Beamten: Wissen Sie etwas darüber? Dann bekomme ich zur Antwort: Was sollen wir mit anonymen Schreiben machen?

Übrigens sind diese anonymen Schreiben so intelligent verschickt worden, dass man ihre Herkunft nicht nachvollziehen kann, ganz bewusst, über einen Server.

Die nächste Nummer kennen wir auch schon. Das hat dann immer die Wirkung der pawlowschen Reflexe: die Erklärung von Ihnen, gelegentlich die von Ihnen, Herr Rudolph. Das ändert aber an der Sache nichts. Es muss dabei bleiben: Wir müssen sensibel bleiben und versuchen aufzuklären.

Wenn der Inspekteur der hessischen Polizei dorthin fährt und den Leuten das Gespräch anbietet, wenn dies der Polizeipräsident tut, und die dann entsprechend antworten, dann ist das kein Grund, sich hierhin zu stellen und zu sagen, das sei ganz falsch und tadelnswürdig.

Das ist eine hervorragende Arbeit, die dort geleistet wird. So muss man es machen. Wir lassen uns von Ihnen unsere Arbeit nicht madig machen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Innenminister. – Das Wort hat Frau Kollegin Faeser.

**Nancy Faeser (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist jetzt die dritte Debatte am heutigen Tag, in der wir von dieser Landesregierung die immer gleiche Aussage erhalten: Die Erde ist eine Scheibe, weniger ist mehr, schlechter ist besser, minus ist plus, und die Aktenführung im Innenministerium ist über jeden Zweifel erhaben. – Meine Damen und Herren, so ist in Hessen die Welt, so stellen Sie sie sich vor.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, die Realität ist aber anders.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Darüber kommen Sie nicht hinweg.

Herr Innenminister, wir haben Ihnen eindeutig gesagt, wir gehen darauf nicht ein. Dass man auf anonyme Schreiben nicht reagiert, ist in Ordnung.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Na also!)

Aber Sie ignorieren, dass es zuhauf Schreiben von Polizeibeamten mit Namensnennungen gibt, und das mit dem Risiko – –

(Minister Volker Bouffier: Nein!)

– Doch, es sind mehrere Dutzend.

(Minister Volker Bouffier: Nein, es sind fünf!)

Die wagen es, dies gegen ihre Dienstvorgesetzten zu tun, und das ignorieren Sie hier.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Herr Innenminister, Sie sagen, ja, das ist ein Entwurf, das kann man einmal tun. Sie ignorieren völlig, dass die Gewerkschaften diesen Beauftragten für die Polizei fordern. Die Gewerkschaften beantragen ausdrücklich einen unabhängigen Ansprechpartner für die Polizei, weil sie das Führungssystem für gescheitert halten – und das kommt von ganz oben, von Ihrem Freund Rainer Wendt. Den kennen Sie doch gut. Sie machen doch viele Initiativen mit Herrn Wendt.

(Minister Volker Bouffier: Wie kommen Sie dazu, dass ich mit Herrn Wendt befreundet bin?)

– In Ordnung, Herr Innenminister, Sie sind nicht mit Herrn Wendt befreundet. Aber Sie machen viele Initiativen mit ihm.

(Zurufe von der CDU und des Ministers Volker Bouffier)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Faeser, bitte entschuldigen Sie kurz. – Ich darf bitten, dass es hier keine Zwiegespräche gibt, von der Regierungsbank schon einmal gar nicht.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Ja, Sie haben das Recht, sich jederzeit zu Wort zu melden, aber nicht das Recht, hier reinzurufen.

(Günter Rudolph (SPD): Das gilt auch für die Regierung! So ist es!)

Deswegen möchte ich Sie bitten, sich hier zurückzuhalten. – Frau Faeser hat das Wort.

**Nancy Faeser (SPD):**

Der Minister war zwar nicht selbst bei der GdP, aber er war auf dem Vertretertag der Deutschen Polizeigewerkschaft.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

Auch dort wurde ihm ins Stammbuch geschrieben, dass es ein Führungsproblem gibt, um das man sich kümmern muss. Der Innenminister weiß also sehr wohl, von welcher Problematik wir hier reden. Er sollte also nicht auf anonyme Schreiben ausweichen. Zu denen habe ich auch eine Meinung. So kann man das nicht machen. Das ist völlig richtig.

Aber es gibt ein massives Problem innerhalb der Polizei und der Führungsstruktur. Daran sind Sie nicht unschuldig. Es geht nämlich auch um das, was man erträgt, was aus der Spitze des Polizeipräsidiums nach unten durchgesagt wird. Das ist auch eine Frage des Umgangs mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Das gibt ein Bild für die Polizeistation ab, an dem man sich orientiert. Es ist doch nicht so, dass Sie nichts dafür könnten. Tun Sie doch nicht so, als wäre alles in Ordnung.

(Horst Klee (CDU): Das sieht er doch gar nicht, bei 18.000 Polizeibeamten!)

Da ist sehr viel desolat. Deswegen braucht es unbedingt einen unabhängigen Ansprechpartner für die Polizeibeamtinnen und -beamten. Die Praktiker wollen das. Sie werden es bei der Anhörung merken.

Meine Damen und Herren, Sie werden gut daran tun, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Faeser. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich möchte zur Versachlichung dieser Diskussion beitragen.

(Beifall der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU)

Ich meine, mit anonymen Schreiben soll und muss man sehr differenziert umgehen. Innerhalb unserer Fraktion tun wir das auch. Das ist gar keine Frage.

(Minister Volker Bouffier erhebt sich, um zu gehen.)

– Herr Minister, vielleicht warten Sie diesen Satz noch ab. – Sie sollten aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es eine von einem Polizeibeamten betriebene Website gibt – das wissen Sie –, auf der es meines Wissens mittlerweile mehr als 70 Einträge von Beschwerden gibt. Das sind nicht nur anonyme Schreiben. In der Tat geben diese Anlass, darüber nachzudenken, was denn da bei der Polizei los ist.

Wenn wir mit Polizeibeamtinnen und -beamten und mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern diskutieren, dann wird immer wieder gesagt: Das ist im Wesentlichen ein strukturelles Problem; das hat im Prinzip damit begonnen, dass die Polizeistruktur so hierarchisch, so zentral ist, wie Sie sie organisiert haben.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das bringt uns dazu, unsere Meinung und unsere Beschwerden nicht mehr offen vorzubringen. In diese Führung dieser Polizei haben wir nicht mehr das Vertrauen.

Dies ist der Ansatzpunkt, über den man nachdenken muss. Herr Minister, das sollten Sie nicht wegdiskutieren; vielmehr sollten Sie darüber nachdenken, ob es nicht auch in Ihrem Interesse, im Interesse der Regierung ist und sein kann, dass eine unabhängige Stelle geschaffen wird, die sehr frühzeitig eingeschaltet werden kann, die anonym arbeitet, aber auch den Zugang zur Dienststelle und zu Ihnen selbst hat, die dazu beitragen kann, derartige Vorwürfe nach berechtigt und unberechtigt zu sortieren und denjenigen eine Perspektive zu geben, die sich – ob berechtigt oder nicht – benachteiligt oder andere bevorzugt fühlen und daraus in unterschiedlichster Art und Weise Nachteile ableiten.

Das ist eine sehr schwierige Tätigkeit, die die Polizistinnen und Polizisten tun müssen. Das wissen wir. In zahlreichen Fällen und in konkreten Einsätzen wird diese Tätigkeit nicht durch die Entscheidungen der Polizeiführung erleichtert. Das weiß ich auch aus eigener Erfahrung.

Aber es muss möglich sein, gemeinsam dazu beizutragen, auch in Ihrem Interesse eine Prüfung, eine Klärung vorzunehmen, eine unabhängige Anlaufstelle zu schaffen. Im Übrigen würde ich mir das genauso für die Finanzverwaltung wünschen. Ich glaube, da ist es genauso angebracht. Aber das ist nicht unser Thema heute.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Das Wort hat Herr Kollege Bellino.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin! Frau Kollegin Faeser, die Erde ist keine Scheibe,

(Nancy Faeser (SPD): Schön!)

aber zumindest die Diskussion haben Sie ordentlich versenkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Nancy Faeser (SPD): Überhaupt nicht! – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Auch Ihr Hinweis auf die aktuelle Diskussion im Untersuchungsausschuss 18/2 ist hilflos. Sie ist hier auch nicht angemessen. Das gilt es dort zu diskutieren.

(Günter Rudolph (SPD): Sie können ja mit Mehrheit beschließen!)

Aber da nutzen Sie und „Ihre“ Zeugen schon genug die Gelegenheit, sich zu blamieren. Wenn Sie das hier ansprechen, dann seien zwei Hinweise gestattet: Mittlerweile bezweifelt niemand mehr, dass die Auswahlentscheidung richtig war, dass dort der Beste ausgesucht wurde und dass auch eine Ausschreibung nicht notwendig war.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Selektive Wahrnehmung!)

Herr Kollege Schaus, ich freue mich schon auf die Aktuelle Stunde morgen – da werden wir es noch ausführlicher diskutieren –, aber noch mehr auf die kommenden Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Anschließend werden wir die Gelegenheit haben, das entsprechend zu würdigen.

Wenn aber in dieser Diskussion so viel davon gesprochen wird, dass es anonyme Briefe gibt, dass es anonyme Schreiben gibt, dass es Einträge in den Internetforen gibt, dann scheint meine Vermutung richtig zu sein, dass Sie sich ausschließlich auf diese anonymen Briefe beziehen, wenn Sie hier diese Stelle fordern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das machen wir nicht mit. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich verweise darauf, dass man die 70 Einträge, von denen die Rede war, in Relation setzen muss zu ungefähr 19.000 Mitarbeitern, die in dieser Behörde tätig sind. Ich verweise auf die massive positive Gegenreaktion vieler anderer Beamter, die gesagt haben: Wir lassen uns nicht so in den Schmutz treten, wir lassen uns nicht anonym so diskreditieren und den guten Ruf der Polizei schlecht machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich verweise noch einmal auf die vielfältigen Angebote, die es in der hessischen Polizei gibt, sich abseits vom Dienstweg – das blenden Sie immer aus, aber das ist Fakt – zu beschweren und Hilfe zu suchen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wenn es gewünscht wird, kann das sogar anonym geschehen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass zumindest ich zu der Erkenntnis komme, dass es keine vergleichbare Behörde und schon gar kein Unternehmen gibt, das bereits ein derart vielfältiges Beratungs- und Unterstützungsangebot hat.

Wir werden im Innenausschuss darüber reden. Vielleicht vernetzen wir diese Dinge noch etwas besser. Aber wir sind davon überzeugt, auch nach dieser Diskussion, dass eine weitere Stelle nicht nötig ist. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bellino. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss zu überweisen. – Das machen wir dann auch.

Der Antrag der SPD-Fraktion soll dem Innenausschuss und auch dem Ältestenrat überwiesen werden. – Kein Widerspruch; dann verfahren wir so.

Meine Damen und Herren, in der 39. Sitzung des Hessischen Landtags am 24. März 2010 hat die Kollegin Cárdenas im Wortlaut gesagt: „Das wäre allemal der Integration dienlicher als eine gemeinsame Veranstaltung mit einem Rassisten wie Sarrazin.“ – Ich möchte darauf hinweisen, dass diese Äußerung beleidigenden Charakter hat und daher unparlamentarisch ist, und erteile Ihnen jetzt im Nachhinein einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt hätte ich gerne noch einen Hinweis von den Geschäftsführern, ob wir die Einbringung des Gesetzentwurfs noch machen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Pause! – Günter Rudolph (SPD): Ja, Pause!)

– Gleich die Pause, gut.

Bevor wir in die Pause eintreten, darf ich darauf hinweisen, dass in der Ausstellungshalle des Plenargebäudes die Ausstellungen „Neue Väter“ und „Blickpunkt Familie“ eröffnet werden. Ich möchte hierzu insbesondere die männlichen Mitglieder des Hessischen Landtags ganz herzlich einladen.

(Beifall der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Minister Jörg-Uwe Hahn: Oh!)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr für die Mittagspause.

(Unterbrechung von 13:04 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann setzen wir die unterbrochene Sitzung fort. Eingegangen ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Eigenverantwortung der Schulen bewahren – keine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abschließen, Drucks. 18/2431. – Die Dringlichkeit wird bejaht, das ist der Fall. Dann wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 85 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 42 aufgerufen werden.

Weiterhin eingegangen und auf den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Aufmarsch der Neonazis am 8. Mai 2010 in Wiesbaden, Drucks. 18/2432. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Auch das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 86 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit Tagesordnungspunkt 70 aufgerufen werden. Es ist vorgesehen, ihn ohne Aussprache abzustimmen. Ist das richtig? – Ja.

Außerdem eingegangen und auf den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und FDP betreffend generationsgerechte Finanzpolitik durch konsequente Prioritätensetzung, Drucks. 18/2433. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall.

Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 87 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 44 und 82 aufgerufen werden. – Dem ist so.

Dann steigen wir in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 44** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, schwarz-gelbe Politik korrigieren, Politikwechsel einleiten – Drucks. 18/2390 –**

Dazu wird **Tagesordnungspunkt 82** aufgerufen:

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bildung und Betreuung als Schwerpunkte zukunftsfähiger Politik – Drucks. 18/2425 –**

Außerdem **Tagesordnungspunkt 87:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und FDP betreffend generationsgerechte Finanzpolitik durch konsequente Prioritätensetzung – Drucks. 18/2433 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Fraktionsvorsitzende gemeldet. Bitte schön, Herr Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vor ca. zehn Tagen im bevölkerungsreichsten Bundesland, nämlich Nordrhein-Westfalen, eine sehr eindrückliche Landtagswahl erleben dürfen. Es war so, dass die Bundesregierung, die jetzt seit sieben Monaten im Amt ist, seit ihrem ersten Amtstag nichts anderes gemacht hat, als auf das Wahldatum in Nordrhein-Westfalen zu starren. Teilweise hat sie fast schon Politikverweigerung betrieben, immer aus Angst, man könne in Nordrhein-Westfalen verlieren. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen haben ein sehr eindeutiges Votum abgegeben, nämlich dass es ein Ende haben soll mit dieser schwarz-gelben Politik, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir plädieren dafür, dass die Parteien CDU und FDP, aber auch die aus diesen Parteien gebildete Hessische Landesregierung, dieses Votum der Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen ernst nehmen, weil sie auch wissen, wenn heute in Hessen gewählt würde, wäre das Ergebnis nicht viel anders.

(Zurufe des Abg. Leif Blum (FDP) und des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Herr Hahn, davon haben Sie vielleicht Albträume, dass hier Wahl wäre, ebenso wie die Hälfte Ihrer Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will zitieren, was Kurt Kister am 11. Mai in der „Süd-deutschen Zeitung“ schrieb:

Wer kein Freund der Regierung Merkel/Westerwelle ist, kann nach dieser Wahl eigentlich nur Genugtuung empfinden. Die Kanzlerin hat, und das mehr volens als nolens, den Steuersenkungsplänen der FDP vorerst den Garaus gemacht. Steuersenkungen in einer Zeit der anwachsenden Schulden,

der abnehmenden Staatseinnahmen sowie der Großrisiken durch die Eurokrise sind Humbug und zwar nicht unmöglich, aber dennoch unverantwortlich. Diese Erkenntnis ist nicht neu, aber bisher hat sich die schwarz-gelbe Regierung in einer zum Teil aggressiven Defensivhaltung vor den entsprechenden Konsequenzen gedrückt.

Ich bin froh darüber, dass die Bundeskanzlerin, mehr getrieben als durch eigene Entscheidung, aber immerhin gesagt hat: Jetzt ist erst mal Essig mit weiterer Steuersenkung, angesichts von 100 Milliarden € Neuverschuldung. – Ich will noch einmal daran erinnern, Herr Hahn, dass es diese Landesregierung war, die im Dezember im Bundesrat diesem vermaledeiten Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt hat und jetzt mit dafür gesorgt hat, dass wir hier die Finanzprobleme haben, die wir haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Aus meiner Sicht wäre auch angebracht, bestimmte Fehler der wenigen Sachen, die man seit Oktober letzten Jahres auf Bundesebene gemacht hat, wieder rückgängig zu machen. Ich warte immer noch darauf, dass Roland Koch einmal ein wirkliches Tabu bricht und z. B. sagt: Die Steuersenkung für die Hoteliers war falsch, wir machen sie rückgängig. – Das wäre ein richtiger Tabubruch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir erleben momentan ganz erstaunliche Sachen. Die „tageszeitung“ hat es heute ein wenig satirisch aufgemacht und hat geschrieben: „FDP will Steuern erhöhen“. – Dazu hat sie Guido Westerwelle mit einem Attac-Blatt zur Finanztransaktionssteuer abgebildet. Ich will das gar nicht so hämisch machen. Ich sage aber sehr ausdrücklich: Sie haben die Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, und zwar hier im Land Hessen als Mehrheit in diesem Landtag, aber auch im Bundestag. Das bedeutet, es muss aus unserer Sicht jetzt Ernst gemacht werden mit einer Regulierung der Finanzmärkte. Auch da will ich Ihnen die „taz“ von heute zitieren, die sich nicht nur lustig macht, sondern sagt: Dass die FDP ausgerechnet jetzt regiert, zeigt die Weisheit der Geschichte.

Spätestens seit Dienstag ist klar, dass auch die FDP ein Grundgesetz der Politik nicht außer Kraft setzen kann: Regieren bedeutet, notfalls die eigenen Glaubenssätze über Bord zu werfen. Ein Außenminister der GRÜNEN führte die Deutschen in ihren ersten Kriegseinsatz seit 1945, ein SPD-Kanzler räumte mit den Hartz-Reformen soziale Errungenschaften ab, eine CDU-Ministerin verbannte das konservative Familienbild in die politische Rumpelkammer. Dass die FDP ausgerechnet zu dem Zeitpunkt an die Regierung kam, zu dem der Glaube an die freien Märkte geschwunden war – das ist vor diesem Hintergrund keineswegs ein Irrtum der Geschichte, sondern deren ausgleichende Gerechtigkeit.

Recht hat die „taz“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn es eine Lehre gibt, die Sie aus dem, was am vorletzten Sonntag in Nordrhein-Westfalen passiert ist, ziehen sollten, dann die, dass die Mehrheit der Bevölkerung und ein relevanter Teil von denen, die Sie am 27. September letzten Jahres gewählt haben, wollen, dass es eine Kurs-

korrektur der Politik gibt, die Sie vor sieben Monaten eingeleitet haben. Deswegen: Nehmen Sie das Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst.

Es gab ein weiteres, ganz klares Votum, ebenfalls in Nordrhein-Westfalen, und zwar schon am Wochenende davor. Wenn Sie sich die Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken in Norddeutschland oder auch die Umzingelung von Biblis angeschaut haben, haben Sie gesehen, dass die Mehrheit der Bevölkerung will,

(Axel Wintermeyer (CDU): 2 Promille der Bevölkerung waren da!)

dass man am Atomausstieg festhält, dass man die Atomkraftwerke planmäßig abschaltet und die erneuerbaren Energien verstärkt ausbaut. Auch das sollten Sie ernst nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen wundere ich mich darüber, dass als Reaktion auf das, was in Nordrhein-Westfalen passiert ist, der hessischen Umweltministerin und dem Hessischen Ministerpräsidenten nichts anderes einfällt, als jetzt kraftvoll zu betonen, dass sie im Bundesrat bitte nichts mehr zu sagen haben wollen – das angesichts der Tatsache, dass derselbe Roland Koch im Jahr 2002 getobt hat, der Bundesrat müsse beteiligt werden.

Ich sage Ihnen: Wenn man ein solches Votum hat, wenn man ein solches Votum bekommt, wenn man sieht, was sich die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, dann ist es völlig falsch, im EEG weiter zu kürzen, dann ist es völlig falsch, Marktanzreizprogramme für erneuerbare Wärme auf null zu stellen und gleichzeitig mit juristischen Winkelzügen zu versuchen, die Laufzeiten von alten Atomkraftwerken zu verlängern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist keine Umkehr von Politik, sondern das führt am Ende dazu, dass sich der Niedergang der beiden Regierungsparteien noch beschleunigen wird. Ich als Oppositionspolitiker habe vielleicht ein Interesse daran. Aber an falschen Sachentscheidungen und daran, dass Sie immer weiter diesen falschen Weg fortsetzen, kann dieses Land kein Interesse haben.

Ich will einen letzten Punkt nennen, der in Nordrhein-Westfalen ebenfalls eine Rolle gespielt hat. Jürgen Rüttgers hat als einer der wenigen weiterhin durch stures Festhalten das dreigliedrige Schulsystem zum Wesen seiner Bildungskampagne gemacht. Das Ergebnis, das wir am vorletzten Sonntag an der Wahlurne gesehen haben, spricht eine sehr deutliche Sprache. Herr Irmer, auch da wollen die Leute, dass es einen neuen Aufbruch in der Bildungspolitik gibt und kein stures Festhalten an vermeintlichen Wahrheiten von vor 40 Jahren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist aber nur Ihre Meinung!)

Deswegen glaube ich, dass auch hier völlig klar ist, dass wir in der Bildungspolitik einen neuen Aufbruch brauchen, dass wir Bildungsreformen brauchen und dass wir auch eine Priorität auf Bildung brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, da der Ministerpräsident in der letzten Woche eine völlig falsche Konsequenz aus der NRW-Wahl gezogen hat, haben

wir Ihnen zusätzlich die Zitate von vier nicht unmaßgeblichen Politikern aus der Union und der FDP zur Abstimmung gestellt.

Wir wollen, dass der Landtag begrüßt, dass Bundesfamilienministerin Schröder – die ist Ihnen keine Unbekannte – zu den Sparvorschlägen von Herrn Koch gesagt hat: „Investitionen in Kinder sind Investitionen in die Zukunft. Wenn wir diese Zukunft nicht positiv gestalten wollen – wofür sollen wir dann überhaupt sparen?“ Wir glauben: Recht hat die Frau. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können uns nicht vorstellen, dass Sie das anders sehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass der Landtag den stellvertretenden Ministerpräsidenten Jörg-Uwe Hahn unterstützt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Überraschend!)

Das haben wir als GRÜNE jetzt ausdrücklich beantragt: „Aber in einem widerspreche ich Roland Koch ganz klar:“, hat Herr Hahn gesagt. „Die Bereiche Bildung und Kinderbetreuung bilden für uns Liberale weiter einen wichtigen Schwerpunkt. Daher halten wir in diesem Bereich auch nichts von Kürzungsideen und Sparvorschlägen.“ Herr Hahn, wir können uns nicht vorstellen, dass Sie sich in der Abstimmung gleich selbst widersprechen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass auch die Bundesforschungsministerin in ihren Aussagen unterstützt wird. Sie hat nämlich gesagt: „Wer jetzt für die Kürzung des Bildungssystems plädiert, versündigt sich an der Zukunft.“

Wir haben noch ein viertes Zitat. Frau Haderthauer, die Sozialministerin aus Bayern, die der CSU angehört, hat gesagt: „Wer dies jetzt ins Gespräch bringt, handelt wie ein Brandstifter und outet sich als gedanklicher Dinosaurier.“ Ich sage Ihnen ausdrücklich: Meine Wortwahl wäre es nicht gewesen. Wenn Sie wollen, dass wir getrennt abstimmen und Sie Frau Haderthauer nicht zustimmen können, bitte sehr. Gegen die ersten drei können Sie kaum etwas haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Al-Wazir, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, letzter Satz. – Ich wünsche mir, dass wir eine Regierung haben, die den Willen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Einen größeren Warnschuss als den von Nordrhein-Westfalen können Sie nicht bekommen. Nehmen Sie ihn wahr, nehmen Sie ihn ernst. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Beuth das Wort. Bitte schön, Herr Beuth.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Debatte über die nordrhein-westfälische Landtagswahl haben wir als CDU in der Tat zu beklagen, dass die christlich-liberale Koalition, die CDU in Nordrhein-Westfalen und Jürgen Rüttgers eine schwere Niederlage haben hinnehmen müssen. Richtig ist auch, wie Sie es hier vorgetragen haben, dass die Aufstellung der christlich-liberalen Koalition im Bund einen unbestreitbaren Anteil daran hat. Es ist auch unbestritten, dass die Verzagtheit, die auf Bundesebene an der einen oder anderen Stelle zu beklagen war, von den Wählerinnen und Wählern bestraft worden ist. Ich möchte aber in aller Deutlichkeit hier vor dem Parlament noch einmal sagen: Es war auch kein glanzvoller Wahlsieg von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen. Auch das möchte ich hier einmal feststellen. Ich finde, das gehört zur Debatte dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Meine Damen und Herren, ich habe kein Verständnis – die Bürgerinnen und Bürger sicherlich auch nicht – für dieses Triumphgeheule von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen am Wahlabend. Das war von einer lächerlichen und peinlichen Realitätsferne geprägt. Ich finde, auch das müssen wir in einer solchen Debatte einmal sagen dürfen. Es gibt keine Mehrheit für Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der SPD)

Dass sich die Sozialdemokraten aufregen, kann ich verstehen. In Ihrem ehemaligen Kernland sind Sie nach wie vor auf Platz zwei.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Ich finde, auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass das das Wählervotum von Nordrhein-Westfalen ist. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, deswegen sage ich: Für die Häme ist hier kein Raum.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte ausdrücklich sagen: Wir haben erneut eine gefährliche Situation für Deutschland. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen wendet sich wieder den Neokommunisten zu. Herr Kollege Al-Wazir, apropos Lehren ziehen:

(Zurufe von der CDU: Richtig!)

Ich meine, die kraftvollen Ratschläge, die wir in diesen Tagen von Frau Ypsilanti in Richtung Nordrhein-Westfalen vernommen haben, bringen Sie dort nicht weiter. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ich kann Sie nur warnen: Sie haben in Hessen Schiffbruch erlitten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich sage: „eine gefährliche Situation für unser Land“, dann sage ich das deswegen, weil ich und wir der Auffassung sind, Deutschland verkraftet es nicht, wenn im größten Industrieland keine stabilen Verhältnisse existieren, wenn – ich darf Frau Kraft zitieren – „regierungs- und koalitionsunfähige Chaoten“ an einer Landesregierung beteiligt wären.

(Axel Wintermeyer (CDU): Da hat sie recht! – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, es ist bedrückend, dass die nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten aus Hessen offensichtlich nichts gelernt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Welche Partei hat sie jetzt gemeint? Die FDP oder uns? – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sie von der FDP gesprochen, Herr Beuth?)

Meine Damen und Herren, die Tatsache, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ein solches Bündnis nicht wollen, will ich nur noch hinzufügen.

In der Tat stehen wir in einer schweren Wirtschafts-, Finanz- und Währungskrise. Wir haben hohe Belastungen der öffentlichen Haushalte. Wir haben einen demografischen Wandel mit enormen Herausforderungen. Deswegen sage ich Ihnen: Das sind ernste Probleme. Hierfür bedarf es in Deutschland, aber auch in Hessen einer ernsthaften Politik.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Herr Kollege Al-Wazir, wenn ich auf Hessen schaue und auf das, was Sie hier vortragen, dann kann ich nur feststellen, dass sich die Opposition im Hessischen Landtag aus dieser Sacharbeit komplett verabschiedet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Klamauk, Verdächtigungen, Untersuchungsausschüsse: Hier findet von Ihrer Seite kein Beitrag zu einer ernsthaften Politik statt.

(Zuruf des Abg. Manfred Görig (SPD))

Ich greife noch einmal die Spardebatte auf, die wir gestern geführt haben und die Sie gerade angedeutet haben. Ja, in der Tat, nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl müssen wir sozusagen die Verhältnisse neu sortieren.

Vor allem müssen wir uns darüber Gedanken machen, wie wir die Schuldenbremse, die wir gemeinschaftlich im Grundgesetz verankert haben, für den Bund im Jahre 2016 und für das Land im Jahre 2019, einhalten.

(Dieter Franz (SPD): Mit Steuersenkungen für die Hoteliers!)

Es ist – Herr Ministerpräsident Koch hat es gesagt – ein Glück, dass wir diese Schuldenbremse haben und dass sie in unserer Verfassung verankert worden ist, weil sie uns dazu zwingt, endlich die notwendigen Debatten zu führen.

(Günter Rudolph (SPD): Wer hat in den letzten Jahren die meisten Schulden gemacht? Das ist schon dreist!)

Deswegen ist es richtig, dass wir in dieser Lage, die wir nunmehr in der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beklagen haben, in der Tat zurzeit keinen Raum für Steuererleichterungen haben. Ich möchte Ihnen aber auch sagen – Herr Kollege Al-Wazir, weil Sie es im Landtag wiederholt vortragen, und wahrscheinlich werden es die Kollegen von den Sozialdemokraten auch wieder vortragen –: Die Verhetzung der Entlastungsgesetze,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

die wir zum 01.01. dieses Jahres eingeführt haben, lasse ich Ihnen in der Form nicht durchgehen.

(Günter Rudolph (SPD): Das macht nichts!)

Wir haben zum 01.01.2010 ein Bürgerentlastungsgesetz von 10,6 Milliarden € bekommen, wovon 9,7 Milliarden € allein zur Abzugsfähigkeit der Beiträge zu Kranken- und Pflegeversicherungen dienten. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren durch diese Maßnahme eine Entlastung. Das ist in Zeiten der Krise die richtige Maßnahme, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das war noch eine Entscheidung der großen Koalition, und es war im Übrigen eine Entscheidung, die uns das Bundesverfassungsgericht mit auf den Weg gegeben hat.

(Günter Rudolph (SPD): Die Mehrwertsteuer für die Hoteliers zu senken, war das die Entscheidung?)

Wir haben darüber hinaus ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz an den Start gebracht, weil wir der Auffassung waren und sind, dass eben diese Entlastungen in der Krise genau den Wachstumsschub ein Stückchen haben mit unterstützen können, den wir uns hier versprochen haben. Wir haben eine Gesamtentlastung von 8,5 Milliarden € gehabt, wovon der überwiegende Teil – liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das wissen Sie –, über 50 % in die Familien dieses Landes geflossen sind: durch die Kindergelderhöhung und die Erhöhung von Kinderfreibeträgen. Auch das möchte ich hier in aller Form noch einmal vortragen.

Wir haben darüber hinaus eine Unternehmenssteuerreform gemacht, die danach den weitaus größten Teil eingenommen hat. Damit haben wir den Mittelstand in der Tat entlastet – aber doch nicht, um irgendwelchen Bonzen die Steuerlast zu erleichtern, sondern um es dem Mittelstand in der Krise zu ermöglichen, seine Arbeitsplätze zu erhalten. Das war der Hintergrund dieser Gesetze, und deswegen ist Ihre Verhetzung dieser Gesetze nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Am Ende bleibt natürlich die Hotelsteuer übrig. Das ist das, worüber wir am meisten diskutieren, was in diesem Gesetz aber den kleinsten Anteil ausmacht.

(Manfred Görig (SPD): Ganz unsolide!)

Meine Damen und Herren, dass man über die Hotelsteuer diskutieren können muss, diese Auffassung finde ich auch, wenn ich in den Programmen, in Briefen von Roten, GRÜNEN und LINKEN nachlese. Offensichtlich sind nicht nur wir dieser Auffassung, sondern Sie waren dieser Auffassung zumindest auch einmal in Teilen.

(Manfred Görig (SPD): Das ist unsolide, Herr Beuth!)

Die Sozialdemokraten hatten es 1998 in ihrem tourismuspolitischen Programm, der bayerische GRÜNEN-Abgeordnete hat für die GRÜNEN-Landtagsfraktion im Jahre 2009 die Minderung der Steuersätze für das Beherbergungsgewerbe gefordert, und DIE LINKE hatte es sogar im Bundestagswahlprogramm. Daran kann man doch erkennen, welche Verhetzung an dieser Stelle stattfindet.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Hört hin! Das zeigt die Pharisäer von der Opposition!)

Ich komme zu zwei weiteren Punkten, die ich noch kurz ansprechen möchte. Erstens das Thema Energiepolitik. Wir haben vorhin darüber gesprochen, dass wir ein Energiekonzept haben. Wir wollen bis zum Jahr 2020 20 % er-

neuerbare Energien haben. Wir werden aber die Absurdität nicht mitmachen, dass wir die Kernkraftwerke in Deutschland ohne Ersatz abschalten.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen ist es notwendig, dass wir jetzt sehr schnell zu einer Entscheidung kommen, damit die Laufzeitverlängerungen möglich werden.

Zweitens. Wir haben in Hessen eine bürgerliche Regierung, die ein vielfältiges Bildungswesen sicherstellt. Wir haben das Kontrastprogramm zu Ihrer Einheitsschule, zu Ihrem „Haus der Bildung“, zu Ihrer „Schule für alle“. Das haben wir in Hessen erfolgreich an den Start gebracht; und dass wir im Bereich der Bildung Prioritäten setzen, haben wir in der gestrigen Debatte über die Sparmaßnahmen noch einmal deutlich gemacht.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich will nur die wesentlichen Punkte seit dem Jahr 1999 wiederholen:

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaubt doch keiner!)

Wir haben über 5.000 Lehrer eingestellt. Wir haben die Ganztagsangebote versiebenfacht. Wir haben den Kultusetat von 1,9 auf 3,3 Milliarden € erhöht. Wir haben im Hochschuletat 40 % mehr Geld.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das wollen sie alles nicht wahrhaben!)

Wir haben für die Hochschulen für die nächsten fünf Jahre 7 Milliarden € gesichert. Wir haben seit 2005 darüber hinaus für die gleiche Studentenzahl mehr Personalstellen zur Verfügung gestellt. Meine Damen und Herren, ich finde, das kann sich sehen lassen, und wir brauchen hier von Ihnen keinen Nachhilfeunterricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

Ich komme zum Schluss. Wenn wir bei diesen Erfolgszahlen über die Frage nachdenken, wie wir die zusätzlichen Ausgaben von 385 Millionen € schultern, die geplant und noch nicht verankert sind, die den Bildungsetat in Hessen zusätzlich belasten sollen, finde ich das angemessen und vernünftig. Insofern haben wir auch hier keinen Nachhilfebedarf von Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Peter Beuth (CDU):**

Ich komme zum Schluss. – Schwarz-Gelb muss den Auftritt in der Tat ein bisschen korrigieren. Das machen wir bereits erfolgreich.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

In schwierigen Zeiten haben wir aber weiter den Mut zur Verantwortung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Beuth. – Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Wagner gemeldet. Bitte schön, Herr Wagner.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eieiei! – Axel Wintermeyer (CDU): Jetzt zitiert er aus dem Wahlprogramm!)

#### **Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Beuth, ich habe mich zu mehreren Ihrer Wortbeiträge zu einer Kurzintervention gemeldet. Sie haben gesagt, CDU und FDP müssten den Auftritt ändern. – Herr Kollege Beuth, Sie müssen nicht den Auftritt ändern, sondern die Politik. Das ist das Ergebnis der NRW-Wahl.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Herr Kollege Beuth, Ihre Rede hat wirklich gezeigt, dass Sie gar nichts von dem verstanden haben, was die Bürgerinnen und Bürger bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben nichts davon verstanden, was Tausende Bürgerinnen und Bürger, die gegen die Nutzung der Atomkraft demonstriert haben, zum Ausdruck bringen wollten.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Herr Kollege Beuth, machen Sie so weiter. Gehen Sie weiter in Ihr Schneckenhaus, dann wird auch die Wahl in Hessen noch deutlicher ausgehen als die in Nordrhein-Westfalen. Das können Sie aber glauben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das sagen Sie seit elf Jahren!)

Herr Kollege Beuth, wenn Sie die Mehrwertsteuersenkung für Hoteliers ansprechen, dann sah es in Ihrer Rede kurz so aus, als sei es Ihnen peinlich.

(Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Es muss Ihnen auch peinlich sein. Sehen Sie, der Unterschied ist doch ganz einfach: Es gab mehrere Parteien, die in ihren Gremien darüber diskutiert haben, ob es sinnvoll ist oder nicht.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Dann kamen die GRÜNEN zu dem Ergebnis, dass es nicht sinnvoll ist. Wir haben darüber diskutiert und uns dagegen entschieden. Sie haben es gemacht, und die FDP hat dafür eine Millionenspende bekommen. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Herr Kollege Beuth, wenn Sie sich jetzt als Generalsekretär der CDU, der sich sonst immer als Speerspitze im Kampf gegen vermeintliche Neokommunisten sieht, auch noch auf das Programm der LINKEN berufen und es als Bestätigung für die eigene Politik empfinden, dann merken Sie es einfach nicht, Herr Kollege Beuth: Es ist doch alles völlig durcheinander.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Linksruck!)

Herr Beuth, ich mache Ihnen ein einfaches Angebot – Ihnen, der Union, ist die Mehrwertsteuersenkung für die Hoteliers doch auch peinlich –: Lassen Sie es uns rückgängig machen. Ich strecke hier heute die Hand aus. Lassen Sie uns vereinbaren, dass sich Hessen im Bundesrat dafür einsetzt, dass wir diesen Quatsch von den Herren der FDP rückgängig machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege Beuth, bitte.

**Peter Beuth (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wagner, Sie haben gerade eindrucksvoll den Beweis angetreten, dass es Ihnen nur um Verhetzung und Klamauk geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie entziehen sich jeder ernsthaften Debatte.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe Ihnen doch ein Angebot gemacht!)

Wir haben in den vergangenen zehn Tagen über die Frage diskutiert, was für unser Land wichtig ist. Wir haben darüber gesprochen, dass wir Sparbemühungen anstrengen und dass wir die Schuldenbremse einhalten müssen. Wir haben zumindest einmal angedeutet, dass wir dafür in allen Bereichen Vorschläge brauchen. Das Einzige, was von Ihnen kommt, ist immer nur, was nicht geht, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Für diese Art von Politik werden die Menschen kein Verständnis haben. Deshalb bin ich ohne jede Sorge, wenn es auf die nächsten Landtagswahlen zugeht. Wir werden unsere Arbeit ordentlich machen und eine ernsthafte Politik betreiben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Beuth. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Wilken zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Wilken.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt kommt der Vordenker von Herrn Beuth!)

**Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Wagner, bevor ich mich für diese Vorschusslorbeeren bedanke: Ich glaube nicht, dass wir beide damit leben können, Herr Beuth.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, als wir diesen

Antrag gesehen und gehört haben, dass das Ihr Setzpunkt ist, haben wir uns schon gefragt: Was will uns der Dichter damit sagen? Was ist die Intention? Als Sie geredet haben, Herr Al-Wazir, habe ich es so verstanden: Ihnen geht es darum, jetzt, nach dem Ergebnis der Wahl in NRW, einen Politikwechsel zu erzwingen. Sie erlauben, dass ich leise Zweifel daran habe, dass uns das gelingen wird, auch wenn wir die Intention teilen. Einen Politikwechsel zu erzwingen – wir sind ja beide sicherlich sehr basisdemokratisch –, ohne dass die Vorsitzenden der Regierungsparteien, der Ministerpräsident und der stellvertretende Ministerpräsident, im Hause sind, dürfte doppelt schwierig werden.

Meine Damen und Herren, hessische Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen finden wir gut. Ich schaue jetzt in Richtung Sozialdemokratie und sage: Hoffentlich geht es besser aus als in Hessen.

(Lachen bei der CDU und der FDP)

Es ist gut, dass Schwarz-Gelb abgewählt worden ist. Aber ich will auf ein Problem aufmerksam machen, das uns auch in diesem Hause zunehmend beschäftigen muss, nämlich dass immer weniger Menschen am Wahltag den Weg an die Wahlurne finden. In diesen Minuten, während wir uns hier mit diesem Problem auseinandersetzen, wird eine von Eurofound in Auftrag gegebene Gallup-Studie vorgestellt, die darauf hinweist, dass die Politikzufriedenheit in den 27 EU-Staaten seit 2007 um 4 Prozentpunkte gesunken ist. Das wird wesentlich darauf zurückgeführt, dass die Zufriedenheit der europäischen Bevölkerung mit ihren politischen Institutionen um 12 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Von daher ist jetzt sicherlich der Zeitpunkt, einmal darüber nachzudenken, welche Politik in diesem Hause vertreten wird – in allererster Linie durch die Mehrheitsfraktionen –, weil die Leute merken, dass sie beschummelt und für dumm verkauft werden. Herr Beuth, das ist kein Imageproblem, sondern ein inhaltliches Problem. Deshalb müssen Sie nicht nur an Ihrem Auftritt arbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ungerechtigkeit in Deutschland hat ein Muster, das seit rot-grünen Zeiten stets gleich geblieben ist: Steuergeschenke an Reiche und große Unternehmen führen zu Haushaltslöchern und zum anschließenden Appell an das Volk, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssen. Wer glaubt das denn noch? Wer glaubt vor allem noch, dass beim Sparen die Ungerechtigkeit nicht noch weiter auf die Spitze getrieben wird? Wir bekommen doch mit, wo hier in Hessen die Sparvorschläge hingehen sollen. Habe ich etwas über die hessische Vertretung in Brüssel gehört? Habe ich gehört, dass an Kassel-Calden gespart werden soll? Habe ich etwas von Beberbeck oder von der European Business School gehört? Nein, wir hören stattdessen, es soll bei der Bildung und bei der Kinderbetreuung gekürzt werden, die Gesundheitsversorgung soll verschlechtert werden, Armut im Alter soll vorprogrammiert werden. Das ist eine Politik, gegen die sich die Mehrheit des Volkes langsam, aber sicher zur Wehr setzt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir bleiben dabei: Das Geld, das in den öffentlichen Kassen fehlt, ist nicht weg, es ist nur woanders. Dort müssen wir es uns holen, z. B. mit einem gerechten Steuersystem.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Auch wir begrüßen es selbstverständlich, wenn die Bundeskanzlerin jetzt die Notbremse zieht und sagt:

keine Steuererleichterungen. Ich stelle dann aber doch die Frage, ob der Vorstoß, der in den letzten Tagen gekommen ist, stattdessen die Mehrwertsteuer von 19 auf 25 % heraufzusetzen, den DIW-Präsident Zimmermann verfolgt, nicht genau in die falsche Richtung zielt. Die Milliarden, die zur Rettung der Banken und Vermögenden eingesetzt werden sollen, sollen den kleinen Leuten aus der Tasche gezogen werden. Ich sage Ihnen: Das wird in unserem Land nicht unwidersprochen bleiben. So wird das nicht gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, und wir brauchen Löhne, die die Binnenwirtschaft und die Binnen nachfrage stärken, und kein Lohndumping, das letztendlich den Staatsbankrott anderer Länder, wie Griechenland, befördert.

(Holger Bellino (CDU): Sind wir jetzt auch daran schuld?)

Hessische Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen finden wir gut, aber wir warnen auch vor griechischen Verhältnissen in deutschen Städten.

(Lachen des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass sich überall im Land Widerstand gegen Ihre Politik regt, und ändern Sie Ihre Politik.

Bevor ich es nachher wieder in irgendwelchen Pressemeldungen lese: Ich habe nicht zur sozialen Unruhe aufgerufen. Ich habe vor dem gewarnt, was im Lande los ist. Wir sind der Meinung, das Ziel eines Politikwechsels in unserem Land werden wir nicht in diesem Hause erreichen – sondern dadurch, dass sich Menschen gegen Ihre Politik zur Wehr setzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Überall dort, wo Menschen für eine deutliche Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen – auch auf der Straße –, werden wir an ihrer Seite stehen, weil das notwendig ist.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Ungarn!)

Oder wie der Dichter sagt – ich zitiere –: „Zum Umsturz aller bestehenden Ordnung aufzurufen scheint furchtbar. Aber das Bestehende ist keine Ordnung.“ – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Vielen Dank, Herr Wilken. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Vorsitzende, Herr Rentsch, das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von den Sozialdemokraten, man hat es Ihnen allen gerade am Gesicht angesehen, wie froh Sie sind, dass Sie mit diesen LINKEN nicht koalieren müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb würde ich Ihnen den Ratschlag geben: Wenn man diese Erfahrung gemacht hat, sollten man den Telefonhörer in die Hand nehmen, die Vorwahl von Düsseldorf wäh-

len und seinen Kollegen sagen, auf was sie sich da einlassen würden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

– Kollege Quanz, darauf kann ich Ihnen eine Antwort geben. Man muss sich eben entscheiden, in welche Richtung man gehen will. Entweder will man eine Koalition mit Menschen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, oder mit einer Partei, die auf demokratischem Boden und in der Mitte der Gesellschaft steht, wie die FDP. Wenn man sich für die Linkspartei entscheidet, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn man dort ankommt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es macht keinen Sinn, hier darüber zu diskutieren. Wir wissen, dass das politisch gewollt ist. Der Kollege Beuth hat das ja sehr gut ausgeführt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht in Nordrhein-Westfalen schon um die Frage, was das eigentlich für eine Truppe ist, mit der Sie möglicherweise Verantwortung übernehmen wollen. Ich will überhaupt nicht über die Frage spekulieren, was da alles umsetzbar ist. Aber die Tatsache, dass man an den Forderungen, an dem Programm dieser Partei ablesen kann, dass sie mit dieser Gesellschaft und mit diesem Staat nichts Gutes vorhat – sie will z. B. den Verfassungsschutz, der sie aus guten Gründen überprüft, abschaffen –, müsste doch bei jedem Demokraten wirklich alle Alarmglocken zum Läuten bringen. Das müssen aber Sie verantworten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Der Kollege Al-Wazir freut sich gerade, dass er Weltmeister der Umfragen ist. Wenn Sie so weitermachen und so arrogant werden wie der Kollege Wagner, werden Sie Weltmeister der Umfragen bleiben. Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen eine solche Koalition eingehen, werden Sie die Quittung dafür bekommen, weil viele Menschen, die die SPD oder die GRÜNEN gewählt haben, mit Sicherheit Rot-Rot-Grün nicht wollten. Frau Kraft hat ja ihr Wort gegeben, dass das nicht passieren werde, aber auch ihr Wort ist wenig wert. Das haben wir letzte Woche wieder gemerkt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen diese Debatte nicht mit der Frage vertun, was letztendlich vonseiten der GRÜNEN und vonseiten der Sozialdemokraten falsch gemacht wird, ob es das Kraftwerk Moorburg in Hamburg ist, Kollege Al-Wazir, wo Sie mit fliegenden Fahnen in die Elbe gefallen sind, oder ob es die Langzeitstudiengebühren im Saarland sind.

All diese Fragen sollen heute keine Rolle spielen, auch nicht die, ob Sie der Weltmeister der Umfragen sind und tatsächlich seit elf Jahren auf der Oppositionsbank sitzen. Nein, das soll heute keine Rolle spielen.

Ich glaube, wir sollten den Menschen, die uns im Landtag und überall in Hessen zuschauen, sagen, wofür wir eigentlich stehen. Ich habe eine kleine Bilanz vorbereitet, die ich Ihnen gern vorlesen möchte. Dabei werde ich keinen Punkt auslassen, der mir wichtig ist.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir heute darüber diskutieren und den Menschen sagen können,

dass CDU und FDP jetzt schon 1.000 neue Lehrerstellen in Hessen geschaffen haben, um die Bildungssituation zu verbessern. Das ist in diesen Zeiten ein wirklich großer Kraftakt.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen trotz der schwierigen Rahmenbedingungen an unserem Ziel festhalten, 2.500 zusätzliche Lehrer einzustellen; denn wir wollen, dass die Bedingungen vor Ort für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrerinnen und Lehrer immer besser werden. Damit zeigen wir, dass wir in der Bildung wirklich Prioritäten setzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen mit 122 neuen Ganztagsangeboten zeigen, dass das Thema Ganztagschule in Hessen eine Zukunft hat. Aber ich sage hier auch ganz klar: Wir wollen damit nicht wie viele andere den Eindruck erwecken, die Schule könne die Aufgaben der Familie übernehmen. Ich sage diesen gesellschaftspolitischen Satz ganz bewusst, weil ich manchmal das Gefühl habe – auch bei den schulpolitischen Diskussionen der letzten Monate –, dass es bei der Ganztagschule darum geht, die Familien von ihrer Kernaufgabe zu entlasten, Verantwortung zu übernehmen. Das kann es sicherlich nicht sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir schaffen mit unseren Maßnahmen immer bessere Bedingungen im Bildungssektor. Die kleineren Eingangsklassen in den Jahrgangsstufen 1, 5 und 7 zeigen, dass die Bedingungen vor Ort jetzt schon immer besser werden. Wir machen das deswegen, weil wir wollen, dass jedes Kind in Hessen die besten Chancen hat, sein Leben so zu gestalten, dass es auf eigenen Beinen stehen kann. Wir sind stolz darauf, dass dies in eine solche Richtung geht.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben die selbstständige Schule – das ist für uns ein sehr wichtiges Thema – auf den Weg gebracht. Das bedeutet einen Paradigmenwechsel im Verwaltungsaufbau und wird nicht einfach umzusetzen sein. Wir haben damit, dass sich die Schulen jetzt schon den Gegenwert von 10 % der Stellen in Geld auszahlen lassen können, erste Schritte unternommen, damit die selbstständige Schule in Hessen Realität wird. Wir wollen nämlich, dass vor Ort in keiner Schule mehr gesagt werden kann: Wir würden ja gern, aber das Staatliche Schulamt lässt es nicht zu. – Wir wollen, dass Ideen, die vor Ort geboren werden, von Eltern, Lehrern und Schülern umgesetzt werden können, damit die bestmöglichen Lernbedingungen entstehen. Auch das werden wir in den nächsten dreieinhalb Jahren gemeinsam erreichen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Von vielen Journalisten habe ich immer gehört, wie schön es wäre, wenn Frau Leutheusser-Schnarrenberger endlich wieder Justizministerin wäre. Mir fehlt der Applaus an der Stelle. Hier ist es so ähnlich: Herr Kollege Al-Wazir, auch bei der Maßnahme, die ich Ihnen jetzt vortragen werde, fehlt mir der Applaus. Ich hätte mich gefreut, wenn wir von den GRÜNEN Unterstützung bekommen hätten, als wir die Regelung durchgesetzt haben, dass Kinder ohne Aufenthaltsstatus in Hessen Schulen besuchen können.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ja, da habt ihr ganz laut gerufen. – Aber es ist doch klar, dass man die andere Seite nicht loben kann. Das ist mit dem GRÜNEN-Ethos nicht vereinbar.

(Heike Habermann (SPD): Unerträglich! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei der Integration aus meiner Sicht Maßstäbe gesetzt. Der runde Tisch hat dazu geführt, dass wir immerhin in Gespräche über einen islamischen Religionsunterricht eingetreten sind. Ob die zu einem Erfolg führen, werden wir sehen. Aber es ist richtig, einen solchen Dialog zu führen; denn wir wollen, dass diese Religion – der Islam – in unsere Gesellschaft eingebunden wird. Vor allen Dingen wollen wir, dass die jungen Menschen, die in Hinterhofmoscheen eine Religion kennengelernt haben, die mit dem Islam aber auch wirklich nichts zu tun hat, dort her ausgeholt werden. Auch das ist eine wichtige Bemühung.

(Beifall bei der FDP)

Neben der Regelung für die eingetragenen Lebenspartnerschaften haben wir in Hessen ein Polizeigesetz auf den Weg gebracht, das die Kollegen von der Union als das effektivste, wir als das liberalste und wir beide als das beste in ganz Deutschland bezeichnen. Auch das zeigt, dass es nicht so schlecht sein kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben etwas auf den Weg gebracht, worüber Sie sich gern lustig machen. Angesichts dessen, wie viel wir in diesen eineinhalb Jahren gemacht haben, muss man aufpassen, dass man bei dem hohen Tempo, das wir vorgelegt haben, überhaupt mithalten kann. Da sich die Lebensgewohnheiten der Menschen geändert haben, haben wir das Feiertagsgesetz, was die Regelungen für Bibliotheken und Waschstraßen betrifft, geändert.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz offen, dass ich das so ähnlich erlebe wie die Diskussion über den sogenannten Nichtrauchererschutz. Ich sage das, weil ich in diesem Plenum seit viereinhalb Jahren bei Diskussionen über dieses Thema gehört habe, was alles passiert, wenn man die bestehende Regelung verändert.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig, die Welt bricht zusammen! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Sie sind Raucher!)

Ich darf Ihnen einmal sagen, dass gar nichts passiert ist. Es ist Ruhe an der Nichtraucherfront eingeekehrt. Alle Menschen sind mit dieser Regelung zufrieden. Daran zeigt sich, dass das, was wir gemacht haben, richtig war.

(Beifall bei der FDP)

Es ist doch so. Ich will das den Besuchern, die heute hier sind, noch einmal erklären. Wir haben die Regelung geschaffen, dass in kleinen Kneipen geraucht werden darf und dass dort, wo gegessen wird, nicht geraucht wird. Das wird gesellschaftlich getragen. Wenn ich abends essen gehe, möchte ich nicht, dass neben mir jemand raucht. Aber es gibt Abende, an denen ich – ich als Nichtraucher – in eine Kneipe in der Wagemannstraße gehe, vielleicht begleitet von einem Kollegen, der eine Zigarette rauchen möchte. Mein Gott, ein bisschen Toleranz muss doch auch auf Ihrer Seite möglich sein.

(Beifall bei der FDP)

All das könnten wir nicht leisten, wenn wir nicht ein solch wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland wären. CDU und FDP tun alles dafür, dass die Rahmenbedingungen stimmen, damit die Wirtschaft weiter wachsen kann. Wir können nämlich viele Debatten über Bildung und Kinderbetreuung führen. Aber irgendwo muss das Bruttosozialprodukt erwirtschaftet werden.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Irgendjemand muss es verdienen. Deshalb ist es richtig, dass der Frankfurter Flughafen, der Motor unserer Wirtschaft, endlich ausgebaut wird, auch gegen alle Bestrebungen der linken Seite in diesem Haus, die versucht, das zu torpedieren. Ich bin froh darüber.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Genau das Gleiche gilt für Nordhessen. Sie haben während Ihrer Regierungszeit versucht, aus Nordhessen einen Nationalpark zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie wollten gern einen Zaun um Nordhessen ziehen und, wenn es gegangen wäre, so wenig Infrastruktur wie möglich zulassen. Nur hatten die Leute letztendlich überhaupt keine Arbeitsplatzmöglichkeiten. Das war die Realität.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, ich sehe, die Zeit geht langsam zu Ende. Ich komme zum Schluss.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit geht zu Ende! Das stimmt! Die Zeit von Schwarz-Gelb geht zu Ende!)

Herr Kollege Wagner, wer sich heute die Zahlen für Nord- und Mittelhessen anschaut, kann uns dankbar sein – ich bin den Kollegen dankbar, die das seit 1999 auf den Weg gebracht haben –, dass wir diese Weichen richtig gestellt haben; denn in Mittelhessen und vor allen Dingen in Nordhessen passiert das, was wir im Rhein-Main-Gebiet schon lange haben: Es entstehen Arbeitsplätze, weil Unternehmen dort investieren. Sie glauben nämlich, dass das Geld bei den dortigen Menschen gut angelegt ist. Das ist eine Erfolgsgeschichte. Wir sind dankbar dafür, dass dies so ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Ich glaube, dass diese Debatte zeigt – deswegen bin ich den GRÜNEN dankbar, dass sie dieses Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt haben –, wie gut Hessen dasteht. Herr Kollege Al-Wazir, ich glaube, dass wir auf einem wirklich guten Weg sind. Ich finde es gut, dass wir immer

wieder darüber diskutieren, was wir gemacht haben. Wir streiten uns darüber, ob das der richtige Weg war.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Aber an diesem Punkt sieht man, dass wir auf einer Erfolgsspur sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Rudolph das Wort.

(Wolfgang Greilich (FDP): Jetzt kommt der Zeppelein-Kapitän!)

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Ich habe noch gar nicht angefangen. Deswegen bedanke ich mich schon einmal für die Aufmerksamkeit. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben zurzeit die dritte Welle der Krise, die 2008 auf den Finanzmärkten begonnen hat. Zunächst drohte der Zusammenbruch des Finanzsektors, dann folgte der schärfste Einbruch des Wachstums in der Nachkriegszeit, und jetzt geht es um die Handlungsfähigkeit der Staaten und um den Zusammenhalt Europas, letztlich aber auch um die Selbstbehauptung der Demokratie.

(Peter Beuth (CDU): Und um die SPD in Hessen!)

Wir erleben, dass die Regierung Merkel, also CDU und FDP in Berlin, in den zurückliegenden Monaten auf dramatische Weise versagt hat und diesen Herausforderungen nicht gerecht geworden ist. Die Wählerinnen und Wähler haben bei der NRW-Wahl am 9. Mai 2010 die Konsequenz daraus gezogen und der Regierung das entsprechende Zeugnis für eine völlig verfehlte Politik ausgestellt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

– Herr Beuth, ich könnte es mir relativ einfach machen und auf die CDU und ihren Generalsekretär – der übrigens Peter Beuth heißt und nicht Michael Beuth, wie es einmal in einer Zeitung stand – verweisen. Nach dem, was Sie hier vorgetragen haben, ist es doch so. Sie sagten: Wir haben nicht alles richtig gemacht. Es gibt da ein paar Kleinigkeiten. Ansonsten werden wir aber unseren Kurs unbeirrt fortsetzen.

Dann habe ich mir Herrn Kollegen Rentsch angehört. Das muss genetisch bedingt sein. Ich „bewundere“ seine Bescheidenheit und seine Fähigkeit zur Selbstkritik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn ich mir anschau, was heute so gesagt wurde, dann könnten wir uns eigentlich entspannt zurücklehnen und sagen: Die nächste Wahl kommt. Wir werden sie ganz locker nach Hause fahren.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Wir stehen aber vor großen Herausforderungen. Deswegen brauchen wir Antworten auf Entwicklungen. Die

Antworten können jedenfalls nicht so sein, wie sie von der CDU und der FDP gegeben werden, nämlich nach dem Motto „Weiter so“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Weiter so“ wurde am 9. Mai 2010 abgewählt.

Herr Kollege Rentsch, ich finde es schon, gelinde gesagt, eine ziemliche Frechheit, sich hierhin zu stellen und das zu sagen. Wir maßen uns nicht an, in andere Länder hineinzuregieren. Das verbitten wir uns. Deswegen geben wir auch keine Ratschläge.

Die Mitglieder einer Partei wie der FDP aber, die Gespräche mit anderen demokratischen Parteien verweigert, sollten einmal die Backen nicht so aufblasen. Sie sollten erst einmal dazu übergehen, ein paar Grundregeln des Umgangs miteinander einzuhalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sparen Sie sich Ihr Tremolo an dieser Stelle. Akzeptieren Sie das Wählervotum.

Das Schönste an diesem Wahlergebnis ist Folgendes. Herr Beuth, das stimmt übrigens: Ich hätte mir für uns noch ein paar Prozentpunkte mehr vorstellen können. Das ist gar keine Frage.

Ich habe mir die Wahlergebnisse der letzten Jahre angeschaut. Dabei habe ich mir die Ergebnisse der CDU bei den Wahlen in ein paar Bundesländern angeschaut. In Nordrhein-Westfalen hat sie ein Minus von 10 Prozentpunkten zu verzeichnen. Im Saarland waren es minus 13 Prozentpunkte. In Thüringen sind es fast minus 12 Prozentpunkte. In Schleswig-Holstein waren es minus 9 Prozentpunkte. Auch sollte man das Wahlergebnis in Hessen im Jahr 2008 mit fast 13 Prozentpunkten nicht vergessen.

Wir waren teilweise noch schlechter. Das war möglicherweise Ihr Glück.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

– Ja, das ist so. Aber das unterscheidet uns. Sie waren doch schon bei gefühlten 20 % plus x. Jetzt sind Sie da angekommen, wo Sie hingehören. Um das sehr deutlich zu sagen: Wenn Sie beim nächsten Mal weniger als 6,5 % bekommen, habe ich auch damit keine Probleme.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hören Sie mit diesen Krokodilstränen auf.

(Zuruf von der CDU: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Herr Kollege Müller, der Wähler hat entschieden. Wir sollten den Parteien in Nordrhein-Westfalen das Ruder überlassen. Nicht miteinander zu reden, ist aber schlicht und ergreifend Politikverweigerung. Das wird sich auf Dauer für die FDP nicht auszahlen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

Herr Kollege Beuth, es wäre gar nicht schlecht, ein bisschen „mea culpa“ zu sagen. Denn der Wähler hat erkannt, dass Sie in Berlin eine völlig falsche Steuer- und Finanzpolitik gemacht haben. Sie sollten sich hierhin stellen und sagen: Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe, die uns rund 1,6 Milliarden € kostet, war falsch. Wir korrigieren das.

(Peter Beuth (CDU): Da stimmt nicht! Das ist schlicht und ergreifend falsch! Es sind 947 Millionen €!)

Das wäre kein Tabubruch. Vielmehr korrigiert man etwas aus Erkenntnis. Diese 1,6 Milliarden € könnten wir beispielsweise in die Bildung investieren. Das wäre die richtige Konsequenz und die richtige Antwort.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Beuth (CDU): Herr Kollege, das ist falsch! Es sind 947 Millionen €!)

Wie wollen wir denn z. B. mit dem Thema alternde Gesellschaft umgehen? – Wir sagen: Es werden zu wenige junge Menschen geboren. – Welche Chancen hat Deutschland, weltweit gesehen, wenn wir nicht auf dem Gebiet der Bildung investieren, um auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben?

Es gibt doch ernst zu nehmende Konkurrenten. Das sind beispielsweise Pakistan und Indien. Dort sind viele Ingenieure am Werken.

Bei SMA werden Wechselrichter hergestellt. Im Rhein-Main-Gebiet werden Medikamente hergestellt. Das beruht auf einem Fundament. Da haben Wissenschaftler und Ingenieure vorher geforscht. Wir müssen deswegen in diese Bereiche investieren. Denn nur damit bleibt Deutschland wettbewerbsfähig. Es darf in diesem wichtigen und zukunftsfähigen Bereich keine Kürzungen geben, wie Herr Koch das sagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich empfehle Herrn Koch eines. Offensichtlich scheint ihm die Rolle der Frau Schröder in Berlin nicht besonders gut zu gefallen. Sie hatte vor ein paar Tagen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen schönen Gastbeitrag mit der Überschrift:

Für unsere Kinder sparen – nicht an unseren Kindern!

Ich finde: treffender hätte sie es nicht beschreiben können. Alle Studien belegen es: Die zu frühe Auslese der Kinder ist falsch. Das gemeinsame längere Lernen ist das, was wir Sozialdemokraten mit dem Haus der Bildung umsetzen wollen. Wir werden das weiterentwickeln.

(Peter Beuth (CDU): Einheitsschule!)

– Sie können das mit dem Begriff „Einheitsschule“ diffamieren. Aber in vielen anderen europäischen Ländern ist das ein Projekt mit Erfolg. Das ist doch der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind in der Realität noch nicht angekommen. Das wird uns nicht weiter schmerzen.

Was Herr Kollege Rentsch gesagt hat, ist geradezu abenteu-erlich. Für die Erfolgsbilanz muss das Nichtraucher-schutzgesetz in Hessen erhalten. Herr Rentsch, gibt es eigentlich empirische Untersuchungen darüber, um wie viel Prozent der Umsatz in diesen sogenannten Raucher-kneipen gestiegen ist? Die gibt es nicht. Die Wirte klagen seit Jahren über Umsatzeinbußen.

In Ihrer „tollen“ Leistungsbilanz hat nur noch gefehlt, dass Sie die Öffnung der Videotheken an Sonntagen aufgeführt hätten. Denn das war ein besonderer Wunsch des Herrn Hahn und von Ihnen.

Wer eine solche Bilanz vorlegt, sich dann hinstellt und brüstet, damit sei ein Land wie Hessen zukunftsfähig, der hat wirklich nichts mehr auf der Pfanne für die nächsten Jahre. Das ist der Beleg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wir brauchen eine Verstärkung der Steuereinnahmen, damit z. B. die kommunale Ebene investieren kann. Das, was in den Städten, Gemeinden und Landkreisen investiert wird, stellt den größten Beschäftigungsmotor dar. Wenn in den nächsten Jahren die Einnahmen wegbrechen sollten, dann werden wir ganz erhebliche Probleme hinsichtlich der Beschäftigung, aber auch hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur bekommen.

Herr Arnold – Herr Dr. Arnold, so viel Zeit muss sein –, weil Sie intelligent sind, wissen Sie das im Kern besser. Sie wollten auch nicht, dass die Kürzungen so umgesetzt werden, weil sie tödlich sind.

Von den 426 Städten und Gemeinden in Hessen werden im Jahr 2010 über 80 % ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können. Herr Weimar ist jetzt nicht da. Aber er wird das bestätigen können. Im Jahr 2011 wird es, haushaltspolitisch und finanzpolitisch gesehen, noch schlimmer werden. Wir haben da doch ein Problem, das uns alle angeht.

Wer will denn bei der nächsten Kommunalwahl z. B. irgendwo noch ehrenamtlich kandidieren und mitgestalten, wenn es außer dem Mangel nichts mehr zu verwalten gibt? Das ist das Ergebnis der verfehlten Politik der CDU und der FDP.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Beuth hat etwas gesagt. Ich will das gerne aufgreifen. Ob das rügenswert ist, will ich dahingestellt sein lassen. Er hat gesagt, wir, die Mitglieder der Opposition, würden nur Verhetzung und Klamauk machen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ja, so ist es!)

– Herr Wintermeyer, Sie bestätigen das etwas leise.

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist ritualisierte Oppositionspolitik!)

– Herr Kollege Wintermeyer, wissen Sie, dass Untersuchungsausschüsse eingerichtet werden müssen, bedeutet für die Opposition, dass es Arbeit gibt. Aber Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Herr Bouffier und Herr Weimar, Sie haben Ihre Läden nicht im Griff. Deswegen hören Sie mit den Krokodilstränen auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Sie haben nichts anderes zu tun, als Untersuchungsausschüsse einzurichten! – Peter Beuth (CDU): Was Sie machen, ist Politikverweigerung!)

– Ich empfehle Ihnen, einmal ein bisschen an einem Kurs über Demokratie teilzunehmen. Zu den Aufgaben der Opposition gehört es natürlich auch, die Regierung zu kontrollieren. Das ist die eine Aufgabe. Die andere ist es, Alternativen zu entwickeln.

Herr Kollege Wintermeyer, schauen Sie sich Ihre Energiepolitik an. Die ist abenteuerlich. Die Dinosaurier der

CDU haben das immer noch nicht verstanden. Wir haben bis heute nicht die Kosten für die Endlagerung finanziert. Das zahlt nämlich der Steuerzahler. Sie wollen die alten Schrottmeiler weiterlaufen lassen. Sie hinken doch einer modernen Energiepolitik 20, 25 oder sogar 30 Jahre hinterher. Frau Lautenschläger sagt dazu nur: Kommen Sie in das Ministerium. – Das reicht nicht. Wir brauchen Konzepte. Die gibt es von der SPD, und die gibt es von den GRÜNEN.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie haben da nichts zu bieten.

Ich fasse zusammen. Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen behaupten CDU und FDP, sie hätten fast alles richtig gemacht. Der Wähler hat irgendwie falsch entschieden. Sie wollen die nächsten dreieinhalb Jahre so weiterwursteln. Das wird für das Land schwierig werden. Wir werden abwarten, wie das in Berlin weitergeht. Wenn Herr Koch mit freundlicher Unterstützung des Herrn Mappus und anderer weiterhin versucht, Frau Merkel zu zerschießen, dann soll uns das recht sein. Das ist nicht unser Problem. Aber es schadet dem Land.

Es freut mich – das sage ich Ihnen ohne Häme –, dass Sie jetzt politische Verantwortung tragen. Sie müssen jetzt nämlich die Suppe auslöffeln, die Sie sich eingebrockt haben.

Ein Gutes hat die Wahl in Nordrhein-Westfalen. Die FDP muss ihr Wort deutlich brechen. Die Steuersenkung ist kein Thema mehr. Ich sage aber ausdrücklich: Da haben Sie Unterstützung. Der Staat muss überlebensfähig bleiben. Deswegen braucht er ordentliche Steuereinnahmen.

Sie sollten die Wahlergebnisse zur Reflexion nutzen.

(Zuruf von der CDU: Sie auch!)

Wenn Sie das nicht machen, ist das nicht schlimm. Wir werden sehr gespannt Ihre Entscheidungsprozesse abwarten. Wir sind uns sicher: Der Wähler ist schlauer, als die Mitglieder der CDU und der FDP meinen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Rudolph, schönen Dank. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Staatsminister Grüttner. Herr Minister Grüttner, bitte schön.

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, ich wäre als Abgeordneter der SPD sehr vorsichtig, das Wort Wortbruch in den Mund zu nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Denn wenn irgendeine Partei mit dem Wort Wortbruch verbunden wird, dann sind das die Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten in Hessen haben das versucht. Sie haben die Konsequenzen zu tragen gehabt.

Sie bereiten den nächsten Wortbruch vor. Das geschieht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich finde, es ist deshalb ganz gut, darüber zu reden. Denn da stellt sich eine Frage. Ansonsten habe ich mit den LINKEN nicht sehr viel gemeinsam. Aber diese Frage stelle ich mir auch: Was hat eigentlich die GRÜNEN bewogen, diesen Antrag zu stellen? – Wir haben das relativ lange in der Landesregierung diskutiert und uns die Frage gestellt: Was hat die GRÜNEN da bewegt?

Damit sind die Gemeinsamkeiten mit den LINKEN aber schon vorbei. Wir haben schlicht und einfach keine Antwort darauf gefunden, denn dass die grüne Fraktion mit ihrem Antrag der Landesregierung und auch den die Landesregierung tragenden Fraktionen eine Plattform bieten wollte, ihre Leistungsbilanz für Hessen hier darzulegen, konnten wir uns nicht vorstellen. Was bedeutet denn Politikwechsel? – Politikwechsel würde zumindest für das Land Hessen bedeuten, den Willen der überwiegenden Mehrheit der hessischen Wählerinnen und Wähler zu ignorieren; denn die Wählerinnen und Wähler haben CDU und FDP und damit auch diese Landesregierung mit einer satten Mehrheit ausgestattet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unser Mandat geht bis zum Jahre 2014.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Und darüber hinaus!)

Deswegen bin ich erstaunt, wenn der Herr Kollege Wagner bei Wortbeiträgen dazwischenruft: „Die Zeit von Schwarz-Gelb geht zu Ende!“ – Nein, sie geht nicht zu Ende. Unsere Zeit dauert bis 2014.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

So lange werden wir in Hessen die Verantwortung übernehmen. Die Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik Deutschland haben der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen und Parteien ein Mandat bis 2013 gegeben. Also wird die Zeit nicht vorbei sein. Es wird erst zu einem gewissen Zeitpunkt, wenn die Wahlen anstehen, Bilanz gezogen. Dann wird Bilanz über die gesamte Legislaturperiode gezogen. Anhand dieser Bilanz werden die Wählerinnen und Wähler entscheiden.

Wir konzedieren, dass es auf einem solchen Weg ein Auf und Ab geben kann. Wenn in der Phase dieses Auf und Ab irgendwo eine Wahl dazwischen stattfindet, kann es sein, dass man, wenn man nicht gerade auf einem aufwärts strebenden Weg ist, auch ein Zwischenzeugnis ausgestellt bekommt. Das ist von jedermann eingestanden worden.

Das Einzige, was Sie an dieser Stelle vergessen, ist: Rot-Grün hat auch in Nordrhein-Westfalen keine Mehrheit bekommen. Das kann man nicht häufig genug sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie werden in Nordrhein-Westfalen die Regierungsverantwortung nur übernehmen können, wenn Sie mit den LINKEN, denjenigen, bei denen sieben von elf Landtagsabgeordneten vom Verfassungsschutz beobachtet werden, eine Koalition eingehen.

(Lachen bei der LINKEN)

Herr Kollege Al-Wazir, ich würde Ihnen durchaus empfehlen, an dieser Stelle nachzudenken, ob der Name

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch eine Berechtigung hat, wenn man einen solchen Weg antritt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ansonsten gibt es meiner Auffassung nach kaum noch eine Motivation für diesen Antrag, außer dass man in dem Überschwang der Gefühle der Überzeugung gewesen ist, man müsste in Form eines Rundumschlages etwas zu Papier bringen, was einem die Möglichkeit zur Darstellung geben wird. Herr Kollege Al-Wazir, ich sage Ihnen noch einmal – –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Kollegin Fuhrmann, ich sage es aus der Sicht der Landesregierung, weil mit diesem Antrag natürlich der Beitrag, den das Land Hessen auch für die Bundesrepublik leistet, infrage gestellt wird. Aber wir machen eine verantwortliche Politik für unser Land. Genauso verantwortlich bringen wir uns in den Bereich der Bundesrepublik und die dortige Politik über den Bundesrat mit unseren Möglichkeiten ein.

(Petra Fuhrmann (SPD): Wie haben Sie das gemacht?)

An dieser Stelle ist es wichtig – Sie haben auch gar nichts anderes intendiert –, hier diese Debatte zu führen. Es ist irgendwo schon schön – das kann ich nachvollziehen, Herr Al-Wazir –, dass man an so einem Abend, an dem man ein tolles Wahlergebnis in einem anderen Land zur Kenntnis nehmen konnte, sich überlegt, dass es eigentlich Mist ist, dass man bis 2014 und wahrscheinlich noch lange darüber hinaus in Hessen in der Opposition ist,

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der LINKEN)

dass man 2014 dann 15 Jahre lang Oppositionsführer der GRÜNEN im Hessischen Landtag gewesen ist und sich irgendwann einmal an anderen Ergebnissen erfreuen muss. Dafür habe ich durchaus Verständnis. Aber da Sie dieses in Fragestellungen von Bilanzen und Schaufensteranträgen einpacken, wozu zumindest mit aller Deutlichkeit durch den Kollegen Beuth und den Kollegen Rentsch dargestellt worden ist, wie unsere Leistungsbilanz an verschiedenen Stellen zu werten ist, ist es richtig, wenn Sie auf die einzelnen Punkte unter dem Gesichtspunkt eingehen: Wie sehen Brückentechnologien aus? Wie sieht es mit der Kernenergie aus? Wie sieht es in der Schulpolitik aus?

(Zuruf der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das steht in Ihrem Antrag. Sie wussten noch nicht einmal, welchem Ausschuss Sie das eigentlich überweisen wollen. Sie haben es dann an den Hauptausschuss vorgehen. Insofern ist das vollkommen in Ordnung, weil das ein Sammelsurium gewesen ist. Dann ist Ihnen in den Beiträgen der Kollegen Rentsch und Beuth deutlich geworden, an welcher Stelle die Landesregierung schlicht und einfach ihre Prioritäten setzt.

(Zuruf von der SPD: Beim Feierabend!)

Die Prioritäten werden unbestritten in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit und Schaffung von besseren Rahmenbedingungen gesetzt, um aus Krisensituationen herauszukommen und Wirtschaftswachstum zu generieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieses alles können wir mit vielen einzelnen Maßnahmen schlicht und einfach belegen. Dass wir dabei auch für die Fragestellungen offen sind, wie wir mit neuen Entwicklungen umgehen, wie wir unser Land zukunftsfähig machen können, das macht Frau Kollegin Lautenschläger sehr deutlich und hat sie auch in der Debatte deutlich gemacht.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich haben wir mit 20 % erneuerbaren Energien bis zum Jahre 2020 ein ehrgeiziges Ziel. Es ist aber auch vollkommen klar, wir brauchen in dieser Zeit die Kernenergie als Brückentechnologie, um eine entsprechende Chance überhaupt zu generieren, an dieser Stelle etwas zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer auf der einen Seite sagt: „Wir wollen keine Kernenergie haben, wissen aber auch nicht, wie wir Versorgungssicherheit herstellen wollen“,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind überhaupt nicht lernfähig!)

und gleichzeitig sagt: „Wir wollen auch keine Kohle“, der macht sich unglaublich, Herr Al-Wazir. Das ist das, was die Menschen draußen merken und was letztendlich zu Wahlergebnissen führt, dass Sie nämlich in den verschiedensten Bereichen unglaublich sind, in denen Sie meinen, dass Gefühl aufzunehmen, aber nicht Verantwortungsbewusstsein für unser Land handeln und für die, die hier wirtschaften.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Insofern ist das einfach eine Fragestellung, dass man überlegen muss, an welcher Stelle wir auch in dem Bereich Prioritäten setzen können, wo wir Bildungsinvestitionen vornehmen. Es ist Ihnen doch deutlich gemacht worden – in dem Antrag der Koalitionsfraktionen steht es –, in welchem Ausmaß die Bildungsinvestitionen an den Hochschulen gesteigert worden sind, wie es mit den Bauinvestitionen aussieht, wie die Situationen an den Hochschulen aussehen und dass das, verglichen mit Ihrer Regierungszeit von Rot-Grün in Hessen – so manche Urhahnen können sich noch daran erinnern, wie das damals ausgesehen hat –, ein Fortschritt ist, den das Land in einer solchen Zeit noch nie erlebt hat.

Genauso ist es an den Schulen mit der Schaffung von neuen Lehrerstellen, mit der Schaffung von Ganztagsangeboten. Wir sind, was die Entwicklung von Kindertagesstättenangeboten für unter Dreijährige angeht, an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem müssen wir für zukünftige Generationen bei der Priorisierung der Ausgaben darüber nachdenken, wo wir Einsparpotenziale haben. Meine Damen und Herren, dabei darf es keine Tabudiskussionen geben, weil wir ansonsten den zukünftigen Generationen nicht gerecht werden würden.

Insofern meine ich, dass die von der Landesregierung vertretenen Punkte dem Votum der hessischen Bürgerinnen und Bürger vom Januar 2009 entsprechen. Wir werden im Interesse unseres Landes die Politik, für die wir in Hessen ein Mandat erhalten haben, im Bundesrat wie auch bisher energisch vorantreiben. Das hat erst einmal gar nichts mit Mehrheitsverhältnissen an sich zu tun. Wir denken erst einmal an Hessen.

Wenn die Lage nach Wahlen in den Ländern komplizierter wird, dann heißt das zunächst einmal mehr Arbeit, mehr Verhandlungen, möglicherweise auch mehr Kompromisse. Aber das war, ist und bleibt hoffentlich auch in Zukunft so. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Minister Grüttner. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir haben jetzt drei Anträge abzustimmen.

Ich lasse über den Tagesordnungspunkt 44, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/2390, abstimmen. Wer hier seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – GRÜNE, SPD, LINKE. Wer ist dagegen? – CDU, FDP. Mit Mehrheit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 82, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bildung und Betreuung als Schwerpunkte zukunftsfähiger Politik, Drucks. 18/2425. Wer stimmt zu? – GRÜNE, SPD, LINKE. Dagegen? – CDU und FDP.

(Lachen bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Damit abgelehnt.

Jetzt haben wir noch den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/2433. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP. Dagegen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Damit ist dieser Antrag angenommen.

Damit können wir diese Punkte verlassen und kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren (INGE) – Drucks. 18/2377 –**

Das Gesetz wird von Herrn Staatssekretär Saebisch eingebracht. Bitte sehr.

#### **Steffen Saebisch, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute mit der Drucks. 18/2377 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren vor. Dieses Gesetz hört auf den sympathischen Namen INGE.

INGE hat einen sehr ernsten Hintergrund. Wir haben die Situation, dass wir in vielen hessischen innerstädtischen Quartieren zunehmend eine Verödung erleben. Das hat insbesondere natürlich mit dem Wettbewerb mit den Einkaufszentren auf der grünen Wiese und dem dann leider einsetzenden Wettbewerb nach unten zu tun: Die Verödung führt zu geringerwertigen Gewerbeimmobilien, die Quartiere sind nicht mehr attraktiv, und dementsprechend werden dort keine Investitionen mehr vorgenommen. In der Konsequenz führt das dazu, dass wir eine Verödung der Innenstädte erleben.

Deswegen war Hessen das erste Flächenland, das mit dem 31. Dezember 2005 ein Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren, genannt INGE, eingeführt hat. Damit wurde eine gesetzliche Grundlage für die Einrichtung sogenannter Business Improvement Districts, BIDs, geschaffen.

Die BIDs sind Gebiete, die von den Städten durch eine Satzung festgelegt werden, um mit eigenen finanziellen Mitteln und in eigener Verantwortung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Quartier durchführen zu können. Hierbei werden die betroffenen privaten Initiativen eingebunden.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ergänzt den bestehenden Rechtsrahmen sowie die Förderprogramme des Landes, insbesondere „Ab in die Mitte“ – ein sehr sympathischer Name, ähnlich wie INGE – sowie „Aktive Kernbereiche“ in Hessen. Damit ist es ein wichtiger Baustein im Instrumentenkasten zur Aufwertung der hessischen Innenstädte.

Deswegen legen wir Ihnen heute die Verlängerung der Gültigkeit dieses Gesetzes vor. Denn nach unserer Meinung hat sich INGE bewährt.

In einer regierungsinternen Anhörung haben wir ein überwiegend sehr positives Echo auf diesen Gesetzentwurf bekommen. Deswegen sind wir heute hier, um Ihnen die Verlängerung der Gültigkeit dieses Gesetzes anzupfehlen.

Durch INGE können eine umfassende Strategie zur Stärkung der Innenstädte entwickelt und vielfältige Maßnahmen umgesetzt werden. Besonders wichtig aber ist mir, dass dieses Gesetz stärker einen Angebots- als einen Verpflichtungscharakter hat. Für ein Gesetz ist das relativ ungewöhnlich. Gemeinhin sind Gesetze dazu da, um die Bürger zu Handlungen zu verpflichten.

Mit INGE schaffen wir einen Rechtsrahmen, eine Grundlage, um ehrenbürgerschaftliches Engagement anzureizen. Durch INGE haben die Kommunen die Chance, selbst durch Satzungen tätig zu werden und die entsprechenden BIDs einzuführen.

Es gibt ein Quorum. Das heißt, 25 % der betroffenen Eigentümer dürfen der Einrichtung des BID nicht widersprechen.

Wir haben – das ist ein Teil der Änderungen, die wir Ihnen heute vorschlagen möchten – die Befreiung von Eigentümern eingeführt, die Befreiungstatbestände erweitert, sodass wir den Freiwilligkeitscharakter, den Angebotscharakter dieses Gesetzes noch einmal deutlich stärken werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir schlagen Ihnen heute noch einige weitere Änderungen vor, die ich kurz skizzieren möchte.

In enger Abstimmung mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten soll es künftig möglich sein, dass der Aufgabenträger bereits zu einem früheren Zeitpunkt als bisher möglich dringend erforderliche Daten wie z. B. die Adressen der Grundstückseigentümer erhält.

Basierend auf einem Vorschlag der Stadt Gießen wird eine Kappungsgrenze der Abgaben für diejenigen Fälle eingeführt, in denen einzelne Betroffene durch hohe Einheitswerte unverhältnismäßig hoch belastet würden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, insgesamt – das ist für die Landesregierung ganz entscheidend, damit sie Ihnen heute diesen Gesetzentwurf vorlegt – lassen sich die Erfahrungen aus den Gießener BIDs so zusammenfassen: Alle Beteiligten aus Gießen – von den Vereinen, die dort als Aufgabenträger tätig sind, über den Magistrat bis zur IHK – wollen ihre BIDs auch nach dem Ende der Laufzeit, nach dem Ende der Verpflichtung, fortführen. Dies zeigt: INGE ist ein sinnvolles Instrument, um die städtischen Quartiere attraktiver zu gestalten. Deswegen legt Ihnen die Landesregierung heute diesen aus meiner Sicht sehr gelungenen Gesetzentwurf vor, und wir bitten Sie im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens um Ihre Zustimmung.

Die Landesregierung freut sich auf eine muntere und fachlich orientierte Debatte im Ausschuss. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Günter Schork und Peter Stephan (CDU))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Lenders, FDP-Fraktion.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen nur Ingos!)

#### **Jürgen Lenders (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Innenstädte in Hessen haben Probleme. Daran kann niemand vorbeischaun.

Meine Damen und Herren, diese Probleme sind zum Teil nicht von der Art, dass der Gesetzgeber daran viel ändern könnte. Das hat etwas mit dem Strukturwandel im Handel zu tun. Das hat aber auch viel damit zu tun, dass wir zu einer Expansion in brachliegende Flächen kommen, die weiterentwickelt werden müssen. Das hat etwas damit zu tun, dass viele Handelstreibende in den Innenstädten von Hessen nicht mehr die richtigen Flächen in der entsprechenden Modernität und Größenordnung finden. Aber es hat natürlich auch viel mit dem Umfeld zu tun, in dem sich die Innenstädte bzw. die innerstädtischen Quartiere befinden.

Dazu hat die Landesregierung – Staatssekretär Saebisch hat das eben schon angesprochen – einige Maßnahmen ergriffen, die Quartiere mittels des Städtebauförderprogramms zu verbessern. Das ist aber auch eine Frage danach, was der Handel dazu tun kann und wo wir dazu beitragen können, dass die Eigeninitiativen aus den Innenstädten heraus gestärkt werden.

(Beifall bei der FDP)

„Aktive Kernbereiche“, „Ab in die Mitte“ und am Ende auch das Gesetz INGE sind ein Blumenstrauß voller Möglichkeiten – und die Betonung liegt dabei auf „Möglichkeiten“. Denn alles ist eine Kann- und keine Mussbestimmung. Alles sind Angebote an die Aktiven in den Innenstädten, hier Maßnahmen zu ergreifen, um ihre eigene Situation, um die Situation in den Innenstädten zu verbessern.

Meine Damen und Herren, mit diesen gesetzlichen Rahmenbedingungen tut das Land nur eines: Es räumt ihnen

eine Planungssicherheit ein, sodass man auch wirklich für die Sache kämpfen kann, auch in die Zukunft gerichtet, und Planungssicherheit bekommt.

(Beifall bei der FDP)

Nun wird der eine oder andere sicherlich der FDP-Fraktion vorhalten, dass wir nicht immer mit solcher Begeisterung für INGE gesprochen haben.

(Günter Schork (CDU): Das stimmt! Ihr habt es abgelehnt! – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das will ich durchaus konzedieren. Aber man kann sicherlich sagen: Haben wir jetzt einmal die Grundlagen dafür geschaffen, dann können wir den bestehenden BIDs diese Grundlage auch nicht mehr entziehen. Das wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die FDP stellt sich dieser Verantwortung. Allerdings werden wir für einen Interessenausgleich sorgen – für einen Interessenausgleich der Hauseigentümer für die nötigen Maßnahmen, die wir in den BIDs brauchen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vergessen Sie die Hoteliers nicht! – Gegenruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Ach, Herr Kaufmann!)

– Herr Kaufmann, Ihre Zwischenrufe hatten auch schon einmal eine andere Qualität. Das nehme ich gerne zur Kenntnis.

(Lebhafter Widerspruch bei der FDP)

– Der eine sagt so, der andere so.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion wird diesen Gesetzentwurf und die Evaluierung des Gesetzes unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Lenders. – Das Wort hat der Abg. Klose, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Kai Klose (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Staatssekretär Saebisch und Herr Lenders haben verschiedene Gründe angeführt, warum wir diese Stärkung unserer Innenstädte brauchen. Das Ziel dieser Innenstadtstärkung ist vollkommen richtig.

Es ist aber nicht nur ein ökonomisches Problem, vor dem wir an dieser Stelle stehen. Es hat mindestens zwei weitere Dimensionen. Die eine ist eine soziale. Wir selbst hatten als Hessischer Landtag eine Enquetekommission zum Thema demografischer Wandel, die sehr eindrücklich darauf hingewiesen hat, dass gerade eine alternde Gesellschaft zunehmend auf fußläufige Einkaufsmöglichkeiten angewiesen ist. Auch deshalb müssen die Innenstädte gestärkt werden und eben weniger die immer gleichen Ketten, die auf der grünen Wiese nur in der Peripherie und nur per Auto erreichbar sind. Die Enquetekommission hat zu diesem Aspekt auch klare Handlungsempfehlungen benannt.

Eine weitere Dimension ist aber eine ökologische; denn diese Märkte auf der grünen Wiese haben die Folge, dass sie stetig mehr Flächenverbrauch produzieren.

Wir als GRÜNE haben im Gegensatz zur FDP – Herr Lenders, Sie scheinen sich jedenfalls in dieser Sache lernfähig zeigen zu wollen – das INGE-Gesetz von Beginn an positiv begleitet. Das gilt auch weiterhin im Grundsatz. Wir finden ausdrücklich richtig und gut, dass die Landesregierung dieses Gesetz durch das Förderprogramm „Aktive Kernbereiche“ ergänzt hat. Wir sehen auch, dass es in immer mehr Städten, nicht nur in Gießen, sogenannte Business Improvement Districts gibt – nach der aktuellen Übersicht der Industrie- und Handelskammern beispielsweise in Baunatal, Offenbach und Büdingen, wo gerade der Beginn gemacht wurde.

Die substanziellen Änderungen, die Sie jetzt für das Gesetz vorschlagen, erscheinen uns sinnvoll. Sie erhöhen – das wurde bereits gesagt – die Planungssicherheit, und wir werden das im Ausschuss sicher auch weiter beraten.

Allerdings ist dieses Gesetz zur Stärkung innerstädtischer Geschäftsquartiere, kurz INGE, nur ein Instrument, um den geschilderten Problemen zu begegnen. Zwei Punkte, die wir in diesem Zusammenhang darüber hinaus diskutieren müssen, will ich hier kurz anreißen.

Wir können Dutzende gut gemeinter, gestärkter innerstädtischer Geschäftsquartiere in Hessen haben. Das hilft nichts, wenn wir nicht gleichzeitig über wirksame Instrumente in der Landes- und Regionalplanung konsequent, und zwar bis nach unten, dafür sorgen, dass die Ausweisung immer neuer Gewerbegebiete auf der grünen Wiese, der stetig steigende Flächenverbrauch und der ruinöse Wettbewerb zwischen den Kommunen, wer mehr Gewerbefläche für weniger Geld anbieten kann, gerade in Ballungsraum, zu einem Ende gebracht werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb dürfen wir uns auch mit einem vermeintlich noch so guten INGE-Gesetz nicht zurücklehnen. Auch darüber wollen wir mit Ihnen in den Ausschussberatungen diskutieren.

Darüber hinaus bleibt offen, was die Landesregierung selbst in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Lenders aus dem Jahr 2008 in Sachen INGE als Defizit gleich an erster Stelle benannt hat. Dort steht: Die Kenntnisse im Land über das zur Verfügung stehende Instrument INGE sind überhaupt nicht ausreichend.

Also bleibt die Frage im Raum stehen: Wie können wir das Instrument gerade aufgrund der positiven Erfahrungen in Gießen und anderswo populärer machen? Das kann man nicht unbedingt in einem Gesetz regeln, aber zu diesem Gesetz gehört auch eine Vorstellung, wie wir es in der Breite besser verankern können.

Wir werden uns, wie Sie das von uns gewohnt sind, in der ausführlicheren Ausschussdebatte konstruktiv einbringen und freuen uns auf die weitere Debatte dort. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Klose. – Das Wort hat Herr Kollege Siebel, SPD-Fraktion.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch ein Ingo! – Zuruf von der CDU: Er spricht auch zu allem!)

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion möchte ich vorweg sagen, dass wir die weitere Förderung innerstädtischer Quartiere – so heißt das Ding, was Sie vom Namen her so charmant finden – und somit eine Verlängerung der Geltungsdauer des entsprechenden Gesetzes für richtig und angebracht halten. Es ist so, dass innerstädtische Veränderungsprozesse langfristig angelegt sein müssen. Deshalb finde ich es gut, dass die FDP von ihrer anfänglichen Ablehnung dieser Initiative abgerückt ist, ob aus Regierungsverantwortung heraus oder – das wäre auch ein Erklärungsmuster, Herr Lenders – weil sie der weisen Entscheidung der FDP-Fraktion im Gießener Stadtparlament gefolgt ist, die schon damals dem rechten Weg gefolgt ist. Es gibt unterschiedliche Erklärungszusammenhänge.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die finden INGE jetzt auch gut!)

Die im Gesetz vorgesehenen Veränderungen im Bereich des Datenschutzes – der Herr Staatssekretär hat darauf hingewiesen –, d. h. die Weitergabe von Daten an die Aufgabenträger, sind sinnvoll, weil die Aufgabenträger zu einem relativ frühen Zeitpunkt wissen müssen, um wen es sich handelt, um ihn entsprechend ansprechen zu können.

Auch die Einführung einer Kappungsgrenze bei den Einheitswerten ist deshalb sinnvoll, weil sich bei den leider noch zu wenigen Projekten, die umgesetzt worden sind, gezeigt hat, dass insbesondere bei den Beteiligten, die Flächen mit Wohnungen zur Verfügung stellen, ein Stück weit die Motivation gefehlt hat. Deshalb ist es nicht zu den vielen Projekten gekommen, die wir uns eigentlich gewünscht haben.

Herr Lenders, in Ihrem Beitrag haben Sie ein Bild gebraucht, manchmal macht man so einen rhetorischen Schnick

(Der Redner schnickt mit den Fingern. – Zurufe: Oh!)

– das war jetzt klasse, oder? –, aber das war ein verräterisches Bild. Sie sprachen von einem bunten Strauß der Möglichkeiten, die wir im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung zur Verfügung haben.

Das ist ein Teil des Problems, vor dem wir stehen, und das ist der Teil, von dem ich meine, dass wir uns ihm in der Anhörung stellen müssen. Hier müssen wir außer in § 5 und § 7, wo Änderungen vorgesehen sind, zu Lösungen kommen. Wir haben unterschiedliche, teilweise wohlklingende Programme. Wir haben „Ab in die Mitte“, wir haben die Aktion „Aktive Kernbereiche in Hessen“, wir haben INGE, wir haben die Städtebauförderprogramme, und wir haben die Aufgabe der öffentlichen Hand im Hinblick auf die Daseinsvorsorge, die im Gesetz nebendran gestellt wird, die aber auch beinhaltet, Innenstadtentwicklung sozusagen voranzubringen.

Ich finde, es ist des Schweißes der Edlen wert, über eine Verknüpfung dieser fünf Bereiche nachzudenken und sozusagen einen Schirm – so etwas gibt es in Lampengeschäften – zu bilden, unter den diese fünf unterschiedlichen Bereiche fallen können, statt einen bunten Strauß anzubieten, der letztlich einer gewissen Beliebigkeit

unterliegt. Das sollte man nach meinem Verständnis sinnvollerweise zusammenführen.

Letzte oder vorletzte Bemerkung – das weiß ich jetzt noch nicht genau –: Wir haben die Situation, dass wir in der Innenstadtentwicklung einen Gestaltwandel haben, der nicht so aussieht, wie Herr Lenders das geschildert hat, dass da irgendwelche Gewerbetreibende kommen und sagen: Huch, da ist gar nicht die Fläche vorhanden, die ich benötige.

Der Gestaltwandel zerfällt sozusagen in drei Kategorien. Erstens gibt es einen sicherlich notwendigen Gestaltwandel. Der hängt zusammen mit dem, was Herr Klose zum Thema Demografie gesagt hat. Es gibt zweitens einen gestaltbaren Wandel, gerade in den Innenstädten. Darüber reden wir. Es gibt auch einen dritten Bereich, und das ist ein Wandel in den Innenstädten, den wir zu verhindern versuchen wollen, zumindest ist das meine Position. Dabei geht es z. B. um eine bestimmte Form von Einkaufskette usw., wo jeder, der etwas mit Innenstadtentwicklung zu tun hat, das einzudämmen versuchen will.

Ich meine das auch im Hinblick auf diese Fragen: Was ist der gestaltbare Teil? Was ist der notwendige Teil, der passieren wird? Und was ist der Teil, den wir eindämmen und verhindern wollen im Hinblick auf die Innenstadtentwicklung? Das ist ein Teil, der sinnvollerweise in einer ausführlichen Anhörung – ich habe in der Stellungnahme der IHK nachgelesen, dass die sogar kleine Workshops machen wollen – auf alle Fälle unser Augenmerk bekommen soll.

Wenn wir am Ende ein INGE-Gesetz haben, das dazu führt, dass wir ein paar mehr Initiativen haben, dass ein paar mehr Innenstädte mitmachen, dass vielleicht auch ein paar kleinere Kommunen wie Heusenstamm – dort gibt es Überlegungen – mitmachen, dann wäre das sinnvoll. Wenn wir das Gesetz verbessern können, dann wollen wir gerne dazu beitragen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Siebel. – Das Wort hat der Abg. Schork, CDU-Fraktion.

**Günter Schork (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Dezember 2005 ist mit Wirkung zum 1. Januar 2006 das Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren, INGE genannt, verabschiedet worden. Bereits damals und auch jetzt bei der Evaluierung des Gesetzes hat sich die Mehrheit der angehörten Verbände und Fachkreise positiv zu dem Gesetz geäußert und das Gesetz positiv bewertet. Jetzt haben sich diese Verbände ebenfalls mit Mehrheit für die Verlängerung ausgesprochen.

Offensichtlich ist, zumindest war das aus den bisherigen Wortbeiträgen zu erkennen, dieses Gesetz bei den Fraktionen im Hessischen Landtag unumstritten. Es gibt eine positive Tendenz zur Fortführung dieses Gesetzes, auch wenn es in Nuancen, darauf gehe ich noch ein, einiger Änderungen bedarf. Das zeigt, dass das Modell der innerstädtischen Geschäftsquartiere ein Erfolg versprechendes städtebauliches Instrument zur Attraktivitätssteigerung, zur Stärkung und Revitalisierung von Innenstädten, Stadtteilzentren, Wohnquartieren und Gewerbezentren sein kann. Dies zeigt sich insbesondere bei den bereits ge-

schaffenen fünf Innovationsbereichen. Vier davon sind in Gießen, der fünfte ist in Baunatal.

Das zeigt sich auch bei den Innovationsbereichen, die in Vorbereitung sind oder wieder in Vorbereitung sind. Zu nennen sind die Offenbacher Innenstadt, in Kassel die Untere Königsstraße und die Wilhelmsstraße, in Wiesbaden die Taunusstraße und abschließend Büdingen.

Das zeigt, dass es nicht so wenige Initiativen gegeben hat. Fünf sind in Arbeit, weitere sind in Vorbereitung. Allerdings, das gehört auch zur sachgemäßen Debatte dazu, sind auch einige Versuche nicht weiterverfolgt worden bzw. gescheitert, unter anderem in Frankfurt-Höchst, in Bad Vilbel, in Limburg und in Weilburg. Das zeigt, dass Nachjustierungen notwendig sind. Diese Evaluationen sind von meinen Vorrednern und auch vom Staatssekretär genannt worden und sind in den vorliegenden Gesetzentwurf eingeflossen.

Wir sind davon überzeugt, dass dies zu Verbesserungen führt und die Bereitschaft erhöht, das Instrument verstärkt zu nutzen. Ich gebe den Kollegen Siebel und Klose recht, dass dieses Instrument und das, was man damit machen kann, noch viel stärker kommuniziert und in die Kommunen hineingetragen werden muss. Das ist notwendig, um Innenstädte zu stärken und in ihrer Funktion zu erhalten. Es ist sicher auch richtig, darüber nachzudenken, wie es Herr Kollege Siebel angesprochen hat, dass wir uns die unterschiedlichen Programme, die wir als Landesregierung, als Koalitionsfraktionen zur Innenstadtentwicklung aufgelegt haben, genau ansehen und prüfen, wo Verknüpfungen notwendig und möglich sind. Damit können wir das Instrument zur innerstädtischen Stärkung zu einem verbesserten Erfolg führen.

Das sollten wir in den Ausschussberatungen gemeinsam, sachlich und an der Sache orientiert, wie wir es heute im Plenum gemacht haben, fortführen. Ich freue mich auf die Diskussion und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank Herr Kollege Schork. – Das Wort hat Herr Kollege Schaus für die LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, ich kann Ihnen die Antwort gleich in meinem ersten Satz geben: Auch wenn mit dem Programm INGE ein weiteres Programm „Ab in die Mitte“ verbunden ist, sind wir dennoch grundsätzlich dafür.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh!)

Wir sind zwar nicht für „Ab in die Mitte“, das wissen Sie –

(Allgemeine Zurufe)

– Sie wissen ja, was ich meine. Da drängeln sich die anderen vier Parteien im Landtag, das trifft auf uns nicht zu.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die linke Mitte!)

Sie wissen ja, was auf unserem Fahrzeug steht. Es steht ab und zu auf dem Hof: Links überholt uns keiner.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Geisterfahrer!)

Dennoch kommen wir zusammen, weil wir denken, dass natürlich die verschärfte Problematik des Sterbens von Einkaufszentren – wenn wir an Karstadt denken, wenn wir an Hertie denken – insbesondere in mittelgroßen Städten, wo die Konkurrenz auch auf der grünen Wiese entstanden ist, in stärkerem Maß in die Öffentlichkeit gerückt werden muss. Das ist durchaus unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung von Gemeinden und Städten ein wichtiges Anliegen. Meine Kollegen haben es schon gesagt, unter dem Gesichtspunkt der Bevölkerungsentwicklung müssen wir einen besonderen Blick auf die Städte im ländlichen Raum richten. Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen müssen an einem zentralen Ort zur Verfügung stehen, um die Attraktivität dieser Städte zu erhalten. Das hat natürlich nicht nur etwas mit der Attraktivität der Städte zu tun, sondern wir müssen dem Trend, weiterhin große Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu errichten, massiv entgegenzutreten. Auch unter ökologischen Gesichtspunkten ist dies eine wichtige Frage.

(Beifall bei der LINKEN)

Insofern unterstützen wir das Begehren, das vor fünf Jahren in Kraft getretene Gesetz nun weiterzuentwickeln. Wir möchten den Koordinatoren – so will ich sie einmal nennen –, den Aufgabenträgern entsprechende Möglichkeiten geben und sie unterstützen, gemeinsame Werbemaßnahmen, gemeinsame Bevorratung von Grundstücken und eine gemeinsame Entwicklung von Einkaufs- und Dienstleistungszentren herzustellen. Das ist notwendig. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass der Erhalt der schon bestehenden Strukturen – ich habe es gerade angesprochen: Kaufhäuser, um die herum sich auch weitere Einzelhandelsgeschäfte ansiedeln – auch hier in die Debatte einbezogen werden soll.

Deshalb wollen auch wir dafür werben, dass möglichst viele Städte davon Gebrauch machen dass sie Kenntnis davon haben, dass es ein solches Gesetz überhaupt gibt, und die entsprechenden Möglichkeiten für ihre Wohnbevölkerung in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die spannende Debatte.

(Allgemeine Zurufe: Oh! – Günter Rudolph (SPD): Ohne rot zu werden!)

– Ich bedanke mich für die spannende Debatte. Was ist dagegen zu sagen?

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wenn wir uns einig sind, können wir diesen Gesetzentwurf zur weiteren Beratung und zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Fachausschuss überweisen. Hat jemand etwas dagegen? – Nein, dann machen wir das so.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag – Drucks. 18/2378 –**

Wir haben vereinbart, das ohne Aussprache zu machen. Aber der Minister muss das Gesetz einbringen. – Herr Staatsminister Bouffier, wir warten auf Sie.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich würde Ihnen das gerne ersparen, aber nach unserer Geschäftsordnung müssen Gesetzentwürfe begründet werden.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, ja, ja!)

– Herr Kollege Rudolph, deshalb speziell für Sie und für alle anderen auch.

Ich bringe für die Landesregierung einen Gesetzentwurf ein, der sich mit einem Staatsvertrag beschäftigt, den die Länder miteinander schließen wollen, den die Ministerpräsidenten bereits unterzeichnet haben. Inhaltlich geht es um die Verteilung von Versorgungslasten. Der Sachverhalt ist spannend, er ist außerordentlich erregend, aber er ist wichtig.

Grundlage ist die Tatsache, dass wir nach der Föderalismusreform keine bundeseinheitliche Regelung mehr für solche Fälle haben, wenn z. B. ein Beamter aus Rheinland-Pfalz zum Land Hessen wechselt, dann vielleicht zu einer Stadt geht, wie auch immer. Es entstehen aus diesen Tätigkeiten unterschiedliche Versorgungsansprüche. Bislang war es häufig so, dass derjenige, der als Letzter jemanden beschäftigte, für die gesamte berufliche Zeit die Versorgungslasten zu tragen hatte. Das war aus allgemeiner Sicht unbefriedigend. Deshalb hat man das geändert.

Zum anderen haben wir aber auch ein Interesse daran, dass nicht wegen versorgungsrechtlicher Fragen Beamte nicht mehr bereit sind, ihren Dienstherrn zu wechseln, z. B. aus dem Bundesdienst in den Landesdienst einzutreten oder auch umgekehrt. Deshalb haben wir einen Vertrag geschlossen, der das regelt. Das gehört zu den Materien, die in aller Regel die Öffentlichkeit nur wenig interessieren, auch nicht interessieren müssen, die allerdings für die betroffenen Beamten von großer Bedeutung sind und die auch für uns als Dienstherrn wichtig sind, weil wir ein Interesse daran haben, auch für spezielle Fachbereiche Experten zu gewinnen, die vielleicht bereit sind, sich zu verändern.

Ich denke, dass wir in der Ausschussberatung über die verschiedensten Einzelheiten sprechen können. Ich will nur auf eines hinweisen, was wirklich neu ist. Neu ist, dass jetzt grundsätzlich schon mit dem Dienstherrnwechsel auch die Frage der Versorgung geregelt wird. Bisher wurde das immer ganz am Ende des aktiven Berufslebens geregelt. Für viele war es ungewiss, wie sich die verschiedenen Dienstherrn verständigen würden, was anerkannt werden kann und was nicht. Das erscheint mir im Interesse der Beamtenschaft auch sehr sinnvoll.

Hinzu kommt – auch das ist eine heroische Errungenschaft; die Abgeordneten wissen das: wenn es um ihre Versorgungsfragen geht, das sind Kunstwerke –: Wir haben uns in diesem Vertrag verständigt, dass wir die Kunstwerke minimieren und pauschale Lösungen für bestimmte Zeiten vorschlagen. Das erscheint mir sehr sinnvoll. Das ist auch ein wirklicher Beitrag zur Entbürokratisierung.

Ich habe gerade dem Kollegen Staatssekretär Saebisch gesagt: Mir widerfährt es relativ selten, dass das ganze Haus Vorlagen von mir zustimmt. Das könnte eine werden. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Ernst-Ewald Roth (SPD): Vorsicht! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie ordentlich arbeiten!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister Bouffier, vielen Dank für die Einbringung des Gesetzentwurfs. – Es gibt keine Aussprache.

Wir überweisen ihn an den Innenausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung.

Dann rufe ich den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (DRModG) – Drucks. 18/2379 –**

Herr Minister, Sie haben wieder das Wort, wenn Sie wünschen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! – Minister Volker Bouffier: Das ist ein Fraktionsentwurf!)

– Dann gebe ich der CDU-Fraktion das Wort. – Herr Kollege Bellino, bitte.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, ich bin Ihnen dankbar. – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktionen von CDU und FDP bringen heute den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen ein. Damit wollen und werden wir einen wichtigen Schritt zur Anpassung, zur Modernisierung, aber auch zur Effizienzsteigerung des Dienstrechts in Hessen gehen.

(Günter Rudolph (SPD): Wie bitte?)

Lieber Herr Rudolph, meine sehr geehrten Damen und Herren, dies ist unseres Erachtens auch gesellschaftspolitisch geboten und daher in doppeltem Sinne notwendig.

(Günter Rudolph (SPD): Wir gehen einmal zusammen in eine Amtsstube!)

Wir bringen erste Änderungsvorschläge bereits heute, quasi als Vorschaltgesetz, ein, um diejenigen, die von den geplanten Änderungen betroffen sind, rechtzeitig zu informieren, Stichwort: Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Das ist einer der Punkte, die hier geregelt sind, wahrscheinlich der wesentliche Punkt.

Aber schon aus dem Titel „Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen“ können Sie schließen, dass weitere Schritte, weitere Gesetzesänderungen kommen werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Drohen!)

Die werden dann in der Tat zu der angesprochenen Modernisierung führen.

Der vorliegende Entwurf und die später folgenden Gesetze basieren auf der Überzeugung, dass eine grundlegende Überarbeitung der einschlägigen Vorschriften notwendig ist. Wegen des Umfangs, aber auch wegen der individuellen Auswirkungen wurde schon in einem sehr frühen Stadium, ich sage einmal, eine qualifizierte Öffentlichkeit hergestellt. Der Ministerpräsident berief eine parteiübergreifende Mediatorengruppe ein, die ohne Denkverbote und abseits der Tagespolitik wertvolle Hinweise für eine gelingende Dienstrechtsreform liefern sollte. Schon an dieser Stelle danken wir daher dem Bundesminister a. D. Friedrich Bohl, aber auch den Staatsministern a. D. Lothar Klemm und Rupert von Plottnitz sowie dem

Wetzlarer Oberbürgermeister Wolfram Dette für ihre engagierte und sicher nicht einfache Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Minister Volker Bouffier: Ich muss euch auch noch sagen, wann ihr klatschen müsst! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Sie loben wir gar nicht, Herr Innenminister!)

– Das kommt später.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind noch im aktiven Dienst! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist der Bellino jetzt bei uns?)

Wir sind davon überzeugt, dass die dort zusammengetragenen Vorschläge, basieren sie doch auf einem fundierten Erfahrungsschatz, helfen werden, eine an zukünftigen Herausforderungen orientierte Reform zu verwirklichen. In diesem Entwurf geht es hauptsächlich um die Anhebung der allgemeinen und besonderen Altersgrenzen und zusätzliche Flexibilisierungsangebote bezüglich der Ruhestandsregelung auf Antrag, des Hinausschiebens des Ruhestands und der Erhöhung der Hinzuverdienstmöglichkeit. Hierüber wird sicher im Innenausschuss und in einer vermutlich ausführlichen Anhörung ausgiebig diskutiert werden. Aber schon an dieser Stelle kann gesagt werden, dass die individuellen Wahlmöglichkeiten bezüglich des Eintretens in den Ruhestand erhöht wurden.

Die Anhebung der Altersgrenze folgt den bereits beschlossenen Änderungen im Rentenrecht. Diese Anhebung ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit zwischen Beamten und Nichtbeamten sinnvoll, aus Gründen der Gerechtigkeit notwendig und geboten, sondern hat ihren Ursprung in dem allseits diskutierten demografischen Wandel. Die dort gefundenen Erkenntnisse müssen auch in praktische Politik umgesetzt werden. Sonst laufen wir weiter in eine demografische Falle hinein.

Konkret wird die Regelaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben. Dies entspricht, ich sagte es bereits, dem Rentenrecht. Selbstverständlich erfolgen die aus unserer Sicht notwendigen Anpassungen stufenweise und moderat. Ab 2012 werden die ab 1947 geborenen Menschen pro Jahr einen Monat länger arbeiten, die ab 1959 Geborenen pro Jahr zwei Monate länger. Das heißt, wenn man es ausrechnet, dass beginnend ab 2012 dieser Prozess 2029 abgeschlossen sein wird. Wir gehen davon aus, dass dies auch ein ausreichender Vorlauf ist.

Selbstverständlich gibt es für Menschen mit Behinderungen, aber auch für Berufsgruppen, die nachweislich besonderen Belastungen ausgesetzt sind, Sonderregelungen. Für Polizeibeamte, Justizvollzugsbeamte und Feuerwehrleute beginnt der Ruhestand mit 62 Jahren und nicht mit 67 Jahren. Vollzugsbeamte mit langjähriger Tätigkeit im Schichtdienst, im Wechselschichtdienst oder in vergleichbar belastenden Diensten sollen weiterhin mit der Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhestand gehen können, natürlich abschlagsfrei.

Dem Gebot der Flexibilisierung folgend werden die Möglichkeiten zum freiwilligen oder späteren Eintritt in den Ruhestand ausgeweitet. Damit korrelierend, insbesondere bei dem früheren Eintritt in den Ruhestand von Bedeutung, werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Versorgungsberechtigte verbessert, genauer gesagt: sie werden erhöht.

Geregelt werden auch die arbeitsrechtlich relevanten Auswirkungen des sogenannten Gendiagnostikgesetzes auf die hessischen Beamten. Gendiagnostische Erkenntnisse dürfen nicht verwertet werden. Gesonderte Analysen dürfen nicht verlangt werden. Die Modifizierung der Störfallregelung zum Lebensarbeitszeitkonto – von den neuen Regelungen profitieren die Beschäftigten, indem die Ausgleichsmöglichkeiten erhöht werden –, die Verbesserung bei Jubiläumszuwendungen, das Nichtverfallen von Urlaubstagen, wenn diese krankheitsbedingt nicht genommen werden konnten, und die Verkürzung der Wartezeit für die Zulage bei Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes erhöhen sicher die Motivation. So sieht der Entwurf bezüglich der von mir eben angesprochenen Wartezeit beispielsweise eine Verkürzung von 18 auf 6 Monate vor. Dies dürfte ein Ansporn sein, in jedem Fall aber der Gerechtigkeit dienen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir laden Sie über die Parteigrenzen hinweg zu einem konstruktiven Austausch im Innenausschuss ein und bitten um eine entsprechende Überweisung. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Bellino. – Herr Kollege Rudolph, Sie haben das Wort.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Innenminister, Sie haben es ja verstanden. Ich habe Sie eben eigentlich aufgefordert, Ihren Gesetzentwurf gleich mit einzubringen. Denn ich glaube, dass Sie den Gesetzentwurf zu 100 % im Innenministerium haben vorbereiten lassen, was wahrscheinlich zulässig ist. Aber dann sollten Sie es auch sagen. Deswegen finde ich das Verfahren schon sehr merkwürdig.

Die von Ihnen seit Jahren vollmundig angekündigte große Dienstrechtsreform – wir haben es von Ihnen im Landtag mehrfach gehört – lässt weiter auf sich warten. Die dringend notwendige Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstrechts kommt nicht. Herr Bellino, ein zukunftsorientiertes und vor allem europataugliches Dienstrecht wird entgegen den Ankündigungen nicht umgesetzt. Die Möglichkeiten, die Hessen durch die Föderalismusreform erhalten hat, nutzen Sie bei Weitem nicht, und Sie verweisen auf den Vorschlag der Mediatorengruppe.

Im Dezember letzten Jahres hat eine Gruppe – ehrenwerte Ehemalige und nur ein aktiver Politiker – in der Tat den Bericht vorgelegt. Herr Bellino, ich weiß nicht, ob Sie den Bericht gelesen haben; denn Sie, respektive der Innenminister hat in seinem eigenen Gesetzentwurf eigentlich nichts davon umgesetzt. Der Kern Ihres Gesetzentwurfs ist die Erhöhung der Lebensarbeitszeit von Verwaltungsbeamten von 65 auf 67 und von Vollzugsbeamten von 60 auf 62 Jahre. Das ist im Grunde die Kernbotschaft. Dabei geht der Bericht der Mediatorengruppe deutlich weiter. Herr Bellino, warum haben Sie das denn nicht gemacht? Weil es ein erstes Gesetz ist? – Das ist ziemlich albern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben es offensichtlich nicht hingekriegt. Ich verstehe das, der Innenminister war mit anderen Dingen beschäftigt; er musste schauen, ob die Akten überall da sind. Das kann ich nachvollziehen. Gichwohl: Warum macht man das, wenn wir über eine Reform des Dienstrechts reden, nicht aus einem Guss? Der Titel Ihres Gesetzentwurfs lautet: „erstes Gesetz“. Messerscharf geschlossen, wird es auch ein zweites geben, sonst würde man nicht „erstes“ reinschreiben, denke ich einmal.

(Minister Volker Bouffier: Das ist eine echte Erkenntnis!)

– Herr Innenminister, wahrscheinlich bereiten Sie den zweiten Entwurf vor. Nur frage ich ernsthaft: Was soll das?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach der Kommunalwahl!)

– Nch der Kommunalwahl?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem, was Sie hier vorgelegt haben, mit der Erhöhung auf 62 und 67 Jahre, muten Sie den hessischen Beamtinnen und Beamten nach der „Operation düstere Zukunft“ ein weiteres Sonderopfer zu.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, es war dieser zurzeit noch amtierende Innenminister – wir werden das quellenmäßig belegen –, der damals gesagt hat, nach der Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden – Hessen bundesweit spitze, negativ betrachtet – werde es keine Erhöhung der Lebensarbeitszeit geben. So lauteten Ihre politischen Aussagen sinngemäß.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Deswegen ist es ein weiteres Sonderopfer, das Sie den hessischen Beamtinnen und Beamten zumuten. Ich finde, so geht man mit der wichtigsten Ressource in der Landesverwaltung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, nicht um.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen, es gebe dann keine Verschlechterungen. – Auch im Bereich der Schwerbehinderten heben Sie die Grenze auf 62 Jahre an. Das ist ein Bereich, wo man das sicherlich von Person zu Person betrachten muss, dennoch ist es eine deutliche Verschlechterung.

Wir haben in der gesetzlichen Rentenversicherung natürlich die Rente mit 67. Wem sagen Sie das? Wir haben das als SPD in vielen Diskussionen durchaus kritisch erfahren. Das hat uns nicht nur Wählerstimmen zugeführt, um es vorsichtig zu formulieren. Deswegen sehen wir natürlich auch die Notwendigkeit, dass es Veränderungen geben muss. Die Begründung, die Sie im Kern genannt haben, ist eine haushalterische. Stichwort: Versorgungslasten, die auf das Land mit einem Personalkostenanteil von rund 50 % zukommen, sind natürlich wie bei allen Ländern da, und hierauf muss man reagieren.

Es gab einmal den Chef der Staatskanzlei, Jochen Suchan, der im Jahre 1997/98 ein Papier zur Entwicklung der Personalkostenvorsorgeaufwendungen vorgelegt hat. Damals ging ein Aufschrei durch Hessen. Er hat schlicht einmal die Zahlen addiert und gefragt, was im Jahr 2020 bei dem vorhandenen Personalkörper passiert. Wenn man jetzt 1,8, 1,9 Milliarden € Versorgungsaufwendungen hat und Statistiken besagen, wie lange der Bezug der Beamtenpension dauert – ich formuliere es einmal freundlich: die Beamten sind schon zäh –,

(Heiterkeit)

dann ist das schon ein Punkt, über den man ernsthaft reden muss

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

– das war jetzt freundlich formuliert –, weil es die Handlungsmöglichkeiten des Staates natürlich einschränkt, da es aus laufenden Einnahmen finanziert werden muss. Man kann aber die Reform des Dienstrechts und die Anhebung der Lebensarbeitszeit nicht nur aus haushalterischen Gründen machen, so wie Sie das in Ihrem Gesetzentwurf ausschließlich gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Deswegen springt der Entwurf zu kurz.

Dringend notwendige Veränderungen wie die Stärkung der Leistungsfähigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch der Motivation der Beschäftigten fehlen ebenso wie die Besoldung nach beruflichen Erfahrungszeiten, der Wechsel vom Staat in die Privatwirtschaft oder umgekehrt. Warum haben Sie das nicht aufgegriffen? Ich glaube, dass wir da Änderungs- und Handlungsbedarf haben. Wir müssen daran interessiert sein, auch Leute außerhalb der normalen Laufbahnen zu gewinnen. Dazu gibt es in Ihrem Gesetzentwurf keinen Ton.

(Holger Bellino (CDU): Kommt noch!)

– „Kommt noch“, sagen Sie. Da frage ich einmal den Innenminister; denn der wird wissen, ob es kommt oder nicht.

Auch der Umgang von CDU und FDP mit den Mitarbeitern in den letzten Jahren spiegelt sich in diesem Gesetzentwurf wider. Herr Bellino, da frage ich Sie einmal – weil Sie ihn angeblich einbringen; Sie haben ihn formal eingebracht –: Haben Sie im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs eigentlich einmal mit den Berufsverbänden und Gewerkschaften geredet? – Dadurch dass die Fraktionen das einbringen, können sie das Beteiligungsrecht der Landesregierung konterkarieren. Das heißt, sie brauchen vorher keinen Beteiligungsprozess, und auch das ist eine Art und Weise, wie man mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten nicht umgehen sollte. Das ist alles andere als motivationsfördernd.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE) – Holger Bellino (CDU): Es gibt eine Anhörung, das wissen Sie doch genau!)

– Warum gehen Sie aber nicht den ganz normalen Weg? – Eine Landesregierung bringt Gesetze ein; wir machen das parlamentarische Verfahren.

(Zuruf des Ministers Volker Bouffier)

– Nein, hier gibt es überhaupt keine Fristen. Sie haben bis Ende 2011 Zeit, verehrter Herr Innenminister. Die Föderalismusreform ist nicht wie die heilige Jungfrau zum Kinde gekommen. Auch da gab es entsprechende Vorlaufzeiten, und deshalb ist es ein absurdes Verfahren, das Sie entwickelt haben.

(Wolfgang Greilich (FDP): Was wollen Sie denn? Das ist absurd, was Sie da sagen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden im Rahmen der Anhörung den Betroffenen Gelegenheit geben. Es gibt erste Reaktionen aus dem Polizeibereich.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ach ja?)

– Ja, wir haben immer gesagt, dass es für diejenigen, die im Polizeivollzugsdienst, im Justizvollzugsdienst und in der Berufsfeuerwehr jahrzehntelang im Schichtdienst waren, Ausnahmen geben muss, weil sie besondere Belastungen haben. Das haben wir immer gesagt. Dazu gibt es in dem Entwurf Ansätze, die 20 Jahre, wobei sich bei Stichtagen immer die Problematik ergibt, was man mit einer Person macht, die 19,5 Jahre hat, ob das abgefedert ist. Dazu dient auch eine Anhörung; einverstanden, dazu sind wir bereit.

Wir haben es also mit einem Gesetzentwurf zu tun, der nicht von der Landesregierung, sondern von den Regierungsfractionen eingebracht wird und sich ausschließlich auf die Lebensarbeitszeit kapriziert. Das ist keine Weiterentwicklung des Dienstrechts, sondern Sie machen das aus haushalterischen Gründen. Wir werden im Gegensatz zu Ihnen den Dialog mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst suchen. Deswegen freuen wir uns auf eine Anhörung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Das Wort hat Herr Abg. Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Innenminister hat seinerzeit dieses Werk, das hier vorgelegt worden ist und das sich mit dem Dienstrecht beschäftigt, als große Dienstrechtsnovelle angekündigt. Leider, muss man sagen, ist aus dieser angekündigten großen Dienstrechtsnovelle Stückwerk geworden. Leider haben Sie, Herr Innenminister, eine Chance vertan, und das ist an dieser ganzen Angelegenheit eigentlich das Ärgertliche.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben nämlich die Chance vertan, wirklich einen Reformprozess anzustoßen. Wir hatten einen relativ langen Vorlauf. Sie haben die Chance vertan, den Versuch zu unternehmen, nachdem der Ministerpräsident 2008 die Mediatorengruppe eingesetzt hat und die Mediatoren im Dezember 2009 ihre Vorschläge vorgelegt haben, einen breiten Diskurs über das zu führen, was die Mediatoren als Vorschläge auf den Tisch gelegt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre ein Weg gewesen, wie man eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern organisiert. Diese Chance haben Sie leider vertan. Sie haben auch, nachdem die Mediatoren 2009 diesen Bericht vorgelegt haben, überhaupt nicht mehr mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Das ist schon einigermaßen erstaunlich: Im Dezember 2009 legten die Mediatoren einen Bericht vor. Vorher hat meines Wissens einmal ein Gespräch zwischen Mediatoren und den Vertreterinnen und Vertretern von Beamtenbund, Gewerkschaften und Interessenvertretern stattgefunden, aber nachdem dieses Werk vorgelegt worden ist, hat die Landesregierung den Dialog sozusagen eingestellt. Herr Innenminister, so macht man keine wichtigen Reformprozesse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will auch noch einmal darauf eingehen, weil man sich ja in Erinnerung rufen muss, dass es der Ministerpräsident war, der diese Mediatorengruppe 2008 eingerichtet hat: Er hat das getan, damit über die Dienstrechtsnovelle ein möglichst breiter Konsens hergestellt wird. Wenn man sich einmal anschaut, was Mediation eigentlich bedeutet, wird man daran auch sehen, dass das, was Sie hier gemacht haben, eigentlich kein Mediationsverfahren ist. Mediation bedeutet:

Mediation ist ein strukturiertes freiwilliges Verfahren zur konstruktiven Beteiligung oder Vermeidung eines Konflikts.

Sie haben eine Mediatorengruppe eingesetzt. Sie haben einen Bericht entgegengenommen und haben eben nicht das getan, was man hätte tun müssen: mit den Betroffenen, nämlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes, den Dialog und Meinungsaustausch zu suchen und wenigstens den Versuch zu unternehmen, gemeinsam zu einer Lösung zu kommen, die breit trägt. Das haben Sie leider versäumt. Das ist schade, das muss ich an der Stelle wirklich sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir einmal, wie es in der Pressemitteilung des Ministerpräsidenten heißt, als er den Bericht entgegengenommen hat. Ich zitiere:

“Die Mediatoren haben eine Basis zur Reform des Dienstrechts geschaffen. Nun gilt es, den hessischen Beamtinnen und Beamten ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen und sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig hoch qualifizierte Dienstleistungen des Staates erhalten“, sagte Koch und dankte den Mediatoren für die in den vergangenen 15 Monaten geleistete Arbeit. Es gehe nun darum, mit breiter Mehrheit im Landtag ein neues Dienstrecht zu verabschieden, das für die hessischen Beamtinnen und Beamten für einen langen Zeitraum verlässliche Rahmenbedingungen schafft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man eine breite Mehrheit im Landtag bekommen will, wenn man für einen Reformprozess eine breite Mehrheit, auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, organisieren will, dann macht man Reformprozesse nicht so, wie Sie es gerade machen, in dem Sie ein paar Stücke herauslösen und den Rest vernachlässigen. So macht man keine Reformprozesse.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch der Innenminister wird aus dem Jahr 2009 zitiert. Ich will hier daran erinnern, was er seinerzeit gesagt hat:

Innenminister Bouffier, in dessen Ressort die Zuständigkeit für das Beamtenrecht liegt, betonte, dass sich die Landesregierung nun umgehend mit den Vorschlägen aus dem Bericht auseinandersetzen werde, um in der Folge einen Gesetzentwurf zu erstellen.

Herr Innenminister, was ist denn aus Ihrer Ankündigung geworden, in der Folge einen Gesetzentwurf zu erstellen? Sie kündigen nach der Vorlage des Mediationsberichts großspurig an, dass Sie einen Gesetzentwurf einbringen werden. Aber was machen Sie? Sie schicken CDU und

FDP vor, um Teile dieses Mediationsberichts zu nehmen und ihn als Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag einzubringen. Das ist kein vernünftiger Stil, Herr Innenminister. So geht man auch mit Mediatorinnen und Mediatoren nicht um – in diesem Fall waren es nur Mediatoren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Mediatoren haben sich seinerzeit zusammengefunden, um in diesem Prozess einen Diskurs zu organisieren. In der Kommission waren allesamt ehemalige Landes- oder Bundespolitiker sowie ein aktiver Politiker vertreten, nämlich Oberbürgermeister Dette von der FDP. Für die SPD war der ehemalige Kollege Staatsminister Lothar Klemm in der Mediatorengruppe, für die GRÜNEN war der ehemalige Staatsminister Rupert von Plottnitz dabei, und für die CDU-Fraktion war der ehemalige Minister im Kanzleramt Friedrich Bohl Mitglied der Kommission. Die Kommission hat sich wirklich viele Gedanken gemacht. Wir hatten als Innenpolitiker zweimal Gelegenheit, mit den Mediatoren zu sprechen und uns die Zwischenergebnisse vorstellen zu lassen.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, diesen Bericht dann zu nehmen, sich kleine Teile herauszugreifen und diese als Gesetzentwurf einzubringen, ohne die Modernisierungseffekte aufzunehmen, die in diesem Bericht enthalten waren, ohne das aufzunehmen, was in diesem Bericht wirklich zukunftsweisend war, kann man nicht als Reform bezeichnen. Was Sie hier machen, ist Stückwerk – und das ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir hätten Ihnen in diesem Prozess gerne die Hand gereicht. Wir hätten an diesem Reformprozess mitgearbeitet. Wir haben das in vielen Debatten immer wieder gesagt. Auch in Fachdiskussionen haben wir immer wieder gesagt, dass es nicht sein kann, dass man auf der einen Seite die Rente mit 67 – wenn auch schrittweise – und für die Beamtinnen und Beamten Sonderregelungen einführt. So haben wir immer argumentiert. Ich glaube, dass man den gesellschaftspolitischen Diskurs nicht aushalten würde, wenn man eine gewisse Gruppe anders behandelte, nämlich die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger anders behandelte als die gesetzlich Rentenversicherten.

Wenn man diese Reformprozesse aber ernst meint, dann wird man auch die Vorschläge, die wirklich modern sind, in diesen Prozess einbinden können. Ich nenne nur das Stichwort „Übergang von der Privatwirtschaft in das Beamtentum und zurück“. Ich nenne nur das Stichwort „leistungsbezogene Bezahlungselemente“. Ich sage nur „Vereinfachung und Flexibilisierung des Laufbahnsystems“. Ich habe gerade ein paar Stichworte genannt. Dann hätte man wirklich sagen können, das Dienstrecht in Hessen wird modernisiert. Das, was Sie jetzt machen, meine Damen und Herren von CDU und FDP, ist Stückwerk. Sie nehmen sich einen Teil heraus. Sie instrumentalisieren die Mediatorengruppe, die einen schlüssigen Bericht vorgelegt hat. Ich finde, das ist in der Tat ein schäbiger Umgang mit den Mediatoren. Von daher gesehen glaube ich, dass es jetzt an der Zeit ist –

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Frömmrich, es ist vor allem an der Zeit, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

(Heiterkeit)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Schluss. – Es ist jetzt wirklich an der Zeit, wenigstens an diesem Punkt etwas zu tun. Deshalb beantragen wir eine breite öffentliche Anhörung zu diesem Gesetzentwurf. Das, was Sie von der CDU und der FDP hier machen, geht wirklich nicht, nämlich einen Reformprozess zu organisieren, ohne die von diesem Prozess eigentlich Betroffenen in die Debatte einzubinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Schon seit Monaten werden wir bei allen Anträgen und Gesetzesinitiativen, die wir zu Fragen betreffend die hessischen Beamtinnen und Beamten einbringen, vonseiten der Koalitionsfraktionen und der Regierung immer wieder auf die sogenannte große Dienstrechtsreform vertröstet. Meine Vorredner haben es schon gesagt: Heute legen die Koalitionsfraktionen eiligst, kurz vor Fristende, einen dürftigen ersten Gesetzentwurf vor – und sofort ist klar: Der Kahlschlag geht weiter, der „Operation düstere Zukunft“ folgt die „Operation keine Zukunft“.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Nach den angekündigten Sparmaßnahmen für Kommunen, KITAS, Schulen und Hochschulen sind nämlich jetzt wieder einmal die Beamtinnen und Beamten dran – wie schon im Jahr 2004. Das erste Gesetz zur sogenannten Modernisierung des Dienstrechts in Hessen sieht eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr vor. Es soll künftig sogar erlaubt sein, freiwillig bis zum 70. Lebensjahr weiterzuarbeiten. Wir sind, ebenso wie die Gewerkschaften, gegen die Erhöhung des Rentenalters auf 67. Schon deshalb werden wir den Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Er ist umso mehr abzulehnen, als die hessischen Beamtinnen und Beamten mit einer 42-Stunden-Woche die längste Arbeitszeit in Deutschland zu erbringen haben. Natürlich macht der Gesetzentwurf auch vor schwerbehinderten Beschäftigten nicht halt. Auch ihre Lebensarbeitszeit soll um zwei Jahre erhöht werden. Gleiches soll für alle Beamtinnen und Beamten der Polizei und der Berufsfeuerwehr – obwohl das im Innenausschuss seitens der Regierung noch vor einigen Monaten vehement verneint wurde – sowie für den Vollzugsdienst gelten. Lediglich diejenigen, die mindestens 20 Jahre lang in Wechselschicht und im Schichtdienst gearbeitet haben, sollen ausgenommen werden.

Da tröstet auch die Anpassung der Dienstjubiläumsgabe bei 40 Dienstjahren von – sage und schreibe – 410 € auf das Tarifniveau von 500 € nicht wirklich, Herr Minister, obwohl sicherlich Mehrausgaben zu erwarten sind. Diese langen Dienstzeiten werden nun sicherlich mehr Beamtinnen und Beamte erreichen, weshalb Sie konsequenterweise zugleich vorsehen, die Dienstjubiläumsgabe für 50 Dienstjahre auf exorbitante 750 € zu erhöhen.

Eiligst und in letzter Minute wurde dieser Gesetzentwurf, obwohl vom Innenministerium geschrieben – auch das haben meine Vorredner schon gesagt –, über die Fraktionen der CDU und der FDP eingebracht – nur deshalb, um die nach § 110 des Hessischen Beamtengesetzes vorgeschriebene Anhörung der Gewerkschaften und der Kommunalen Spitzenverbände zu umgehen. Warum eigentlich? Hat die Landesregierung etwa Angst vor der Diskussion, Herr Innenminister? Genauso eilig hat man es offenbar mit der parlamentarischen Beratung, denn bereits für heute Abend ist auf Antrag der CDU-Fraktion eine Sondersitzung des Innenausschusses zu diesem Punkt vorgesehen.

Warum denn nur? Will die CDU/FDP-Landesregierung nun auch die öffentliche Anhörung der Gewerkschaften und der Kommunalen Spitzenverbände im Eiltempo durchziehen, oder will sie sie gar gänzlich verhindern?

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Beantragen, Herr Schaus!)

– Herr Dr. Blechschmidt, warum kann das nicht in einer regulären Sitzung erfolgen? Warum brauchen wir dafür eine Sondersitzung? Die Antwort auf diese spannende Frage werden wir um 18 Uhr sicherlich erfahren.

(Beifall bei der LINKEN – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wo ist der Unterschied, wenn es darum geht, einen Termin festzulegen?)

– Ich will die Erklärung von Ihnen hören. Sie werden das in der Sitzung des Innenausschusses heute Abend sicherlich erklären.

Dabei ist die Eile überhaupt nicht notwendig; denn die wesentlichen Regelungen dieses Gesetzes sollen erst zu Beginn des Jahres 2012 in Kraft treten, worauf Herr Bellino schon hingewiesen hat. Wir haben also genug Zeit für eine intensive Beratung, und die wollen wir auch nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Weitere Fragen drängen sich uns auf. Hier wird ein Entwurf für ein Erstes Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen vorgelegt. Ihm folgen also ein zweites und möglicherweise auch noch ein drittes, ein viertes oder ein fünftes Gesetz. Herr Innenminister, wir werden es nicht zulassen, dass Sie die längst überfällige Reform des Dienstrechts in Hessen aus taktischen Gründen in kleine Teile aufzuspalten versuchen.

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 mahnen die Gewerkschaften die dringend notwendige Reform des Dienstrechts in Hessen an. Im September 2009 hat der DGB Hessen umfangreiche Grundsatzpositionen zur Reform des Dienstrechts vorgelegt, die aber von der Landesregierung und den Koalitionsfraktionen im Landtag bisher offensichtlich ignoriert wurden.

Die Erhöhung des Regelalters für den Pensionseintritt der Beamtinnen und Beamten auf 67 Jahre ist falsch. Statt mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen, soll der Staatshaushalt einmal mehr auf Kosten der Beamtinnen und Beamten saniert werden. Das steht sogar in der Be-

gründung des Gesetzentwurfs. An Zynismus ist das kaum zu überbieten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern die Landtagsabgeordneten auf, den Gesetzentwurf abzulehnen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften über eine tatsächliche und überfällige Modernisierung des Dienstrechts vorzunehmen.

Das fordert Stefan Körzell, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds, Bezirk Hessen-Thüringen, in Bezug auf den Gesetzentwurfentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP. Diesen klaren Aussagen ist nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Nächster Redner ist Herr Kollege Blechschmidt für die FDP-Fraktion.

#### **Dr. Frank Blechschmidt (FDP):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Am 2. Dezember, also vor gut einem halben Jahr, hat die Mediatorengruppe Dienstrecht ihren Bericht der Hessischen Landesregierung übergeben. Wir werden uns heute zum ersten – alle Vorredner haben das gesagt; Herr Schaus, die LINKEN werden sich auch daran beteiligen –, aber nicht zum letzten Mal über den Mediatorenbericht unterhalten. Heute wird nämlich ein Teilaspekt vorgestellt – Kollege Bellino hat herausgearbeitet, warum das so ist –; aber das Ganze wird uns noch bis 2011 beschäftigen. 2009 haben wir schon mehrfach darüber diskutiert.

Ich war gemeinsam mit den Kollegen, die heute geredet haben, anwesend, als die Mediatoren diesen Bericht im November vorgestellt haben. Wir haben darüber diskutiert. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken. Im Bericht wird deutlich – im Gespräch wurde es noch deutlicher –, wie viel Arbeit dahintersteckt und wie viel Zeit von den Vertretern aller Fraktionen investiert wurde.

Für mich war es, als ich im November dabei war, bemerkenswert, mit welchem Einvernehmen die vier – Herr Bohl, Herr Dette, Herr Klemm und Herr von Plottnitz – über die Themen diskutiert haben, auch mit den Abgeordneten, und dass sie gefragt haben: Wollen wir noch etwas Progressives aufnehmen? Wollen wir noch etwas anderes aufnehmen? Wie soll der Zungenschlag sein? Sie haben alle Fraktionen, auch DIE LINKE, aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Um es vorwegzunehmen: Heute sind wir am Anfang, aber noch nicht am Ende. Warum kommt das Gesetz heute? Das ist analog zu dem, was im Bund 2009 gemacht wurde. Das ist unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes für die Beschäftigten erfolgt, der bis 2012 gilt, worauf sich die Mitarbeiter natürlich einstellen müssen. Das ist auch gut so.

Wir diskutieren heute über einen Bericht, den man nur loben kann und der in dem konstruktiven Disput – das haben meine Vorredner gesagt – eigentlich nicht eine solche Vakanz hat. Ich als seit 2009 zuständiger Sprecher stelle fest, dass ich zwei oder drei Leitzordner mit Stellungnahmen habe, die mir zur Verfügung stehen. Die Stellungnahmen zur Anhebung des Renteneintrittsalters sind so ein-

deutig und so klar, dass ich, auch als Liberaler, feststellen muss, wir werden in einzelnen Punkten nicht mit allen einen Konsens erzielen können. Das muss entschieden werden.

Deshalb liegt jetzt der erste Gesetzentwurf vor. Die anderen Gesetzentwürfe, die noch auszuarbeiten sind – der Herr Minister wird das auch abarbeiten; der Bericht liegt gerade einmal seit einem halben Jahr vor –, werden noch kommen. Wir werden im Konsens darüber diskutieren.

Herr Frömmrich, Sie schauen mich so kritisch an. Ich sage jetzt einmal etwas pathetisch – aber ich bitte Sie wirklich, es so aufzunehmen, wie es gemeint ist –: Ich lade Sie herzlich ein, sich daran zu beteiligen; denn die Ansätze, die im November vorgestellt wurden, gerade von den GRÜNEN, entsprachen durchaus der Linie, über die auch bei der FDP diskutiert wird. Wir werden dabei einen Konsens erzielen. Das wird in diesem oder im nächsten Jahr der Fall sein.

(Beifall bei der FDP)

Über die schrittweise Anhebung der Altersgrenzen wurde diskutiert. Wir haben das von allen vier Rednern gehört. Hier folgt das Beamtenrecht der rentenrechtlichen Regelung, die im April 2007 in Kraft getreten ist. Auch das wurde erwähnt. Ich habe gesagt, dass der Bund im Jahr 2009 nachgezogen und für seine Beamtinnen und Beamten im Bundesbeamtengesetz die entsprechende Spur vorgegeben hat, der wir in Hessen – vielleicht durch das eine Jahr verursacht – jetzt erst folgen.

Ich habe auch deutlich gemacht, dass eine umfassende Umsetzung der Vorschläge die nächsten eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen wird. Dass wir heute darüber diskutieren, hängt mit dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes zusammen. Es gilt deshalb, einige besonders eilbedürftige und vertrauensschutzrelevante Teile des Dienstrechts heute in die Debatte einzubringen.

Nehmen Sie bitte einfach zur Kenntnis, dass, egal ob man das kritisiert oder wie man das kommentiert, der heutige Abend mit der anschließenden Sitzung des Innenausschusses dazu beitragen soll, die Diskussion in Gang zu setzen. Wir, CDU und FDP, werden uns der Diskussion stellen. Wir wissen, dass eine Anhörung erforderlich ist und dass die Interessenverbände zu Wort kommen müssen. Das ist parlamentarisch üblich. Da ducken wir uns nicht weg. Ganz im Gegenteil, die Diskussion wird zu führen sein, und ich freue mich auch darauf.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt, heute ist ein erster Schritt, aber vielleicht ein sehr wichtiger Schritt unternommen worden. Ich sage auch in aller Offenheit, dass die gewaltige Last, die auf der öffentlichen Hand in diesem Bereich liegt, zu beachten ist. Heute geben die Länder durchschnittlich 8 bis 9 % ihrer jährlichen Steuereinnahmen für die passiven Beamten aus, also für diejenigen, die nicht mehr arbeiten. In Zukunft wird sich dieser Wert – dazu gibt es verschiedene Statistiken; ich beziehe mich auf die des Finanzwissenschaftlers Raffelhüschen – zumindest verdoppeln, wenn nicht sogar verdreifachen. Es können bis zu 25 % werden.

Der Bund ist hierbei nicht so stark betroffen wie die Länder; denn etwa 80 % der deutschen Beamten sind für die Länder tätig. Die Länder sind auf die drohenden Lasten nicht genügend vorbereitet; das ist meine Auffassung. In der gesetzlichen Rentenversicherung hat es bereits Reformen gegeben – die sowohl meine Vorredner als auch ich erwähnt haben –, die aber erst langsam und meines Er-

achtens viel zu zaghaft auf die Länderregelungen für die Beamten übertragen werden. Der Nachhaltigkeitsfaktor beispielsweise, also die größte Kürzung bei den gesetzlichen Renten – all das haben diejenigen schon erlebt, die keine Beamten sind –, wird bisher überhaupt nicht auf die Pension angewendet.

Auch was das Renteneintrittsalter mit 67 Jahren betrifft, waren erst wenige Länder bereit – nunmehr auch Hessen –, das auf die Beamtenversorgung auszudehnen. Ich bin der Meinung, es muss viel geschehen, auch in den Ländern, die diesem Weg nicht gefolgt sind. Das ist ein zukunftssträchtiges Thema. Dieses Problem, das auch ein demografisches ist, unterschätzt die Politik. Dort, wo der Druck am größten ist – das ist auch in den Ländern der Fall –, wird am wenigsten darüber diskutiert.

Das demografische Problem ist bei der Beamtenversorgung deutlich größer als in der gesetzlichen Rentenversicherung – Herr Kollege Rudolph, Sie haben das dargestellt –, und es kommt vor allen Dingen schneller auf uns zu. Ich erinnere an das berühmte Jahr 2020. Aufgrund der Einstellungsmodalitäten in den Sechzigerjahren wird viel auf uns zukommen.

Kurzum: Es muss etwas unternommen werden, nicht nur in Hessen. Ich bin der Meinung, auch andere Bundesländer werden folgen; denn die Länder wollen ihre Finanzierungs- und Handlungsmöglichkeiten erhalten und nicht verlieren.

Herr Frömmrich hat das bereits angeführt: Es gibt Aspekte, die zu diskutieren sind. Das betrifft das leistungsbezogene Element. Das ist auch für uns Liberale so. Da sind wir identisch. Außerdem geht es um den Wechsel zwischen Privaten und dem öffentlichen Dienst. Auch das werden wir noch diskutieren müssen.

Dieser Gesetzentwurf enthält aber auch einen Aspekt, der mir persönlich ganz wichtig ist und der von praktischem Nutzen ist. Beamtinnen und Beamte werden durch dieses Gesetz nunmehr die Möglichkeit erhalten, gegenüber der zuständigen Dienstbehörde ein Auskunftsrecht hinsichtlich ihrer Versorgung geltend zu machen. Ich wusste nicht, dass das bisher nicht geht. Eben dies wurde und wird von vielen Bürgern beim Rentenrecht längst vielfältig genutzt, um den eigenen Ruhestand frühzeitig zu planen und für das Alter entsprechend vorsorgen zu können. Da dieser rechtliche Anspruch bei der Rente bereits seit dem Jahr 2001 besteht, wäre es meines Erachtens nicht gerechtfertigt, Beamte von einem solchen Anspruch weiterhin auszuschließen. Auch das würde dann im Gesetz geregelt. Das ist für uns Liberale ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Blechschmidt, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

#### **Dr. Frank Blechschmidt (FDP):**

Ich möchte noch auf einen Aspekt zu sprechen kommen, der mir auch wichtig ist. Das betrifft die Anhörung im Innenausschuss, die ich eingangs erwähnt habe.

Zum Schluss möchte ich für die künftigen Beratungen noch auf das eingehen, was uns die Mediatoren ins Stammbuch geschrieben haben und was in den Diskussio-

nen, die in diesem Landtag zu führen sein werden, sehr wichtig sein wird. Zum Schluss meiner Rede möchte ich aus dem Bericht zitieren:

Allerdings drängt sich letztendlich die Frage auf, in welchen Bereichen es noch zeitgemäß und erforderlich ist, Beamtinnen und Beamte – mit der Konsequenz der Bindung an die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums – zu beschäftigen.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

– Ich erkläre das gleich.

(Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich nicht!)

Welche Aufgaben ausschließlich Personen in einem besonderen Rechte- und Pflichtenstatus übertragen werden sollen, wird vom Grundgesetz nicht konkret bestimmt.

Lieber Zwischenrufer der Worte „Hört, hört“, diese Passage wurde von den Mediatoren im November 2009 ausdrücklich auf die Bitte der Abgeordneten aller Fraktionen aufgenommen. Diese Passage sollte von allen Fraktionen im Kontext der Neuerungen beim Beamtenrecht diskutiert werden. Deshalb lasse ich die Worte „Hört, hört“ nur im konstruktiven und positiven Sinne gelten.

(Zuruf)

– Danke schön. – Ich meine, darüber werden wir in Zukunft die Diskussion führen müssen. Das sind die Dinge, die mit dem zweiten oder dritten Gesetz zum Tragen kommen werden.

Herr Frömmrich und alle, die vorher geredet haben, ich sage es nochmals: Ich lade Sie dazu herzlich ein. Das müssen wir gemeinsam anpacken. Dazu sind wir aufgerufen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Dr. Blechschmidt, vielen Dank. – Jetzt erhält Herr Kollege Bellino noch einmal mit zwei Minuten Redezeit das Wort.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, hoffentlich meinen Sie das ernst. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, dass Sie mitarbeiten wollen und dass Sie bedauern, dass Sie an dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP nicht haben mitarbeiten dürfen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An dem wollten wir nicht mitarbeiten! Das ist klar! Der ist Schmalspur!)

Für Letzteres werden Sie hoffentlich Verständnis haben. Wenn wir einen Gesetzentwurf vorbereiten, laden wir nicht unbedingt die Mitglieder der Opposition zur Mitarbeit ein. Aber wir bieten Ihnen das sehr wohl an. Wir wünschen uns sehr, dass Sie das ernst meinen. Denn wir werden das nicht nur heute Abend im Innenausschuss beraten, sondern auch in den Folgesitzungen. Wenn wir uns mit diesem wichtigen und auch schwierigen Thema auseinandersetzen, wünschen wir uns, dass Sie tatsächlich konstruktiv mitarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, Sie fordern, dass eine intensive und große Anhörung durchgeführt wird. Was denken Sie denn? – Selbstverständlich wird das gemacht werden.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Bellino, das ist bei Ihnen nicht mehr selbstverständlich!)

Das hat niemand infrage gestellt. Selbstverständlich wird es eine Anhörung geben. Selbstverständlich werden wir uns mit dem auseinanderzusetzen haben, was uns von den betreffenden Berufs- und Interessengruppen gesagt werden wird.

Herr Frömmrich, insbesondere Sie waren es, der sich gewünscht hätte, dass wir Aussagen zu den Veränderungen im Laufbahnsystem machen und dass wir auf das Thema Wechsel zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft und umgekehrt eingehen. Außerdem geht es dabei noch um das leistungsbezogene Einkommen und Maßnahmen der Effizienzsteigerung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie hätten mir zuhören sollen. Ich habe doch gesagt, dass das der erste Gesetzentwurf zur Modernisierung des Dienstrechts ist. Es werde weitere folgen, mit denen wir uns genau diese Themenblöcke herausuchen. Auch da sind Sie herzlich eingeladen, konstruktiv mitzuarbeiten.

Wir haben heute den ersten Gesetzentwurf nicht deswegen in dieser Form eingebracht, weil wir der Meinung sind, das ganze Thema zu diskutieren und das Ganze in Papierform zu bringen, würde Sie oder uns überfordern. Nein, wir machen das – auch das habe ich bereits gesagt –, um den Betroffenen rechtzeitig die Möglichkeit zu geben, sich darauf einzustellen, dass sie in Zukunft einen Monat pro Jahr länger werden arbeiten müssen. Manch einer hält das für eine Menschenrechtsverletzung. Ich halte das für durchaus zumutbar.

Damit das so geschehen kann und damit man sich darauf einstellen kann, wird dieser Gesetzentwurf heute eingebracht, und nur deshalb.

Dasselbe gilt für die heutige Sitzung des Innenausschusses. Je früher wir damit beginnen, umso – –

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Bellino, entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

#### **Holger Bellino (CDU):**

Ich mache das sofort. – Je früher wir damit beginnen, umso früher können die betroffenen Interessenverbände dazu eingeladen werden, sich zu äußern.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Machen wir das jetzt immer so mit Sondersitzungen?)

Unser Angebot steht: Arbeiten Sie mit. Dann werden wir gemeinsam eine entsprechende Dienstrechtsreform hinkommen. – Besten Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): So nicht!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Bellino, vielen Dank. – Herr Kollege Rudolph hat sich zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet.

**Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bellino, unser Angebot steht. Lassen Sie uns sehr ernsthaft, und zwar zusammenhängend, über die Vorschläge der Mediatorengruppe reden. Es ist nicht sinnvoll, einzelne Punkte herauszugreifen, die einem, politisch gesehen, in den Kram passen, und andere nicht zu diskutieren, die zu einem Gesamtpaket gehören.

(Beifall der Abg. Jürgen Frömmrich und Ellen Enslin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich glaube, die Akzeptanz wird gerade bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dann bestehen, wenn sie ernst genommen werden. Auf der einen Seite wird es zu Belastungen kommen. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit wird eine solche sein. Wir haben das bereits diskutiert. In der gesetzlichen Rentenversicherung ist das ein Thema. Sie müssen den Leuten natürlich auch vermitteln, warum Sie das so oder so machen wollen.

Umgekehrt müssen Sie dann aber auch sagen, warum Sie in Hessen bei der 42-Stunden-Woche bleiben wollen. Wir sagen – zu dieser Kernaussage stehen wir –: Beide Belastungen zusammen gehen nicht. – Denn die wichtigste Ressource sind gut motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist moderne Personalführung.

Herr Bellino, ich hoffe, Sie meinen das ernst. Im Kern haben die Mediatoren recht. Eine Dienstrechtsreform verabschiedet man eigentlich mit einer großen und breiten Mehrheit. Denn da geht es nicht um Probleme, die man parteipolitisch behandeln sollte. Da gilt die Aussage: Die heutige Opposition ist die Regierung von morgen und umgekehrt.

Sie nehmen die Salomitaktik. Sie haben das angedeutet. Sie wollen das passagenweise machen. Das nächste Mal sollen wieder ein paar Veränderungen kommen. Nein, das wird dem Ansatz nicht gerecht.

Sie haben heute eine entscheidende Chance vertan. Ihnen geht es im Grunde genommen um eine haushalterische Maßnahme. Das ist zulässig. Aber Sie sollten auch den Mumm haben, zu sagen: Jawohl, wir wollen die hessischen Beamtinnen und Beamte belasten. – Den Mumm sollten Sie haben. Die Beamtinnen und Beamten haben das schon gemerkt. Wenn Sie das nicht tun, werden wir das zur Not weitertransportieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Holger Bellino (CDU): Da habe ich keinen Zweifel! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das nehme ich als Kompliment!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Nun erhält der Herr Innenminister für die Landesregierung das Wort.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir wollen und wir müssen das Land handlungsfähig halten. Wir wollen und wir müssen einen zukunftsfähigen öffentlichen

Dienst organisieren. Wir müssen einen vernünftigen Ausgleich in einer ganz bunten Welt höchst unterschiedlicher Interessen finden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr richtig!)

Bis dahin sind wir uns hoffentlich alle einig.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist Prosa!)

Gerade die Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN haben sehr viel gesagt. Die eigentlich entscheidende Frage haben sie nicht beantwortet. Sie lautet: Sind Sie denn auch der Auffassung, dass wir die Altersgrenze erhöhen sollen, oder nicht?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu habe ich sehr deutlich etwas gesagt! Da müssen Sie zuhören!)

Sie haben sich mit allem Möglichen beschäftigt. Darauf werde ich auch eingehen. Aber ich bitte Sie schon, klar zu sagen, ob Sie das für richtig oder für falsch halten.

(Zuruf)

– Ich habe von den beiden gesprochen. DIE LINKE hat klar gesagt: Das halten wir für falsch. – Das will ich schon anerkennen.

Die SPD macht das, was sie immer macht. Sie sagt: eigentlich schon, aber nicht so. Das ist doch Ihr Problem. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

(Günter Rudolph (SPD): Nicht so bescheiden!)

Sie haben gesagt, es sei ganz ungewöhnlich, dass es von der Landesregierung eine Formulierungshilfe für die Koalitionsfraktionen gegeben hat. Wir haben viele Zuhörer. Dafür bin ich dankbar. Meine Damen und Herren, das ist ein Verfahren, das es in Hessen seit 50 Jahren gibt und das auch sehr vernünftig ist.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Innenminister, Sie hatten es aber anders angekündigt!)

Das ist ganz eindeutig so. Ich füge ausdrücklich hinzu: Ich habe die Koalitionsfraktionen darum gebeten, weil wir genügend Zeit für die Diskussion haben wollen. Es handelt sich um ein Gesetzeswerk, das sehr kompliziert ist und das am 1. Januar 2012 bereits in Kraft treten soll.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das hat überhaupt nichts mit dem Kommunalwahlkampf zu tun. – Das hat mit einer anderen Fragestellung zu tun. Wenn Sie einmal in den Gesetzentwurf schauen, werden Sie sehen, dass es für Personen, die 1963, 1962 oder 1961 geboren sind, hinsichtlich der Frage Bedeutung hat, ob sie weitermachen oder nicht weitermachen, ob sie die entsprechenden Abschlüsse bekommen oder nicht. Das Mindeste, was wir zu erreichen versuchen müssen, ist, dass jemand wenigstens ein Jahr vorher weiß, wie er sich verhalten soll.

(Zuruf: So ist es!)

Deshalb ist es richtig, das heute einzubringen. Wenn die Regierung den Gesetzentwurf eingebracht hätte, hätte ich nach den Regeln, die die Regierung dafür hat, noch mindestens ein halbes Jahr lang dafür gebraucht.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hätten Sie es vorher nicht ankündigen sollen!)

Das wollte ich zur Ankündigung sagen.

Bei der Vorstellung – da waren Sie alle nicht da; auch das ist wahr – habe ich gesagt: Ich werde den Inhalt des Mediationsberichts umsetzen, und zwar in drei Schritten.

Den ersten Schritt haben wir heute.

Der zweite Schritt wird sich mit dem gesamten Thema leistungsorientierte Bezahlung im öffentlichen Dienst beschäftigen. Wenn wir darüber reden, dann werden Sie einen Sonderausschuss gründen können, weil wir nicht nur über eine Vielzahl von Menschen, sondern von einer völlig bunten Welt reden, von Lehrern, Richtern, Kassenbeamten, Finanzbeamten, Vollstreckungsbeamten, städtischen Bediensteten – also eine richtig bunte Welt. Dazu werden wir Ihnen nach meiner Planung Ende des Jahres einen Gesetzentwurf vorlegen.

Dann kommt der dritte Punkt. Da geht es um etwas, was draußen kaum jemand versteht, was aber größere Bedeutung hat. Es geht um die Laufbahnrechte. Was sind Laufbahnen? Wir haben in Hessen über 100 Laufbahnen in ganz unterschiedlichen Diensten. Alle sagen, das wollen wir flexibilisieren und vereinfachen. Meine Damen und Herren, das macht es nicht notwendig, Dutzende von Rechtsvorschriften zu ändern, sondern Hunderte. Das ist schon die ganze Zeit in Arbeit.

Wenn Sie hier den Eindruck erwecken, das sei vom Himmel gefallen, dann will ich Sie daran erinnern – das Ärgerliche ist, dass Sie das alles wissen, aber nichts sagen –, wir sind mit den Gewerkschaften und den Berufsverbänden seit über drei Jahren in diesen Punkten detailliert und dauerhaft im Gespräch.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht über diesen Bericht!)

– Aber selbstverständlich. Wir haben schon angefangen, bevor es die Mediatorengruppe gab.

(Günter Rudolph (SPD): Seit einem Jahr haben Sie mit denen nicht mehr geredet!)

Und wir haben während der Mediation mit denen ständig gesprochen. Ganz nebenbei: Ich habe das – 30 Seiten des Mediationsberichtes – exakt Ende August oder Anfang September den Fraktionen zur Verfügung gestellt. Bis heute ist nicht eine einzige Zeile dazu von irgendjemandem gekommen.

(Günter Rudolph (SPD): Ach du lieber Vater!)

Das heißt im Klartext, es wird nach meiner Planung drei Teile geben, die sehr umfassend sind. Es war wichtig, damit wir den Gleichklang mit dem Rentenrecht erreichen, dass wir das jetzt einbringen. Sie müssen sagen, Sie halten es für falsch, wenn Sie den Gleichklang mit dem Rentenrecht nicht haben wollen. Das ist eine politische Frage. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich dazu entschieden, wir wollen das im Grundsatz bei den Beamten so regeln wie bei den Rentnern. Das halte ich auch für richtig. Wenn Sie das so regeln wollen, dann muss das zum 01.01.2012 auch funktionieren. Wenn Sie das vernünftig beraten wollen, brauchen Sie dazu Zeit. Das werden Sie merken.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie einmal in den Kalender gesehen?)

Weil Sie so getan haben und weil Herr Schaus heute noch eine Erklärung für die Sondersitzung des Innenausschusses verlangte: Alle Fachleute wissen es. Wissen Sie, wie das abläuft? – Die Sitzung dauert an dem Punkt fünf Minuten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist egal!)

Die Beteiligten verständigen sich darauf, dass man eine Anhörung beschließt. Dann beschließt man noch, dass jede Fraktion das Recht bekommt, fünf, acht oder zehn Leute oder Organisationen zu benennen, die man dann befragt. Das ist die ganze Sitzung.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Warum können wir die Frage nicht in einer Sondersitzung behandeln?)

– Herr Kollege Schaus, das machen wir ständig. Bleiben wir bei dem Verfahren. Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, an dem Verfahren kann ich überhaupt nichts Kritikwürdiges finden.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist klar!)

Worüber ich gerne mit Ihnen diskutieren möchte, ist die Frage des Inhalts. Kommen wir jetzt zum Inhalt. Wir haben die Erhöhung der gesetzlichen Altersgrenze von 65 Jahren auf 67 Jahre vorgeschlagen. Wir haben sie bei den besonderen Dienstverhältnissen Polizei und Feuerwehr, die heute mit 60 Jahren gehen können, in gleicher Weise auf 62 Jahre verschoben.

Wir haben dann gesagt, es gibt besonders belastete Berufe bei uns, die auch in Zukunft mit 60 Jahren ohne Abzüge gehen können, wenn sie z. B. 20 Jahre im Schichtdienst waren. Ich darf darauf hinweisen, dass diese Regelung in Hessen besonders günstig ist. In unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz gibt es schon seit Jahren eine wesentlich höhere Altersgrenze als in Hessen sowohl bei der Polizei, für bestimmte Dienste als auch für andere. Das ist in Deutschland Standard. Hessen war bisher besonders großzügig.

(Petra Fuhrmann (SPD): Mit der 42-Stunden-Woche!)

Der dritte Punkt, auf den wir eingehen müssen. Wir haben uns dazu entschieden, zu sagen: Jawohl, wenn jemand das will und es der Dienstherr auch will, dann kann er sogar bis zum 70. Lebensjahr arbeiten.

Das ist in groben Zügen der Inhalt. Die Frage der Anrechnung – es sind einige im Saal –, und was jemand macht, der noch etwas Zusätzliches verdient, wenn er vorher geht, und wie das angerechnet wird: Sie werden feststellen, das sind alles keine ganz einfachen Fragen.

Worauf ich Wert lege – Herr Frömmrich, ich hätte erwartet, dass Sie sich dafür bedanken, es war Ihre Fraktion, die gegebelt hat, dass wir das Gendiagnostikgesetz nicht als eigenes Gesetz bei den Beamten gebracht haben –: Da steht es nun drin.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf dazu gehabt!)

– Ich will es einmal sagen, weil Herr Rudolph gesagt hat, darin steht nur etwas von Arbeitszeit. Das steht da drin. Auch das gehört zur Vollständigkeit – die Störfallregelung für das Lebensarbeitszeitkonto, die wir in Hessen eingeführt haben. Das kann man für gut oder für schlecht halten. Aber Herr Quanz kommt aus dem Lehrerberuf. Genau dort hat es die größte Bedeutung. Wie gehen wir mit jemandem um, der ein Konto wegen der 42-Stunden-Wo-

che angespart hat, wo wir gesagt haben: „Jawohl, das ist eine Belastung, aber wenn du das so und so lange machst, kriegst du ein Konto, und dann kannst du früher gehen, ohne dass wir dir etwas abziehen.“ Jetzt regeln wir die Frage, was passiert, wenn einer krank war oder was auch immer.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Minister, gestatten Sie mir den Hinweis darauf, dass die für die Fraktionen vereinbarte Redezeit abgelaufen ist.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, ich werde das jetzt in kurzen Strichen zu Ende bringen. – Ich lege Wert darauf, dass dort wesentliche Elemente geregelt werden, die bislang offenkundig unstreitig waren.

Letzte Bemerkung. Warum machen wir das überhaupt? – Das sind zwei Gründe. Die bisherige Lebensalterszeit ist vor über 100 Jahren, unter Bismarcks Zeiten, entstanden. Seitdem hat sich die Welt nachhaltig verändert. Ich halte es für richtig, wenn jemand gesund ist, dass er auch zwei Jahre länger seinen Dienst leisten kann. Das halte ich für zulässig.

Dann gibt es einen zweiten Punkt. Herr Rudolph, Sie haben gesagt, wir machen das aus fiskalischen Gründen. Ja, ich kann es mir nicht mehr anhören, wenn ich hier immer höre: Nachhaltige Politik, was hinterlassen wir unseren Kindern? – Die Wahrheit ist doch, wenn wir die Überzeugung haben, dass es so nicht weitergehen kann, dann müssen wir irgendwo etwas ändern.

Als Sie noch in der Großen Koalition in Berlin dabei waren, hat das dazu geführt, dass Sie den Renteneintritt auf 67 Jahre erhöht haben. Davon wollen Sie sich heute verabschieden. Das ist genau der gleiche Gedanke.

Damit Sie zum Nachdenken noch eines mit nach Hause nehmen: Dieses Land Hessen hat eine Bilanz über sein gesamtes Vermögen aufgestellt. Diese Bilanz hat ergeben, dass wir, wenn wir Haben und Soll nebeneinanderstellen, über 50 Milliarden € Miese haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir! – Günter Rudolph (SPD): Was haben Sie in den Jahren gemacht?)

Jetzt kommt Folgendes, was wir gemacht haben und was der Punkt ist. Von diesen 50 Milliarden € sind fast 40 Milliarden € allein Versorgungskosten für unsere Beamten.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stand schon im Suchan-Papier!)

Wie ist das gekommen? – Das ist gekommen, weil seit 1946 – die SPD hat 49 Jahre in diesem Land regiert – keinerlei Rücklagen gebildet wurden.

(Günter Rudolph (SPD): Nur Schulden, Sie haben recht!)

– Herr Kollege, wir können über vieles sprechen. Es wäre gut, man hätte von Anfang an Rücklagen gebildet. Aber ich nehme für diese Landesregierung in Anspruch, es war die Regierung von CDU und FDP, die zu Beginn dieses Jahrtausends – ich glaube, 2001 oder 2002 – mit der Bil-

dung von Rücklagen für die Beamtenpensionen begonnen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Die SPD ist schuld, wunderbar! Was für ein Weltbild!)

Das war damals der Kollege Weimar, der das durchgesetzt hat. Wir waren weitsichtig. Deshalb lassen wir uns da nichts vorwerfen. Aber eines bleibt. Eines geht nicht: Sie können nicht sagen, das ist eine Belastung, auf der anderen Seite haben wir Schulden. Niemand weiß, wie wir sie bezahlen sollen. – Wir halten das für eine richtige Entscheidung. Ich bitte Sie herzlich darum – wir können politisch über vieles streiten. Ich bin überzeugt, am Ende werden Sie es auch in einer Mediation nicht hinbekommen. Wenn die Gewerkschaften sagen, es ist für sie nicht verhandelbar, dann habe ich das zur Kenntnis zu nehmen. Aber dann bringt ein weiteres halbes Jahr Diskussion nichts.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir werden sicherlich noch Gelegenheit haben, das engagiert zu behandeln. Ich sage das nur für das Protokoll, damit mir niemand vorwirft, ich hätte andere Punkte nicht erwähnt: Da sind noch ein paar Sonderregelungen drin. Sie scheinen mir unstreitig zu sein. Insofern freue ich mich auf die Diskussion.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Bouffier. – Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor.

Es ist vorgeschlagen, diesen Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung in den Innenausschuss zu überweisen und mitberatend an den Ausschuss für Arbeit, Familie und Gesundheit. Gibt es hier Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so und kommen nun zum

#### **Tagesordnungspunkt 8:**

##### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Feiertagsgesetzes – Drucks. 18/2345 zu Drucks. 18/1957 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Blechschmidt.

#### **Dr. Frank Blechschmidt, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Beschlussempfehlung: Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung der SPD, den Gesetzentwurf abzulehnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Blechschmidt. – Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE. Die Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren!

Die Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei werden wir uns insbesondere dafür einsetzen, die berufliche Gleichberechtigung von Frauen weiter zu verbessern.

Bis hierhin müssten selbst die Herren und die Damen – es sind doch immerhin zwei Frauen bei der CDU-Fraktion anwesend – von CDU und FDP mir folgen können, denn das entstammt ihrem Koalitionsvertrag.

Wenn ich aber dort weitersuche, um festzustellen, wie die Koalition diese Ziele verwirklichen will, dann kommt aus meiner Sicht nur viel guter Wille mit wenig Substanz: seitensweise das Thema Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Claudia Ravensburg (CDU): Das ist auch wichtig!)

– Ja, genau, wir brauchen bessere Kinderbetreuung, auch für Kinder unter drei Jahren. Wir brauchen Arbeitsplätze, die mit der Betreuung von Kindern vereinbar sind. Wir brauchen Ganztagschulen, und wir brauchen Arbeitsstellen, von denen „Frau“ leben kann.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Wir brauchen auch Arbeitgeber, die ihre Angestellten nicht mit Hungerlöhnen abspeisen wie Sie!)

Ja, aber Frauenleben ist mehr als Muttersein. Bei Ihnen ist Frauenpolitik immer und nahezu ausschließlich Familienpolitik, bestenfalls noch Arbeitsmarktpolitik. Das ist sehr wichtig. Aber Frausein ist eben deutlich mehr.

Die Gleichstellungspolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend steht unter dem Leitgedanken fairer Chancen für Frauen und Männer in allen Bereichen der Gesellschaft, vor allem im Erwerbsleben. Dabei geht es beispielsweise um Entgeltgleichheit, gleiche Karrierechancen und den Schutz vor Altersarmut. Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Politik bei den Ursachen ungleicher Chancen an.

Das klingt schon ein bisschen besser. Immerhin haben Sie hier auch die Entgeltgleichheit, die Karrierechancen und die Altersarmut in der Diskussion.

Die FDP geht in ihrem Wahlprogramm einfach historisch rückwärts. Da heißt es:

Die Instrumente der alten Frauenförderung sind deshalb überholt, mit denen Frauen auf der Grundlage von Frauenförderplänen bestimmte Posten erhalten haben. Anstelle der Förderung von Geschlechtern benötigen wir endlich die Förderung von Familien.

An einer anderen Stelle wird es auf den Punkt gebracht: „Familienförderung statt Frauenförderung“.

Wer mit solchen Antworten auf die Herausforderungen der in unserem Grundgesetz verankerten Gleichberechtigung reagiert, lebt offensichtlich in einer anderen Welt, zumindest in einer Männerwelt. Das spiegelt sich in der Zusammensetzung der FDP-Fraktion deutlich wider.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): So ein Unsinn!)

Im Jahr 2008 hatten wir in Hessen 7.271 Fälle angezeigter häuslicher Gewalt; die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher.

Wir haben keine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser. Für alle, die es noch nicht wussten: Wir haben heute im Gespräch mit dem Hessischen Netzwerk behinderter Frauen erfahren, dass es im ganzen Land einen einzigen barrierefreien Frauenhausplatz gibt.

Wir haben einen runden Tisch gegen Menschenhandel, weil wir ihn leider brauchen. Menschenhandel aber ist Frauenhandel.

Warum zähle ich das alles auf, wenn es um einen Feiertag am 8. März geht? Wir brauchen diesen Feiertag, um klarzumachen, dass Frauenleben in unserem Land, in unserer Kultur nach wie vor ein Leben ist, in dem es Gewalt, sexualisierte Gewalt, berufliche Benachteiligung, wirtschaftliche Abhängigkeit, Doppelbelastung durch Haushalt und Beruf sowie Armut insbesondere als Alleinerziehende und im Alter gibt. Theoretisch haben wir gleiche Rechte – in der Realität haben wir eine strukturelle Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen.

Beispielsweise fördert die Naspa Frauen aktiv; trotzdem gibt es nur 19 % Frauen unter den Führungskräften. Die Personalratsvorsitzende Bärbel Henrich-Bender sagt dazu:

Eigentlich müsste es besser aussehen für Frauen: Sie stellen die Mehrheit der Beschäftigten, haben die besseren Abschlüsse, sind zur Weiterbildung motiviert und absolvieren Kurse mit größerem Erfolg als männliche Kollegen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

So weit die Personalratsvorsitzende. – Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat ermittelt, dass 13 % aller Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren in irgendeiner Form sexuelle Gewalt erlebt haben. Die Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt hat im Jahr 2006 650 Beratungsfälle gehabt, im Jahr 2008 waren es 726.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die Situation der Frauen wird nicht besser, sie wird in dieser Gesellschaft schwieriger.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Matthias Büger (FDP): Das alles wegen dem Feiertag?)

Die von Frauen erlebte Benachteiligung und Gewalt wird von vielen als normal empfunden. Im Bewusstsein fast aller Menschen ist dieses Lebensgefühl tief verwurzelt und wird oft nur diffus wahrgenommen. Unlängst habe ich auf einer Veranstaltung über Gewalt einen Filmbericht über eine Versuchsanordnung gesehen. Es war ein kleines Kind zu sehen, dessen Geschlecht nicht zu erkennen war.

Der einen Untersuchungsgruppe wurde gesagt, bei diesem Kind handele es sich um einen Jungen. Sein Verhalten wurde von den Probanden als „energisch“ bewertet.

Der anderen Gruppe wurde gesagt, es handele sich um ein Mädchen. Sie hat das Verhalten dieses Kindes als „quengelig“ bezeichnet.

Diese Bewertungen zeigen, wie tief unterschiedliche Bewertungen in unserem Unterbewusstsein verankert sind. Offensiv auftretende Frauen gelten nach wie vor als „karieregeil“; bei Männern heißt das gleiche Verhalten „Durchsetzungsfähigkeit“.

Wenn wir diese tief liegenden Ressentiments auflösen wollen, müssen wir klare Zeichen setzen.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind sehr quengelig!)

– In Ihren Augen bin ich das doch auch. – Wenn wir es schaffen wollen, unsere Gesellschaft tatsächlich so zu verändern, dass Männer und Frauen gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Grenzen haben – bei all unserer Unterschiedlichkeit –, dann müssen wir dieses Thema in die Mitte unseres Alltagsbewusstseins rücken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Feiertag wertet ein Thema im Alltagserleben auf. Was wären Weihnachten oder Ostern ohne die Feiertage? Der 8. März als Feiertag böte die Gelegenheit,

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

durch Veranstaltungen, Aktionen, Feste und Weiterbildung an all diesen Problemen zu arbeiten.

Zu dem Argument der Kosten. Wenn Arbeitgeber durch einen Feiertag schneller dazu gebracht werden, gleiche Löhne zu zahlen, und wir durch andere Veränderungen tatsächlich zu gleicher Lebensqualität kommen,

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Wer hat Ihnen denn diese Rede geschrieben?)

dann können wir erneut darüber nachdenken, ob wir den Internationalen Frauentag noch als Feiertag brauchen. Bis dahin wäre dieser Feiertag weit mehr als nur ein Zeichen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Schott, in vielen Punkten, die Sie hier als Missstände aufgezählt haben, gebe ich Ihnen völlig recht. Aber Sie sind zum zweiten Mal die eigentliche Erklärung schuldig geblieben, was ein Feiertag dazu beiträgt, diese Missstände abzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Wenn ich mir diesen Gesetzentwurf zum zweiten Mal anschau und auch die Anhörungsunterlagen, dann glaube ich, wir tun der Frauenpolitik im 21. Jahrhundert keinen Gefallen, wenn wir mit Wunsch-dir-was-Anträgen in diese Debatte gehen. Ihr Antrag ist ja noch mehr als Wunsch-dir-was. Ich glaube, er ist tatsächlich kontraproduktiv.

Wenn wir heute die Gleichstellung der Geschlechter fordern, dann muss man Prioritäten setzen, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Sie haben gerade gesagt, dass man Unternehmen dadurch, dass sie höhere Ausgaben für einen Feiertag haben, dazu zwingt, bessere Löhne zu zahlen. Das ist eine Argumentation, die an Absurdität kaum noch zu übertreffen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Denken Sie doch einmal an den Buß- und Betttag!)

Meine Damen und Herren, natürlich ist ein zusätzlicher Feiertag mit zusätzlichen Kosten verbunden. Deswegen

teile ich völlig das, was die hessischen Frauenbeauftragten in der Anhörung in ihrer Stellungnahme gesagt haben. Sie haben gesagt, sie können die Intention Ihres Vorschlags durchaus nachvollziehen, aber sie fordern andere Prioritäten – weil wir zur Gleichstellung der Geschlechter wollen und nicht zu einer reinen Wunsch-dir-was-Politik, wie Sie das machen.

Meine Damen und Herren, zu diesen Prioritäten gehören – ich berufe mich auf die Stellungnahme der Frauenbeauftragten des Landes Hessen aus der Anhörung – die Verabschiedung eines Gesetzes zur Gleichstellung für die Privatwirtschaft, die existenzsicherenden Einkommen für Frauen – und natürlich für Männer –, um drohender Altersarmut entgegenzuwirken. Dazu gehören alle Maßnahmen, die zur paritätischen Besetzung von Aufsichtsräten und natürlich von Gremien führen. Dazu gehört eine bedarfsdeckende Kinderbetreuung bester Qualität. Dazu gehören andere Maßnahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören eine ausreichende finanzielle Absicherung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Interventionsstellen gegen Gewalt und die Verabschiedung des Hessischen Aktionsplans gegen häusliche Gewalt.

Dazu gehören auch Bleiberechtsregelungen für Frauen, die Opfer von Gewalt werden und in unserem Land kein ausreichendes Bleiberecht haben. Dazu rechne ich z. B., um das auch zu erwähnen, die Frauen, die Opfer von Menschenhandel werden und hier zur Prostitution gezwungen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Prioritäten, die auf der Tagesordnung stehen, und hierzu trägt kein Feiertag bei.

Meine Damen und Herren, das zeigt auch, dass Sie sich nicht ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, welche Gesellschaft wir wollen, welchen Staat wir wollen. Für mich bedeutet dieser Staat, dass wir die Vielfalt von Frauenleben, auch die Vielfalt von Männerleben endlich in ihrer Vielfalt wahrnehmen. Dazu gehören keine Massenveranstaltungen. Was soll es bringen, wenn wir alle Frauen, die an Frauengleichstellung interessiert sind, zu einer Veranstaltung bringen, wo irgendwelche Funktionäre oder Funktionärinnen uns mit langweiligen Reden löchern?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ändert doch nicht die Welt, sondern die Frauen und die Männer, die vor Ort konkret an der Geschlechtergerechtigkeit arbeiten, sind diejenigen, die die Welt verbessern, die die Welt verändern. Diese Möglichkeiten möchte ich erhalten und ausbauen. Deswegen halte ich die Konzentration auf einen einzelnen Feiertag für völlig kontraproduktiv in dieser Frage.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wir haben ungefähr zwei bis drei Wochen im Umfeld des 8. März, in denen an vielen Orten in den Betrieben, in den Kommunen Veranstaltungen stattfinden. Diese Veranstaltungen haben drei Ziele:

erstens die bessere Vernetzung, um tatsächlich Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen,

zweitens die Stärkung der Initiativen vor Ort, die sich um ganz konkrete Probleme kümmern. Sie zu stärken, das verändert tatsächlich das Leben und das Zusammenleben von Menschen.

Drittens brauchen wir im 21. Jahrhundert Strategien, die dazu führen, Geschlechtergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu entwickeln. Dazu brauchen wir nicht nur die Frauen, sondern dazu brauchen wir selbstverständlich auch die Männer.

Das geht am besten vor Ort mit ganz konkreten Maßnahmen, täglich und in konkreten Einzelaktionen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, der Internationale Frauentag am 8. März ist ein wichtiger Tag in unserer Gesellschaft. Er ist im 21. Jahrhundert der Ausdruck nicht nur der Vielzahl, sondern auch der Vielfalt von Veranstaltungen und von Lebensformen. Seine Stärkung ist ein wichtiger Beitrag zur Vision einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Deswegen werden wir den Gesetzentwurf der Linkspartei hier ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schulz-Asche. – Das Wort hat Frau Kollegin Ravensburg für die CDU-Fraktion.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits in der ersten Lesung im Parlament habe ich ausführlich die Argumente dargelegt, warum meine Fraktion den Gesetzentwurf der Fraktion der LINKEN zur Einführung eines gesetzlichen Feiertags am Weltfrauentag ablehnt. Unsere Meinung wurde von der Mehrheit der Anzuhörenden in der letzten Innenausschusssitzung sehr eindrücklich bestätigt. Daraus folgt natürlich, dass wir den Gesetzentwurf auch in zweiter Lesung ablehnen werden.

Frau Schott, ich habe nichts, aber auch gar nichts dazu gehört, wie ein Feiertag die Situation der Frauen irgendwie ändern sollte. Ich möchte aber noch einmal betonen, dass die CDU-Fraktion den Weltfrauentag am 8. März als solchen natürlich ausdrücklich begrüßt. Es ist ein Tag mit fast hundertjähriger Tradition, ein Tag, der seit 1977 auch Internationaler Frauentag ist und von der UNO anerkannt wurde.

Nur – da sind wir uns einig – durch das entschiedene gemeinsame Auftreten von Frauen, aber auch sehr vielen Männern bei den verschiedensten Aktionen an diesem gemeinsamen Tag gelingt es uns immer wieder, weltweit die Rechte der Frauen und die Ungerechtigkeit gegenüber Frauen auch in den Medien zu transportieren.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist unumstritten und auch in der Anhörung unzweifelhaft gewesen. Ich begrüße deshalb auch die Anregung von Minister Bouffier aus der ersten Lesung, dass wir durchaus darüber nachdenken sollten, wie wir den Weltfrauentag aufwerten können. Gerade der 100. Geburtstag, den wir erwarten, ist in meinen Augen ein guter Anlass dafür.

Den 8. März aber zu einem Feiertag zu machen, verbessert die Situation der Frauen nicht. Das hat die Mehrheit der Anzuhörenden zum Ausdruck gebracht. Auch die meisten Frauenverbände – Frau Schulz-Asche hat es vorhin in ihrer Rede sehr eindrücklich bestätigt – haben das in der Anhörung kundgetan. Weltfrauentag ja, ein zusätzlicher Feiertag nein.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die Frauen selbst wissen viel besser als die Partei der LINKEN, dass ein zusätzlicher Feiertag völlig kontraproduktiv in der jetzigen Zeit ist, in einer der größten Finanzkrisen des Landes, einer Krise, die sich durch Griechenland und auch die Eurokrise seit dem letzten Plenum sogar noch verschärft hat.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen: Die Einzelmeinung aus der Anhörung, dass man einen der christlichen Feiertage streichen könnte – der Pfingstmontag wurde von Frau Prof. Luise Pusch in der Anhörung genannt –, um einen Freiraum für einen neuen Feiertag zu schaffen, lehnen wir ab.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Beim Buß- und Bettag hatten Sie keine Probleme!)

Lassen Sie es mich noch einmal ganz klar und deutlich sagen: Das ist mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Buß- und Bettag!)

Liebe Kollegen von der SPD, Sie haben sich bisher in den Abstimmungen hier im Plenum, aber auch im Ausschuss enthalten. Herr Rudolph, der jetzt wieder hereingekommen ist, hatte in der ihm eigenen Art als neuer frauenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion keine Meinung – das ist für ihn, gelinde gesagt, sehr ungewöhnlich.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Statt eine klare Meinung zu beziehen, wie das Frau Schulz-Asche schon im Plenum gemacht hat, wollte er erst die Anhörung abwarten.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist der Sinn einer Anhörung!)

Nach dieser Anhörung hat sich die SPD nochmals enthalten. Das zeigt mir eindeutig, dass die SPD sich im Korsett der LINKEN eingefangen sieht,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

sich nicht gegen links und die Gewerkschaften stellen will, aber gleichzeitig genau weiß, dass der Feiertag der falsche Weg ist.

So kann ich heute die SPD nur auffordern: Nehmen Sie sich den Mut, zeigen Sie Rückgrat, verschließen Sie die Augen nicht vor der Realität, und lehnen Sie den Gesetzentwurf der LINKEN ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oder wollen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sehenden Auges in die Falle der linken Politik laufen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten gemeinsam erklären, dass wir die Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht tolerieren, dass wir für die Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten, dass wir den Willen haben, Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Aber wir

sollten gleichzeitig deutlich machen: Wir wollen nicht an einem Tag feiern, sondern jeden Tag handeln.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Pragmatische, reale Politik im Interesse der Frauen voranzubringen, das sollte unser aller gemeinsamer richtiger Weg sein. Von diesem Weg wird sich die CDU auch durch das Schaufenstergesetz der LINKEN nicht abbringen lassen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Viel Spaß dabei mit der CDU-Fraktion!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Ravensburg. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Pauly-Bender für die SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt wollen wir endlich einmal zum Thema reden! – Gegenrufe von der CDU)

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ravensburg, Sie haben Herrn Rudolph so tief ins Mark getroffen, dass er nicht mehr selbst sprechen kann.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU: Das sollte sie öfter machen!)

Deshalb möchte ich für die SPD-Fraktion ein paar wenige Worte zum Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE formulieren.

Der Gesetzentwurf will den Internationalen Frauentag in unserem Bundesland zum gesetzlichen Feiertag erheben. Die Antragsteller wollen damit die Wichtigkeit der Gleichstellung unterstreichen.

Meine Damen und Herren, wie viele von Ihnen wissen, habe ich in diesem Hause bei vielen Gelegenheiten zur Bedeutung dieses Themas gesprochen, oft nicht zum Vergnügen aller, trotzdem unerschüttert und offensiv. Natürlich bleibt es dabei: Das Thema Gleichstellung von Frau und Mann ist ein zentrales Thema jeder modernen sozialstaatlichen Demokratie. Diskriminierung war und bleibt ein gesellschaftlicher Großskandal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht um die subjektiven Rechte der Frauen, es geht zugleich aber auch um eine Verbesserung der gesellschaftlichen Leistungsfähigkeit. Denn eine Gesellschaft, die diskriminiert, ist immer auch eine Gesellschaft, die menschliche Ressourcen vergeudet, eine Gesellschaft, die das Leistungsprinzip missachtet und die in der Folge Nachteile zu tragen hat, gravierende Nachteile für alle, für Männer und für Frauen. Deshalb besteht der große Änderungsbedarf in diesem Punkt, den wir auch immer und immer wieder geltend gemacht haben.

Die politische Bilanz in Sachen Gleichstellung der letzten Jahre ist armselig, nicht nur in Hessen, aber auch in Hessen. Seitens des Staates und seiner Organe ist wenig bis nichts unternommen worden: Sonntagsreden vielleicht einmal dahingestellt, und in letzter Zeit werden noch nicht einmal mehr die Sonntagsreden gehalten, auch wenn Frau Ravensburg die nächste Sonntagsrede zum

100. Geburtstag des Internationalen Frauentags schon angekündigt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Von gleichstellungspolitischer Offensive kann in keiner Weise die Rede sein, obwohl auch und nicht zuletzt zu den Arbeitsmarktstrukturfragen, denen wir entgegengehen, eine solche Offensive absolut notwendig wäre.

Es steht nicht im freien Belieben des Staates, ob er den Skandal der Frauendiskriminierung weiter tatenlos hin nimmt oder ob er tätig wird. Es gibt Verfassungspflichten. Die Verfassung ist nach heutigem Verständnis nicht nur ein Abwehrinstrument der Bürgerfreiheit gegen den Staat, sondern zugleich auch eine Quelle von staatlichen Handlungspflichten, zur Herstellung verfassungsrechtlich gewünschter und geforderter Leitbilder – einer Werteordnung, wenn man so will.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Stimmen Sie jetzt zu oder nicht?)

Trotzdem wird jedes Jahr mit schöner Regelmäßigkeit ein Pay Day begangen, weil Frauen in gleichen Positionen schlechter bezahlt werden als Männer, ohne dass gehandelt würde. Immer wieder wird festgestellt, dass Frauen in den Führungsetagen der Privatwirtschaft, aber auch im öffentlichen Bereich grob unterrepräsentiert sind, ohne dass gehandelt wird. Selbst in der Politik mag es noch immer die eine oder andere Gruppierung geben, die praktisch frauenfrei ist. Da gibt es gerade in unserem Haus schönes Anschauungsmaterial. Ich möchte nirgendwo hingucken. Wohlgermerkt: im Jahre 2010 und nicht 1910 zu Kaiser Wilhelms Zeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, das alles ist bekannt, es wird jedes Jahr publiziert und ist für jede und jeden, der Kenntnis nehmen will, erreichbar. Es ist natürlich ob der strukturellen Untätigkeit dieser Landesregierung durchaus berechtigt, über Mittel und Wege nachzudenken, wie man den Verkrustungen entgegenwirken kann.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Umso mehr sollte man aber darauf achten – Herr Müller, jetzt komme ich zu Ihrer Frage –, dass die Mittel, die vorgeschlagen werden, auch tatsächlich geeignet sind, irgendetwas zum Guten hin zu bewegen. Meine Damen und Herren von der LINKEN, da bestehen, was Ihren Gesetzentwurf angeht, die erheblichsten Zweifel.

Natürlich kann man danach fragen, ob es unter den heutigen Bedingungen opportun sein kann, die Anzahl der Feiertage noch zu vermehren. Man kann auch kurz über die separaten hessischen Feiertage nachdenken. Mein Punkt ist ein anderer.

Ich persönlich habe über die nahezu 20 Jahre, die ich diesem Landtag angehören darf, die größte Aversion gegen Placebopolitik angenommen. Kürzlich habe ich hier in einem anderen Zusammenhang über das schöne Thema der Geschichtspolitik gesprochen.

Heute geht es um die Frage der Feiertags- und Gedenktagspolitik, die nichts ändert, sondern sich in Symbolen erschöpft, nach dem Motto: Heute wird gefeiert und gedacht, morgen wird munter weiter diskriminiert. – Eine Politik dieses Stils sollten wir nicht weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sollten einen wirksamen Antidiskriminierungsschutz auf den Weg bringen – durch das, was wir hier als Hessischer Landtag tun können, durch das, was wir im Bundesrat und via Europa auf den Weg bringen können, wozu wir auch die Landesregierung auffordern können. Meine Damen und Herren, das zählt und nicht das wohlfeile Anzünden weiterer Gedenktagskerzen.

Lassen Sie uns als Politikerinnen und Politiker den Internationalen Frauentag zusammen mit der Frauenbewegung dazu nutzen, zu einer Verbesserung der Verhältnisse konkret beizutragen und meinetwegen auch alljährlich oder, bescheidener gesprochen, wenigstens einmal pro Legislaturperiode etwas Nennenswertes auf die Beine und auf den Weg zu bringen, was die Verhältnisse für Frauen in Hessen konkret verbessert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn uns dies gelänge, wäre das wirklich ein Grund zum Feiern, gesetzlicher Feiertag hin, gesetzlicher Feiertag her.

Zum Abstimmungsverhalten der SPD bei dieser zweiten Lesung. Wie bei den letzten Feiertagsinitiativen vor wenigen Wochen, glauben wir als SPD-Fraktion, dass auch in diesem Punkt die Enthaltung angemessen ist.

(Claudia Ravensburg (CDU): Aha!)

Die Zielsetzung halten wir für beachtenswert, können aber mit dem in Erwägung gezogenen Mittel, offen gesprochen, wenig anfangen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Als Nächster hat Dr. Blechschmidt für die FDP-Fraktion das Wort.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gab einen Wechsel des frauenpolitischen Sprechers!)

#### **Dr. Frank Blechschmidt (FDP):**

Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen, werte Vorrednerinnen! Herr Rudolph, Sie sind verlustig gegangen, das letzte Mal haben Sie vor mir geredet, aber jetzt sind Vorrednerinnen übrig geblieben.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben die Auswahl! Sie haben keine Frauen!)

Ich bedauere das außerordentlich. – Frau Pauly-Bender, ich kann nur unterstreichen, was gesagt wurde, und teile alle Argumente. Es spricht nichts dafür, hier einen Feiertag einzuführen, sei es im Austausch für den 1. Mai, Herr van Ooyen, oder für einen kirchlichen Feiertag. Auch in der Anhörung wurde deutlich, dass all das, was wir im Landtag schon debattiert hatten, seine Bestätigung bekommen hat.

Ich erspare Ihnen das, was ich das letzte Mal unter politischem Feuilleton zitiert habe, nämlich: „Klagetag – Der Internationale Frauentag wirkt in Deutschland wie die Verabredung zur kollektiven Depression“. – Ich verzichte darauf, daraus zu zitieren, weil alle Beiträge dem nicht Rechnung getragen haben, bis auf Ihren Beitrag, Frau Kollegin Schott. Das tut mir wirklich leid, das sage ich wirklich nicht, weil ich Sie in der Ecke sehe, sondern weil

ich Ihrem Beitrag zugehört habe. Ihr Beitrag war wirklich so depressiv, dass er Gleichberechtigung in Partnerschaft, in der Arbeitswelt keine Rechnung trägt.

Frau Schulz-Asche, was mir beim letzten Mal gefallen hat, ist Ihre Ausführung, als Sie gesagt haben, ein Frauentag muss fröhlich, muss offen, muss geradeaus gelebt werden und nicht depressiv gefeiert werden. Dieses Statement hat mich damals schon überzeugt.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön!)

Die FDP wird deshalb und auch nach der Anhörung diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Frau Pauly-Bender, ich hätte mir gewünscht, dass Herr Rudolph noch diesen Akzent hereingebracht hätte, weil mir die neue Nachdenklichkeit von Herrn Rudolph zu diesem Punkt außerordentlich gefällt. Er hat im Innenausschuss sehr deutlich gesagt, wie nachdenklich er persönlich und auch seine Fraktion sind. Ich kann das alles unterstreichen, was meine Vorrednerinnen gesagt haben, bis auf die Vertreterin der LINKEN.

Die FDP wird nicht zustimmen. Diesen Feiertag brauchen wir nicht. In der Anhörung ist es deutlich geworden: Gleichberechtigung in Partnerschaft, in der Arbeitswelt und im Leben muss gelebt werden und braucht keinen Feiertag. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. Herr Kollege Dr. Blechschmidt. – Nun hat der Innenminister das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich habe in der ersten Lesung dieses Gesetzentwurfs für die Landesregierung Stellung genommen. Wir sind der Auffassung, dass es nicht tunlich ist, diese Aufgabe der Frauenförderung, die richtig ist, mit einem eigenen gesetzlichen Feiertag zu versehen.

Im Interesse der Zeit bitte ich, mir zu erlauben, auf meine Ausführungen in der ersten Lesung zu verweisen. Auch die heutige Debatte hat aus Sicht der Landesregierung keine andere Entscheidung ergeben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank Herr Minister. – Herr Kollege Schaus hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Zeit nicht übermäßig strapazieren. Es geht darum, noch einmal drei Punkte ganz konzentriert anzusprechen.

Erster Punkt. Die Gleichstellung der Frau ist aus unserer Sicht eine genauso große Herausforderung wie die deutsche Einheit. Jetzt werden Sie fragen: Wie kommt der denn zu diesem Vergleich? – Dieser Vergleich ist ganz einfach. Sie haben hier den Eindruck erweckt, als ob wir in dem Gesetzentwurf einen Feiertag, also einen Tag zum Feiern, fordern. Das ist mitnichten so. Wir fordern einen

Feiertag, der die Forderung der Gleichstellung der Frau in den Mittelpunkt rückt – so. So, wie es über viele, viele Jahre in Deutschland der 17. Juni war: ein Feiertag, der die deutsche Einheit in den Mittelpunkt der Debatte geführt hat.

Das mag zwar aus Ihrer Sicht hinken. Aber es ist kein christlicher Feiertag, es ist ein weltlicher Feiertag, der genau an der Stelle ansetzt, wo wir es für notwendig halten, eine gesellschaftliche Debatte voranzutreiben, deren Wichtigkeit von niemandem der Rednerinnen und Redner bestritten wurde.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Schaus, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schulz-Asche?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja, gern!)

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Schaus, es gibt einige Länder, die mit Feiertagen zum 8. März Erfahrung haben. Dort hat sich letztendlich gezeigt, dass vor allem gefeiert wurde, dass Blumen überreicht wurden, analog zu unserem Muttertag. Daher meine Frage: Warum glauben Sie, dass es in Deutschland anders werden würde, als es in den Ländern gewesen ist, z. B. in der DDR oder in der Sowjetunion, wo es am Ende wirklich eine andere Form des Muttertages geworden ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP – Axel Wintermeyer (CDU): Gute Frage!)

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Ich glaube, dass es sehr wohl auf die Tradition in den einzelnen Ländern und auf den Umgang mit Feiertagen ankommt. Deshalb verweise ich genau an dieser Stelle auf unsere Erfahrungen und unsere Tradition im Umgang mit dem 17. Juni. Da glaube ich sehr wohl, dass wir uns nicht mit anderen, im Ostblock befindlichen, Ländern vergleichen lassen müssen, die das eingeführt haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was heißt „mit anderen“?)

– Im ehemaligen Ostblock, da ist es entstanden.

Aber lassen Sie mich noch zwei Punkte ausführen. Frau Kollegin Ravensburger hat den Eindruck erweckt, als ob wir gefordert hätten, den Pfingstmontag abzuschaffen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ravensburger Spielesammlung! – Weitere Zurufe von der CDU)

Im Rahmen der Anhörung gab es in einer von zwölf Stellungnahmen diese Forderung, wenn man aus wirtschaftlichen Gründen einen Feiertag reduzieren müsse. Eine einzelne Gutachterin hat diese Position vertreten. Es ist nicht unsere Position, den Pfingstmontag abzuschaffen – nur damit das hier in aller Deutlichkeit zu Protokoll genommen wird.

Wir vertreten hingegen eher die Auffassung, auch weil Sie die Krise und die wirtschaftlichen Verhältnisse angeführt haben, Frau Ravensburger,

(Horst Klee (CDU): Ravensburg! – Weitere Zurufe von der CDU)

dass wir in Hessen durchaus in der Lage sind, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg, wo es bis zu drei Feiertage mehr im Jahr gibt, das zu verkraften, und dass das wirtschaftliche Argument überhaupt nicht das zentrale Argument sein kann, diesen Feiertag abzulehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Was die Stellungnahmen der Experten angeht, denke ich, dass wir sehr wohl eine Pattsituation haben. Soweit ich das gerechnet habe, waren von zwölf Stellungnahmen sechs positiv, unter anderem die des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft ver.di.

(Leif Blum (FDP): Aber hier gibt es kein Patt!)

Ich gebe zu, dass der Beamtenbund das mit wirtschaftlichen Argumenten abgelehnt hat. Aber das muss man dann auch entsprechend bewerten.

Wir meinen nach wie vor, dass es sowohl wirtschaftlich als auch finanziell möglich wäre, dass es darum geht, ein entsprechendes Zeichen zu setzen im Hinblick auf die positiven Erfahrungen, die wir in Deutschland mit dem Ergebnis des 17. Juni gemacht haben. Dabei haben wir alle gewonnen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie stehlen uns nur ohne Not die Zeit!)

Ich würde mir wünschen, auch wenn Ihnen das Argument wehtut, Herr Al-Wazir, dass wir in einigen Jahren, was die Frauengleichstellung angeht, genauso erfolgreich sind wie beim 17. Juni und den Folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. Die Kollegin von der CDU heißt Ravensburg – nur noch einmal zur Information.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind am Ende der Aussprache in der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs angelangt und kommen zur Abstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf in der hier vorgelegten Version nach dieser Debatte zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – SPD-Fraktion.

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 68:**

#### **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/2318 –**

Hierzu wurde ich gebeten, drei Petitionen herauszunehmen und getrennt abzustimmen. Die rufe ich jetzt hintereinander auf und lasse dann insgesamt abstimmen.

Zum einen ist das die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 170/17. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 911/18. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 1212/18. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Nun lasse ich über die restlichen Beschlussempfehlungen aus der Drucks. 18/2318 abstimmen. Wer diesen die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit sind die Beschlussempfehlungen angenommen.

Wir kommen nun zu den Beschlussempfehlungen ohne Aussprache. Hierzu vereinbaren wir hoffentlich wieder, dass wir auf die Berichterstattungen in ihrer Gesamtheit verzichten. – Herzlichen Dank.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 50:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Studie und Maßnahmen gegen Jugendgewalt in Hessen – Drucks. 18/2346 zu Drucks. 18/1071 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 52:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorlage eines jährlichen Sponsoringberichtes – Drucks. 18/2348 zu Drucks. 18/2088 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus. Damit angenommen.

**Tagesordnungspunkt 53:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Aufkündigung des Konnexitätsprinzips durch die Landesregierung bei der Umsetzung der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Kindertagesstätten – Drucks. 18/2351 zu Drucks. 18/1789 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

**Tagesordnungspunkt 54:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Missbrauch der Leiharbeit verhindern – Drucks. 18/2352 zu Drucks. 18/2091 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? –

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 55:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Leiharbeit und Lohndumping bekämpfen – Spaltung der Belegschaft beenden – Drucks. 18/2353 zu Drucks. 18/2153 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Arbeitnehmerüberlassung ist ein wichtiger Stützpfeiler der deutschen Wirtschaft und dient als Brücke in den Arbeitsmarkt – Drucks. 18/2354 zu Drucks. 18/2274 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

**Tagesordnungspunkt 57:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Kopfpauschale stoppen – Drucks. 18/2355 zu Drucks. 18/2092 –**

Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 58:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einführung der solidarischen Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem – Drucks. 18/2356 zu Drucks. 18/2275 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Antrag der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend soziale Ausgrenzung von Kindern von Geringverdienenden und Grundsicherungsempfängern verhindern – Drucks. 18/2357 zu Drucks. 18/2093 –**

(Günter Rudolph (SPD): Getrennt!)

– Getrennte Abstimmung. Da muss ich erst einmal schauen, wie viele Punkte es sind.

(Günter Rudolph (SPD): 2 bis 4 können wir zusammen machen!)

Also: Wer der Beschlussempfehlung unter Punkt 1 die Zustimmung geben kann, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus.

Dann 2 bis 4 zusammen. Wer der Beschlussempfehlung von Punkt 2 bis 4 die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung nichtsdestotrotz in ihrer Gesamtheit angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Chancengleichheit und gesellschaftliche Beteiligung von Kindern sichern – Drucks. 18/2358 zu Drucks. 18/2286 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Erstellung einer umfassenden Gesamtbelastungsstudie Luftschadstoffe für den Ballungsraum Rhein-Main – Drucks. 18/2361 zu Drucks. 18/2079 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 63:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend hoch qualifizierte Arbeitsplätze bei der GTZ in der Rhein-Main-Region erhalten – Kooperation der Entwicklungsorganisationen verbessern – Drucks. 18/2366 zu Drucks. 18/2085 –**

(Wortmeldung des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Rudolph, bitte.

**Günter Rudolph (SPD):**

Wir bitten getrennt abzustimmen, und zwar erst über a, dann b und c zusammen.

(Zuruf von der CDU: Mikrofon!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Ich habe schon verstanden. Er möchte getrennt abgestimmt haben, und zwar unter a; b und c können wir dann zusammen machen.

Dann lasse ich über a abstimmen. Wer der Beschlussempfehlung unter a die Zustimmung erteilen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus.

Wer b und c die Zustimmung geben kann, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung auch in ihrer Gesamtheit angenommen.

**Tagesordnungspunkt 64:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Neubau des Flugplatzes Kassel-Calden stoppen – Drucks. 18/2367 zu Drucks. 18/2181 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD und FDP. Gegenstimmen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 66:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Weiterbau der A 44 – Drucks. 18/2370 zu Drucks. 18/2246 –**

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist die Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 67:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Abg. Frankenberger, Grumbach, Siebel, Warnecke, Waschke (SPD) und Fraktion betreffend Weiterbau der A 44 durch verstärkte Anordnung von Sofortvollzug forcieren – Drucks. 18/2371 zu Drucks. 18/2280 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP, GRÜNE, LINKE. Gegenstimmen? – SPD-Fraktion. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 77:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Steuerkonzept der FDP belastet Normalverdiener und Familien und treibt Land und Kommunen in den Ruin – Drucks. 18/2401 zu Drucks. 18/2236 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 78:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Reform fortsetzen – Bologna-Werkstätten an allen Hochschulen – Drucks. 18/2404 zu Drucks. 18/2179 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 79:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bologna-Prozess: mit der Reform der Reform endlich ernsthaft beginnen – Drucks. 18/2405 zu Drucks. 18/2239 –**

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zur letzten für heute, zu **Tagesordnungspunkt 80:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hochschulpakt auf Augenhöhe – Unterzeichnung des Hochschulpakts 2011 bis 2015 verschieben und unter Einbeziehung der Hochschulen neu verhandeln – Drucks. 18/2406 zu Drucks. 18/2238 –**

Wer dieser die Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Fraktion DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir sind für heute am Ende der Tagesordnung angelangt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung bis morgen früh um 9 Uhr.

(Horst Klee (CDU): Innenausschuss!)

– Der Innenausschuss tagt in 510 W, vielen Dank, Herr Klee.

(Schluss: 18:26 Uhr)